REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 392 · 1.7.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Geschichte als politische Waffe. Der Historikerstreit von 1986 - ein Rückblick - Gerd Wiegel
2. DGB zwischen Wortradikalität und Kanzlerrunde - gg.
3. Die Messen sind gesungen. Die PDS wird regieren, was tun die Linken? - Ivo Bozic
4. Präsidentschaftswahlen in Rußland: Akrobatik vor der Stichwahl. Jelzin im Spagat - Ulf Heferle, Moskau
5. Benjamin Ramos Vega an Spanien ausgeliefert! - Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega
6. Mörderische Abschottungspolitik - Mark Holzberger, Ulla Jelpke
7. Die Erosion des Flüchtlingsrechts. Das BVG- Asylurteil und die Europäische Union - Claudia Roth und Petra Hanf, Europagruppe DIE GRÜNEN
8. Lübeck: Anklage zusammengebastelt. Safwan Eid immer noch in Untersuchungshaft - ga.
9. Alma Mater ohne Töchter? Zur Reform des Bafög aus feministischer Sicht - Susanne Klyk und Barbara Nohr
10. Paragraph 218: Sondergesetze in Bayern. Frauen zum Abtreibungstourismus gezwungen - Gy., Nürnberg
11. LebensBilder - LebensLügen - Gabriele Bolte, Siggi Fraumann, Evi Eichinger u.a. - Vorabdruck aus
12. Vor 60 Jahren: Beginn des spanischen Bürgerkrieges - Kt.
13. Als Interbrigadist im Spanischen Bürgerkrieg. Die antifaschistische Front als Lehrbeispiel für Europa. Interview mit Max Kahane
14. Neoliberalismus? Ya basta. Das Gespräch ist das Ziel - 1.300 Menschen trafen sich in Berlin - Boris Kanzleiter
15. REP-Demonstration in Berlin verhindert. Wie hält es die Linke mit den Bauarbeitern?
16. Argentinien: 20 Jahre nach dem Militärputsch. Die Rebellion der Verschwundenen - L.P. Tisso
17. Peres = Frieden? Netanjahu = Krieg? - Klaus Mellenthin
18. Zoff beim ND-Club. Wohin steuert das "Neue Deutschland"? - Peter Nowak
19. Das "Signal von Berlin". NATO auf Interventionskurs - Volker Böge
20. Wenig Widerstand gegen NATO-Tagung und Gelöbnis - Peter Nowak
21. "Verantwortung übernehmen - weltweit." Propaganda und Ziele deutscher Außenpolitik - Thomas Klein
22. Geschichtsrevisionismus und Nationalbewußtsein. Rückblick und Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Historikerstreit - Js.
23. Führung durch Flexibilität. "Bündnis für Arbeit", neue Avantgarde und Zivilgesellschaft - Hans-Peter Krebs
24. Der Völkermord an den Juden als "nationales Projekt"? (Zur Goldhagen-Debatte) - Kt.
25. Militärstrategische Diskussionen in der rechten Presse (aus: Antifaschistisches INFO-Blatt)
26. Regermanisierung Ostpreußens. Sächsischer Sächsischer Justizminister Heitmann fördert neofaschistischen Schulverein - Ulla Jelpke
27. "Versorgungslinie Nord" unterbrochen? US-Nazi Gary Rex Lauck in Hamburg vor Gericht - ES, Hamburg
28. Auf dem Weg in die politische Esoterik? Kritik des Bausteine-Papiers - Moe - aus
29. Rosa Luxemburg - Mythos und Legenden. "Die Revolution ist großartig, alles anderes ist Quark ..." - Martin Rheinlaender
30. Der Kleine Abhörratgeber. Computernetze, Telefone, Kameras, Richtmikrofone - Annotation - D.A.
31. JedeR kann mitmachen: "Sparen" als nationale Aufgabe - Js.
32. Quelldatei 05.htm
33. Quelldatei 11.htm
34. Quelldatei 19.htm
35. Quelldatei 27.htm
36. Quelldatei 28.htm
37. Quelldatei 37.htm
38. Quelldatei 39bu.htm
39. Neoliberalismus in Deutschland

1. Geschichte als politische Waffe. Der Historikerstreit von 1986 - ein Rückblick

Autor: Gerd Wiegel · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:03

Der 1986 geführte sogenannte Historikerstreit stellt die wohl öffentlichkeitswirksamste Debatte um die historische Bedeutung der nationalsozialistischen Diktatur dar. Der Grund hierfür liegt jedoch nicht in der Verbreitung neuer Erkenntnisse über die Zeit des Faschismus in Deutschland: Keiner der Beteiligten berief sich auf neue Quellen oder neue Forschungsergebnisse, die es erforderlich gemacht hätten, das bisherige Bild des Nationalsozialismus einer Revision zu unterziehen. Die Neubewertung einiger Historiker erfolgte aufgrund einer neuen Interpretation bekannter Tatbestände.

Aufgrund ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit - Kampfplatz war die überregionale Presse - unterschied sich diese Debatte grundlegend von der zu Beginn der sechziger Jahre geführten Diskussion um die Frage der deutschen Kriegsschuld im Ersten Weltkrieg, der sogenannten Fischer-Kontroverse. Diese wurde vor allem fachintern geführt und hatte zur Voraussetzung die Erschließung einer Reihe neuer Quellen durch den Historiker Fritz Fischer. Mit entgegengesetzten Vorzeichen spiegeln beide Debatten Veränderungen im gesellschaftspolitischen Klima wider. So gesehen kann die Fischer-Kontroverse als Vorwegnahme eines politischen Aufbruchs der sechziger Jahre gelten, der Historikerstreit 1986 dagegen als verspätete Reaktion auf eine politische Tendenzwende.

Der Rahmen -

vom Sinn der Geschichte

Mit der "Sinnfrage" der Geschichte befaßte sich Mitte der achtziger Jahre niemand prägnanter und öffentlichkeitswirksamer als der Erlanger Historiker Michael Stürmer. Obwohl hauptsächlich mit dem wilhelminischen Zeitalter und der Weimarer Republik befaßt und somit kein ausgewiesener Spezialist für Fragen des deutschen Faschismus, wurde er doch als eine der Hauptfiguren der Debatte ausgemacht: Er forderte von der Geschichtswissenschaft Orientierungshilfe in schwierigen Zeiten. Das Verständnis von Geschichte als vornehmlich nationaler Sinnstiftung ist so alt wie die Geschichtswissenschaft und gehört seit jeher zum Selbstverständnis konservativer Historiker. Stürmer sprach dieses Selbstverständnis wieder offen aus und klagte es als Leitlinie der Geschichtswissenschaft ein.

In der Person Michael Stürmers verbinden sich am augenfälligsten die Bereiche Wissenschaft, Politik und Publizistik, deren Vermischung so kennzeichnend für die Kontroverse war. So avancierte Stürmer in den achtziger Jahren zum zeitweiligen Kanzlerberater, war in wissenschaftlichen Beiräten wichtiger Institutionen tätig und übt als häufiger Kolumnist der FAZ einen nicht unbedeutenden öffentlichen Einfluß aus. Der Nation als Integrations- und Identitätsbildender Einheit gelten viele von Stürmers publizistischen Bemühungen in den achtziger Jahren (1). Die Geschichte dient dabei der Legitimation eben dieser Identifikationsfunktion der Nation. Dennoch sind Stürmers Argumentationen nicht einfach mit dem Etikett nationalistisch zu versehen, ist er doch ein engagierter und bedingungsloser Vertreter der Westbindung der Bundesrepublik.

Im Rahmen des Historikerstreits diente vor allem ein Artikel Stürmers als Angriffsziel für viele Kritiker, eben weil hier in gebündelter Form zum Ausdruck kommt, wofür Stürmer steht. In dem Artikel "Geschichte in geschichtslosem Land" (2) beschreibt Stürmer die Bundesrepublik als ein geschichtsloses Land, in welchem die Bewohner ohne feste Orientierungen auf Identitätssuche seien. Als Beleg gilt ihm das neu erwachte Interesse an Geschichte, das eben sowohl als Orientierungssuche als auch als Identitätssuche verstanden werden kann. Die Folgerung aus dieser Beschreibung ist die Bestimmung der Geschichte als Leitlinie dieser Suche, als Orientierungspunkt für die Zukunft: "Wer aber meint, daß alles dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet." (3) Deutung der Geschichte wird hier zum Mittel der Erlangung kultureller und politischer Hegemonie. Nicht die Frage nach dem tatsächlichen Gehalt von Geschichte steht bei einer solchen Sichtweise im Mittelpunkt, sondern die funktionale Bedeutung der Historie, ihr möglicher Einsatz für politische Ziele.

Soll Geschichte aber das Bild der Nation als Identitäts- und Orientierungsrahmen prägen, dann muß dieses Bild ein einheitliches und geschlossenes sein. Gerade weil die Bundesrepublik "weltpolitische und wirtschaftliche Verantwortung" (4) trägt und sie "Mittelstück im europäischen Verteidigungsbogen des atlantischen Systems" ist, bedarf es einer inneren Geschlossenheit und Homogenität, wie sie eben über Geschichte und Nation verbürgt werden soll. Doch mit sichtlichem Bedauern stellt Stürmer fest, "daß jede heute in Deutschland lebende Generation unterschiedliche, ja gegensätzliche Bilder von Vergangenheit und Zukunft mit sich trägt." (5) Was anderes als das Verlangen nach einem einheitlichen Geschichtsbild kann aus Stürmers Äußerung herausgelesen werden? An anderer Stelle, doch in gleicher Stoßrichtung heißt es: "Der Pluralismus der Werte und Interessen (...) treibt früher oder später zum sozialen Bürgerkrieg wie am Ende der Weimarer Republik." (6) Hans Ulrich Wehler sieht denn auch in dem Verlangen nach einer Vereinheitlichung des Geschichtsbildes eine "schneidende Kampfansage" an das Herzstück der liberalen Demokratie, die eben gerade eine plurale, konfliktreiche Koexistenz von Werten auszuhalten habe (7).

Ohne daß er inhaltlich in die Debatte um die nationalsozialistische Vergangenheit eingegriffen hätte, kann Stürmer als einer der Protagonisten des Historikerstreits angesehen werden, da er als Stichwortgeber eines neokonservativen Verständnisses von Geschichte den Rahmen der Auseinandersetzung entscheidend mitbestimmte. Die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Politik, abgesichert auch durch institutionelle Einflußnahme, lassen sich an der Person Michael Stürmers idealtypisch verdeutlichen.

Themen des Historikerstreits

Sieht man sich die gesamten Beiträge der Historikerdebatte an, dann lassen sich zwei große Themenkomplexe voneinander unterscheiden, die verschiedene, zentrale Punkte der Interpretation der nationalsozialistischen Vergangenheit berühren. Zum einen die Frage nach der Motivation und der geschichtlichen Einordnung des Völkermordes an den Juden, in der Literatur oftmals bezeichnet als Frage nach der Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Judenmords. Zum anderen Fragen, die unmittelbar mit dem Krieg gegen die Sowjetunion zusammenhängen. Der letzte Komplex läßt sich noch einmal aufteilen in zwei voneinander getrennte Argumentationen: Einerseits die Frage der Bewertung und Darstellung des deutschen Rückzuges im Osten beim Vorrücken der Roten Armee. Diese Frage beschäftigte besonders den Kölner Historiker Andreas Hillgruber (8), der als ausgewiesener Spezialist für Fragen des Weltkrieges gelten kann. Daneben wurde parallel zur eigentlichen Historikerdebatte eine Frage wieder aufgegriffen, die anläßlich der Veröffentlichung des vierten Bandes der vom Freiburger Amt für Militärgeschichte herausgegebenen Reihe "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" (9) erneut diskutiert wurde: die "Präventivkriegsthese". Die Wiederaufnahme dieser Diskussion fand vor allem in den Leserbriefspalten der FAZ statt (10), und zwar parallel zur laufenden Historikerdebatte, so daß auch diese Frage zum Umfeld der Auseinandersetzung gerechnet werden muß.

Die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Judenmordes

Die Shoa, der millionenfache Mord an den europäischen Juden, stellt das herausragendste Verbrechen des deutschen Faschismus dar. Trotz der mehr als 50 Millionen vom Faschismus zu verantwortenden Kriegstoten bildet der Judenmord das größte Hindernis auf dem Weg zu einer "Normalisierung" der deutschen Vergangenheit. Die planmäßige Ermordung von 5-6 Millionen Frauen, Männern und Kindern allein aufgrund ihrer angeblichen "rassischen" Zugehörigkeit, die fabrikmäßige Ermordung eines Großteils dieser Menschen in den Vernichtungslagern Auschwitz, Treblinka, Belzec, Sobibor, Kulmhof und Lublin ist eine so ungeheuerliche Tat, daß sie bisher jeder Relativierung der Verbrechen des deutschen Faschismus im Weg stand. Besonders von konservativer Seite wurde - teilweise zu Recht - mit der Shoa die These vom Ausnahmecharakter des NS-Regimes begründet und so eine verallgemeinernde Faschismusdarstellung verworfen.

Im Bereich der seriösen Wissenschaft, d.h. abgesehen von offen neofaschistisch argumentierenden Schriften, ist es Ernst Nolte, der den umstrittensten Versuch einer Neubewertung und neuen Erklärung der Shoa vorgenommen hat. (11). In dem in der FAZ abgedruckten Aufsatz "Vergangenheit, die nicht vergehen will", der ursprünglich als Rede für die Frankfurter Römerberg-Gespräche geplant war (12), konstatiert Nolte den immer breiteren Wunsch vieler Deutscher, daß sich ihre Vergangenheit nicht mehr grundsätzlich von der anderer Länder unterscheiden solle. Ohne sich dem Verlangen nach "Schlußstrich" oder "Bewältigung" anzuschließen, fragt Nolte nach dem Kern des Richtigen in diesem Wunsch und nach den "Interessen", die mit diesem Nichtvergehen der Vergangenheit verbunden sind. Die Aufmerksamkeit etwa, die der "Endlösung" gewidmet

werde, lenke von wichtigen anderen Tatbeständen des NS ab, so z.B. der Tötung "lebensunwerten Lebens" oder der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, besonders aber von "entscheidenden Fragen der Gegenwart - etwa denjenigen des Seinscharakters von ‚ungeborenem Leben` oder des Vorliegens von ‚Völkermord` gestern in Vietnam und heute in Afghanistan." (13)

Deutlich wird hier der politische Charakter der Argumentation, hervorgerufen u.a. durch die zumindest assoziative Verknüpfung von Shoa, Euthanasie und Fragen der Abtreibung. Worum es Nolte nach eigenem Bekunden geht, ist das Aufbrechen der Schwarz-Weiß-Bilder, welche die Darstellung der faschistischen Vergangenheit angeblich nach wie vor beherrschen. Es müsse darum gehen, die Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität zu begreifen und gegen eine "volkspädagogisch" moralisierende Geschichtssicht zu einem neuen Bild dieser Vergangenheit zu gelangen. Was das für den aktuellen politischen Umgang mit der Vergangenheit heißt, zeigt sich in Noltes Beurteilung der Kontroverse um den Bitburg-Besuch von US-Präsident Reagan. Die Furcht vor "Aufrechnung" und vor Vergleichen ließ laut Nolte die Frage nicht zu, "was es bedeutet haben würde, wenn der damalige Bundeskanzler sich 1953 geweigert hätte, den Soldatenfriedhof von Arlington zu besuchen, und zwar mit der Begründung, dort seien auch Männer begraben, die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten." (14)

Hier zeigt sich Noltes äußerst unbefangener Umgang mit Vergleichen. In gänzlicher Vernachlässigung der Frage nach Angreifer und Angegriffenen werden deutsche und alliierte Soldaten miteinander gleichgesetzt. Bedenkt man, daß sich die Aufregungen um Bitburg vor allem mit der Tatsache von SS-Gräbern auf besagtem Friedhof verbanden, drängt sich die Frage auf, ob Nolte die "Terrorangriffe" der Alliierten mit den Verbrechen der SS gleichsetzen will?

Schlüsselworte "Rattenkäfig"

und "asiatische Tat"

Zwei Schlüsselworte sind es, die Nolte seinem Vergleich von Auschwitz und Archipel Gulag unterlegt: die Rede von der "asiatischen Tat" und Hitlers Ausspruch vom "Rattenkäfig" (15). Die Vorstellung der "asiatischen Tat" führt Nolte auf Max Scheubner-Richter zurück, einen engen Mitarbeiter Hitlers, der beim Marsch auf die Feldherrenhalle 1923 tödlich verletzt wurde. Dieser habe als deutscher Konsul in Erzerum 1915 die Armeniermorde der Türken miterlebt und verabscheuend von der "asiatischen Art" des Umgangs und den Unterschieden zur europäischen Zivilisation gesprochen.

Vom "Rattenkäfig" habe Hitler 1943 angesichts der Kapitulation der 6. Armee vor Stalingrad gesprochen, als er eine Propagandatätigkeit deutscher Offiziere für die Sowjetunion voraussagte: "Sie müssen sich vorstellen, er (ein solcher Offizier) kommt nach Moskau hinein, und stellen sie sich den ‚Rattenkäfig` vor. Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen..." (16)

Nolte hält die gängige Interpretation, mit dem "Rattenkäfig" sei die Lubjanka gemeint, für falsch. Er verweist vielmehr auf die bekannte Szene aus Georg Orwells Roman "1984", in der eine in einen Käfig gesperrte, ausgehungerte Ratte als Folterinstrument eingesetzt wird. Laut Nolte gehen diese Beschreibungen Orwells auf Stellen der antibolschewistischen Literatur zurück. Als Beleg führt er Melgunow an.

Mittels dieser beiden "Schlüsselbegriffe" skizziert Nolte eine Neuinterpretation der Motivation zum nationalsozialistischen Judenmord, die diesen als eine aus Angst geborene Reaktion auf die "Vernichtungsdrohung" durch die Bolschewisten erscheinen läßt. Er beklagt, daß in der Literatur über den deutschen Faschismus nicht wahrgenommen werde "in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in der umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottung ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderung nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als ‚feindlich` erachteter Menschen." (17)

Noltes Ziel ist es, die Auswirkungen dieser Beschreibungen auf Hitler und seine Getreuen als eine Art Trauma darzustellen und hieraus die Motivation zur Judenvernichtung abzuleiten. Die Shoa als eine reaktive Tat, hervorgerufen durch die realen oder vermeintlichen Schrecken des Bolschewismus. Und so kommt Nolte zu seinen bekannten Fragesätzen, die in Wahrheit Feststellungen sind:

"Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische` Tat nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen` Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel Gulag` ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord` der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords` der Nationalsozialisten?" (18)

Nolte kritisiert die Einstellung, die nur einen Massenmord zur Kenntnis nimmt und den anderen nicht, obwohl es wahrscheinlich sei, daß ein "kausaler Nexus" zwischen beiden bestehe. Bei der Bewertung von Noltes Aussagen ist zunächst zu beachten, wo diese Aussagen getroffen wurden. Es handelt sich um einen Artikel, veröffentlicht in der FAZ, der angesehensten konservativen Zeitung der Bundesrepublik. Der Text beansprucht also keinen wissenschaftlichen, sondern eher einen feuilletonistischen Charakter. Zuspitzungen und assoziative Verknüpfungen sind also zulässig, verdeutlichen jedoch auch, daß es dem Autor um die Korrektur eines bisher bestehenden Bildes der Geschichte geht. Dennoch muß sich auch ein solcher Artikel mit wissenschaftlichen Kriterien messen lassen und sich einer Kritik stellen, die Assoziationsketten nicht als historische Wahrheiten betrachtet.

Das sich von nun an durch die Schriften Noltes ziehende Gerede von der "asiatischen Tat" ist aus mehreren Gründen problematisch. Schon Noltes Gewährsmann, Scheubner-Richter, deutet darauf hin, daß der Begriff in einer rassistischen Art benutzt wurde, um den Völkermord an den Armeniern als Ausdruck verwurzelter, eben "asiatischer" Verhaltensweisen zu charakterisieren und eine Differenz zu europäischen Verhaltensweisen zu markieren. Noltes Übertragung des Ausdrucks auf die Shoa rückt auch diese aus dem Kreis der europäischen Zivilisation in einen anderen Kulturkreis, dem Grausamkeiten quasi naturmäßig zugeordnet werden.

Der "Rattenkäfig" wird von Nolte als Umschreibung einer grausamen Foltermethode dargestellt und soll Hitlers Trauma und Angst vor diesen bolschewistischen Methoden verdeutlichen. Nolte bezweifelt die gängigen Interpretationen der Kommentatoren der Hitlerschen Aussage, hiermit sei die Lubjanka gemeint. Jeglicher Beleg für die nachfolgende These, Hitler denke an die Beschreibungen der antibolschewistischen Literatur der zwanziger Jahre, fehlt. Eberhard Jäckel verweist in seiner Entgegnung auf Nolte darauf, daß Hitler selbst in der fraglichen Besprechung zweimal erklärt, er meine die Lubjanka (19). Doch unbeirrt hält Nolte an seiner Interpretation fest. Selbst die von Nolte angeführten Belege in der antibolschewistischen Literatur der zwanziger Jahre erweisen sich als äußerst problematisch, wie Wehler in einer genauen Überprüfung der Nolteschen Angaben nachweisen kann (20). Trotz dieser Einwände besteht Nolte in seiner weiteren Stellungnahme innerhalb des Streits auf seiner Sicht der Dinge, ist jedoch nicht bereit oder in der Lage, wissenschaftlich überprüfbare Beweise anzuführen (21).

Die "Kriegserklärung"

der Juden

Nolte will den deutschen Faschismus und insbesondere die Judenvernichtung in einen neuen historischen Kontext stellen, der vor allem von den gegenseitigen "Vernichtungsdrohungen" verfeindeter Ideologien bestimmt gewesen sei; dabei läßt er keine Zweifel über Ausgangspunkt und Folgewirkung zu. Diese neue Sicht auf das Dritte Reich und seine Verbrechen könnte laut Nolte ausgehen von der mörderischen, kollektiven, gleichmacherischen Vernichtung eines Pol Pot und müsse von hier aus zurückgehen zu den (Agrar-) Utopien des frühen 19. Jahrhunderts und den Utopisten wie Fourier, Owen und Babeuf (22).

Von David Irving greift Nolte die These auf, Chaim Weizmanns Aussage in den ersten Septembertagen 1939, die Juden in aller Welt würden an der Seite Englands kämpfen, habe Hitler dazu berechtigt, die deutschen Juden als Kriegsgefangene zu betrachten und sie zu internieren (23). Daß Nolte hier umstandslos den jüdischen Weltkongreß zum Völkerrechtssubjekt macht, welches einen Krieg erklären kann, erinnert in fataler Weise an Konstrukte, die sonst nur bei der extremen Rechten anzutreffen sind. Jürgen Habermas merkt hierzu an: "Ich kann die Unterstellung des Weltjudentums als eines völkerrechtlichen Subjekts von üblichen antisemitischen Projektionen nicht unterscheiden." (24)

Doch trotz all dieser wissenschaftlich äußerst zweifelhaften Konstruktionen erfuhr auch Nolte breite Unterstützung aus konservativen Kreisen. Innerhalb der Historikerdebatte wurden Noltes Ansichten am nachhaltigsten von Joachim Fest unterstützt. Selbst Verfasser einer umfangreichen Hitler-Biographie und Mitherausgeber der FAZ - der Zeitung also, die maßgeblich zur Verbreitung der Nolteschen Ansichten beitrug - stellte er sich in wichtigen Punkten hinter Nolte. Für Fest bilden "Klasse" und "Rasse" gleichermaßen

Zuschreibungen, die dem Individuum unausweichlich aufgedrückt wurden und sein Schicksal bestimmten (25). Sowohl in der Sowjetunion als auch im faschistischen Deutschland seien Menschen anhand solcher "objektiver" Kriterien liquidiert worden, beide Massenmorde seien in bürokratisch, mechanischer Form vollzogen worden und auch in den Gaskammern sieht Fest keinen qualitativen Unterschied zu den "Massenliquidierungen durch Genickschuß" (26).

Im Gegensatz zu Nolte argumentiert Joachim Fest in klassisch totalitarismustheoretischer Manier. Die Gleichsetzung der Schrecken beider totalitärer Systeme führt dazu, dem "Dritten Reich" seinen Ausnahmecharakter zu nehmen. Sie enthält gleichzeitig eine aktuelle politische Aussage, denn im Gegensatz zum Faschismus ist dessen historisches Pendant weiterhin eine bedrohliche Realität. Nolte dagegen nimmt eine Akzentverschiebung innerhalb der Totalitarismusthese vor: Von der unterschiedslosen Gleichsetzung beider Systeme kommt er zu einer historisch aufeinander bezogenen Abfolge, die eine Unterscheidung zwischen Ursache und Wirkung zuläßt. Schon in seinen frühesten Arbeiten hatte Nolte den Faschismus wesentlich als "Antimarxismus" bestimmt. Im Historikerstreit allerdings werden sämtliche Verbrechen des Nationalsozialismus, als einer besonderen Form des Faschismus, vom Bolschewismus abgeleitet. In Noltes Worten bildet der Nationalsozialismus nur mehr eine "Kopie" seines Vor- und Gegenbildes.

Sowohl Nolte als auch Fest behaupten eine Identität zwischen den Morden, die aufgrund von "Rassen-" bzw. von "Klassenzugehörigkeit" der Opfer verübt worden sind. Tatsächlich aber beschreiben beide Begriffe unterschiedliche Realitätsgehalte: Der Begriff "Klasse" bezeichnet eine mit sozialwissenschaftlichen Mitteln verifizierbare Realität, wohingegen der Begriff "Rasse" eine Konstruktion ohne jeden Realitätsgehalt darstellt. Ein weiterer Unterschied besteht in der Durchlässigkeit, d.h. der Möglichkeit, dieser Zuschreibung und der mit ihr verbundenen Folgen zu entgehen. Der "Rassebegriff" läßt aufgrund seiner immanenten Definition keine Möglichkeit zu, sich außerhalb der eigenen "Rasse" zu stellen, "Klasse" dagegen bezeichnet keine solche unbedingte Zugehörigkeit, wie schon der Begriff des "Klassenverrats" verdeutlicht. Natürlich hat es in der Sowjetunion Vernichtung und Vertreibung von Menschen aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit gegeben. Dennoch beinhaltet die Klasse als Ausschließungsgrund die Möglichkeit, mittels politischer Parteinahme für die herrschende Gruppe dem vorgesehenen Schicksal zu entgehen. Den Juden stand diese theoretische Möglichkeit nicht zu.

Auch bei der Gleichsetzung von "Vernichtungsdrohungen", hier gegen die Juden, dort gegen die Bourgeoisie, muß zwischen dem Gehalt der jeweiligen Drohung unterschieden werden. Auch Fest gibt zu, daß die radikale Linke unter der verbalen "Vernichtungsdrohung" "zumeist nicht die physische, sondern offenbar die gesellschaftliche oder historische Ausschaltung des Gegners im Auge hatte." (27) Die Behauptung Noltes, die Bolschewiki hätten die physische Vernichtung der gesamten russischen Bourgeoisie angestrebt, ist nicht haltbar. Raul Hilberg beschreibt die Struktur des Vernichtungsprozesses der europäischen Juden als eine Abfolge, die sich zusammenfassend als 1.) Definition der Opfer, 2.) Entrechtung, 3.) Konzentration und 4.) Entscheidung zur Vernichtung kennzeichnen läßt (28). Anknüpfend an Hilberg kann man diese Abfolge als konstitutiv für alle genozidalen Handlungen ansehen. An diesen Kriterien gemessen, läßt sich eine Gleichsetzung der Shoa mit den Massenmorden in der Sowjetunion nicht halten. Die Stalinschen Morde stehen sicherlich in einer Reihe mit den auch von Nolte genannten Massenmorden in Kambodscha und anderswo. Die Shoa ist demgegenüber durch eine Eigenständigkeit ihres Prozesses gekennzeichnet, die auch einen "qualitativen" Unterschied zu anderen Großverbrechen markiert.

Ein weiterer, nicht zu belegender Argumentationsschwerpunkt Noltes ist die angebliche Vernichtungsangst der nationalsozialistischen Machthaber, namentlich Hitlers, vor einer behaupteten Vernichtungsdrohung durch die Bolschewisten. Die Juden seien das Opfer dieser aus Angst geborenen Reaktion geworden, weil sie, begründet durch vielfache personelle Verflechtung, mit der marxistischen Ideologie identifiziert worden sein. Richtig ist, daß Hitler die Angst der Bourgeoisie vor dem Kommunismus nutzte und sie propagandistisch einsetzte. Gänzlich unnachweisbar ist jedoch die Behauptung, er selbst habe diese Propaganda geglaubt, bzw. sie habe ihn zu einer auf Angst aufgebauten Politik getrieben.

Die Quellen belegen das genaue Gegenteil davon. In Hitlers rassistischem Weltbild stellten Juden und Slawen minderwertige Menschengruppen dar, die der "arischen Rasse" weit unterlegen seien. Seine und auch die Vorstellung der meisten anderen Größen des Regimes aus Militär und Partei waren von Verachtung und Geringschätzung gegenüber der Sowjetunion geprägt. Sie galt Hitler als Koloß auf tönernen Füßen; der angeblich bestimmende Einfluß der Juden trage weiter zur Zersetzung dieses Staates bei (29). Aus solchen

und vielen anderen Äußerungen Hitlers läßt sich Verachtung, keinesfalls Angst gegenüber der Sowjetunion herauslesen. Die Erwartung eines schnellen Zusammenbruchs des riesigen Reichs im Osten durch einen weiteren Blitzkrieg dokumentierten diese (Fehl-) Einschätzung noch einmal nachhaltig. Die Entschlußfassung zur Verdrängung und schließlichen Vernichtung der Juden läßt sich, was Hitler betrifft, recht gut nachvollziehen. Zu Recht verweist Jäckel darauf, daß hierin "ein Rattenkäfig, die Morde der Bolschewisten oder eine besondere Angst vor ihnen" (30) nicht vorkommen.

Noltes Argumentationen und Interpretationen, die dazu beitragen sollten, eine neue Sicht auf den deutschen Faschismus zu eröffnen, lassen sich wissenschaftlich, wie gezeigt, relativ leicht widerlegen. Ihre Wirkung entfalteten sie jedoch im politischen Bereich, genauer in der Enttabuisierung bestimmter Fragestellungen und Verknüpfungen, die zwar nicht bewiesen werden können, die jedoch für politische Argumentationen der Gegenwart (d.h. in diesem Falle der noch gegenwärtigen Blockkonfrontation) eine Funktion besitzen.

Identifikation mit dem letzten Aufgebot an der Ostfront

Im Frühjahr 1986, kurz vor dem Erscheinen von Noltes Aufsatz, erschien in der Corso Reihe des Siedler Verlags ein dünnes Bändchen, welches zwei Aufsätze des Kölner Historikers Andreas Hillgruber umfaßt. Beiden Arbeiten lagen Vorträge zugrunde, die noch einmal in überarbeiteter Form dargeboten wurden. Der Titel des Bandes, "Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums", deutete eine Verbindung beider Themen an. Doch wurde diese Verbindung durch den Autor in keiner Weise hergestellt, beide Arbeiten standen vielmehr unvermittelt nebeneinander.

Im Verlaufe des Historikerstreits war es vor allem der erste Aufsatz des Bandes, der sich mit dem deutschen Zusammenbruch im Osten 1944/45 beschäftigte, der im Mittelpunkt der Debatte stand. Hillgruber, der als Spezialist für Fragen des Zweiten Weltkrieges gelten kann, ging es hier darum, die Folgen dieses deutschen Zusammenbruchs für die Verschiebung des europäischen Machtgefüges zu untersuchen, insbesondere aber, die "Zerschlagung des Deutschen Reiches" nicht als Antwort auf die noch gar nicht voll bekannten Verbrechen des deutschen Faschismus, sondern als "lange erwogene(n) Ziele(n) der gegnerischen Großmächte" (31) darzustellen. Laut Hillgruber sei die Forschung bisher monokausal auf die Ziele Hitlers fixiert gewesen, ohne sich um die eigenständigen und nicht nur als Reaktion zu verstehenden Ziele der östlichen und westlichen Gegner zu kümmern. Die "Zerschlagung" des deutschen Ostens sei ein solches unabhängiges Kriegsziel der Gegner gewesen. Hier stellten sich grundsätzliche Fragen, die "Moral" und Kriegsführung in "Vernichtungskriegen" betreffen (32). Zu bemerken ist, daß Hillgruber den Terminus "Vernichtungskrieg" nicht allein für die deutsche Kriegsführung, auf die er bisher angewandt wurde, verwendet. Die moralischen Probleme bei der Bewertung des Krieges im Osten verdeutlicht Hillgruber eindringlich, wenn er auf die vom CDU Bundesminister Blüm formulierte These zu sprechen kommt, der Kampf der Wehrmacht im Osten habe den Weiterbetrieb der Vernichtungslager ermöglicht. Laut Hillgruber impliziert diese These, daß es wünschenswert gewesen wäre, die Fronten nicht länger zu halten, um so den Morden in den Lagern Einhalt zu gebieten.

In dieser Situation der bevorstehenden "Überflutung der Heimat durch die Rote Armee" (33) deutet Hillgruber die Nicht-Teilnahme der Befehlshaber im Osten (er nennt Hoßbach) am Attentat vom 20. Juli 1944 als Ausdruck ihres Verantwortungsgefühls. Hillgruber stellt der Blümschen Verknüpfung die subjektive Beurteilung der jeweils vor Ort Verantwortlichen gegenüber. Dieses Dilemma unterstellt er auch für den heutigen Betrachter: einerseits die "gesinnungsethische Haltung" der Männer des 20. Juli, andererseits die "verantwortungsethische" Position der Verantwortlichen vor Ort, die "die Orgie der Rache der Roten Armee" (34) zu verhindern suchten.

Für Hillgruber steht nun der Historiker, der sich mit dem damaligen Geschehen heute auseinandersetzt, vor der Frage der Identifizierung. Begründet wird diese selbstgeschaffene Entscheidungssituation nicht, die Hillgruber zu einem "Schlüsselproblem" des Historikers erklärt und so viel über sein eigenes Wissenschaftsverständnis aussagt. Zwei Möglichkeiten kommen für Hillgruber keinesfalls in Betracht: einerseits die Identifizierung mit Hitler und dessen Zielen, andererseits die mit dem kommenden Sieger, was für den Osten die Sowjetunion bedeuten würde.

Daraus folgert Hillgruber, daß für den Historiker nur eine Möglichkeit bleibe, nämlich die Identifikation mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung vor Ort und mit den Anstrengungen des Ostheeres, diese

Bevölkerung vor der näherrückenden Roten Armee zu schützen. Eindringlich werden die Morde, Vergewaltigungen und Massendeportationen durch die sowjetischen Truppen geschildert, die zwar laut Hillgruber auch etwas mit Rache für die von deutschen begangenen Verbrechen zu tun hätten, aber nicht die "extremen Ausmaße der Exzesse" erklären könnten. Für Hillgruber zeigen sich hier die sowjetische Kriegsvorstellungen, "die in der stalinistischen Epoche offensichtlich allgemein solche barbarischen Züge annahmen." (35)

Um das Geschehen an der Ostfront bis zum Winter 1944/45 zu kennzeichnen, benutzt Hillgruber den Begriff des "Tragischen", der den Konflikt zwischen dem "verzweifelten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Großmachtstellung des deutschen Reiches" (36) und dem gleichzeitigen Fortschreiten der Vernichtung der Juden bezeichnen soll. Damit wird von Hillgruber die deutsche Großmachtstellung und das Leben Hunderttausender Juden als gleichwertig gesetzt, denn nur so ließe sich der Gebrauch des Begriffs "tragisch" hier rechtfertigen. Doch enthält der Aufsatz noch weit mehr Zumutungen.

Hillgruber selbst betreibt mit seinem Identifizierungspostulat eine Zuspitzung, die schließlich in der Frage mündet, ob der Fortgang der Vernichtungen in den Lagern in Kauf genommen werden müsse, um durch das Halten der Front die Evakuierung eines möglichst großen Teils der deutschen Bevölkerung zu gewährleisten. Der Zusammenhang zwischen militärischem Widerstand und Vernichtung wird auch von ihm nicht bestritten. In dieser Situation votiert Hillgruber eindeutig für die Fortsetzung des Vernichtungsvorgangs. Diese fatale Konsequenz seiner Argumentation ergibt sich aus dem Willen, eine auf Identifikation beruhende Geschichtsdarstellung zu geben, anstatt mit dem Abstand von vierzig Jahren und der Distanz des Historikers die Handlungsmöglichkeiten und Optionen der Beteiligten zu analysieren (37).

Augenfällig in Hillgrubers Aufsatz ist insbesondere die Sprache, die durch Wortwahl und Ausdrucksweise den gewünschten Effekt unterstützen soll. Schon in seiner ersten Kritik an den Arbeiten von Hillgruber und Nolte hatte Jürgen Habermas auf die Disparität im gemeinsamen Titel der beiden Aufsätze verwiesen. Der einen aggressiven Gegner verlangenden "Zerschlagung" des Deutschen Reiches steht ein sich scheinbar von selbst einstellendes "Ende" des europäischen Judentums gegenüber (38). Doch auch sonst versteht es Hillgruber, mittels Ausdruck Assoziationen zu wecken: Der allgemein gebrauchte Terminus "Vernichtungskrieg" stellt zumindest die deutsche und sowjetische Kriegsführung auf eine Stufe. Allein angesichts der Tatsachen, daß in deutscher Kriegsgefangenschaft über drei Millionen sowjetischer Soldaten starben, und vor dem Hintergrund der Mordaktionen der Einsatzgruppen hinter der Front, denen noch einmal mehr als eine Millionen Menschen zum Opfer vielen, läßt sich der an diesen Tatsachen orientierte Terminus "Vernichtungskrieg" nur für die deutsche Kriegsführung rechtfertigen. Die Ängste der Bevölkerung vor der heranrückenden Roten Armee werden von Hillgruber mit Metaphern wie "Überflutung der Heimat" oder "Brechen der Dämme" wiedergegeben. Ein an Naturkatastrophen erinnernder Sprachgebrauch, der stark an die politische Propaganda in Deutschland während des kalten Krieges erinnert, die sich, etwas gemäßigter, an die Propaganda der Nazis anschloß und nach wie vor dem gleichen Feind galt.

Die Deutschen als Opfer

Hillgruber, der im Gegensatz zum als Außenseiter der Historikerzunft geltenden Nolte innerhalb des Fachs voll integriert war, erfuhr nach der ersten kritischen Entgegnung von Habermas vielfältige Unterstützung, die ihn vor dem Vorwurf apologetischer Geschichtsschreibung in Schutz nahm. Selbst als linksliberal geltende Historiker wie Martin Broszat mochten Hillgruber nicht in eine Reihe mit Nolte gestellt sehen und wandten sich gegen den Vorwurf, Hillgruber habe mittels seiner Darstellung apologetische Tendenzen verfolgt. Wenn überhaupt auf die Vorwürfe Habermas' gegen Hillgruber eingegangen wurde, dann zumeist wenig inhaltlich, sondern mit dem Versuch, Habermas' Vorwürfen mittels formaler Einwände die Spitze zu nehmen.

Klaus Hildebrandt stützte Hillgruber ebenso wie zuvor schon Nolte in allen wichtigen Punkten, doch vermied er es, genauer auf die problematischen Implikationen einzugehen, die Habermas hervorgehoben hatte. Auch er nutzte die Möglichkeit, ähnlich wie Hillgruber in seinem Aufsatz, auf eine umstrittene politisch-geschichtliche Frage des eben vergangenen Gedenkjahres 1985 einzugehen und, voller Zustimmung Hillgruber zitierend, die Frage "Befreiung" oder "Niederlage" zugunsten letzterer zu beantworten (39).

So blieb es Hillgruber selbst überlassen, im Verlauf der Auseinandersetzung die nicht direkt benannten politischen Gebrauchsmöglichkeiten und die Motivation zu seinem Aufsatz zu benennen. Es sei eine

Feststellung von Alfred Heuß gewesen, die in ihm den Entschluß reifen ließ, das Thema des Zusammenbruchs im Osten zu einem Gegenstand seiner Arbeit zu machen. Heuß habe in seinem Buch "Versagen und Verhängnis - Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses" (40) geäußert, "es gehöre ‚die schwache Sensibilität über die wohl gravierendste Kriegsfolge (d.h. die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und ihr Verlust, A.H.) zu den merkwürdigsten Phänomenen des derzeitigen Deutschlands.`" (41) Diese "zutreffende Feststellung" wirft ein grelles Licht auf Hillgrubers Sicht der Ereignisse und auf seine Bewertungsmaßstäbe, wie sie auch schon in seinem Aufsatz hervorscheinen. Als gravierendste Kriegsfolgen - nicht etwa für die Deutschen, sondern überhaupt - werden die Vertreibungen von Millionen Deutschen angesehen, d.h., Deutschland wird zum Hauptopfer des von ihm begonnenen Krieges. Mit welcher Selbstverständlichkeit Hillgruber damit eine ungeheuerliche Verharmlosung deutscher Verbrechen betreibt, verdeutlichte Wehler:

"Wenn ‚Anno 1986` der Verlust der deutschen Ostgebiete mit der Vertreibung von wohl Millionen Deutschen als ‚wohl gravierendste Kriegsfolge` hingestellt wird: Wo bleibt da der ‚Holocaust`, diese einzigartige Menschenvernichtung von mehr als sechs Millionen Juden? Wo bleiben die 21 Millionen toter Russen als Folge eines barbarischen Krieges, mit dem Hitlers Deutschland das Land vier Jahre lang überzogen hat? Wo bleibt die Tatsache, daß jeder fünfte Pole und Jugoslawe im Zweiten Weltkrieg umgekommen ist? Wo bleibt die Massenliquidation von Kindern, Frauen und Greisen, von slawischen ‚Untermenschen` und Zigeunern?" (42)

Hillgrubers Sichtweise dient dem Ziel eines von Schuld befreiten Geschichtsbildes. Nicht Schuld und Verantwortlichkeit, sondern Schrecken und Trauer über die eigenen Opfer sollen im Mittelpunkt der Erinnerung stehen.

Gerd Wiegel

Anmerkungen:

1) Vgl. dazu: Michael Stürmer, Dissonanzen des Fortschritts, München 1986; ders.: Deutsche Fragen oder die Suche nach der Staatsräson, München 1988.

2) FAZ 25.4.86; hier zitiert nach: "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987 (im folgenden zitiert als "Historikerstreit").

3) ebd., S.36.

4) Historikerstreit, S.38, auch folgendes Zitat.

5) ebd.

6) Zitiert nach Hans Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? München 1988, S.71 (im folgenden zitiert als "Entsorgung").

7) Vgl. ebd., S.72/73.

8) Andreas Hillgruber: Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986 (im Folgenden: "Zweierlei Untergang").

9) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Hrsg. Militärgeschichtl. Forschungsamt Freib., Stg. 1983.

10) Vgl. die Abdrucke der entsprechenden Artikel und Leserbriefe in: Reinhard Kühnl (Hrsg.), Streit ums Geschichtsbild. Die "Historiker-Debatte"; Dokumentation, Darstellung und Kritik, Köln 1987 (im folgenden zitiert als "Streit").

11) Die zwei kurzen Schriften von Nolte, die auch innerhalb der Historikerdebatte zur Diskussion standen und auf die sich zumeist berufen wurde, sind: 1. Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will; FAZ 6.6.86, abgedruckt und im folgenden zitiert nach: Historikerstreit 1987; 2. Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980; abgedruckt in "Historikerstreit" 1987 (im Folgenden zitiert als "Geschichtslegende").

12) Zu den Hintergründen der vermeintlichen Ausladung Noltes vgl. Wehler: Entsorgung, S.37f.

13) Historikerstreit, S.41.

14) Historikerstreit, S.42.

15) Vgl. ebd., S.43/44.

16) Zitiert nach ebd., S.44.

17) Ebd., S.45.

18) Ebd.

19) Vgl. Eberhard Jäckel: Die elende Praxis der Untesteller, in. Historikerstreit, S.120.

20) Vgl. Wehler, Entsorgung, S.147 ff.

21) Vgl. Ernst Nolte: Die Sache auf den Kopf gestellt, in: Historikerstreit, S.224 f.

22) Vgl. Historikerstreit, S. 25 ff.

23) Ebd., S.24.

24) Historikerstreit, S.97.

25) Vgl. Joachim Fest: Die geschuldete Erinnerung, in: Historikerstreit, S.102 f.

26) Ebd., S.103.

27) Historikerstreit, S.106.

28) Vgl. Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Ffm. 1990, Bd.1, S.56.

29) Vgl. Eberhard Jäckel, Die elende Praxis der Untersteller, in: Historikerstreit, S.121.

30) Ebd.

31) Andreas Hillgruber, Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Köln 1986 (im folg. zitiert als "Zweierlei Untergang"), S.9/10.

32) Vgl. ebd., S.17.

33) Ebd., S.18.

34) Ebd., S.21.

35) Ebd., S.35.

36) Ebd., S.64.

37) Vgl. auch Wehler, Entsorgung, S.53 f.

38) Vgl. Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, in: Historikerstreit, S.66.

39) Vgl. Historikerstreit, S.88.

40) Alfred Heuß, Versagen und Verhängnis - Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses, Berlin 1984.

41) Hillgruber, Jürgen Habermas, Karl-Heinz Janßen und die Aufklärung Anno 1986, in: Historikerstreit, S.339.

42) Wehler, Entsorgung S.165.

2. DGB zwischen Wortradikalität und Kanzlerrunde

Autor: gg. · Rubrik: DGB/Regierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:34

Rund 350.000 Menschen demonstrierten am 15. Juni in Bonn gegen die Sparpläne der Bundesregierung. Schon Ende letzten Jahres hatte ein "Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau" (BSGS) für diesen Termin in Bonn eine große Demonstration angemeldet. Nachdem der DGB von der Bundesregierung die kalte Schulter gezeigt bekam, sprang er auf den fahrenden Zug auf, übernahm das Kommando und hängte zwei Tage vor dem Demotermin das Bündnis ab, in dem eine Vielzahl von Arbeitsloseninitiativen, Asten, PDS, DKP, Grüne usw. vertreten sind. Kritik am "Bündnis für Arbeit" und das Auftreten des "revolutionären Blocks" auf einer Pressekonferenz dienten als fadenscheinige Begründung für dieses Vorgehen.

Vielleicht entdeckt die DGB-Führung in nächster Zeit auch wieder die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen KritikerInnen ihres "Bündnis für Arbeit"-Kurses. So harsch mit linken KritikerInnen umgesprungen wird, so freundlich ging man in Bonn mit der SPD um, die in absehbarer Zeit auf Länderebene einen Großteil der Sparbeschlüsse umsetzen wird. Und in schöner westdeutscher Ignoranz wurden zwar SPD- und Grünen-Prominenz begrüßt, sogar die Grußadresse eines CDA-Arbeitskreises aus Sonstwoher wurde verlesen. Allein den Namen PDS, die mit einiger Stärke vertreten war, auszusprechen, war den ModeratorInnen offenkundig streng verboten. Randerscheinungen sicherlich, aber bezeichnend für eine "Einheitsgewerkschaft", die ihre Bündnispartner vorrangig in der Mitte der Gesellschaft sucht.

DGB will Sparpolitik "mitgestalten"

Es war in Bonn unüberhörbar: Die Gewerkschaften möchten wieder ernst genommen werden. Schon im Vorfeld der Demonstration wurde deutlich, daß es dem DGB und den meisten seiner Mitgliedsgewerkschaften darum geht, wieder an den Verhandlungstisch beim Bundeskanzler zurückzukehren. Die Bereitschaft, bei der "Reform des Sozialstaates" mitzuwirken, hatte der DGB im Rahmen der Kanzlerrunden schon zur Genüge demonstriert. Zusammen mit der Bundesregierung und Vertretern des Kapitals hatten Schulte, Zwickel und Co. im Januar das "Bündnis für Beschäftigung und Standortsicherung" unterstützt. Damit wurde nichts anderes dokumentiert als die Anerkennung der Standortlogik und die Bereitschaft, dafür "Opfer" zu bringen.

Folgerichtig war in den Redebeiträgen viel von der Rettung des Standortes Deutschland zu hören. Gegeißelt wurde die Unfähigkeit der "Nieten in Nadelstreifen", den Erhalt des Wirtschaftsstandortes zu gewährleisten; kein Ton war zu hören von einer internationalen Zusammenarbeit der abhängig Beschäftigten.

Der DGB möchte den Standort über viele Bündnisse für Arbeit gerettet wissen. DGB-Chef Schulte: "Das Bündnis für Arbeit wird weitergehen. Zur Zeit nicht auf nationaler Ebene, aber in den Regionen und Unternehmen. Fast täglich werden in den Betrieben konkrete Vereinbarungen abgeschlossen, die dazu führen, daß Beschäftigung gesichert wird und zusätzliche Einstellungen, z.B. über den Abbau von Überstunden, auch wieder möglich werden." (taz, 14.6.) Schulte verschweigt, daß diese Bündnisse in der Regel mit erheblichem Lohnverzicht und Arbeitszeitflexibilisierungen verbunden sind. Zusätzliche Einstellungen wurden durch derart gestaltete Bündnisse nicht vorgenommen. Selbst Zwickels ursprüngliche "Bündnis für Arbeit"-Idee (die immerhin Neueinstellungen als Gegenleistung für Lohnverzicht forderte) wird damit karikiert.

Was bleibt, ist der Versuch, zum korporatistischen Nachkriegsmodell der BRD zurückzukehren. Daran haben Bundesregierung und Kapital nur wenig Interesse. Die Vermutung, daß die Bonner Demonstration lediglich als Druckmittel zur Erreichung dieses Zieles diente, ist nicht von der Hand zu weisen.

Worte des

Vorsitzenden Schulte

"Wenn die Regierung das Sparpaket nicht aufgibt, dann sind die Streiks und Proteste in Frankreich im Winter nur ein müder Abklatsch gegen das, was an Protesten und Wut in Deutschland auf sie zurollt", tönte DGB-Chef Schulte auf einer Kundgebung am 8.6 in Wuppertal. Wenn die Regierung an ihren Sparplänen festhält, "kommt es zu den längsten Streiks in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands", wird Schulte im Handelsblatt vom 10.6. zitiert. Diese Wortradikalität steht im krassen Gegensatz zu Aussagen, die Schulte noch vor einem Monat gestreut hat: "Wir werden auf den Klassenkampf von oben nicht mit dem Klassenkampf von unten antworten." (Handelsblatt, 8.5.) Und dies ist im Gegensatz zu den beiden ersten Zitaten als bare Münze zu nehmen.

Deutlich wird dies an der DGB-internen Auseinandersetzung um die Frage des weiteren Vorgehens gegen die Sparpläne. Aus den kleineren Einzelgewerkschaften wie Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) und aus der IG Medien sind durchaus Stellungnahmen zu hören, die auf eine stärkere Konfrontation orientieren.

So setzt sich der GHK-Vorsitzende Gisbert Schlemmer im DGB für Kundgebungen während der Arbeitszeit ein, die durchaus "Generalstreikcharakter" haben können. Legitimiert sieht sich der GHK-Vorsitzende durch die Satzung seiner Gewerkschaft, in der die Verteidigung des sozialen Rechtsstaats festgeschrieben und damit der politische Streik als politisches Kampfmittel anerkannt ist. Der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, sieht es als "Wahrnehmung demokratischer Bürgerpflichten, am Tag der zweiten und dritten Lesung dieses Gesetzesvorhabens auch deutlich in den Betrieben zu sagen, was man davon hält. Es ist denkbar, daß für kurze Zeit Arbeitsruhe herrscht, daß man vielleicht auch kurzfristig rausgeht. Ein deutliches Zeichen dieser Art sollte gesetzt werden." (Neues Deutschland, 18.6.)

Einen gänzlich anderen Tenor haben die Aussagen aus den großen Gewerkschaften und aus dem DGB. Schulte meint: "Generalstreik ist eine Sache, wo ich Ihnen ganz deutlich sage, das ist ein politischer Streik. Der ist erst einmal von uns nicht gewollt ... Wir haben genügend Instrumente, um uns zur Wehr zu setzen - und die werden wir voll nutzen." (HB, 17.5.)

Für Klaus Zwickel wird die Protestwelle gegen das Sparpaket "kein Streik, schon gar nicht ein Generalstreik" sein. Vielmehr sollen alle demokratisch legitimierten Protestvarianten wahrgenommen werden. Die IG Metall wird nicht gegen eine frei gewählte Regierung und ein demokratisches Parlament streiken. Insofern rät der IG-Metall-Vorsitzende jedem, die Diskussion um Generalstreik "schnellstens zu beenden." (Frankfurter Rundschau, 15.5.)

Es ist offensichtlich, daß mit der Bonner Demo der Protest gegen die Sparpläne in geordneten Bahnen gehalten werden sollte. Wahrscheinlich war der DGB selbst überrascht von der großen Beteiligung an Demonstrationen gegen das Sparpaket oder an Warnstreiks im Öffentlichen Dienst. Diese Stimmung wurde in den Redebeiträgen in Bonn absichtlich gedämpft. Daß von der Gewerkschaftsführung ein großes Interesse besteht, die Proteste nicht überschwappen zu lassen, zeigt auch die schnelle Annahme des Schlichterspruches in der Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes durch die Große Tarifkommission der ÖTV.

Noch drastischer ist die Aufforderung in einem Rundschreiben des DGB an die Landes- und Bezirksverbände, vor dem 27.6. (dem Tag der zweiten und dritten Lesung von Teilen des Bonner Sparpaketes im Parlament) keine weiteren betrieblichen Aktionen mehr durchzuführen. Der 27.6. wird dann "kämpferischen Mittagspausen" vorbehalten bleiben. Das "Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau" hat für den gleichen Tag dazu aufgerufen, in allen Betrieben, Verwaltungen, Schulen und Hochschulen zu streiken.

Die starke Mobilisierung zu Demonstrationen und Warnstreiks in den letzten Wochen sollten allerdings auch nicht überschätzt werden. Ob die TeilnehmerInnen der Aktionen wirklich radikaler als ihre Führungen sind, ist nicht ausgemacht. Daß ein großer Teil der in Bonn Anwesenden vor Ort bzw. im Betrieb für ein Bündnis für Arbeit eintritt, ist zumindest vorstellbar. Die Proteste gegen Schulte waren zwar nicht überhörbar, aber auch nicht vorherrschend. Der größte Teil der DemonstrantInnen hätte mit Sicherheit gern etwas radikalere und schärfere Reden gehört. Ausreichend für einen "Generalstreik" ist diese Stimmung allemal nicht.

"Wir haben kein Patentrezept für das, was unseren Widerstand erfolgreich machen könnte. Aber wir wissen, daß der Trend der derzeitigen Gewerkschaftspolitik, Probleme auf den einzelnen Betrieb und seinen Betriebsrat abzuwälzen, aufgehalten werden muß. Widerstand hat nur eine Chance, wenn er überbetrieblich verabredet und organisiert wird und wenn wir in den Gewerkschaften branchenübergreifende Strukturen dafür entwickeln", heißt es in einem offenen Brief an alle Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen des Ortsvereins Hamburg der IG Medien anläßlich der Bonner Demo.

Die Strukturen des DGB scheinen dazu nicht zu nutzen sein. Kritische GewerkschafterInnen in Städten und Regionen stehen vor der Aufgabe, solche Strukturen zu schaffen. In einzelnen Städten gibt es dafür schon Ansätze.

gg., 20.6.96

3. Die Messen sind gesungen. Die PDS wird regieren, was tun die Linken?

Autor: Ivo Bozic · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:31

Stolpe und Diepgen, sie hatten alles gegeben, ließen sich gemeinsam in allen möglichen Positionen fotografieren, engagierten beste Werbeagenturen, schafften es, fast sämtliche Medien auf ihre Seite zu ziehen und trotzdem. Trotzdem stimmte eine deutliche Mehrheit der BrandenburgerInnen und fast die Hälfte der BerlinerInnen gegen die Länderfusion, so daß dieses SPD-CDU-Projekt nicht durchkam. Einzige politische Organisation und Partei, die geschlossen gegen die Fusion mobil machte, war die PDS.

Die Freude bei den GenossInnen war groß. Zunächst versuchte man, sie nach außen zu verbergen, weil man dem Populismus-Vorwurf der anderen Parteien keine Nahrung geben wollte. Dann aber kam André Brie. Der sagte, was viele fühlten: Die Fusion habe gezeigt, daß die PDS über ihr traditionelles WählerInnenspektrum hinaus in der Lage sei, Mehrheiten hinter sich zu bringen, die Meinungsführerschaft zu übernehmen. Das mag eine sehr unpolitische, weil inhaltsleere Betrachtung sein (für die Forderung "Gutes Wetter!" könnte man sicher Großdemos mit Millionenbeteiligung organisieren), doch André Brie ist schließlich der Wahlkampfleiter der PDS. Wenn er so etwas sagt, dann aus strategischer, wahlpolitischer Überlegung.

Große Aufregung um alte Hüte

So legte Brie denn auch folgerichtig ein Papier vor mit dem Titel "Grundsätze und Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/99: Politische und gesellschaftliche Alternativen denkbar und gestaltbar machen!" Darin findet sich auch ein eindeutiges Bekenntnis zu einer möglichen Regierungsbeteiligung: "Politisches Hauptziel der PDS ist es, die konservative Hegemonie in der Bundesrepublik zu überwinden, die Ablösung der CDU/CSU von der Regierungsmacht auf Bundesebene sowie in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und Berlin auf Landesebene zu erreichen. Die PDS ist bereit, dafür politische Verantwortung zu übernehmen, wenn erstens eindeutige soziale, politische und ökologische Reformen angestrebt und verwirklicht sowie Voraussetzungen für einen sozialökologischen und demokratischen Wandel der Bundesrepublik geschaffen werden und sie zweitens ihren sozialistischen und demokratisch-systemkritischen Charakter aufrechterhalten kann."

Nun ist es für Kenner der PDS nicht verwunderlich, daß der machtorientierte Brie fürs Mitregieren die Stimme erhebt. Er gilt im Karl-Liebknecht-Haus (KLH) seit langem als einer, der "ran will" (KLH-Slang für Regierungsbefürworter). Dennoch gab es einen Aufschrei nach Bries Äußerung. Auf dem Berliner Landesparteitag der PDS wurde er von mehreren RednerInnen, darunter Landeschefin Petra Pau, scharf angegriffen. Selbst PDS-Boß Lothar Bisky bezeichnete ihn (allerdings ohne ihn beim Namen zu nennen) als "Traumtänzer". Die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann forderte in einer Erklärung, die sie später wieder zurückzog, ohne sie allerdings inhaltlich zu widerrufen, sogar den Rücktritt Bries als Wahlkampfleiter.

Was war die Ursache für die Aufregung, und warum kam die Kritik nicht von den ExponentInnen der MitregierungskritikerInnen? Man kann nur spekulieren, ob hier, wie das Berliner PDS-Blatt "Berliner Linke Wochenzeitung" vermutete, Intrigen eine Rolle spielten, oder ob es einfach die Taktlosigkeit war, mit der Brie die Volksabstimmung gegen die Länderfusion als Sieg der PDS ausschlachtete und damit sein populistisches Politikverständnis offenbarte. Seine Position zur Regierungsbeteiligung kann jedenfalls nicht der Grund gewesen sein. Denn schließlich hatte auch Bisky sich nur kurz vorher in der taz ähnlich geäußert. Auch Gregor Gysi hatte bereits im Januar im Deutschlandfunk erklärt, die PDS sei zu Koalitionen mit den Bündnisgrünen oder der SPD "in der Lage und bereit", nur sei dies in der PDS noch umstritten. Doch er fügte hinzu, daß seiner Auffassung nach über zwei Drittel der PDS-Mitglieder sich Beteiligungen an Koalitionen wünschten, "wenn es irgendwann eine gesellschaftliche Mehrheit links" von Union und FDP gebe. Und schließlich hatten Anfang des Jahres die selbsternannten "Testflieger" Roland Claus und Helmut Holter, die PDS-Landeschefs aus Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, das Thema Regierungsbeteiligung bewußt "enttabuisiert" und damit den Diskurs in der PDS erweitert.

Daß Gysi mit seiner Einschätzung der Mitgliedschaft durchaus richtig gelegen haben könnte, zeigte sich bereits im Januar 1995, als auf dem Berliner PDS-Bundesparteitag die Mehrheit der Delegierten dem "5-Punkte-Papier" von Gysi, Bisky und Hans Modrow zustimmte, in dem es heißt: "Die Frage, ob eine

Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS. (...) Die Entscheidung darüber, welche konkrete Rolle sie in einem Parlament spielt (die nicht allein von ihr abhängt), ist je nach Zeit und Situation abhängig davon zu treffen, wie ein Höchstmaß an gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne der programmatischen Zielstellung der PDS erreicht werden kann."

Ja - Regieren

Wörtlich übernommen wurde diese Formulierung in einem Papier, daß der Bundesvorstand bei nur einer Enthaltung (Halina Wawzyniak, AG Junge GenossInnen) am 10.6. in einer geschlossenen Sondersitzung einstimmig beschloß. Das Papier ist eine von Bisky und anderen Vorständlern überarbeitete Version des Brie-Papieres, das nach der Brie-Vorlage aus unerfindlichen Gründen ganz schnell auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Zu diesem Zeitpunkt weilte die populärste Brie- und Mitregierungskritikerin, die PDS-Vizechefin Angela Marquardt, im Urlaub. In dem Papier heißt es weiter: "Die Frage einer Regierungsbeteiligung stellt sich für die PDS deshalb unter gesamtpolitischen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnissen dann, wenn diese die Schaffung oder Bewahrung von Voraussetzungen für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Wandel der Bundesrepublik ermöglichen."

Also im Grunde nichts Neues. Dennoch titelte das PDS-Hausblatt Neues Deutschland am nächsten Tag auf Seite eins: "PDS: Regieren mit Wenn und Aber - Demokratische Sozialisten schließen Beteiligung an Koalitionen nicht mehr aus." Und die Tageszeitung junge Welt schloß sich der ND-Interpretation am folgenden Tag an, kommentierte den Vorfall als "putschähnlich" und stellte fest, daß die PDS "nun doch" mitregieren wolle. In Wirklichkeit aber war kein Bruch geschehen, keine Revolution von Oben hatte auf der Sondersitzung des Vorstandes die Basis überrollt. In Wirklichkeit gab es eine Entwicklung, die das Mitregieren zuerst diskutabel machte und dann im Diskurs immer notwendiger erscheinen ließ. Mit den Tabubrechern aus Magdeburg und Schwerin hatte es begonnen, der stimmungsheischende ND-Titel sollte die Basis nur weiter an den Gedanken gewöhnen, die PDS könne irgendwann einmal MinisterInnen stellen und (wieder) das Regierungszepter schwingen. Überraschend war an der Angelegenheit eigentlich nur, mit welcher Pietätlosigkeit die Debatte ausgerechnet kurz nach dem rechtspopulistischen Realo-Gequatsche aus Sachsen (Ostrowski-Brief, Mittelstands-Thesen) und dem Skandal um den Marzahner PDS-Bürgermeister Harald Buttler wieder in Gang gebracht wurde.

Schuld an der beschriebenen Entwicklung sind allerdings nicht nur die Sozialdemokraten in der PDS. Schuld ist auch die Situation außerhalb der Partei. Zum einen ist die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen bei der ostdeutschen Bevölkerung so groß, daß die PDS in der WählerInnengunst nicht nur nicht absinkt, sondern noch dazugewinnt. Zum anderen ist der Zustand der SPD im Osten (und nicht nur da) nach wie vor so katastrophal, daß sich dort so langsam die Erkenntnis durchsetzt, daß Regierungsgewalt auf Dauer nur mit der PDS erhaltbar oder erreichbar ist. Zumal die Erfahrungen der Großen Koalitionen zeigen, daß sie der SPD letztlich den Hals brechen. Das "Ja" der SPD zu einer Koalition mit der PDS ist nur noch eine Frage der Zeit.

Durch diese innere und äußere Entwicklung (wachsende Machtgeilheit bei PDS-Spitzenpolitikern, wachsender Zuspruch der WählerInnen, in Aussicht stehende Koalitionsbereitschaft der SPD und zunehmende Orientierung auf populistische "Volkspartei" bei PDSlern) hat sich wirklich etwas geändert. Die Sprüche "Veränderung beginnt mit Opposition" und "Alle wollen regieren, wir wollen verändern", die früher einmal wie Postulate klangen, werden nun als Wahlkampf-"Motti" früherer Jahre abqualifiziert und auf die Ebene jährlich wechselnder Motti der Karnevalsumzüge (z.B. "Mr kleve am leve", Düsseldorf 1988) gestellt. In der Tat reichen die flotten Parolen nicht mehr aus. In der Tat steht die Frage nach der Regierungsbeteiligung ganz real.

Regierungsgegner

ohne schlüssige Alternativen

Das war in Mecklenburg-Vorpommern zu beobachten, als die Regierungskrise im Schweriner Schloß ein Ende der CDU-SPD-Koalition in greifbare Nähe rückte und allen klar war, daß die einzige Alternative zu einer Neuauflage der Großen Koalition nach Neuwahlen eine wie auch immer geartete PDS-Beteiligung sein müßte. Und da die PDS in Umfragen teilweise sogar vor der SPD lag, hätte sie sich schwerlich als Tolerierungspartei

einer Juniorpartnerin SPD anbieten können. Die Reaktion der ratlosen Fundis war dementsprechend schwach, im Grunde fast gar nicht zu vernehmen.

Brie hat einfach recht mit seiner Argumentation. In der Tat steht die Frage, welchen Stellenwert man der Ablösung von CDU-Regierungen einräumt. Wenn man deren Politik als rechtsextrem einordnet, was angebracht scheint, dann muß man sich als PDS-Fundi den Vorwurf gefallen lassen, durch Beharren auf Opposition Rechtsextreme an der Macht zu halten, bzw. sie an die Macht zu hieven. Nun kann es ja sein, daß man zu der Erkenntnis kommt, große Koalitionen seien nicht unbedingt das Schlimmste. Sie stärken schließlich nicht nur linke Parteien, sondern vor allem auch außerparlamentarische Kräfte und führen zu einer Polarisierung, die der Linken gut bekommen könnte (allerdings auch den Faschos - und wie es zur Zeit aussieht, wohl eher denen).

Doch wenn man dieser Meinung ist, muß man das auch offensiv vertreten. Sonst wird die PDS erklären müssen, warum sie überhaupt zu Wahlen antritt, wenn hinterher die CDU im Osten an der Macht bleibt. Das würden auch die WählerInnen und die Mitglieder auf Dauer nicht mitmachen. Die einzige Alternative wäre, daß die PDS bei kommenden Landtagswahlen nicht antritt. Doch das ist ebenfalls kaum denkbar. Sicher wäre eine politische, außerparlamentarische, sozialistische Massenorganisation interessant, doch würde sie von ihrer spießig-konservativen Basis schon bald zum regionalistischen Trachtenverein á la Ostrowski und schlimmer geformt werden.

Nein, die PDS wird regieren. Wer Parteipolitik macht, in Parlamente geht und dann noch Erfolg hat, muß dies immer einkalkulieren. Das gehört zum Spiel. Wollen die linken Kräfte in der PDS noch verhindern, daß die PDS diesen Weg geht und künftig - wie jetzt schon in den Kommunen - auch auf Landesebene CDU-SPD-FDP-Politik macht, dann werden sie sich neue Argumente überlegen müssen. Sie müssen erklären, was sie sich von Wahlteilnahmen versprechen, was sie von Parlamentspolitik erwarten, welche Rolle sie als Linke oder Fundis darin spielen wollen.

Die Messen sind gesungen

Haben die GegnerInnen einer Regierungsbeteiligung darauf keine Antworten, wird ihnen irgendwann nichts anderes übrigbleiben, als am Kai dem PDS-Schiff - voll mit Ministern, Staatssekretären und ergeben But(t)lern - hinterherzuwinken und sich den außerparlamentarischen, nicht parteigebundenen Kräften zuzuwenden. Und ihr derzeitiges Nicht-Verhalten scheint wohl tatsächlich an ihrer Wort- und Ratlosigkeit zu liegen, wenn man nicht politische Blauäugigkeit unterstellen will. Die Kommunistische Plattform verhält sich auffällig still, weil man womöglich damit rechnet, mit zu klarer Fundi-Mentalität nicht wenigen in den eigenen Reihen auf den Schlips zu treten, die gern mal wieder den Geruch der Macht atmen würden. Ansonsten ziehen sie sich auf ihre Realo-Position zurück, die PDS würde sich derzeit bei einer Regierungsbeteiligung verschleißen, was eine apolitische Argumentation aus dem Genre Marketingberatung ist.

Die Jungen GenossInnen verschanzen sich hinter der Argumentation, sie seien nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung zu haben, etwa wenn es eine große, mehrheitlich getragene Bewegung gebe, die zu radikalen Umbrüchen in der Gesellschaft bereit wäre. (Und danach sieht es ja nun nicht gerade aus.) Allerdings gehen Gysi, Brie und Co. darauf ein und bringen ähnliche Formulierungen in ihren Papieren unter (siehe oben), interpretieren das aber anders (nämlich: mitregieren, wenn es eine Mehrheit links von CDU und FDP gibt). Die Jungen GenossInnen halten sich damit ein Türchen offen, weil man im Falle einer Mehrheitsentscheidung eine Niederlage fürchtet. Bewußt redet man aneinander vorbei, und die Junge Genossin Halina Wawzyniak stimmt letztlich nicht gegen das Vorstandspapier, weil sie - gefährlich gutwillig - die Gummiformulierungen in ihrem Sinne interpretiert.

Obwohl die Konfrontation von Seiten der Fundis vermieden wird, weil man fürchtet, dabei den kürzeren zu ziehen, üben sie sich dennoch in Optimismus. So beruhigten sich Ellen Brombacher (KPF) und Halina Wawzyniak kürzlich in einem junge Welt-Gespräch unisono damit, daß nach ihrer empirischen Erfahrung die Mehrheit der Basis noch nicht auf Regierungskurs und die Messen deshalb noch lange nicht gesungen seien. Ja, hören die denn nicht die Choräle, die in den Büros des KLH (Brie, Gehrcke, Gysi und Bisky) angestimmt werden. Dort wurde das "Amen" längst gesprochen. Und auch in der SPD-Zentrale wartet man nur noch auf die letzte Absegnung.

Das unschlüssige Geschwanke der Fundis hat seine Ursache in den fehlenden Antworten. André Bries schlüssige Argumentation ist nicht entkräftet. Auf dieser Ebene wird das auch nicht möglich sein. Die, die nicht wollen, daß die PDS zur Regierungspartei wird, werden grundsätzlich klären müssen, welche Rolle die PDS in ihren Vorstellungen von gesellschaftlichem Wandel spielen kann und soll, welchen Wert die Ablösung von CDU-Regierungen für sie hat und welchen Platz sie selbst in der PDS oder außerhalb einnehmen werden, wenn die Partei irgendwann regieren wird. Wenn sie gute Antworten finden, können sie damit argumentieren und auf den Parteitagen um Mehrheiten werben. Vor allem auch auf Landesebene, denn dort wird die Koalitionsfrage als erstes gestellt und entschieden werden. Es braucht eine Strategiekonferenz der Mitregierungsgegner, sonst ist der Durchmarsch der Sozialdemokraten - nicht nur in der Regierungsfrage - nicht mehr zu verhindern.

Ivo Bozic

4. Präsidentschaftswahlen in Rußland: Akrobatik vor der Stichwahl. Jelzin im Spagat

Autor: Ulf Heferle, Moskau · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:15

Als die Bürgerin Ala Pugatschowa Zürich in Richtung Rußland verließ, fiel den Schweizer Grenzbehörden nichts Verdächtiges auf. Frau Pugatschowa reichte dem Beamten ihren roten Paß mit dem in Gold eingeprägten Hammer-und-Sichel-Wappen. Schon nach kurzer Zeit konnte sie die Sperre passieren. Verbindungen zur Kommunistischen Partei Rußlands waren nicht bekannt. Die Reisende hatte nichts zu verbergen. Sie war keine Waffenschmugglerin oder Geldbotin, sondern eine Kulturträgerin, die es für ihre Pflicht hielt, rechtzeitig an der Wahlurne zu erscheinen, um für Jelzin und den Moskauer Bürgermeister Luschkow zu stimmen, wie sie freimütig erklärte. "Wir haben zur Zeit keine Alternative", erklärte die bekannteste Sängerin Rußlands vor der Fernsehkamera. Sollte das eine Entschuldigung sein? Bisher kam Frau Pugatschowa mit jedem irgendwie zurecht. In ihrer profilierten Position hat sie immerhin schon fünf Staatsführer kommen und gehen sehen.

Mit dem öffentlichen Bekenntnis, Jelzin zu wählen, steht Ala Pugatschowa unter den russischen Künstlerinnen und Künstlern nicht allein. Daß irgendeine Berühmtheit aus der Welt der Kunst zur Wahl des KP-Kandidaten Sjuganow aufgerufen hätte, ist nicht bekannt. Der politische Überlebenskünstler Boris Jelzin weiß die Bedeutung des Berufsstandes zu schätzen. Am Tag vor der Wahl, an dem jegliche Wahlwerbung verboten war, lud er bekannte Dichter, Regisseure und Schauspieler in den Georgsaal des Kreml und verlieh Orden für ausgezeichnete Leistungen. So fand sich auch an einem Tag, an dem ich gehofft hatte, mal von der penetranten Jelzin-Werbung verschont zu bleiben, das Gesicht des Präsidenten-Kandidaten wieder auf dem Bildschirm, diesmal umrahmt von sympathischen Künstlern.

Bei der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen werden die Moskauer Intelligenz und die Künstler für Jelzin stimmen. Auch der Großteil derer, die im ersten Wahlgang Grigorij Jawlinski unterstützten, werden ihre Stimme nun Jelzin geben. Nur eine kleine Minderheit wird gegen beide Kandidaten stimmen oder gleich zu Hause bleiben. Intellektuelle und Künstler stimmen für Jelzin nicht aus Überzeugung, sondern wählen ihn als kleineres Übel, z.T. auch mit "zugehaltener Nase", wie es Menschenrechtler Sergej Kowaljow formulierte.

Jelzins unerfüllbare Wahlversprechen

Jedem denkenden Menschen ist klar, daß Jelzin seine Wahlversprechen nicht erfüllen wird.

- Drei Wochen vor der Wahl traf sich Jelzin im Kreml mit dem Führer der tschetschenischen Freischärler, Selimchan Jandarbijew. Am nächsten Tag, Jandarbijew war in Moskau durch die fortlaufenden Verhandlungen gebunden, flog Jelzin in die Gegend von Grosnij und erklärte in einem Militärcamp, der Weg für Friedensverhandlungen sei frei, weil Dudajew tot ist. Es ist eine Illusion und Dummheit von Jelzin, wenn er glaubt, das tschetschenische Volk ließe sich mit Tricks und Gewalt bezwingen.

- Eine Woche vor der Wahl kam es im inguschetischen Nasran zu einer historischen Vereinbarung zwischen der russischen und der tschetschenischen Delegation. Wahlen in Tschetschenien sollen erst nach dem Abzug der russischen Truppen und der Entmilitarisierung der Republik Tschetschenien stattfinden. Nur einen Tag später ordnet der von Moskau eingesetzte Präsident Tschetscheniens, Doku Safgajew, an, daß Tschetschenien sich an den russischen Präsidentschaftswahlen beteiligen werde. Als Jelzin bei seinem Wahlkampfauftritt in St. Petersburg dazu befragt wird, erklärt er, die Machtorgane in Tschetschenien müßten "selbst entscheiden". Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Lobow, erklärte, es gebe "keinen Grund", die Wahlen zu verschieben. Die gemäßigste Position hatte der Vorsitzende des Duma-Nationalitätenausschusses, Sorin, der meint, die Wahlen in Tschetschenien hätten "nur Übergangscharakter".

- In einer monatelangen Kampagne, geleitet von Alexander Lifschitz, dem Finanzexperten im Präsidentenapparat, überwies Moskau Millionenbeträge in die Provinz. Damit sollten die örtlichen Machthaber ausstehende Löhne bezahlen. Pensionäre, deren Sparguthaben 1991/1992 durch die Inflation entwertet wurden, bekamen zwei Wochen vor der Wahl noch schnell eine Entschädigung. Fast in jeder Stadt oder

Fabrik, die Jelzin während seiner Wahlkampftour besuchte, machte er irgendwelche Versprechungen: hier ein Kredit, dort ein Staatsauftrag. Nur selten hörte man Worte wie: "Es ist einfach kein Geld da". Diese Aussage hätte der Finanzpolitik der Jelzin-Regierung mehr entsprochen, sie wäre ehrlicher gewesen. Millionentransfers in die Provinz widersprechen eindeutig der strengen Finanzpolitik, zu der sich die russische Regierung gegenüber dem IWF verpflichtet hat.

Das heißt nicht, daß kein Geld für die Bezahlung ausstehender Löhne und für Staatsaufträge da wäre. Grigorij Jawlinski hat im Wahlkampf immer wieder vorgerechnet, wie der Staat an die nötigen Gelder kommt: durch Eintreibung riesiger Steuerschulden der exportierenden russischen Erdgas- und Ölmonopole, Begrenzung des Kapitaltransfers ins Ausland, Bekämpfung der Korruption.

Roter Süden, weißer Norden

Jelzins Wahlversprechen haben immerhin bewirkt, daß er mit seinem Hauptkonkurrenten Sjuganow gleichziehen konnte und mit ihm jetzt in die entscheidende zweite Runde geht. Wenige Tage vor der Wahl hatten die Meinungsforschungsinstitute noch einen Abstand von 10 Prozent der Stimmen zwischen Jelzin und Sjuganow prognostiziert. Doch entweder die Institute hatten die Lage von Anfang an falsch eingeschätzt oder Jelzins Rating ist kurz vor der Wahl aus unerklärlichen Gründen drastisch gesunken.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation konnte mit dem Wahlergebnis ihres Vorsitzenden den stetigen Aufwärtstrend fortsetzen. Bei der Duma-Wahl 1993 erhielt die KP 12,4% der Stimmen, bei der zweiten Duma-Wahl im Dezember letzten Jahres 22,3%, und bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl erhielt der Kandidat der Kommunisten 32 % der Stimmen. Die demokratische Presse meint, die Kommunisten hätten ihre Wählerpotential ausgereizt. Ob das stimmt, muß sich erst noch zeigen.

Sjuganow siegte insbesondere in den Dörfern, den kleinen Städten, den landwirtschaftlichen Gebieten im Süden Rußlands und in den großen sibirischen Städten mit einem hohen Anteil an Rüstungsindustrie. Im Norden Rußlands dagegen bekam Jelzin die meisten Stimmen. Bemerkenswert ist, daß Gennadij Sjuganow in mehreren Republiken der Russischen Föderation gewann, in denen der amtierende Präsident auf seiner Wahlkampftour von der Führung der Republik mit großen Ehren empfangen worden war (wie in Baschkortostan) oder wo das Oberhaupt der Republik ein traditionell freundschaftliches Verhältnis zu Jelzin hat (wie in Nord-Ossetien).

In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, daß der Kommunist Sjuganow, der sich als Retter des russischen Staates und der russischen Kultur versteht, gerade in den Republiken siegte, wo der Anteil der Russen geringer ist als im Landesdurchschnitt. So führt der Kandidat der Kommunistischen Partei in fast allen Republiken des Wolgaraums und des Nordkaukasus, wo es einen großen muslimischen Bevölkerungsanteil gibt. Sjuganow siegte in Tatarstan (russischer Bevölkerungsanteil 43%) in der Republik Baschkortostan (39%), der Republik Altai (60%), in den nordkaukasischen Republiken Karatschai-Tscherkessien (41%), Nord-Ossetien (30%), und Dagestan (9% russischer Bevölkerungsanteil).

Woran liegt es, daß viele nichtrussische Völker eher kommunistisch als demokratisch wählen? Obwohl doch alle diese Völker seit Stalin zunehmend unterdrückt wurden? Wie ist es zu erklären, daß die Karatschaier, die 1943 vollständig aus dem Westkaukasus nach Kirgisen deportiert wurden und erst 1957 in ihre Heimat zurückkehren konnten, heute kommunistisch wählen? Auf diese Frage gibt es drei Antworten.

- Sjuganow erscheint diesen Völkern im Vergleich zu Jelzin als kleineres Übel. Man wählte den Kommunisten in der Hoffnung, daß er die abgelegenen Regionen Rußlands nicht so vernachlässigt, wie es unter der jetzigen Regierung der Fall ist.

- Die nichtrussischen Völker fürchten eine Zunahme des großrussischen Nationalismus. Aus dem Beispiel Tschetschenien können die nichtrussischen Völker nur eine Lehre ziehen: Die Macht in Moskau ist unberechenbar und geht über Leichen.

- Außerhalb der großen russischen Städte sind Parteistrukturen nur in Ansätzen, teilweise überhaupt nicht vorhanden. Die einzigen, die neben dem illegalen und legalen Business das Leben der Region lenken, sind die alten Kader der KPdSU. In den Gebietseinheiten der Russischen Föderation ist die Polarisierung zwischen Kommunisten und Demokraten viel weniger ausgeprägt als auf der Ebene der "großen Politik" in Moskau. Das gilt übrigens nicht nur für die Provinz sondern auch für Moskau selbst. Am 16. Juni wurde der Bürgermeister

Luschkow mit fast 90 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Seine Konkurrenten aus dem kommunistischen und nationalistischen Lager kamen nicht über 4% der Stimmen hinaus.

Doch auch bei den nördlichen Regionen, die mehrheitlich für Jelzin stimmten, gibt es aus linker Sicht Erklärungsbedarf. Jelzins Wahlkampfleiter Iljuschin zitierte am Tag nach der Wahl immer wieder genüßlich das Beispiel des fernöstlichen Primorje-Gebietes (Hauptstadt Wladiwostok), wo die Bevölkerung trotz extremer wirtschaftlicher Probleme (ausbleibende U-Boot-Aufträge) mehrheitlich für Jelzin gestimmt hat.

Wunschpartner Lebed

Die Polarisierung zwischen Jelzin und Sjuganow und die einseitige Parteinahme der Medien für Jelzin machte es den anderen Kandidaten von Anfang an schwer, sich im Wahlkampf Gehör zu verschaffen. Der einzige Kandidat, dem dies in der Endphase des Wahlkampfs gelang, war der General im Ruhestand, Alexander Lebed.

In der russischen Politik gab es in den letzten fünf Jahren immer Raum für einen Politiker, der vor allem die Interessen der Großmacht Rußland und die Interessen des Militärs vertritt, der den verbreiteten Wunsch nach ein bißchen Ordnung und Rechtssicherheit zu befriedigen versprach. Diese Rolle spielten bisher Wladimir Schirinowski und der ehemalige russische Vizepräsident Alexander Ruzkoj. Schirinowskis Stern ist im Sinken begriffen, und Ruzkoj befindet sich seit seiner Niederlage im Weißen Haus im politischen Abseits. Alexander Lebed scheint nun den Platz einzunehmen, den Ruzkoj und Schirinowski bisher ausfüllten.

Der Popularitätsverlust Schirinowskis läßt sich an Zahlen ablesen. Der Ultranationalist hatte bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen der Russischen Föderation am 12. Juni 1991 (damals existierte die Sowjetunion noch) als Konkurrent von Boris Jelzin 7,9% der Stimmen bekommen. Bei den ersten Duma-Wahlen 1993 erreichte Schirinowskis Partei, die LDPR, noch 23%, bei der zweiten Duma-Wahl im Dezember letzten Jahres bekam die LDPR nur noch 11% der Stimmen. Mit den 5,8%, die Schirinowski bei der diesjährigen Präsidentschaftswahl einfuhr, hat der Krakeeler nun sein bisher schlechtestes Wahlergebnis erzielt. Die Moskauer Zeitung "Sewodnja" sieht in der Hinwendung des Wahlvolks zu Lebed einen positiven Zug. "Lebed spielte buchstäblich die ‚Antischirinowski`-Rolle: Wenn das ‚Phänomen Schirinowski` das Symptom einer Krankheit war, so wurde das ‚Phänomen Lebed` ein Symptom der Gesundung". (Sewodnja, 17.3.) Immerhin: Lebed ist "nur" ein Großrusse, aber kein Antisemit. Er ist für "Recht und Ordnung", aber "mit menschlichem Gesicht". Er ist kein Choleriker und erscheint berechenbar.

Lebed hat in den letzten Jahren gezielt an seiner politischen Karriere gearbeitet. Seinen kometenhaften Aufstieg verdankt er nicht etwa seinem Wahlprogramm, sondern seinem guten Ruf als Militär, der auf Seiten der Demokratie steht (im August 1991 beim Schutz des Weißen Hauses), der bewaffnete Konflikte beenden kann (Transnistrien/Moldawien 1992) und der verspricht, im Land Ordnung zu schaffen und Rußland seine "Würde" wiederzugeben.

Vor einem Jahr reichte General Lebed auf Druck des russischen Verteidigungsministers Gratschow seinen Rücktritt ein. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er das Kommando der 14. Armee im moldawischen Transnistrien geführt. Lebed hatte dort 1992 den Krieg zwischen russisch orientierten Separatisten und moldawischen Regierungstruppen beendet. Lebed zeigte schon damals in seiner Funktion als Kommandeur der 14. Armee einen starken Geltungsdrang. Er nutzte jede Gelegenheit zu Pressekonferenzen, kritisierte den Verteidigungsminister und den Tschetschenienkrieg. Kaum war seine militärische Laufbahn beendet, engagierte er sich an führender Stelle beim Aufbau der Wahlpartei "Kongreß russischer Gemeinschaften". Während der "Kongreß" an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, wurde Lebed in seinem Wahlkreis Tula als Direktkandidat in die Duma gewählt. In seinem neuen Programm tritt Lebed eindeutig für die Marktwirtschaft ein. Im Präsidentschaftswahlkampf trat er als ein Mann auf, der in Rußland für Recht und Ordnung sorgen will, als Mann der Mitte, der es nicht zuläßt, daß es zwischen "Roten und Weißen", zu einem Bürgerkrieg kommt.

Eine der führenden PolitologInnen des Landes, Lili Schewzowa, erklärte in der Wahlnacht, der Aufstieg Lebeds käme nicht von ungefähr. Die Medien hätten Lebed bewußt gut plaziert. Da die Medien Jelzin-freundlich eingestellt sind, stellt sich die Frage, warum der Präsidentenapparat Lebed geholfen hat? Zu Recht hoffte man darauf, daß Lebed das Wählerpotential der Kommunistischen Partei begrenzen werde und daß mit dem Politiker Lebed eher auszukommen ist als mit Jawlinski, geschweige denn mit Schirinowski. Mit Lebed, dem vor allem der Bestand des russischen Staates am Herzen liegt, wird Jelzin sich eher arrangieren können als

mit Jawlinski, der weniger von Rußland "Größe und Würde" redet als von ernsthaften und schmerzhaften demokratischen Reformen im Land.

Ist Lebed also so etwas wie Jelzins geheimer Traumpartner? Einiges spricht dafür. Als Jelzin in einem Interview nach seinem Nachfolger gefragt wurde, antwortete er wörtlich: "Ich kenne diesen Menschen". Dieser Satz ist allen FernsehzuschauerInnen aus den Lebed-Werbefilmen zur Präsidentschaftswahl bekannt. In den Spots antworten einfache Russen mit diesem Satz auf die Frage, wer Rußland gesund machen könne. Dazu wurde dann immer ein Lebed-Porträt eingeblendet.

Lebed befindet sich als drittstärkster Kandidat jetzt vor dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl in einer Schlüsselposition. Die Hauptfrage lautet: Werden die Lebed-Anhänger der Aufforderung des Ex-Generals folgen und Jelzin wählen? Die Schätzungen von Beobachtern in Moskau, wie viele Lebed-Wähler Jelzin ihre Stimmen geben werden, reicht von fünf Prozent (Borowoj) bis 50 Prozent (diverse Experten). Eine Stimme für Lebed im ersten Wahlgang war eine Proteststimme gegen den Kurs der jetzigen Regierung. Lebed wird seinen Wählern erklären müssen, was sich an der Jelzin-Politik jetzt konkret ändern könnte. Der Ex-General, der keine Organisation im Rücken hat, wird seinen Wählern nur schwer zeigen können, wie er die Regierungspolitik beeinflussen will. Mit dem Posten als Sekretär des Sicherheitsrates ist es nicht getan. Im Gegenteil, dieser Posten kann Lebed sein Image kosten: als unbestechlicher Mann der Tat, der lieber zurücktritt, als daß er sich den Mund verbieten läßt und mit der Macht kungelt.

Vereinigung aller Nichtkommunisten?

Wo kann Jelzin bei der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen noch Stimmen holen? Er wird versuchen, mit Grigorij Jawlinski und dem populären Augenarzt Swjetoslaw Fjodorow ins Gespräch zu kommen.

Jawlinski erklärte schon gegen Ende des Wahlkampfs, er kandidiere auch, um Jelzin zu einem demokratischen Reformkurs zu zwingen. Vor der Wahl scheiterten die Verhandlungen zwischen Jawlinski und Jelzin, weil Jelzin zu keinerlei Zugeständnissen bereit war. Jawlinski hatte bestimmte personelle Veränderungen in der russischen Regierung gefordert.

Wenn Jelzin gegen Sjuganow gewinnen will, muß er nicht nur Jawlinskis Wähler gewinnen, in der Regel überzeugte Demokraten, sondern auch die Anhänger Lebeds. Unter diesen gibt es viele, die auch potentielle Wähler der Kommunisten sind. Daß Jelzin diesen Spagat schafft, daß er die Stimmen aller nichtkommunistischen Kandidaten auf sich vereinigen könnte, ist nur schwer vorstellbar.

Ulf Heferle (Moskau, 18.6.1996)

Das Wahlergebnis (in %), +

Jelzin, 35,02

Sjuganow, 31,95

Lebed, 14,73

Jawlinski, 7,42

Schirinowski, 5,78

Fjodorow, 0,94

Gorbatschow, 0,50

5. Benjamin Ramos Vega an Spanien ausgeliefert!

Autor: Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:16

Am Mittwoch, den 5.6.1996, wurde der Katalane Benjamin Ramos Vega um 13.05 Uhr über den Flughafen Berlin-Tegel mit einer Iberia-Linienmaschine an den spanischen Staat ausgeliefert. Die Behörden haben, vorbei an der Öffentlichkeit wie auch der Verteidigung, mit einer Blitzaktion in aller Stille die Auslieferung durchgezogen. Benjamin Ramos Vega, der in Spanien der "Unterstützung des Comando Barcelona der baskischen Organisation ETA" angeklagt werden soll, saß seit seiner Festnahme Ende Januar 1995 sechzehn Monate in Berlin-Moabit in Isolationshaft.

Das Berliner Kammergericht unter dem Vorsitz von Dr. Werner Nöldeke hatte nach einer langwierigen juristischen Auseinandersetzung die Auslieferung schließlich Ende 1995 für "rechtlich zulässig" erklärt. Gegen dieses Urteil hatte Vega vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) geklagt. Am 29.5.96 wies das BVG die Klage ab. Dies teilte das BVG weder der Öffentlichkeit noch der Verteidigung mit. Vielmehr wurde Vegas Anwältin am 31.5., also zwei Tage nach der Entscheidung, auf Nachfrage beim BVG telefonisch versichert, daß ein Beschluß weder gefällt wurde noch akut anstehe. Erst am 4.6. erhielt die Verteidigung den BVG-Text per Post. Daß die Verteidigung von den Karlsruher RichterInnen schlichtweg belogen wurde, hatte den Zweck, der - offenbar schon vorab informierten - Bundesregierung und den betreffenden Polizeibehörden genügend Zeit einzuräumen, um die Auslieferung ohne Öffentlichkeit praktisch vorzubereiten. So konnte die Bundesregierung bereits am Tag der Veröffentlichung des BVG-Textes den unmittelbaren Vollzug der Auslieferung anordnen, wiederum ohne Vega und seine AnwältInnen davon in Kenntnis zu setzen.

Zu dieser sorgfältigen Vorbereitung gehörte auch, daß der Justizminister Schmidt-Jorzig mit einem Brief an den Petitionsausschuß des Bundestages verhinderte, daß der Fall dort behandelt wird. Ignoriert wurde außerdem das laufende Asylverfahren. Noch am 3.6., zwei Tage vor der Auslieferung, war Vegas Antrag auf politisches Asyl vor dem Berliner Verwaltungsgericht verhandelt worden, was sich laut Verwaltungsrichter noch ein halbes Jahr hätte hinziehen können. Der Richter kritisierte in der öffentlichen Verhandlung das Urteil des Kammergerichts als "voreilig" und kündigte an, vor einer eigenen Entscheidung weitere Informationen über die Menschenrechtssituation in Spanien einholen zu wollen. Ebenso gegenstandslos ist die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geworden, mit der erreicht werden sollte, daß die Auslieferung zumindest aufgeschoben wird.

Spuckschutz und Plastikfesseln

Durch den Anruf eines spanischen Journalisten erfuhr Vegas Anwältin am 5.6. um 11 Uhr zufällig von der gerade laufenden Auslieferung. Es gelang ihr, zusammen mit Vegas deutscher Ehefrau noch rechtzeitig zum Flughafen zu kommen. Dort wurden ihnen allerdings von den beiden Berliner Staatsschutzpolizisten KOK Franz und KHK Heyden verboten, mit Vega, der sich im Sicherheitsbereich befand, zu sprechen. Die beiden LKA-Beamten, die auch schon die Festnahme im Januar 1995 gemeinsam mit der spanischen Polizei organisierten, hatten Vega mit Plastikhandschellen die Hände auf den Rücken gefesselt und ihm einen sogenannten "Spuckschutz" angelegt. Das wurde mit Vegas HIV-Infektion begründet. Am Flughafen wurde er spanischen Polizisten übergeben.

Nachdem die Anwältin beim zuständigen Oberstaatsanwalt Eger telefonisch protestiert hatte, wurde ihr erlaubt mitzufliegen. Im Flugzeug war der hintere Bereich gemietet und abgetrennt. Die Anwältin, die nach wie vor nicht mit Vega sprechen durfte, konnte erreichen, daß ihm die Plastikfesseln abgenommen werden. Mit einem Messer aus dem Iberia-Eßbesteck wurden diese dann in einer zwanzigminütigen Aktion durchgesägt, dabei wurde er von den spanischen Polizisten an den Handgelenken verletzt.

In Madrid angekommen, brachte man Vega sofort auf die Krankenstation des Carabanchel-Gefängnisses. Am nächsten morgen wurde er im Beisein seiner baskischen und deutschen AnwältInnen dem Haftrichter beim Sondergericht "Audiencia Nacional" vorgeführt. Wie die baskische Zeitung "egin" berichtete, erklärte seine Anwältin dort, daß Vega die beiden inhaftierten, angeblichen Mitglieder des ETA-Comando Barcelona, "Pipe" San Efinanio und Agurtzane Esquerra, nicht kenne. Diese beiden hatten unter Folter die Aussagen gemacht, auf der die Anklage gegen Benjamin basiert. Der Richter sagte, daß wahrscheinlich noch Ende des Jahres der

Prozeß gegen alle inhaftierten, angeblichen Mitglieder und UnterstützerInnen des Comando Barcelona beginnen werde.

Eine gute Nachricht ist, daß Benjamin bereits von vier Geschwistern einen 40minütigen Besuch (mit Trennscheibe) bekommen konnte. Er beklagte sich darüber, daß die hygienischen Zustände auf der Krankenstation sehr schlecht seien und daß man ihm vegetarisches Essen verweigere.

Proteste

Aus Protest gegen die Auslieferung gab es eine Kundgebung vor dem deutschen Konsulat in Barcelona. Die 50 TeilnehmerInnen wurden von der Polizei vertrieben, wobei es zu einer Festnahme kam. Im Vorort Granollers, wo Benjamin aufgewachsen ist, wurden die Scheiben der Niederlassungen von Daimler Benz und der Deutschen Bank eingeschlagen. An das örtliche Gerichtsgebäude wurde "Freiheit für Benjamin, sofort!" gesprüht. Im baskischen Bilbao zertrümmerten Vermummte die Scheiben der Banco Gipuzciano und warfen zwölf Molotow-Cocktails in das Innere der Bankfiliale.

Internationale Aufstandsbekämpfung

Schon am Nachmittag des 5.6. feierten die staatstragenden spanischen Medien die Auslieferung als Siegesmeldung im Kampf gegen den Terrorismus. Der Erfolg kommt nicht von ungefähr: im letzten Jahr haben auf EU-Ebene mehrere hochrangige und teilweise von Spanien initiierte Treffen zur besseren Koordinierung der europäischen "Terrorismusbekämpfung" stattgefunden. Die Vereinfachung von Auslieferungen war ausdrücklich als Ziel dieser Betriebsamkeit angeführt worden. Der neue spanische Innen- und Justizminister hat in den ersten drei Monaten seiner Amtszeit schon bei allen Regierungen, bei denen Auslieferungsbegehren für angebliche ETA-Mitglieder anhängig sind, persönlich vorgesprochen. Diese Kampagne trägt jetzt Früchte: neben Vega wurden in den letzten Wochen auch insgesamt neun BaskInnen von Frankreich an Spanien ausgeliefert. Der Auslieferung zweier BaskInnen aus Belgien, deren Fall seit 1992 Gegenstand eines heftigen diplomatischen Streits ist, muß nur noch das belgische Parlament zustimmen. In Portugal wurde ein Baske jetzt erneut in Auslieferungshaft genommen, nachdem das spanische Auslieferungsbegehren ursprünglich abgelehnt und der Mann schon freigelassen worden war.

In all diesen Ländern hat es in den letzten Jahren langwierige juristische Konflikte um spanische Auslieferungsbegehren gegeben, in denen immer die Menschenrechtssituation in Spanien im Mittelpunkt stand. Daß die gegen Spanien erhobenen Vorwürfe berechtigt sind, belegt eindrücklich der im März dieses Jahres veröffentlichte Bericht der Europäischen Kommission zur Verhütung von Folter: hunderte politische Gefangene werden jährlich mit Schlägen, Erstickungen, Elektroschocks, Vergewaltigungen gefoltert. Gegen praktisch die gesamte Führung des Staatsapparates, der Polizeien, Geheimdienste und des Militärs wird wegen ihrer Verwicklung in die Aktivitäten der Todesschwadrone GAL ermittelt. Der Antiterrorspezialist Enrique Galindo, der noch im August 1995 zum General und Berater des Innenministeriums befördert wurde, sitzt inzwischen auch im Gefängnis: einer seiner Kollegen sagte aus, daß Galindo an den Folterungen von Lasa und Zabala in einem Gebäude des Innenministeriums beteiligt gewesen sein soll. Lasa und Zabala, zwei baskische Flüchtlinge in Frankreich, waren von der GAL 1983 entführt und später gefoltert, ermordet und verstümmelt aufgefunden worden (siehe ak 382, September 1995).

Daß in Spanien gefoltert wird, ist offensichtlich. Deshalb kam auch das Berliner Kammergericht nicht umhin, die Auslieferung von Vega vorerst von Garantien der spanischen Behörden über die Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen. Mit dem späteren Urteil zur Auslieferung setzte sich das Gericht über den eigenen Beschluß hinweg. Das Kammergericht hat sich dem politischen Druck aus Bonn und Madrid gebeugt. Das BVG kooperierte heimlich mit der Bundesregierung und den Polizeibehörden und fällte dazu noch ein Urteil, das auch bürgerlichen Humanitätsvorstellungen ins Gesicht schlägt, um die Auslieferung zu ermöglichen. Daran läßt sich eine Tendenz ablesen, die genauso auf die entsprechenden Verfahren in anderen Ländern zutrifft: die Entscheidungsgewalt in politischen Auslieferungsverfahren wird auf die Ebene der Geheimdienste, Polizeien und Innenministerien gehoben und findet im Rahmen gegenseitiger Verpflichtung im Schengener Abkommen statt. Entscheidungen werden unabhängig von der Menschenrechtslage getroffen und unabhängig davon, was einzelne Gerichte sagen - falls sie überhaupt noch gefragt werden. Spanien hat in diesem Frühjahr ein informelles, politisches Abkommen über die Abschiebung baskischer Militanter vereinbart. Die Abmachung besagt, daß in Frankreich verhaftete BaskInnen zuerst dort

verurteilt werden und nach Strafende an die Grenze gebracht und dort der spanischen Polizei übergeben werden sollen. In Spanien erwartet sie dann ein neuer Prozeß.

Verrechtlichung von Folter

Noch im Februar 1995 hatte die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes Jutta Limbach mit dem Blick auf die zahlreichen anhängigen Beschwerden gegen die Asylrechtsnovelle großmäulig angekündigt, das BVG lasse sich nicht zum Exekutionsorgan der Bonner Politik machen - um genau drei Monate später mit der Segnung der Kantherschen Abschiebepraxis genau das zu tun. Die (geringen) Hoffnungen, die wir auf das Beharrungsvermögen von scheinbar gegenüber den politischen Vorgaben auf ihre Unabhängigkeit pochende Gerichte gesetzt haben, sind nicht zum Tragen gekommen. Auch wenn die Feststellung des Berliner Kammergerichtes, daß in Spanien gefoltert werde, für einige Aufregung gesorgt hat, haben sich die Gerichte sehr gut in ihre Rolle eingefügt.

Das BVG weiß, woher der Wind weht und geht in vorauseilendem Gehorsam gleich einen Schritt weiter. Die Folter wird nicht defensiv geleugnet, sondern offen legitimiert: "das Kammergericht geht auch zutreffend davon aus, daß mit der Auslieferung des Beschwerdeführers elementare Anforderungen des Rechtsstaates oder gar der völkerrechtliche Mindeststandard auch dann nicht verletzt würden, wenn die Anschrift der Wohnung, in der der vom Beschwerdeführer unterzeichnete Mietvertrag gefunden wurde, nur aufgrund einer Aussage bekannt wurde, die durch Folter eines anderen Verdächtigen herbeigeführt worden war" (aus der Ablehnung von Benjamins Beschwerde). Folter ist zwar (noch) nicht juristisch sanktioniert, aber die dadurch erhaltenen Erkenntnisse sind damit schon gerichtsverwertbar.

Die Klage wurde von drei RichterInnen des Zweiten Senats bearbeitet: die dem Opus Dei nahestende Lebensschützerin Katrin Graßhof, die ehemalige Berliner Justizsenatorin und Sozialdemokratin Jutta Limbach sowie ein gewisser Herr Kirchhof. Ein Verfassungsrichter, der nach dem Asylurteil seinen Abschied nehmen mußte, Ernst-Wolfgang Böckenförde, konnte nicht mehr an der Entscheidung mitwirken. Der als "progressiv" verschriene Staatsrechtler, wie Frau Graßhof engagierter Lebensschützer und wie Frau Limbach Sozialdemokrat, setzt seine Laufbahn als Herausgeber der renommierten JuristInnenzeitschrift "der Staat" fort. Unter seiner Ägide erschien in der Frühjahrsausgabe eine lange Abhandlung mit dem Titel: "Darf der Staat ausnahmsweise foltern?", die von der Welt am Sonntag am 12.5.1996 begierig nachgedruckt wurde. In dem Artikel wird gefordert, daß Folter an politischen Gefangenen in der BRD zumindest diskutiert und perspektivisch auch verrechtlicht werden muß, um dem Staat zur Abwehr einer zukünftigen Bedrohung durch "Terrorismus" bereitzustehen. Verbrämt wird das ganze mit einer an Peter Singer erinnernden, neoutilitaristischen Mathematik, in der das Leiden eines einzelnen "Terroristen" natürlich weniger wiegt als das Wohl des Staates. Böckenförde ist kein Neuling auf dem Gebiet. Um das Wohl des Staates sorgte er sich schon im deutschen Herbst, dessen nachträglicher Legitimierung er in den 80er Jahren eine ausgiebige publizistische Tätigkeit widmete.

Für das in diesen Kreisen verfolgte Ziel der Verrechtlichung von Folter ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ein weiterer Baustein.

Gruselkabinett

Wir kommen nicht umhin festzustellen, daß uns im Laufe des Auslieferungsverfahrens überall an entscheidenden Stellen gestandene SozialdemokratInnen begegnet sind, die sich in einer Art und Weise für den Staat einsetzen, wie es dem Bluthund aus der Parteigeschichte würdig gewesen wäre. Da ist der Berliner Kammerrichter Nöldeke, der Vega noch im April 1996 mit sofortiger Zwangsernährung im Falle eines eventuellen Hungerstreiks drohte. Das scheint sein Steckenpferd zu sein: er forderte schon in den 80er Jahren, hungerstreikenden Gefangenen das Trinkwasser zu entziehen oder sie durch die "Tortur der Zwangsernährung" (O-Ton Nöldeke) gefügig zu machen. Da ist Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, die - als fortschrittlich geltend - mal schnell den Ergebnissen von Folter höchstrichterliche Weihen verleiht. Nicht zu vergessen Böckenförde, der - ganz Lebensschützer - in der Freizeit das Ungeborene verteidigt und werktags darüber sinniert und sinnieren läßt, was alles erlaubt sein muß, um Gefahr vom Staat abzuwenden. Ein Gruselkabinett.

Solidaritätskomitee

Benjamin Ramos Vega

Wer weitere Informationen möchte oder Benjamin besuchen will, melde sich bei uns: Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstraße 9, 10963 Berlin; Fax 030 - 2518539

Schreibt an Benjamin (möglichst in spanisch): Benjamin Ramos Vega, Centro Penitenciario Madrid I Hombres (Modulo Enfermeria), Apartado 2700728044 Madrid, Spanien

Wir brauchen Spenden für Besuche und die geplante internationale Prozeßbeobachtung: M. Wegner, Konto 771781104, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10

6. Mörderische Abschottungspolitik

Autor: Mark Holzberger, Ulla Jelpke · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:01

Innerhalb nur eines Vierteljahres wurden 1995 im Oder/Neiße-Gebiet der deutschen Ostgrenze sieben Menschen tot geborgen, die offenkundig bei ihrer Flucht in die BRD ertrunken waren. Die taz listete die toten Flüchtlinge in einem Bericht vom 3.8.95 auf: Zwei Personen wurden am 30.4. in Aurith tot geborgen, jeweils eine Person am 9.5. in Görlitz (Neiße), am 27.5. in Hohenwutzen, am 3.6. in Brieskow-Finkenherd, am 7.6. in Lodenau und am 14.7. in Eisenhüttenstadt.

Insgesamt sind zwischen 1993 und 1995 37 Menschen tot an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland aufgefunden wurden. Allein 1995 waren es elf Menschen, wie aus einer Antwort der Bundesregierung hervorgeht. (Drs. 13/4431)

Eine Überprüfung ihrer Angaben macht die Bundesregierung unmöglich, da sie Datum und Ort der Auffindung der Toten nicht angibt. Die Frage nach der Anzahl von Flüchtlingen unter diesen 37 Toten wurde von Bundesinnenminister Kanther mit dem zynischen Hinweis vom Tisch gefegt, bei einem in der Neiße ertrunkenen Pakistani, einem in den bayerischen Alpen erfrorenem Bosnier oder in einem Container erstickten Türken wisse man nicht, ob es sich bei diesen Personen um einen Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention gehandelt habe. Die tot aufgefundenen Personen hätten ja in der Bundesrepublik kein Asylverfahren durchlaufen.

Nach Erkenntnissen von Flüchtlingsgruppen, wie der Berliner "Forschungsstelle Flucht und Migration" und dem europäischen Netzwerk "United for Intercultural Action", sind in den letzten drei Jahren mindestens 167 Flüchtlinge an den militärisch "gesicherten" Außengrenzen der Europäischen Union zu Tode gekommen.

In den Selbstmord getrieben

Flüchtlinge versuchen, Rasierklingen zu schlucken oder sich die Pulsadern aufzuschneiden - manche sogar mehrfach hintereinander. Andere probieren, sich an ihren Hosenträgern oder auch nur an ihren Schuhbändern zu erhängen. Oder sie rennen mit dem Kopf an eine Wand. Sie übergießen sich mit Benzin und zünden sich an oder werfen sich vor einen Zug.

In der zweiten Jahreshälfte 1995 nahmen sich drei in Abschiebehaft genommene Menschen das Leben. (Drs. 13/3801) Damit haben allein im vergangenen Jahr acht AusländerInnen in einem deutschen Abschiebegefängnis Selbstmord begangenen. Seit der Grundgesetzänderung zur faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl 1993 sind die Zahlen der Abschiebungen um mehr als 300% gestiegen und die Zahl der Selbstmorde hat sich auf 23 erhöht. 3.000 bis 5.000 Menschen ausländischer Herkunft sitzen gegenwärtig in Abschiebehaft. Tage-, wochen-, monatelang werden Menschen Haftbedingungen unterworfen, ohne eine Straftat begangen zu haben. Mehr als 95% von ihnen haben nichts anderes "verbrochen", als hier Zuflucht oder Arbeit zu suchen.

Nach einer Übersicht aus acht Bundesländern gab es allein im Zeitraum Juli bis Dezember 1995 neun Selbsttötungsversuche in bundesdeutschen Abschiebeknästen. Ebenfalls acht Bundesländer gaben an, daß sich dort seit 1993 mindestens 13 abgelehnte AsylbewerberInnen das Leben genommen haben. (Drs. 13/3567) 31 Menschen haben sich angesichts einer bevorstehenden Abschiebung zum Teil schwere körperliche Verletzungen beigebracht bzw. versucht, sich umzubringen.

Selbstmorde und Selbstmordversuche sind auch 1996 Folge des unbedingten Abschiedungswillens der Bundesregierung: Ein kurdischer Asylbewerber erhängte sich in Delmenhorst wenige Tage vor seiner Abschiebung. Ein Algerier erlitt schwere Verletzungen, als er sich einer Zwangsvorführung zum Erhalt seines Abschiebehaftbefehls durch Flucht zu entziehen versuchte. In Bremen legte eine Person am Tag ihrer Rückführung Feuer in ihrer Abschiebehaftzelle. Wenige Tage vor seiner Abschiebung warf sich Ende Februar ein Staatsbürger der Elfenbeinküste in Baden-Württemberg vor einen fahrenden Zug und starb.

Dennoch sieht sich die Bundesregierung nicht veranlaßt, auf die für die Durchführung von Abschiebungen zuständigen Bundesländer einzuwirken. Der Bundesinnenminister unterstellt den verzweifelten Menschen, sie hätten "nicht ernsthaft Selbstmord" begehen, "sondern lediglich ihre Abschiebung verhindern" wollen.

Das "Flughafenverfahren"

Ein hinsichtlich der Situation von Flüchtlingen weitgehend unerforschtes Feld ist das sog. Flughafenverfahren. In ihrer Verzweiflung haben nach Auskunft der Bundesregierung im letzten Jahr zehn Menschen allein im Transitbereich des Frankfurter Flughafens versucht, sich das Leben zu nehmen. (Drs. 13/3769) Für die anderen vier bundesdeutschen Flughafen-Transitbereiche (Düsseldorf, Hamburg, Berlin-Schönefeld und München) konnte oder wollte die Bundesregierung keine Angaben veröffentlichen.

Die sanitären Einrichtungen des Transitbereichs sind nach einer Feststellung des Kirchlichen Diensts am Frankfurter Flughafen "vollkommen unzureichend". Für den Sozialdienst unstrittig, "daß sich die Unterbringungssituation - zumal bei steigender Verweildauer der Flüchtlinge - auf die psychische Verfassung der Betroffenen auswirkt und zu Reaktionen, wie Apathie, Depressionen, Aggressivität (auch gegen sich selbst) bis hin zu Suizidversuchen beiträgt."

1995 mußten sich 99 Personen über 25 Tage im Transitbereich aufhalten; 34 von ihnen blieben dort länger als 40 Tage. Über 100 Tage mußten vier Personen bleiben. Der längste Aufenthalt betrug 187 Tage. Neben den Flüchtlingen, die versucht hatten, sich das Leben zu nehmen, mußten fünf weitere Flüchtlinge im letzten Jahr aufgrund von Krankheitserscheinungen, die auf die lange Verweildauer im Transitbereich zurückzuführen sind, in psychiatrische Krankenhäuser verlegt werden.

Die Bundesregierung bestätigte außerdem für das Jahr 1994 weitere zwei Selbsttötungsversuche im Frankfurter Flughafentransit. Auf die Frage nach den Konsequenzen aus dieser ungeheuerlichen Anzahl von Selbstmordversuchen und psychischen Erkrankungen antwortete die Bundesregierung: "Beibehaltung des hohen Standards."

Abschiebepraktiken

Im November vergangenen Jahres hat das "Antirassismusbüro Bremen" den Fall des 25jährigen algerischen Staatsangehörigen Abdelouahab H. dokumentiert. Zum Zwek-ke des Vollzugs der Abschiebung wurden ihm im November 1995 "die Hände auf den Rücken gebunden, während ihm ein BGS-Beamter ein Klebeband von den Füßen bis zum Hals wickelte: H. konnte sich nicht mehr bewegen, er war verschnürt wie ein Paket. Etwa 15 bis 20 Abschiebehäftlingen ging es genauso." Damit H. nicht auf die Toilette gehen müsse, habe er vor seiner Abfahrt aus Bremen stundenlang nichts mehr zu essen oder zu trinken erhalten.

Der leitende Polizeidirektor beim Grenzschutzamt Frankfurt/M. bestätigte gegenüber der Frankfurter Rundschau, daß der BGS abzuschiebenden Asylbewerbern "in Einzelfällen" nicht nur die Hände hinter dem Rücken zusammenbinde, sondern auch ihre Beine von den Fußknöcheln bis zu den Knien mit "Klebebändern" umwickeln würde. Zum Schutz der Haut werde Paketpapier untergelegt. Die bewegungsunfähigen Menschen würden dann von Beamten ins Flugzeug getragen. (FR, 29.11.95)

In einem vom Hessischen Rundfunk im Herbst 1994 ausgestrahlten Interview berichtete ein auf der Strecke Frankfurt/M.-Lagos eingesetzter Lufthansa-Kapitän über die Abschiebung eines nigerianischen Staatsangehörigen an: "Bei mir erschienen zwei Stewardessen [...] und zeigten sich völlig schockiert. [...] [Da] lag ein Nigerianer in Rückenlage, die Hände auf dem Rücken gefesselt, die Augen weit aufgerissen, die Hose durch das Handgemenge tief heruntergezogen. Ein BGS-Beamter mit dem Knie auf der Brust des Nigerianers war damit beschäftigt, den hilflosen Mann mit einem Klebeband einzuwickeln. Die Nasenlöcher des Mannes waren gerade noch frei zum Luftschnaufen. Blut am Klebeband. Auch die Beine wurden mit Tape umwickelt, Oberschenkel, die Füße und nochmals von oben nach unten, wie eine Rolle Teppichboden für den Transport fertiggemacht. Auf meine Frage, was das alles werden solle, entgegnete der BGS-Mann: ‚Wer Widerstand leistet, fliegt halt so mit`."

Die Bundesregierung teilte auf unsere Anfrage mit, daß der BGS "Handschellen, Leib- und Plastikhandfesseln" und "reißfeste Klebebänder im erforderlichen Umfang" einsetzen würde. Die von uns angesprochenen Fälle, in denen der Körper von Flüchtlingen fast völlig mit Klebeband umwickelt worden waren, wurden von der Bundesregierung nicht dementiert. Die Praktik, Flüchtlinge wie Teppichrollen zu behandeln, wurde mit dem Hinweis gerechtfertigt, es würde hiermit gegenüber "gewalttätigen Ausländern die Durchführung ihrer Ausreisepflicht gewährleistet". (Drs. 13/4267)

Tödliche Knebelung

Im Juli 1994 sollte der nigerianische Staatsangehörige Kola Bankole abgeschoben werden, nachdem bei dem sozialdemokratischen Oppositionellen ein halbes Gramm Cannabis gefunden wurden - eine Menge, dessen Besitz nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht straflos sein sollte.

Nicht so bei Bankole. Er wurde mit zahlreichen Fesseln, einschnürendem Brustgurt und bäuchlings überkreuzten Armen an einen Flugsitz gefesselt. Nach heftigem Kampf wurde Bankole ein Knebel eingesetzt und wenige Minuten später wurden ihm psychopharmakologische Medikamente injiziert. Kurz darauf wurde noch vor dem Abflug der Tod Bankoles festgestellt. In der Antwort der Bundesregierung (Drs. 13/4145) wurde das Verhalten der BGS-Grenzpolizisten als "gerechtfertigt und verhältnismäßig" bezeichnet. Man habe lediglich auf Bankoles "erheblichen Widerstand" reagiert. Zudem habe Bankole - unter Hinweis auf seine vorgebliche Aidserkrankung - angeblich gedroht, die an der Abschiebung beteiligten BGS-Beamten zu beißen. Daraufhin sei Bankole ein sog. "Beißschutz" angelegt worden.

Der Bankole eingesetzte Knebel bestand aus "ineinandergestülpten Socken, durch die ein Gurt gezogen war". Angebracht wurde dieser Knebel durch einen "in Rückführungsangelegenheiten seit über zehn Jahren erfahrenen BGS-Beamten", der diesen "Beißschutz" auch selber entwickelt hatte. Während von hinten zwei BGS-Beamte Bankole mit dem Brustgurt festhielten und ein BGSler - wie an einer Trense - den Knebel in den Mundbereich Bankoles hineinzog, preßte ihm ein vierter Grenzpolizist den "Beißschutz" von vorne ins Gesicht, so daß dessen Handfläche die Atmungsmöglichkeiten Bankoles noch weiter einschränkte.

Auf eine Schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Manfred Such antwortete die Bundesregierung am 7.2.1996: "Gesetzlich sind keine besonderen Fesselungsmittel vorgeschrieben. [...] Nach Abschnitt V der Verwaltungsvorschrift zu §8 UZwG [Gesetz zur Anwendung unmittelbaren Zwangs; Anm. ak] soll mit ‚zugewiesenen Fesseln` gefesselt werden. Stehen diese jedoch nicht zur Verfügung, können ‚sonstige geeignete Fesselungsmittel` eingesetzt werden. Einen dienstlich zugewiesenen Beißschutz gibt es beim Bundesgrenzschutz nicht. Somit konnte der BGS im Falle des nigerianischen Staatsangehörigen Bankole nur auf andere, also auch auf selbst erstellte Hilfsmittel zurückgreifen [...] Es liegen keine Erkenntnisse vor, demzufolge der im Fall Bankole verwendete Beißschutz sachwidrig war, namentlich ein Erstickungsrisiko beinhaltete." Bankole sei allerdings nicht an dem Knebel erstickt, sondern infolge einer "nicht erkennbaren Herzanomalie" gestorben (Drs. 13/4145, S. 3) Darüber hinaus hält die Bundesregierung aber auch eine "chronische und akute Kreislaufschwäche" für den Tod Bankoles für mitursächlich. (Drs. 13/4145, S. 11)

Tatsächlich aber waren bei dem Versuch, Bankole wiederzubeleben, Unterblutungen der Augenbindehaut festgestellt worden - ein an sich unzweideutiges Anzeichen für eine Erstickung. (Unbequem - Zeitung der BAG Kritische PolizistInnen, Dezember 1995, S. 20) Ein sog. "Beißschutz" darf aus medizinischer Sicht - wie z. B. bei Epileptikern - nur zur Eigensicherung der betroffenen Person eingesetzt werden. Im Falle von Bankole wurde der Knebel aber zur "Sicherung" der eingesetzten BGS-Beamten verwandt. Warum aber wurde Bankole, wenn überhaupt, dann nicht ungefährlicher "Beißschutz" - in Form z.B. eines Eishockeyhelms - aufgesetzt? Bankole war bereits an Händen und Füßen gefesselt. Gleichzeitig zogen die BGSler am Brustgurt und am Knebel. Schließlich war ihm ein muskelentspannendes Psychopharmakon injiziert worden. Hätte Bankole - bewegungsunfähig gefesselt und geknebelt -überhaupt die Möglichkeit gehabt, die von ihm erwartete "freiwillige" Aufgabe seiner Widerstandshandlungen für die BGS-Beamten sichtbar anzuzeigen? Die Bundesregierung empfahl unverdrossen "verbale Äußerungen".

Aus den Niederlanden und Großbritannien sind 1992 bzw. 1993 zwei Abschiebungsfälle bekannt (Konstantin Rudero und Joy Gardner), in denen die Anwendung von Zwangsmitteln zum Tod bzw. zu schwerer Verletzung geführt hatte. Daraufhin verfügten die Regierungen in Den Haag bzw. London ein Verbot des Einsatzes von Knebeln bei Abschiebungen. (Vgl. Amnesty International: United Kingdom - cruel, inhuman and degrading treatment during forcible deportation, London 1994) In der BRD sind dem BGS seit dem 11. November 1994 Maßnahmen untersagt, "bei denen der Mund eines Betroffenen durch Anwendung unmittelbaren Zwangs geschlossen wird". Eine Begründung für das Verbot, "Hilfsmittel einzusetzen, die die freie Atmung des Betroffenen beeinträchtigen" hält die Bundesregierung für "nicht erforderlich". (Drs. 13/4267) Das Verbot ist nicht gesetzlich verankert, es handelt sich lediglich um eine Anweisung, die jederzeit wieder aufgehoben werden kann.

Mark Holzberger, Ulla Jelpke MdB

7. Die Erosion des Flüchtlingsrechts. Das BVG-Asylurteil und die Europäische Union

Autor: Claudia Roth und Petra Hanf, Europagruppe DIE GRÜNEN · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:35

Sommer 1991: Die Debatte um die Abschaffung des Asylartikels im deutschen Grundgesetz läuft sich heiß. Um europäische Lösungen nicht zu blockieren, müsse der Artikel 16 verändert und das individuelle Grundrecht auf Asyl eingeschränkt werden, lautete die Argumentation der CDU damals. (1) Es wurde suggeriert, die anderen EU-Staaten übten Druck in Richtung auf eine Verfassungsänderung aus, dem sich die Deutschen nicht entziehen könnten.

Die Wirklichkeit sah natürlich anders aus: Niemand übte Druck auf Deutschland aus. Im Gegenteil - in einem Bericht des französischen Senats stand damals schwarz auf weiß zu lesen, die deutsche Delegation habe die Franzosen ermuntert, auf eine Änderung der Rechtslage in Deutschland zu drängen. Niemand in der Europäischen Union - außer der Bundesregierung selbst - hatte Interesse an einer Verschärfung des deutschen Asylrechts; allenfalls wollte man sicherstellen, daß die Asylsuchenden dann auch in Deutschland blieben.

Die Bundesregierung war es letztlich selbst, die alles daran setzte und setzt, zu einer europäischen Lösung der Asylfrage zu kommen. Denn nur die verspricht in ihrem Sinne eine "Entlastung" der Situation in Deutschland, sprich eine geringere Anzahl von Asylsuchenden. Auf der Revisionskonferenz zum Maastrichter Vertrag will die Bundesregierung eine Vergemeinschaftung der Asylpolitik erreichen; gelingt das, hätten die restriktiven Maßnahmen, die von den Innen- und Justizministern der EU bzw. den zuständigen Gremien erarbeitet werden, endlich eine Chance, auch national verbindlich zu werden. (2) In der praktischen Zusammenarbeit auf der Basis des geltenden Vertrages hat "aus deutscher Sicht die weitere Behandlung des Themas Lastenteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen höchste Priorität", heißt es in einem Bericht des Bundesinnenministeriums (BMI) vom März diesen Jahres.

Dieses politische Anliegen erhält nun - Schutz von Grundrechten, Schutz von Asylsuchenden hin oder her - vom Bundesverfassungsgericht höchsten Segen. Sicher müßte man sich zu Recht ein zu einfaches Weltbild vorwerfen lassen, wenn man behaupten würde, Kanther habe den Bundesverfassungsrichtern den Urteilstext diktiert. Aber befremdlich wirkt es doch, wenn man an hervorgehobener Stelle des Urteils nahezu direkt auf die europapolitisch aktuelle Zielrichtung des Innenministeriums stößt. Die Verfassungsänderung biete, so steht es da, die "Grundlage, durch völkerrechtliche Verträge eine europäische Gesamtregelung der Schutzgewährung mit dem Ziel einer Lastenverteilung zwischen den beteiligten Staaten zu erreichen. In Abwendung vom Konzept allein innerstaatlicher Regelung würden aus einem sicheren Drittstaat anreisende Asylbewerber auf den anderweitigen Schutz verwiesen, den ihnen der sichere Drittstaat bietet."

Die Drittstaatenregelung wurde schon in den Achtzigern mit dem Schengener Abkommen (ursprünglich im übrigen noch mit einem Verfassungsvorbehalt wegen des deutschen Grundgesetzes) fixiert und schließlich mit dem im asylpolitischen Teil analogen Dubliner Abkommen EU-weit als Modell für Europa bekräftigt. Diese Regelung ist die Basis der europäischen Asylpolitik. Von den nicht-staatlichen Organisationen wurde sie zunächst grundsätzlich abgelehnt. Als sie dann umgesetzt wurde, versuchte man, inhaltliche Anforderungen zu stellen: Ein Asylsuchender könne nur dann von einem EU-Staat an einen anderen überstellt werden, wenn sowohl die Anerkennungskriterien, d.h. der Flüchtlingsbegriff, als auch das Verfahren in allen EU-Staaten kongruent seien. Denn sonst gliche der Ausgang eines Asylverfahrens ja einem russischen Roulette.

Dieses Anliegens nahmen sich die Innen- und Justizminister dann auch an - allerdings aus anderen Interessen und mit einer anderen Zielrichtung, als es die Flüchtlingsorganisationen erhofft hatten. Um einen Staat nicht gegenüber einem anderen für Asylsuchende attraktiver zu machen, nutzte man die Gelegenheit, um wie üblich eine Angleichung der rechtlichen Vorschriften auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu verabreden.

Im November vergangenen Jahres - wenige Tage, nachdem das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) seinen weltweiten Flüchtlingsbericht vorstellte, in dem von einen Anstieg der Flüchtlingszahlen auf weltweit 25 Millionen gesprochen wurde - einigten sich die Innen- und Justizminister auf einen gemeinsamen Standpunkt zur Auslegung des Flüchtlingsbegriffs in Artikel 1 der Genfer

Flüchtlingskonvention. Dieser Standpunkt legt u.a. fest, daß nur diejenigen Flüchtlinge anerkannt werden sollen, die durch staatliche Stellen verfolgt werden. Diejenigen, die in der Türkei verschleppt und gefoltert, die in Algerien auf offener Straße bedroht oder in Bürgerkriegen durch "ethnische Säuberungen" gefährdet sind, sollen nun EU-weit nicht mehr als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention gelten. Sie haben nur noch eine Chance, wenn staatliche Stellen die Verfolgung fördern oder stillschweigend billigen.

In Übereinstimmunng mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts interpretiert die Bundesregierung diesen Standpunkt so: Von politischer Verfolgung könne "bei Verfolgungshandlungen Dritter nur dann gesprochen werden, wenn der Staat hierfür zumindest mittelbar verantwortlich ist. Dies ist auch dann zu bejahen, wenn der Staat bei Einsatz der an sich vorhandenen Mittel in der Lage wäre, die Betroffenen gegen Übergriffe zu schützen, jedoch untätig bleibt. An einer Zurechenbarkeit fehlt es indes, wenn der Staat zur Verhinderung von Übergriffen nicht in der Lage ist oder wenn die staatliche Ordnung zerfallen ist (Anarchie)." Flüchtlinge aus Somalia oder Liberia haben Pech gehabt, denn dort wird es den Behörden des asylsuchenden Staates hinreichend schwerfallen, staatliche Stellen auszumachen, die die Verfolgung "stillschweigend billigen".

Diese Sichtweise verstößt eindeutig gegen international verankerte Prinzipien des Flüchtlingsrechts und stieß dementsprechend auch auf massive Kritik des UNHCR. Bisher wurde eine derartige Regelung nur in vier EU-Staaten - Frankreich, Deutschland, Italien und Schweden - praktiziert. Und obwohl die "gemeinsamen Standpunkte" der Innen- und Justizminister nicht rechtsverbindlich sind, wird es wohl nicht lange dauern, bis alle EU-Staaten sie in innerstaatliches Recht umgesetzt haben und damit über die Grenzen der EU hinaus neue Maßstäbe im Flüchtlingsrecht setzen.

Den gleichen Effekt wird die im Sommer '95 unter deutscher Präsidentschaft erarbeitete Entschließung bezüglich der Mindestgarantien für das Asylverfahren haben. Auch hier wurden die geringsten nationalen Standards zum Ausgangspunkt genommen, insbesondere was die "offensichtlich unbegründeten Asylanträge" betrifft. So soll die Einlegung von Rechtsmitteln keine aufschiebende Wirkung mehr haben; die Entscheidung der Berufungsinstanz könnte also nach der Abschiebung in einen anderen Staat erfolgen. An der Grenze sollen Asylsuchende durch Grenzbeamte in einen sogenannten sicheren Drittstaat zurückgewiesen werden können, ohne daß sich der zurückweisende Staat davon überzeugen muß, daß der Asylsuchende dort ein Verfahren erhält. Auch dies widerspricht - wie die in Deutschland durch das BVG abgesegnete Drittstaatenregelung - den Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention.

Die in der EU-Politik engagierten nichtstaatlichen Organisationen wie amnesty international oder ECRE sind mittlerweile auf Minimalpositionen zurückgeworfen worden: Sie fordern, daß zumindest das Handbuch des Exekutivkomitees des UNHCR (das die Genfer Flüchtlingskonvention mit Empfehlungen zur Umsetzung ergänzt) und die Europäische Menschenrechtskonvention verbindlich bleiben und das internationale Flüchtlingsrechts nicht weiter ausgehöhlt wird. Die Erosion des Flüchtlingsrechts ist so weit gediehen, daß manche den Asylbestimmungen des Schengener Abkommens schon positive Seiten abgewinnen können. (3) Immerhin sei im Verfahren des Schengener Abkommens garantiert, daß ein an einen anderen Mitgliedstaat zurückgewiesener Asylbewerber dort auch ein Verfahren erhalte - im Gegensatz zu der daneben mit anderen Staaten praktizierten Drittstaatenregelung, die diese Zusicherung nicht vorsieht und daher die Gefahr der Kettenabschiebung in sich birgt.

Zur Zeit arbeiten die Innen- und Justizminister weiter am Thema "Lastenteilung", besonders bei der Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen. Eine erste Entschließung wurde - vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien - bereits im September '95 angenommen. Die Entschließung betont, daß der betroffenen Bevölkerung "hauptsächlich an Ort und Stelle geholfen" werden soll, und definiert gleichzeitig bestimmte Gruppen, wie z.B. Schwerverletzte oder Opfer sexueller Gewalttätigkeiten, die man unter bestimmten Bedingungen aufzunehmen bereit ist. Bei der Frage, welche Faktoren für eine "ausgewogene und solidarische Lastenverteilung" im Krisenfall berücksichtigt werden sollten, soll auch "der Beitrag einzelner Mitgliedstaaten insbesondere durch die Leistung militärischer Hilfe im Rahmen von Einsätzen" eine Rolle spielen.

Der Bundesregierung ist diese Entschließung noch zu ungenau; für die gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen zwischen den EU-Mitgliedstaaten gibt sie wenig praktisch Umsetzbares her. Die Bundesregierung strebt daher eine "Einigung auf konkrete Kriterien für die Verteilung von Flüchtlingen" an. Immer noch sind es

ihr zu viele Flüchtlinge und Asylbewerber, die in Deutschland Zuflucht suchen. Bei der Suche nach weiteren Möglichkeiten der Umverteilung derjenigen, die es trotz der massiven Grenzsicherungen um die Europäische Union noch geschafft haben, in die Bundesrepublik zu kommen, ist ihre Politik vom Bundesverfassungungsgericht höchstrichterlich abgesegnet worden. Außerdem darf in alle EU-Mitgliedstaaten ohne weitere Überprüfung des Einzelfalls abgeschoben werden, denn die sind per Definition "sicher". Politische Verfolgung, Folter, Menschenrechtsverletzungen gibt es dort laut BVG nicht. Der jüngste Jahresbericht von amnesty international, in dem fast alle EU-Staaten Erwähnung finden, spricht da eine andere Sprache.

Das BVG-Asylurteil ist auch ein Signal für die Politik der Europäischen Union im Bereich Asyl. Es heißt: Weiter so!

Claudia Roth/Petra Hanf

Europagruppe DIE GRÜNEN

Anmerkungen:

1.) Dabei wurde sie - das wollen wir hier nicht unterschlagen - auch von einzelnen Grünen unterstützt. Daniel Cohn-Bendit damals: "Die CDU hat recht." Wer auf Europa setze, der setze auf eine Harmonisierung der Asyl- und Einwanderungspolitik. Und deshalb werde der Artikel 16 des Grundgesetzes 1993 fallen. (taz, 8.4.92)

2.) Es gibt allerdings auch aus unserer Sicht gute Gründe, für eine Anwendung von Gemeinschaftsverfahren in der Asylpolitik - oder zutreffender: in Teilbereichen der Asylpolitik - einzutreten: Das Verfahren wäre in jedem Fall transparenter und damit im Prinzip eher zu beeinflussen als die jetzige zwischenstaatliche Zusammenarbeit, die hinter verschlossenen Türen stattfindet.

3.) Asylrechtsexperte Victor Pfaff auf einer von der Berliner Ausländerbeauftragten organisierten Konferenz: "Pfaff setzt auf das Schengener Abkommen. Möglichst alle europäischen Länder sollten ihm beitreten." (Süddeutsche Zeitung, 10.6.96)

8. Lübeck: Anklage zusammengebastelt. Safwan Eid immer noch in Untersuchungshaft

Autor: ga. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:36

Vier Monate nach dem Anschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstraße, bei dem zehn Flüchtlinge ums Leben kamen und viele verletzt wurden, hat die Staatsanwaltschaft eine mehr als 100 Seiten lange Anklageschrift vorgelegt. Der aufgrund der dubiosen Aussagen des Rettungssanitäters festgenommene Safwan Eid wird darin der Brandstiftung in einem besonders schweren Fall und der fahrlässigen Körperverletzung gegen die im Brandhaus verletzten Personen beschuldigt. Der Mordvorwurf wurde fallengelassen; auf der Suche nach dem Motiv war die Staatsanwaltschaft nicht fündig geworden.

Safwan Eid sitzt seit Januar in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft bastelt seit seiner Festnahme an einer Anklagekonstruktion, die ihn zum Brandstifter machen soll. Herhalten muß dafür die Aussage eines Rettungssanitäters, der behauptet, Safwan Eid habe zu ihm gesagt "Wir warn`s" und eine genaue Beschreibung der Brandausbruchsstelle gegeben. Allein auf diese dubiose Aussage stützt sich der Vorwurf der Staatsanwaltschaft gegen Safwan Eid. Anfangs wurden noch Behauptungen über Streit und Eifersüchteleien in der Flüchtlingsunterkunft bemüht, um ein Motiv zu liefern. Damit sollte erklärt werden, daß Eid das Haus, in dem sich nicht nur er, sondern seine ganze Familie zum Zeitpunkt des Brandausbruchs aufgehalten hatten, in Brand gesetzt habe. Diese Behauptungen mußten inzwischen fallengelassen werden: Es fanden sich keine ZeugInnen für diese Version - weder unter den zum Teil schwer verletzten Flüchtlingen noch unter den Angehörigen der Toten. Da ein Motiv fehlte, legte die Staatsanwaltschaft lieber einen niedrigeren Gang ein und ließ den Mordvorwurf fallen.

Auf einem Auge blind ...

Weitere Ermittlungen gegen die in der Brandnacht am Tatort festgenommenen jungen Männer, die frische Brandspuren aufwiesen, werden - trotz immer wieder auftauchender Zweifeln an deren bisherigen Aussagen - schlicht nicht geführt. Die Staatsanwaltschaft hat offensichtlich Anweisung von übergeordneter Stelle, sich lieber für dumm verkaufen zu lassen, als Gefahr zu laufen, doch noch nach Tätern aus dem rechtsextremistischen und rassistischen Lager ermitteln zu müssen. Nach ersten Aussagen hatten sich die Männer noch dabei verbrannt, als sie ein geklautes Auto anzündeten. In der Zwischenzeit stellte sich heraus, daß dieses Auto unbeschädigt war. Die neue Version ist um Klassen bekloppter - trotzdem wird sie von der Staatsanwaltschaft widerspruchslos hingenommen: Einer der Männer hat sich beim Versuch, einen mit Haarspray eingesprühten Hund anzuzünden, verletzt - wo bleiben die autonomen, militanten Tierschützer?; ein weiterer hat versucht, unter Feuerzeugbeleuchtung Sprit aus einem Mofa zu zapfen, und dem dritten fällt es es doch einfach nicht mehr ein, wo er sich Haare und Augenbrauen ersengt hat.

... wenig Belastendes ...

Auch der Hauptbelastungszeuge, der Rettungssanitäter, hat sich durch sein bisheriges Auftreten nicht gerade als sehr glaubwürdig erwiesen. Erst mehrere Tage nach dem Brand hat er sich bei der Polizei gemeldet und Safwan Eid der Brandstiftung beschuldigt - unmittelbar nachdem eine Belohnung in Höhe von DM 50.000 ausgesetzt worden war. Die Geschichte über die Brandausbruchsstelle, das Märchen über Eifersüchteleien im Haus, all das will er von Safwan Eid im Rettungsbus erfahren haben.

... trotzdem Haft

Als Eid im Gefängnis von seiner Anwältin Gabriele Heinicke gebeten wird, zu wiederholen, was er im Bus gesagt hat, klingt das plötzlich ganz anders: "Dir warn`s." Nachfragen ergeben, daß er "die" mit "dir" verwechselt. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, daß es ihr in mehreren Monaten Ermittlung nicht gelungen ist, sich ein Bild von den tatsächlichen Deutschkenntnissen des Festgenommenen zu machen. Mangelnde Deutschkenntnisse als Haftgrund sind noch nicht legalisiert. Die Staatsanwaltschaft wird ihre Bastelstunde fortsetzen müssen.

Am 27.6., also nach Drucklegung unserer Zeitung, ist ein erneuter Haftprüfungstermin für Safwan Eid angesetzt, seine Anwältin hat eine weitere Haftbeschwerde eingelegt. Da inzwischen der Beweis erbracht

worden ist, daß Safwan Eid zum Zeitpunkt des Brandes erst 20 Jahre alt war, ist jetzt das Jugendgericht zuständig. Gabriele Heinicke geht davon aus, daß Eid freigelassen werden muß: Die Anklageschrift behauptet nicht einmal mehr, daß Eid gegenüber dem Sanitäter erklärt habe, das Feuer im ersten Stock gelegt zu haben. Damit ist auch der dringende Tatverdacht aufgrund von Täter- bzw. Mittäterwissen vom Tisch.

ga., 21.6.96

Nach dem Haftprüfungstermin soll es ein neues Infoblatt zur aktuellen Situation geben. Bisher liegen vor: Doku Standpunkte (rot), DM 6,- mit Einschätzungen, Bewertungen zum Brandanschlag, zu den rassistischen Ermittlungen, etc. Doku Meinungen (gelb), DM 4,- enthält Meinungen, Kommentare, Hintergrundberichte zum Brandanschlag, zu den vermeintlichen Indizien, zu den konstruierten Motiven. Doku Solidarität (blau), DM 2,- bietet Materialien für praktische Solidarität: verschiedene Erklärungen der Flüchtlinge zum Brandanschlag; sie enthält Muster für Solidaritätsadressen etc.

Bestellungen an: "AG zu rassistischen Ermittlungen" beim "AntiRassistischen Telefon Hamburg" (ART); c/o "Haus für Alle", Amandastraße 58, 20357 Hamburg; Tel. 040/43 15 87; Fax. 040/430 44 90 Bank: C. Kerth, Stichwort ART/Lübeck; Hamburger Sparkasse, Konto 1257/495414, BLZ 200 505 50.

Dokumentation

Gemeinsame Erklärung der Überlebenden zu ihrem weiteren Aufenthalt

Aus wirtschaftlicher Not, aus Gründen der politischen Verfolgung, aus Kriegsgebieten haben wir unser Land verlassen müssen. Wir kommen aus Angola, dem Libanon, aus Liberia, aus Syrien, aus Togo und Zaire. Einige von uns leben seit sechs Jahren in Deutschland. In der Lübecker Hafenstraße haben wir drei Jahre zusammen gelebt wie in einer großen Familie - egal, ob wir schwarz, braun oder weiß sind. Wir hatten gehofft, hier wie Gäste und schließlich vielleicht sogar als Freunde aufgenommen zu werden. Statt dessen werden wir oft wie Kriminelle behandelt - als Dealer, Schieber, Betrüger. Als Fremde in diesem Land werden wir ausgegrenzt, diskriminiert, verfolgt, getötet.

Mit dem sogenannten Asylkompromiß ist das Recht auf Asyl praktisch abgeschafft. Weitere gesetzliche Verschärfungen sind gefolgt. Sie haben das Ziel, uns das Leben hier so unerträglich wie möglich zu machen. Auch die neue Regelung für "alte Fälle" wird den meisten von uns jede Grundlage für ein Bleiberecht nehmen. Diese Gesetze haben ein gesellschaftliches Klima geschaffen, das unsere Unterdrückung und Verfolgung verschärft. Die Sorge um die eigene Existenz und Gleichgültigkeit für fremde Schicksale bestimmt die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Diese Gleichgültigkeit läßt Ablehnung und Haß freien Lauf - bis zum mörderischen Angriff auf unser Leben.

In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar haben wir zehn Menschen durch einen rassistischen Brandanschlag verloren. 38 BewohnerInnen der Hafenstraße haben diesen furchtbaren Angriff auf uns überlebt. Gerade für die Kinder ist diese Nacht zur Wende ihrer Zeitrechnung geworden: diese Nacht teilt ihr Leben in Erinnerungen vor dem Brandanschlag und Erfahrungen danach. Nichts ist mehr wie früher: ihr unbeschwertes Lachen ist erstorben; immer wieder wollen sie aus Fenstern springen, um sich vor den Flammen zu retten; sie bitten uns, mit ihnen wegzugehen, wenn in geschlossenen Räumen geraucht wird; sie werden von heftigen Krämpfen geschüttelt, wenn sie Feuer sehen. Sie sind in ihrer Psyche schwer erschüttert.

Andere tragen bis heute die Folgen ihrer lebensgefährlichen Verletzungen: Silvere A. überlebte mit drei gebrochenen Wirbeln und einem komplizierten Beinbruch. Victor A. lebte mit schweren Verletzungen bis zu seiner Abschiebung in Haft. Kate D. lebt mit gebrochenem Bein, das nicht heilen will. Hassnan E. überlebte mit gebrochener Wirbelsäule, seit Monaten darf sie das Bett nicht verlassen - ihr Rücken muß durch ein Korsett gestützt werden. Marwan E. lebt mit großen Schmerzen in den Sprunggelenken, den Hüften, der Schulter. Miaz E. überlebte den Sprung aus dem Fenster, aber er kann bis heute nicht auf seinen Beinen stehen. Viele von uns sind deprimiert, hoffnungslos, gebrochen, gefährdet: Jean-Daniel M. hat fünf Kinder und seine Frau bei diesem Brandanschlag verloren; Silvere A. mußte mit ansehen, wie zwei Menschen verbrannten - die Bilder verfolgen ihn Tag und Nacht.

Aus "humanitären Gründen" ist uns in dieser Stadt ein gesicherter und unbefristeter Aufenthalt zugesagt worden. Diese Zusicherung des Bürgermeisters der Stadt Lübeck, Michael Bouteiller, galt für alle, die in unserem Haus diese schreckliche Nacht erlebt haben - gleichgültig, ob sie dort gewohnt haben, ob sie zu

Besuch waren oder sich illegal dort aufhielten. Herr Bouteiller hat allein nicht die Macht, diese Zusage politisch durchzusetzen. Victor A. lebte illegal im Haus; nach der Zusicherung des Bürgermeisters meldete er sich bei der Ausländerbehörde - in Eutin. Er wurde sofort in Abschiebehaft genommen. Bereits im April sollte er abgeschoben werden; nur sein entschlossener Widerstand auf dem Frankfurter Flughafen hat dies verhindert. Danach saß er in Rheinbach bei Bonn in Abschiebehaft. Victor A. ist inzwischen nach Nigeria abgeschoben worden, obwohl die Staatsanwaltschaft auf Antrag der Verteidigung verfügt hatte, daß niemand der Überlebenden abgeschoben werden darf; wir alle sind wichtige Entlastungszeugen für Safwan Eid. Die Akten der anderen Überlebenden hat der Bürgermeister an sich genommen, um unsere drohende Abschiebung durch die Ausländerbehörde der Stadt Lübeck zu verhindern: Bereits am 16. Februar hat die Stadt Lübeck bei der libanesischen Botschaft in Bonn laissez-passer-Papiere für die Familie Eid beantragt. Sie liegen seitdem vor - mit der Bitte der Botschaft, aus "humanitären Gründen" die Familie zur Zeit nicht abzuschieben, "bis der Urteilsspruch gegen den Sohn Safwan Eid gefallen ist". Andere haben einen "gesicherten" Aufenthalt von nur wenigen Monaten: bis November 1996. Nur Marie A. hat ein anerkanntes Recht auf Asyl, das nicht einmal für ihre Kinder gilt. Wir denken, daß wir alle als Zeugen und Zeuginnen des Brandanschlags von Abschiebung bedroht sind.

Daher bitten wir mit dieser gemeinsamen Erklärung Anwälte und Anwältinnen, Ärzte und Ärztinnen, Politiker und Politikerinnen, Menschen in Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, die uns helfen wollen, einen gesicherten und unbefristeten Aufenthalt für uns durchzusetzen.

9. Alma Mater ohne Töchter? Zur Reform des Bafög aus feministischer Sicht

Autor: Susanne Klyk und Barbara Nohr · Rubrik: Frauen; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:38

Die "einkommenschwachen" Schichten werden durch eine verschlechterte bzw. kaum noch vorhandene finanzielle Absicherung zunehmend aus den Hochschulen ausgegrenzt - dies ist inzwischen eine Binsenweisheit und wird regelmäßig (erfolglos) angeprangert. Wie sieht es aber mit dem sozialstatistischen Merkmal "Geschlecht" aus?

Zentrale Forderung der Frauenbewegung seit Mitte des letzten Jahrhunderts waren gleiche Zugangsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen zur Bildung und damit auch gleiche Möglichkeiten der Teilhabe an gesellschaftlicher Macht. Heute ist diese Forderung zwar formal eingelöst, die Realität zeigt jedoch, daß das allein nicht ausreicht. Bis heute ist die Hochschule eine männlich geprägte Institution mit einer geringen Frauenrepräsentanz geblieben. Eine unzureichende materielle Absicherung trägt dazu entscheidend bei.

Ergebnisse feministischer Bildungsforschung weisen u.a. nach, daß Frauen trotz formaler Chancengleichheit einen weitaus schwereren Zugang zur Hochschule haben als Männer. So werden Mädchen traditionellen Rollenklisches entsprechend vielfach immer noch als weniger förderungswürdig angesehen. Dies hat besondere Auswirkungen, wenn sich die studierwillige Frau in eine finanzielle Abhängigkeit von ihren Eltern begeben muß.

Hinzu kommt, daß die Hochschulen männlich geprägte Lebensräume sind, das betrifft Inhalte von Forschung und Lehre ebenso wie die materiellen Gegebenheiten und Kommunikationsformen. Die gesamte Hochschule erweist sich für Frauen als schwer begehbares Terrain. Die Bestrebungen müssen also dringend dahin gehen, einerseits Frauen zu motivieren, zur Hochschule zu gehen, andererseits aber auch, die Hochschulen dahingehend umzustrukturieren, daß sie (auch) Frauenräume werden.

Frauen werden sich durch den Wegfall finanzieller Absicherung als erste vom "Abenteuer Studium" verabschieden, denn bereits Schülerinnen schätzen ihre schlechteren Chancen in Bezug auf die Arbeitsmarktsituation für Frauen sehr realistisch ein.

Wird der Sprung trotzdem gewagt, so werden Frauen, die aufgrund der miserablen Ausbildungsförderung zum Lebenserhalt jobben müssen, zusätzlich mit der "ganz normalen Diskriminierung" des Arbeitsmarktes konfrontiert. "Harte" Männerjobs werden in der Regel besser bezahlt als der Dienst in der Kneipe, im Altenheim oder der Putzjob. Das führt dazu, daß Frauen faktisch mehr Zeit zum Jobben aufbringen müssen, als männliche Studierende: eine Tatsache, die eigentlich eine spezielle Förderung von Frauen zur Folge haben müßte.

Zur aktuellen Bafög-Debatte

Das Bafög trat 1971 in Kraft und sollte dazu dienen, Menschen aus allen sozialen Schichten Zugang zur Hochschule zu eröffnen. Wenn hierbei auch in erster Linie Männer gemeint waren, so trug die finanzielle Absicherung doch auch erheblich dazu bei, Frauen zum Studium zu motivieren.

Am 13.6.1996 einigten sich die Ministerpräsidenten der Länder und die Bundesregierung auf einen Kompromiß zur Neugestaltung des Bafög. Der Zukunftsminister Rüttgers konnte sich mit dem Modell einer voll zu verzinsenden Studienförderung nicht durchsetzen. Neben einer Anhebung der Bafög-Sätze um 3% im Herbst diesen Jahres wurde eine große Novelle für das Jahr 1998 angekündigt. Diese beinhaltet unter anderem eine elternunabhängige Förderung für alle Studierende. Zunächst aber zu dem von Bundesminister Rüttgers vorgesehenen Bafög-Modell.

Zur Zeit wird Bafög von der Bundesregierung zur Hälfte als zinsloses Darlehen und zur Hälfte als Zuschuß ausgezahlt. Das "Bankenmodell" der Bundesregierung sah vor, daß der Darlehensanteil nicht mehr aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden sollte, sondern daß Studierende diesen Anteil von einer privaten Bank als Kredit erhalten sollten. Die Studierenden sollten also in Zukunft Zinsen zahlen und zwar bankübliche 8,5%.

Dadurch würden die Bafög-Schulden nach einem Studium von heute schon 35.000 DM auf etwa 72.000 DM anwachsen. Nachdem das Bafög in vier Jahren nur um 4% erhöht wurde und immer mehr Studierende aus der Förderung herausfallen (in Göttingen erhielten beispielsweise 1994 nur 17,6% der Studierenden Bafög), wäre dies ein weiterer Schritt zur kompletten Abschaffung einer staatlichen Ausbildungsförderung.

Das Drei-Körbe-Modell

Anfang Mai 1996 verständigte sich die KultusministerInnenkonferenz (KMK) auf ein eigenes Modell zu Studienfinanzierung. Dieses Drei-Körbe-Modell, unter Leitung von Helga Schuchard (Niedersachsen) entwickelt, wurde in den wesentlichen Zügen in die sogenannte große Novelle des Bafög aufgenommen.

Bei dem nun zu verwirklichen Modell sollen die staatlichen Transferleistungen im Rahmen des Familienlastenausgleichs (Kindergeld, Steuerfreibeträge) und die Mittel aus dem bisherigen Bafög zusammengezogen werden. Aus diesen Mitteln soll allen Studierenden direkt drei Jahre lang elternunabhängig eine Grundförderung als Zuschuß gezahlt werden. Hier ist ein Betrag von 500 DM genannt worden. Dieser Sockel kann abhängig vom Elterneinkommen um eine Aufbauförderung von bis zu 500 aufgestockt werden. Für weitere drei Jahre können Studierende - je nach Einkommen der Eltern - bis zu 1000 DM als "Korb 2" erhalten, die "in vollem Umfang und ohne Erlaßmöglichkeit", allerdings unverzinst zurückgezahlt werden müssen. Wer die Regelstudienzeit überschreitet erhält aus "Korb 3" ein Darlehen, das allerdings zu marktüblichen Bedingungen verzinst wird.

Zu berücksichtigen ist, daß gleichzeitig die Regelstudienzeiten herabgesetzt wurden. So sollen an Universitäten in der Regel nur noch neun Semester zinsfreies Darlehen gezahlt werden (bisher zehn) und an den Fachhochschulen sieben bis acht Semester (bisher neun). (taz, 14.6.96) Rüttgers erklärte sich mit diesem Kompromiß nur deswegen einverstanden, weil damit der Einstieg in eine leistungsorientierte Verzinsung vollzogen wurde. Der Zukunftsminister macht keinen Hehl daraus, daß ein Großteil der Bafög-Empfänger zukünftig finanziell schlechter gestellt wird. Das Zinsmodell von Rüttgers wird hier - in Teilen - durch die Hintertür eingeführt.

Darüberhinaus müssen demnächst alle Studierenden Leistungskontrollen nachweisen, wie sie für Bafög-EmpfängerInnen bereits seit Jahren üblich sind. Kriterium für den Erhalt von staatlichen Leistungen soll "ein planvoll angelegtes und zügiges Studium" werden. Als Auschlußkriterien gelten dabei fehlende Leistungsnachweise, Fachwechsel "ohne wichtigen Grund" etc. Die Arbeitsgruppe der KMK geht davon aus, daß ein gutes Fünftel aller kindergeldberechtigten Studierenden diese Anforderungen nicht erfüllen würde. Auf diese Art und Weise könnten Gelder eingespart werden, die - so die KMK - anderweitig im Hochschulbereich eingesetzt werden.

Mit einem ähnlichen Modell hatte sich auch das deutsche Studentenwerk (DSW) in die Diskussion eingeschaltet. Grundsätzlich sieht das Studentenwerk den Staat als verpflichtet an, "einen sozialen numerus clausus zu verhindern". Schade nur, daß sich das Studentenwerk in seinen Forderungen von vornherein selbst beschneidet und das vorgelegte Reformpaket eine für den Staat kostenneutrale Lösung darstellen soll.

Das Studentenwerk geht immerhin von einem monatlichen relativ angemessenen Bedarfssatz von 1250,- DM aus. Ebenso wie das Modell der KultusministerInnen geht dieses Bafög-Modell von einer Sockelförderung (400 DM als Vollzuschuß) aus. Ein wesentlicher Unterschied zu dem Modell der KMK stellt die leistungsbezogene Komponente dar. Ginge es nach dem deutschen Studentenwerk, wäre eine familienabhängige Aufbauförderung in Höhe von 650 DM vorgesehen, die zu 50% als Zuschuß und zu 50% als unverzinsliches Darlehen ausgezahlt werden sollte. Aber: "Studierende, die zu den 30% Besten gehören, sollen einen höheren Zuschußanteil, wenn nicht eine reine Zuschußförderung erhalten." Studierende, deren Eltern den geforderten Betrag nicht zahlen (können), dürfen ein verzinstes Darlehen in Anspruch nehmen. Darüberhinaus war in dem Modell des DSW eine Ergänzungsförderung in Höhe von 200 DM vorgesehen. Diese ist für den Staat neutral zu finanzieren, was immer heißt, daß diejenigen, deren Eltern sich keine (weitere) Unterstützung leisten können, Schulden machen müssen oder - so der Vorschlag des Studentenwerkes - jobben können. Denn: " eine eigene Erwerbstätigkeit der Studierenden ... (hat) auch ihre positiven Aspekte". Als Beispiel wird das "Kennenlernen der Arbeitswelt" genannt. Sogenannte Hochbegabte müssen sich jedoch die Finger bei einer Erwerbsarbeit nicht schmutzig machen: für sie gibt es eine Hochbegabtenförderung.

Kritik an der "großen Novelle"

Das nun beschlossene Modell der "Drei-Körbe-Finanzierung" soll "Anreize" schaffen, das Studium möglichst schnell abzuschließen und/oder sich für kürzere Studiengänge beispielweise an Fachhochschulen zu entscheiden. Wer länger studieren möchte, werden daran zwar nicht gehindert, können aber in Zukunft nicht mehr mit staatlicher Unterstützung (wie Kindergeld und Steuerentlastungen) rechnen. Es heißt: "Die Benachteiligung der Bafög-Empfänger gegenüber den Empfängern der Familienförderung wird beseitigt. Damit schafft dieses Modell Chancengleichheit zwischen den unterschiedlichen Fördersystemen ..."

Das mag auf den ersten Blick durchaus ehrenwert wirken, verschleiert aber, daß die "Chancengleicheit der Fördersysteme" die Situation der Studierenden keineswegs verbessert, sondern nur alle gleichermaßen schlecht stellt, indem die schlechten Bedingungen (zu kurze Förderungsdauer, ständiges Erbringen von Leistungsnachweisen, erschwerter Fachwechsel usw.) der Bafög-EmpfängerInnen auf alle Studierenden übertragen werden.

Außerdem wächst nach Ablauf des sechsten Semesters der Schuldenberg, nach Erreichen der magischen Grenze "Regelstudienzeit" steigt dieses Wachstum durch die Verzinsung des Kredits exponential an.

Die ohnehin schon skandalöse Tatsache, daß Frauen in der Regel weniger Geld verdienen (dies gilt auch für Akademikerinnen), führt dazu, daß sich für Frauen die Rückzahlzeit verlängert und deren Gesamtschuldenberg aufgrund der Zinslast größer wird.

Hinzu kommt, daß viele Frauen (zeitweise) wegen Schwangerschaft oder Kindererziehung - bzw. wegen fehlender Betreuungseinrich-tungen - nicht oder nicht vollzeiterwerbstätig sind. Auch in solchen Lebensphasen ohne oder nur mit geringem Einkommen, das nur kleine Rückzahlungsleistungen erlaubt, wird sich durch unaufhörliche Verzinsung die Schuldenlast vergrößern. Zusätzliche Belastungen durch hohe Schulden am Ende des Studiums bei ungesicherter beruflicher und finanzieller Situation werden die strukturelle Diskriminierung von Frauen weiter verschärfen.

Was der Trendeiner relativ "großzügigen" Förderung während eines sechssemestrigen grundständigen Studiums und die dann deutliche Finanzierungshürde für Frauen bedeutet, liegt auf der Hand: Es ist bekanntes Phänomen, daß (gerade an den Hochschulen!) der Frauenanteil um so stärker abnimmt, je höher der Grad der Ausbildung und Positionionierung in der universitären Hierarchie ist. Unter den AbiturientInnen sind etwa 50% Frauen, Studentinnen gibt es an den Universitäten etwa 40%, bei den Promotionen liegt der Frauenanteil bei ca. 25% und diese Pyramide endet bei knapp 6% Professorinnen. Der Aufbau weiterer Hürden und Stufen in diesem Prozeß wird zwangsläufig dazu führen, daß Frauen noch stärker als bisher aus den Hochschulen gedrängt werden. Dies gilt insbesondere für Töchter aus Arbeiterfamilien, die jetzt schon deutlich schlechter gestellt sind als Frauen aus bürgerlichen Elternhäusern.

Unberücksichtigt bleibt auch in diesem Modell, daß weibliche Lebensläufe häufig nicht gradlinig verlaufen. So finden sich keine Überlegungen zur Situation von Studierenden, die Kinder und/oder Familienangehörige betreuen. Solche Verzögerungsfaktoren finden in die Reformpläne keinen Eingang. Gefördert wird - wie üblich - der "Normalstudent", der unbelastet von sozialen Bindungen oder politischem bzw. sozialem Engagement den "Durchlauferhitzer" Hochschule passiert.

Das Drei-Körbe-Modell sieht als maximalen Förderungsbetrag, der nur während weniger Semester nicht rückzahlbar sein soll, 1000 DM vor. Das ist selbst nach den Berechnungen des Studentenwerks, das nicht von einem üppigen Lebenswandel der Studierenden ausgeht, nicht genug. Für diejenigen, deren Eltern nicht zahlen können oder wollen, bleibt nur die Lösung, für den fehlenden Teil zu arbeiten. Damit haben wieder einmal die Frauen, die überproportional häufig für beispielsweise die Kinderbetreuung zuständig sind, das Nachsehen. Bereits heute gibt jede vierte Studienabbrecherin an, daß "familiäre Gründe" dazu geführt haben, das Studium aufzugeben. Es ist zu erwarten, daß sich dieser Trend in Zukunft verstärken wird.

Das GEW-Modell

Eine reformierte Form der Studierendenförderung bot das Bafög-Modell, das die GEW vorschlug. Auch dieses Konzept ging von einem Sockelbetrag (hier 400 DM) aus, der elternunabhängig gezahlt werden sollte. In einer Aufbaustufe sollte dieser Betrag bis zu den tatsächlichen Lebenshaltungskosten der Studierenden aufgestockt werden, die mit 1250 DM angegeben werden. Bei niedrigem Elterneinkommen sollte die Aufbauförderung als Vollzuschuß gewährt werden. Durch eine Anpassung der Elternfreibeträge sollte gewährleistet werden, daß

die Eltern tatsächlich in der Lage sind, das Studium ihrer Kinder zu finanzieren. Die Förderungshöchstdauer sollte an die tatsächlichen Studienzeiten angepaßt werden.

Hervorzuheben ist, daß die GEW sich dafür einsetzt, daß die sozialpolitischen Zielsetzungen der Ausbildungsförderung erhalten bleiben. Mehr noch: Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sollen verstärkt werden.

Diese modifizierte Form der Stufenförderung hätte gegenüber den oben vorgestellten Modellen den Vorteil geboten, daß die Studienförderung bei geringem Elterneinkommen als Vollzuschuß gewährleistet worden wäre. Weiterhin sah dieser Vorschlag vor, den Studierenden einen Betrag zu zahlen, der ihren tatsächlichen Lebenshaltungskosten einigermaßen entspricht.

Die Solidarmodelle

Neben den bisher geschilderten Konzepten zur Reform des Bafög waren auch noch die sogenannten Solidarmodelle in der Diskussion, die sich aber ebenfalls nicht durchsetzen konnten. Vorgeschlagen wurden diese zum einen vom Oldenburger Unipräsidenten Daxner und zum anderen von Bündnis90/Die Grünen. Den beiden Modellen ist gemeinsam, daß alle Studierenden 12 Semester lang eine monatliche Förderung von 1000 DM bzw. 1050 DM erhalten sollten.

Die Finanzierung dieser Fördersummen sollte aus einem Fond erfolgen, in den diejenigen HochschulabsolventInnen einzahlen, die vormals diese Kasse in Anspruch nehmen mußten. Die Anschubfinanzierung soll bei diesem Konzept über die Einsparung des Kindergeldes und kinderbezogenen Steuerfreibeträge (bei Eltern studierender Kinder) sowie über Beiträge "Besserverdienender" erfolgen. Das Attraktive an diesem Modell ist der fast angemessene Betrag und die fast angemessene Förderungsdauer. Aber die Pferdefüße sind eindeutig:

- Der Staat verabschiedet sich völlig aus seiner Verpflichtung, für einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung zu sorgen.

- Die "Solidargemeinschaft" besteht lediglich aus denjenigen, die gezwungen sind, sich über die Ausbildungskasse zu finanzieren. Insofern ist dieses Modell keinesfalls mit einer "Akademikersteuer" (graduate tax) zu verwechseln, bei der alle AkademikerInnen unabhängig davon, ob sie jemals Gelder aus der Ausbildungskasse erhalten haben, einen Beitrag zahlen. Obwohl bei der Rückzahlung (die abhängig von der Höhe des Einkommens ist) Frauen nicht so auffällig benachteiligt werden wie bei der Variante von Rüttgers, sehen auch diese Modelle keine frauenfördernden Maßnahmen vor.

Bei dem Modell von Bündnis90/Die Grünen sollte die Sozialhilfe sowie das Wohngeld für Studierende geöffnet werden, so daß von einer "näherungsweisen Existenzsicherung" ausgegangen werden kann. Wenn die Grünen auch einige erfreuliche Modifikationen des privaten Kassenmodells vorgenommen haben, so bewegt sich das Modell jedoch nach wie vor auf der oben beschriebenen fragwürdigen Grundlage.

Frauenförderung an der Hochschule weiterhin nur ein Traum

Aus feministischer Sicht - also mit dem Anspruch, insbesondere Frauen an den Hochschulen zu fördern - ergibt sich die Forderung nach einer Ausbildungsförderung, die bedarfsgerecht, eltern- und partnerInnenunabhängig ist und als Vollzuschuß gewährt werden muß.

Darüber hinaus müssen jedoch aus feministischer Perspektive weitere Anforderungen an eine künftige Reform gestellt werden. Alle hier vorgestellten Modelle enthalten keinerlei frauenfördernden Maßnahmen und werden daher dazu beitragen, die bestehende strukturelle Diskriminierung von Frauen zu zementieren. Die Herstellung gleicher Bildungschancen wird noch immer überwiegend als Angleichung des weiblichen an das männliche Geschlecht und als "Aufholen" von Mädchen und Frauen diskutiert. Maßstab ist bisher die männliche Lebenswelt und eine an männlichen Interessen ausgerichtete Bildung. Künftige Reformvorschläge müssen deshalb mit konsequenten gleichstellungspolitischen Maßnahmen verbunden werden.

An stelle dessen soll das Studium aber immer schneller und effizienter absolviert werden, um der (internationalen) Konkurrenz standzuhalten.

Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Ausbildung bleibt dabei auf der Strecke. Die Idealvorstellung von Bildung, die befähigt, unabhängig von wirtschaftlichen Zwängen gesellschaftliche Prozesse kritisch und verantwortungsvoll zu reflektieren, wird über Bord geworfen. Die soziale Selektion wird diejenigen treffen, die sich das teure Gut Bildung nicht leisten können, nicht stromlinienförmig in die gängigen Karrieremuster passen und/oder bei der herrschenden Konkurrenzlogik nicht mithalten können.

Alma Mater bald ohne Töchter?

Susanne Klyk und Barbara Nohr

(Der vorliegende Artikel wurde von der Redaktion stark gekürzt und aktualisiert.)

10. Paragraph 218: Sondergesetze in Bayern. Frauen zum Abtreibungstourismus gezwungen

Autor: Gy., Nürnberg · Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:18

Am 12. Juni präsentierte das bayerische Sozialministerium im Bayerischen Landtag in erster Lesung zwei Gesetzentwürfe, die den Schwangerschaftsabbruch in Bayern verschärfen sollen und bayerische Frauen wieder zum Abtreibungstourismus in andere Bundesländer bzw. ins Ausland treiben werden.

In dem Entwurf für ein neues Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz (BaySchwBerG) werden die Bedingungen diktiert, unter denen künftig in Bayern die gesetzlich vorgeschriebene Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch stattfinden soll. Vor allem den Beratungsstellen werden unzumutbare Auflagen diktiert. Zum Teil sind diese Vorschriften aber auch schon jetzt gängige Praxis in Bayern.

Das Beratungsziel

Im Artikel 7 (Ziel und Inhalt der Schwangerschaftskonfliktberatung) dieses Gesetzentwurfes heißt es kurz und bündig: "(1) Die Schwangerschaftskonfliktberatung ... ist von den anerkannten Beratungsstellen unverzüglich durchzuführen. Sie dient dem Schutz des ungeborenen Lebens."

Nichts weiter. Hier ist die Bayerische Staatsregierung wenigstens ehrlich und spart sich scheinheilige Floskeln, die Verständnis für die Situation ungewollt schwangerer Frauen heucheln würden. Die Lage der betroffenen Frauen und ihre Interessen werden in beiden Gesetzentwürfen auch sonst mit keinem Wort erwähnt. Die Frau hat nur eines zu tun: die Schwangerschaft austragen. Diesem Ziel wird alles untergeordnet.

Die Instrumentalisierung

der Beratungsstellen

Der Artikel 5 mit der Überschrift "Prävention, Bewußtseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit" will die Beratungsstellen zu Erfüllungsgehilfen der "Lebensschützer" machen:

"(1) Den anerkannten Beratungsstellen obliegt es auch, präventive und bewußtseinsbildende Angebote zu Fragen der Partnerschaft, Sexualität, Familienplanung, Empfängnis und Schwangerschaft sowie der Schutzwürdigkeit des ungeborenen Lebens und der Entwicklung des ungeborenen Kindes zu machen. ... In geeigneten Fällen ist auf die Möglichkeit der Adoption hinzuweisen.

(2) Anerkannte Beratungsstellen sollen zusätzlich zu den sich aus Absatz 1 ergebenden Aufgaben Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit in ihrem örtlichen Bereich durchführen, welche ihre Aufgabenstellung und Arbeitsweise allgemein bekannt machen. Dabei sollen aktuelle Fragen zum Schutz des ungeborenen Lebens behandelt werden."

Unter Artikel 6 werden die Beratungsstellen verpflichtet, die Beihilfen der Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind" zu vermitteln, zu bearbeiten und auszuzahlen. Und es kommt noch dicker: Um öffentliche Zuschüsse zu erhalten, müssen die Beratungsstellen "mit allen Stellen zusammenarbeiten, die private und öffentliche Hilfen für Familien, Mütter und Kinder gewähren, im Einzelfall praktische Unterstützung bei der Beantragung, Bearbeitung und Erlangung dieser Hilfen leisten." (Art. 16 Abs. 5)

Hier wird sogar die direkte Zusammenarbeit mit "Lebensschützern" gefordert, denn wer sonst organisiert private Hilfen für Mütter und Kinder.

In diesem Stil geht es weiter: Die Beratungsstellen sollen auf die Einbeziehung des sozialen Umfeldes der Frau hinwirken "und vor allem den Vater des Kindes sowie die nahen Angehörigen der Schwangeren für die Annahme des Kindes und die Unterstützung der werdenden Mutter zu gewinnen." (Art. 8)

Die Beratungsprotokolle, für die ein Vordruck (siehe Kasten) existiert, müssen fünf Jahre aufgehoben werden.

Die Beratungsbescheinigung als Faustpfand

In dem Gesetzentwurf heißt es, die Beratungsbescheinigung, die Voraussetzung für den Abbruch ist, "wird der Schwangeren ausgehändigt, wenn sie die Gründe mitgeteilt hat, derentwegen sie einen Abbruch der Schwangerschaft erwägt, die beratende Person die Beratung als abgeschlossen ansieht und die Schwangere ihre Identität nachgewiesen hat. ... Der Name der Schwangeren wird auf Wunsch nach der Beratung durch eine andere als die beratende Person, die der Beratungsstelle angehört, in die Beratungsbescheinigung eingetragen; ...

(2) Die Erteilung der Beratungsbescheinigung ist zu belegen, wenn die Schwangere erklärt, daß sie damit einverstanden ist" (Art. 10). Das heißt, daß die ungewollt schwangere Frau unterschreiben muß, daß sie die Beratungsbescheinigung erhalten hat. Diese Erklärung muß fünf Jahre aufbewahrt werden.

Die Vorschrift, die Frau müsse die Gründe für den Abbruch offenlegen, steht im klaren Gegensatz zum bundesweit gültigen Schwangerschaftskonfliktgesetz und stellt insofern einen offenen Rechtsbruch dar, da kein Landesgesetz einem Bundesgesetz widersprechen darf. Dies ist deshalb der zentrale Ansatzpunkt der Kritik v.a. von SPD und FDP. Auf diesem Punkt gründet sich im wesentlichen die Drohung der beiden Parteien, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die bayerische Regelung klagen zu wollen.

Damit wird die Beratung endgültig zur Farce: Es wird nicht nur vorgeschrieben, daß ein Gespräch zwischen der ungewollt Schwangeren Frau und der Beraterin stattzufinden hat, es wird darüberhinaus auch der Text vorgeschrieben, den beide Gesprächspartnerinnen zu sprechen haben. Gemeinhin nennt frau so etwas Theaterstück, in diesem Fall wäre Scheintheater der angemessenere Begriff für das, was nach dem Willen der Bayerischen Staatsregierung künftig ca. 10.000mal pro Jahr in bayerischen Beratungsstellen aufgeführt werden soll.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe detaillierter Auflagen über die Qualifikation des Personals, die Öffnungszeiten der Beratungsstellen usw. Hervorzuheben ist noch die Vorschrift, nach der die Beratungsstelle mit keiner Einrichtung, die Abbrüche vornimmt, weder baulich noch durch organisatorische und wirtschaftliche Interessen verbunden sein darf.

Nicht nur die Beratungsstellen, auch deren Träger werden verpflichtet, ihre Öffentlichkeitsarbeit an den Zielen bayerischer Lebensschützerideologie auszurichten (Art. 17). In der Begründung dazu heißt es: "Wegen der Bedeutung der qualitativ hochwertigen Beratung für den Schutz des ungeborenen Lebens sieht der Gesetzentwurf vor, daß nur solche Beratungsstellen öffentlich gefördert werden, die eine solche wirklich gewährleisten. Die Zuverlässigkeit des Trägers und sein Auftreten in der Öffentlichkeit sind dabei Garant und wichtiges Indiz für die Tätigkeit der Beratungsstelle."

Dies darf auch als dezenter Hinweis an die Träger gewertet werden, sich mit Kritik an bayerischen Regelungen zurückzuhalten!

Die Knebelung der ÄrztInnen

Während das Beratungsgesetz im Kreuzfeuer der Kritik steht, sind die wirklich dramatischen Verschlechterungen in einem zweiten Gesetzentwurf zu finden: dem "Gesetz über ergänzende Regelungen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz und zur Ausführung des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangeschaftsabbrüchen in besonderen Fällen (Bayerisches Schwangerenhilfeergänzungsgesetz - BaySchwHEG).

Dort heißt es bereits in der Einleitung: "Da der Bundesgesetzgeber, teils mangels Gesetzgebungskompetenz, nicht allen Regelungsaufträgen des Bundesverfassungsgerichts nachgekommen ist, müssen verschiedene Einzelpunkte landesrechtlich noch geregelt werden." (S. 1)

Nach dieser Ohrfeige für den Bundestag wird die strenge Reglementierung von ÄrztInnen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, begründet: "Der Entwurf enthält dabei auch - wie vom Bundesverfassungsgericht auf Seite 127 des Urteilsumdrucks ausdrücklich verlangt - Vorkehrungen, der Gefahr des Entstehens spezialisierter Einrichtungen entgegenzuwirken." (S. 2)

Tatsächlich verlangt das Bundesverfassungsgericht dies gar nicht! Auf Seite 127 steht nämlich folgendes: "....Art. 3 Abs. 1 Satz 1 des 5. StrRG schreibt vor, daß ein Schwangerschaftsabbruch nur in einer Einrichtung vorgenommen werden darf, in der auch die notwendige medizinische Nachbehandlung gewährleistet ist. Es

liegt nahe, daß auf der Grundlage dieser Vorschrift Einrichtungen entstehen werden, die sich auf die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen spezialisieren und ihre Tätigkeit im wesentlichen darauf ausrichten. Die hieraus entstehenden Gefahren für die Erfüllung der dem Arzt, zumal im Rahmen einer Beratungsregelung, zufallenden Aufgabe beim Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens liegen auf der Hand. Die verfassungsrechtliche Schutzpflicht gebietet es daher dem Gesetzgeber zu prüfen, in welcher Weise solchen Gefahren wirksam entgegen getreten werden kann, und geeignete Regelungen zu treffen. Für diese Prüfung könnten die Erfahrungen in Betracht kommen, die in Frankreich mit der Begrenzung der Zahl der Abbrüche auf einen bestimmten Anteil der insgesamt vorgenommenen ärztlichen Verrichtungen und der einheitlich festgelegten Höhen der Vergütung für einen Schwangerschaftsabbruch gemacht worden sind" (vgl. Eser/Koch, Schwangerschaftsabbruch im internationalen Vergleich, Teil 1 Europa, 1988, S. 520f.) (1)

Soweit der Exkurs zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Die Bayerische Staatsregierung bezweckt etwas anderes: Durch bundesweite Neuregelung des § 218 sind bayerische Frauen nicht mehr gezwungen, zu Abtreibungen in andere Bundesländer zu fahren. So wurden 1995 in Bayern 9.643 Abbrüche durchgeführt (Nürnberger Nachrichten, 17.4.96), dies ist vor allem zwei Ärzten zu verdanken, die eigenständige Einrichtungen in Nürnberg und München betreiben. Um dies künftig wieder zu unterbinden, schreibt der Gesetzentwurf als Qualifikation für abbrechende ÄrztInnen eine gynäkologische Facharztausbildung vor - dies wird sonst nirgendwo verlangt - und legt fest, daß die Einnahmen aus Schwangerschaftsabbrüchen ein Viertel der aus der gesamten Tätigkeit der Einrichtung erzielten Einnahmen nicht übersteigen (dürfen). (Art. 5) Dies müssen die Einrichtungen durch detailliertes Zahlenmaterial belegen. Außerdem kann die Vorlage von Steuererklärung und Abrechnungsbelegen der Krankenkassen und ähnliches verlangt werden. (Vgl. Art. 5 Abs. 3)

Weiterhin wird die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen über die im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen besonderen ärztlichen Berufspflichten vorgeschrieben.

Memmingen läßt grüßen

Ein großes Kapitel ist der Überwachung der ÄrztInnen gewidmet. So sind Bedienstete der Gesundheitsämter oder der Bezirksregierungen befugt,

"1. von natürlichen und juristischen Personen und von nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen alle erforderlichen Auskünfte nicht patientenbezogener Art zu verlangen,

2. Grundstücke, Räume, Anlagen und Einrichtungen, die der Überwachung nach Art. 6 Abs 1 unterliegen (in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, Anm. d.V.), während der üblichen Betriebs- und Geschäftszeit zu betreten und zu besichtigen. Zur Verhütung dringender Gefahren für Leben und Gesundheit Dritter dürfen diese Grundstücke, Räume, Anlagen und Einrichtungen außerhalb der üblichen Betriebs- und Geschäftszeit betreten werden. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 des Grundgesetzes, Art. 106 Abs. 3 der Verfassung) wird insoweit eingeschränkt;

3. Gegenstände zu untersuchen, Proben zu entnehmen und Unterlagen nach Art. 5 Abs. 3 und 4 (Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, Einnahmeübersicht und Steuererklärung, Anm. d.V.) einzusehen und daraus Abschriften oder Ablichtungen zu fertigen und

4. vorläufige Anordnungen zu treffen, soweit dies zur Verhütung dringender Gefahren für Leben und Gesundheit Dritter geboten ist " (Art.6)

Die Kontrolleure der Staatsregierung dürfen nicht nur jederzeit unangemeldet in Arztpraxen erscheinen und diese auch während der Behandlungszeit besichtigen, die ÄrztInnen sind auch noch verpflichtet, dies zu unterstützen. Dafür gibt es gesonderte Strafvorschriften, die über die §§ 218-219 StGB hinausgehen.

Bayerische Sonderstrafen

Nach Artikel 9 wird mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft, wer ohne bayerische Zulassung eine Schwangerschaft abbricht oder als Träger zuläßt, daß dies in seiner Einrichtung ohne Erlaubnis geschieht.

Als Ordnungswidrigkeit mit bis zu 20.000 DM Geldbuße wird bestraft, wer die Teilnahmebescheinigung der Fortbildung nicht rechtzeitig dem Gesundheitsamt übersendet und wer "einer Melde- und

Aufbewahrungspflicht nach Art. 5 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 Satz 3 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt."

Das heißt die Meldung über Schwangerschaftsabbrüche, differenziert nach einzelnen Strafvorschriften sowie die Auflistung der jeweiligen Vergütungen und der sonstigen Einnahmen der Einrichtung müssen bereits am 31. Januar des Folgejahres der Regierung gemeldet werden und müssen sechs Jahre lang aufbewahrt werden. Hier können sich die Bürokraten so richtig austoben.

Mit bis zu 10.000 DM Geldstrafe wird bestraft, wer Änderungen hinsichtlich der gynäkologischen Facharzt-Ausbildung der abbrechenden ÄrztIn nicht rechtzeitig meldet, ebenso wer die Kontrolleure der Regierung nicht unterstützt.

ÄrztInnen als Kontrollinstanz

Im Zuge des bayerischen Schwangerenhilfeergänzungsgesetzes (BaySchwHEG) soll auch das Heilberufe-Kammergesetz geändert werden. Künftig soll es heißen: (Vgl. Art. 11)

"Ärzte, die den Abbruch einer Schwangerschaft im Einzelfall für nicht verantwortbar halten, müssen ihre Mitwirkung daran ablehnen; nicht verantwortbar ist ihre Mitwirkung insbesondere dann, wenn die Frau die Beweggründe für ihr Verlangen nach Abbruch der Schwangerschaft nicht dargelegt hat. ... Ärzte, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, haben Aufzeichnungen zu fertigen über

1. die festgestellte Dauer der Schwangerschaft,

2. die Tatsache, daß die Frau die Beweggründe für ihr Verlangen nach Abbruch der Schwangerschaft dargelegt hat,

3. die Durchführung der Aufklärung und Beratung über die ärztlich bedeutsamen Gesichtspunkte, insbesondere über Ablauf, Folgen und Risiken sowie über mögliche körperliche und seelische Auswirkungen des Abbruches der Schwangerschaft,

4. die Unterrichtung der Frau über die für die ärztliche Entscheidung maßgeblichen Gesichtspunkte und über den von der Verfassung gebotenen Schutz des ungeborenen Lebens."

Nicht betroffen von diesen gesetzlichen Regelungen sind Krankenhäuser, soweit sie im Krankenhausbedarfsplan mit der Fachrichtung Gynäkologie und Geburtshilfe verzeichnet sind bzw. wenn sie in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft stehen. Dies ist für die Praxis der Abtreibung in Bayern aber weniger interessant, da in den meisten Krankenhäuser nach wie vor kaum Abbrüche stattfinden. Im Grunde richtet sich das Gesetz gegen zwei Ärzte - einer in München und einer in Nürnberg -, die einen Großteil der Schwangerschaftsabbrüche in Bayern durchführen. Die 25-Prozent-Regelung würde dazu führen, daß beide kaum noch Zeit für Abbrüche hätten, da sie die restlichen 75 Prozent der Einnahmen aus gynäkologischen Routine-Untersuchungen bzw. allgemeinärztlichen Behandlungen nachweisen müßten. Auch andere ÄrztInnen, die jetzt noch sporadisch Abbrüche durchführen, werden sich überlegen, ob sie sich künftig solchen Kontrollen und Strafandrohungen unterwerfen. Dieses Gesetz setzt den aus der Vergangenheit sattsam bekannten Abtreibungstourismus in andere Bundesländer oder ins Ausland wieder in Gang und Bayern bekommt wieder eine saubere Statistik - mit ganz wenig Schwangerschaftsabbrüchen.

Wer nun glaubt, dies alles sei nur der Phantasie einer fundamentalistischen CSU-Regierung entsprungen, der und die irrt. Die Grundlage hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 28. Mai 1993 geliefert. Dort wurde zu vielen Fragen eine klare Einerseits-Andererseits-Haltung eingenommen: Der Schwangerschaftschaftsabbruch ist rechtswidrig, aber straffrei, die Frau darf nicht gezwungen werden, ihre Gründe für den Abbruch anzugeben, aber auf ihre Mitwirkung am Gespräch soll hingewirkt werden, da sie für ein sinnvolles Beratungsgespräch unerläßlich sei, und immer wieder die Betonung des Schutzes des ungeborenen Lebens ... usw. Die meisten Vorschriften der bayerischen Gesetzentwürfe sind in irgendeiner Weise bereits im Verfassungsgerichtsurteil angelegt, lediglich die im Verfassungsgerichtsurteil auch benannten Gegenargumente werden nicht berücksichtigt.

Die öffentliche Kritik an den Entwürfen war zunächst erfreulich laut und breit gestreut, es fand sich sogar im Bundestag eine Mehrheit, die die Bayerische Staatsregierung öffentlich rügte. Ob die vollmundigen Erklärungen von SPD und FDP, - im Falle der Verabschiedung der Gesetze - vor dem Verfassungsgericht

klagen zu wollen, Bestand haben, bleibt abzuwarten. Die Anwältin der beiden betroffenen Ärzte hat ebenfalls eine Verfassungsklage angekündigt. Zur Zeit gibt es in Bayern zwei Unterschriftensammlungen gegen die Entwürfe, einen der SPD Bayern und einen aus der Frauenbewegung. Falls die Gesetze in Kraft treten, wird jetzt schon über einen Volksentscheid diskutiert.

In jedem Fall bleibt der Schwangerschaftsabbruch in Bayern eine unendliche Geschichte, mit der wir uns vermutlich im nächsten Jahrtausend auch noch herumschlagen.

Gy., Nürnberg

Anmerkung:

(1) Die französische Regelung, die Abbrüche nur in Krankenhäusern vorsieht, schreibt lediglich vor, daß Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr als ein Viertel aller chirurgischen Eingriffe der gesamten Klinik ausmachen dürfen, einzelne KrankenhausärztInnen werden nicht reglementiert. Den Frauen stehen genügend Abbruchmöglichkeiten zur Verfügung, da öffentliche Krankenhäuser verpflichtet sind, Abbrüche durchzuführen.

11. LebensBilder - LebensLügen

Autor: Gabriele Bolte, Siggi Fraumann, Evi Eichinger u.a. - Vorabdruck aus · Rubrik: Gesundheitspolitik; Gentechnologie; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:09

Es geht um "das Leben". Genauer gesagt darum, wie sich unser Leben und unsere Vorstellungen vom Leben durch die moderne Wissenschaft, durch Biologie und Medizin verändert haben und weiter verändern. Die "Frauen gegen Bevölkerungspolitik" aus Tübingen haben sich mit den (neuen) Forschungsschwerpunkten der Universität Tübingen auf den Gebieten der Transplantationsmedizin, molekulargenetischen Krankheitsursachen und Gentherapie auseinandergesetzt. Im Mittelpunkt der Fragestellung stehen hier die gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Technologien.

(...) Im Namen des (werdenden) "Lebens" beschneiden Karlsruher RichterInnen das Abtreibungsrecht, im Namen des (gesunden) "Lebens" betreiben HumangenetikerInnen ihre vorgeburtliche Selektion, im Namen des (zu kurzen) "Lebens" nehmen TransplantationsmedizinerInnen Sterbenden ihre noch funktionsfähigen Organe.

In unseren Auseinandersetzungen damit haben wir gemerkt, daß dieses Reden vom "Leben" ein Trick ist, weil "Leben" scheinbar selbstverständlich ist, obwohl wir es überhaupt nicht von selbst verstehen. Wir spüren, daß wir "leben", wir fühlen uns "lebendig", wir kennen neben Menschen auch andere "Lebe"wesen, aber "das Leben"...? Der scheinbar vielsagende Begriff sagt uns eigentlich nichts. Er verleugnet geradezu die konkreten Menschen, um die es bei Auseinandersetzungen über die Wünschbarkeit technischer Entwicklungen eigentlich gehen sollte. Statt von schwangeren, kranken, alten oder sterbenden Menschen zu sprechen, wird von einem abstrakten und körperlosen "Leben" geredet. Und weil sich darunter niemand etwas richtig vorstellen kann, brauchen wir eine Wissenschaft, die uns erklärt, was das eigentlich ist, das "Leben" - die Biologie.

"Der modernen Biologie ist (...) etwas wirklich Epochales gelungen, nämlich die Beantwortung ihrer Grundfrage: Was ist Leben?" Das jedenfalls behauptet der Biologe Peter Sitte. (1) (...) Zwar kennt auch er noch die klassischen Eigenschaften lebender Wesen - Stoffwechsel, Reizbarkeit, Bewegung, Wachstum und Entwicklung - doch diese "sind um das eine wirkliche Lebenskriterium herum zentriert, die Fortpflanzungsfähigkeit lebender Systeme. Alles übrige ist entweder Voraussetzung oder Folge dieser Eigenschaft."

Fortpflanzung erscheint als Sinn und Zweck des Lebens schlechthin: "Bei allen Organismen enthält die genetische Information den Entwicklungsplan für eine sehr komplexe, im wesentlichen chemisch arbeitende, also molekulare Maschinerie, deren entscheidende Funktion ihre eigene Reproduktion ist." (Hervorhebung der Verfasserinnen)

Das ist es also, das "Geheimnis des Lebens": die genetische Information, ein komplexes Molekül mit dem chemischen Namen DNA, das die Bauanleitung für seine eigene Reproduktionsmaschine enthält, deren einziger Zweck es ist, eben dieses Molekül wieder und wieder zu vermehren.

Diese reduktionistische Sicht greift um sich. Längst sind es nicht mehr nur BiologInnen, die so reden. Wie keine andere Wissenschaft prägt die Biologie mit ihren Erklärungen, ihrer Sprache und ihren Bildern unsere gesamte Lebenswirklichkeit. Die Rede von Genen ist heute auch einer breiten Öffentlichkeit geläufig. Von BILD bis FAZ von Focus bis Zeit huldigen die Medien dem genetizistischen Credo. Ob es um Intelligenz oder Krankheitsanfälligkeit, um Kriminalität oder um Untreue geht - die Gene sind immer die Ursache. So gerät menschliches Handeln zum bloßen Verhalten, gesellschaftliche Ungleichheit zur - bestenfalls bedauerlichen - biologischen Notwendigkeit. Evolutionäre Zweckmäßigkeit wird zum universellen Maßstab, Ethik und Moral lösen sich auf in eine Frage der Überlebenswahrscheinlichkeit des - wie es Dorkin mit einem Buchtitel prägte - egoistischen Gens.

(...) Es ist diese schleichende Deformation unseres Denkens und Empfindens durch die ganze "genetische Information", die uns besorgt und empört. In einer Gesellschaft, deren Mitglieder sich als Marionetten ihrer Gene begreifen, bleibt kein Spielraum mehr für politisches Handeln. Da sind benachteiligte sogenannte Randgruppen nicht länger Opfer ungerechter gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern ihrer eigenen Erbanlagen, und jeder Widerstand ist zwecklos. (...)

Von der Biologie, der Lehre vom "Leben" ...

Die Biologie ist eine junge Wissenschaft. Der französische Philosoph Foucault siedelt ihre Entstehung am Beginn des 19. Jahrhunderts an. Zwar dachten bereits die PhilosophInnen der Antike über das Wesen von Tieren und Pflanzen nach, bemühten sich NaturforscherInnen um deren Erfassung und ordnende Systematisierung, doch gab es keine Kategorie, die es erlaubt hätte, von einer Gesamtwissenschaft "Biologie" zu sprechen. "Das Leben" als zentrale Kategorie war zunächst noch unbekannt, es existierten lediglich Lebewesen. D.h. "Leben" war keine abstrakte, selbständige Größe, sondern ein Merkmal, eine Eigenschaft, nicht unabhängig von den dazugehörigen verschiedenen Lebewesen zu denken. Die NaturforscherInnen des 18. Jahrhunderts waren gerade von der Mannigfaltigkeit und Vielfalt dieser Lebewesen fasziniert. Für sie waren weniger ihre Gemeinsamkeiten als ihre Unterschiedlichkeit von Interesse. Arten galten noch als unwandelbar, existierten - zumindest in der christlichen Denktradition - so wie sie waren, von Anbeginn der Schöpfung.

Dieses Natur- und Weltbild ändert sich mit dem Durchbruch der Evolutionstheorie im 19. Jahrhundert radikal. Alle Arten - die Menschen eingeschlossen - werden jetzt nur noch als die derzeitigen und vorläufigen Endglieder einer stammesgeschichtlichen Entwicklung betrachtet. Sie stehen also in einem verwandtschaftlichen Zusammenhang und befinden sich überdies in permanenter Veränderung. Der Prozeß, dem sie alle ihr Dasein und So-Sein verdanken, ist der der natürlichen Zuchtwahl, der Selektion der Bestangepaßten. Zum Beleg dieser Theorie wird auf die Zweckmäßigkeit der Organismen verwiesen, die Funktionalität ihres Bauplans, die bis dahin als Ausdruck eines göttlichen Schöpfungsplans verstanden worden war. Mit der "Entdeckung" der Verwandtschaft aller Lebewesen gilt das vorrangige Interesse nicht mehr ihren Unterschieden, sondern dem, was sie verbindet. Und das, was sie alle miteinander gemein haben, ist das "Leben".

Die Suche nach einer materiellen Basis dieser Gemeinsamkeit führt schließlich Mitte dieses Jahrhunderts zur Entdeckung der DNA. Die Vorstellung, daß alle Lebewesen tief in ihrem Inneren eine dem Auge und den Sinnen verborgene, gemeinsame Struktur besitzen, gilt nun als bewiesen. Daß dieser Beweis nur mit technischen Methoden erbracht und nachvollzogen werden konnte, tut der Überzeugung keinen Abbruch, mit der DNA die alle Lebewesen miteinander verbindende Substanz gefunden zu haben. Mehr noch, nicht nur die Substanz ist im ganzen Organismenreich gleich, sondern auch der Mechanismus, mit dessen Hilfe die "Bauanleitung" in eine entsprechende "Maschine" übersetzt werden kann, der sogenannte genetische Code. Ehrfürchtiges Staunen und begeisterter Jubel begleiten seither jede weitere Enthüllung über Struktur und Funktion der DNA. Das enthusiastische Eigenlob von Watson und Crick angesichts "ihres" DNA-Modells - "Wir haben das Geheimnis des Lebens gelüftet" - schwingt auch heute noch in zahlreichen molekularbiologischen Veröffentlichungen mit.

Mit dieser Stilisierung kann die Biologie das "Leben" nun endlich dingfest machen: Das "Leben" wird in Gestalt eines einzigen Moleküls, der DNA, vergegenständlicht. Dieses "Leben", dieses Molekül war schon immer, und es wird immer sein. Es ist allgegenwärtig und allmächtig: In jedem Organismus, vom Einzeller bis zum Blauwal, vom Gras bis zum Menschen, legt es nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Grenzen der individuellen Entwicklung fest, ist letzter Grund und letzter Zweck jeder biologischen Existenz. Wo unsere Vorfahren noch göttliche Kräfte wähnten, weiß heute die Biologie das egoistische Gen am Werke.

... über die naturwissenschaftlich geprägte Medizin zur Biomedizin

Die Entwicklungen in den Naturwissenschaften, insbesondere in der Biologie, beeinflußten entscheidend die Medizin. Analog zur Verselbständigung des Lebensbegriffs in der Biologie vollzog sich in der Medizin eine Verselbständigung des Krankheitsbegriffs: Die naturwissenschaftlich orientierte Medizin versucht, Krankheit und Gesundheit immer genauer auf kleinster, subzellulärer Ebene zu definieren und zu erklären; die dadurch entstehenden systematisierten und klassifizierten Krankheitsbilder sind unabhängig von dem einzelnen kranken Menschen.

Funktionsstörungen im Körper werden auf der Ebene der Moleküle und chemischen Reaktionen verortet. Ihre Erfassung ist von aufwendigen Labormethoden abhängig. Die entwickelten Apparate und Meßgeräte messen Werte, die nur auf dem jeweiligen wissenschaftlichen Hintergrund verstanden und interpretiert werden können. Die Meßgrenzen, zwischen denen sich Gesundheit und Krankheit bewegen, sind orientiert an

Durchschnittswerten in der Bevölkerung und abhängig davon, was mit den zur Verfügung stehenden Geräten gemessen werden kann.

Unsere menschlichen Sinne allein reichen nicht mehr aus, diese Veränderungen wahrzunehmen. Krankheit, Gesundheit, Schwangerschaft und Tod werden letztendlich naturwissenschaftlich definiert. (...) Schleichend vollzieht sich so eine Entwicklung, durch die wir unserer Körperempfindungen und Sinne unsicher und entmündigt werden. Ob man sich krank fühlt oder gesund, ist dann nicht mehr abhängig von diesem Fühlen, sondern von Labordaten, wissenschaftlichen Interpretationen und Verteilungskurven.

Eine konsequente Weiterentwicklung der durch und durch naturwissenschaftlich orientierten Medizin ist die Biomedizin. Anders als diese im Zeitalter der Bio-Läden und Bio-Bauern positiv belegte Wortkonstruktion suggeriert, hat sie nichts mit "natürlicher" oder Alternativ-Medizin zu tun.

Wenn der Mensch als "ein Leben" im Sinne eines autokatalytischen Vorgangs, eines "lebenden Systems" begriffen wird, können seine Krankheiten als Funktionsstörungen im Mechanismus dieses Systems aufgefaßt und mit den Methoden der Biologie aufgeklärt und behoben werden. Die Biomedizin erforscht, erklärt und kontrolliert Krankheiten seit dem Siegeszug der Molekularbiologie daher fast ausschließlich auf der molekularen Ebene. Sie ist gekennzeichnet durch einen molekularen Krankheitsbegriff, d.h. sie führt Krankheiten auf Defekte im "Bauplan" des Individuums, seiner DNA, zurück. Wo sie genetische Defekte nicht unmittelbar ausfindig machen kann, postuliert sie zumindest eine erbliche (also genetische) Krankheitsanfälligkeit (sogenannte Prädisposition), die im Zusammenwirken mit bestimmten Lebensbedingungen krankheitsauslösend wirkt. Die meist chronisch verlaufenden und schwer therapierbaren sogenannte Zivilisationskrankheiten (z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes), die hierzulande im Verhältnis zu Infektionskrankheiten immer stärker an Bedeutung gewinnen, werden diesem "neuen" Krankheitstypus zugeordnet.

Medizinische und naturwissenschaftliche Erkenntnis erscheint zwar zumeist in sich schlüssig, aber nur zu leicht gerät in Vergessenheit, daß sie auf Denkmodellen und Konstrukten fußt, die selbst nicht mehr hinterfragt werden. Ein besonderer Forschungsinhalt der modernen Molekularmedizin, das menschliche "Immunsystem", ist ein Beispiel für ein derartiges Denkmodell. Aufgrund seiner derzeitigen Popularität wird es als Erklärung für in ihrer Krankheitsentstehung und ihrem Verlauf nicht gänzlich verstandene Erkrankungen herangezogen. Selbst Körperzustände wie eine Schwangerschaft werden zum immunologischen Ereignis.(...)

Bewertung des "Lebens"

Die neuen Technologien der Biomedizin werden herangezogen, um in allen Lebensabschnitten eine Lebensbewertung im Sinne von "gesellschaftlicher Nützlichkeit" vorzunehmen. So kommt "behinderten" Menschen in unserer Gesellschaft die Funktion eines Elendsmusters zu, das es zu vermeiden gelte. Menschen werden aber nicht durch medizinisch definiertes Anderssein, sondern erst durch die gesellschaftliche Stigmatisierung zu "Behinderten".

Die Bewertung des "Lebens" beginnt bereits in der Gebärmutter oder im Zuge der In-vitro-Fertilisation bereits vor Einnistung der befruchteten Eizelle in die Gebärmutter einer Frau. Während einerseits bevölkerungspolitische Maßnahmen wie Sterilisation, Drei-Monats-Spritzen und neuerdings die "Impfung gegen Schwangerschaft" zur Verringerung der Bevölkerungszahl von Bevölkerungsplanern eingesetzt werden, geht es andererseits um die Sicherung der "Bevölkerungsqualität" mittels Pränataldiagnostiken.

Mit Hilfe pränataldiagnostischer Methoden (Ultraschall, Chorionzottenbiopsie, Amniozentese, Blutuntersuchungen) sollen "krankhafte" Veränderungen des werdenden Kindes bereits vor der Geburt festgestellt werden. Ziel ist eine möglichst risikofreie Schwangerschaft und die Geburt eines gesunden, "nichtbehinderten" Kindes. Schwangerschaft wird zu einem überwachungsbedürftigen Krankheitszustand; allein aufgrund des Alters einer Frau (zu jung oder zu alt) wird oft sogar eine Risikoschwangerschaft konstatiert.

Sowohl in der Anspruchshaltung der Bevölkerung als auch im Körperempfinden der einzelnen Schwangeren vollzieht sich eine analoge Entwicklung: In dem Maße, wie Vermeidbarkeit von vorgeburtlichen Erkrankungen, Behinderungen und Risiken von medizinischer Seite propagiert wird, erwächst die Hoffnung auf ein gänzlich gesundes Kind. Ablehnung von vorgeburtlichen Untersuchungen gilt als fahrlässig. Frau ist selbst schuld,

wenn sie ein "behindertes" Kind, das scheinbar vermeidbar war, zur Welt bringt und trägt die Folgen. Die gesellschaftliche Verantwortung für "behinderte" Kinder (auch für "nichtbehinderte") wird allein den betroffenen Eltern übertragen. Der Ruf nach mehr medizinischer Forschung und nach mehr Überwachung ist die Konsequenz und führt zu einer Forschungsspirale mit offenem Ende.

Die vorgeburtliche "Aussonderung" von "behinderten" Menschen ist ihrem Wesen nach eugenisch. Die Bewertung nach Leistungsfähigkeit und gesellschaftlicher Nützlichkeit trifft nicht "nur" Ungeborene, sondern auch Alte, Kranke und Sterbende und "geistig und seelisch behinderte" Menschen. Ihnen wird zunehmend das Recht zu leben abgesprochen. So wird in unserer Gesellschaft seit einiger Zeit die Tötung unheilbar Kranker auf Verlangen diskutiert. Wie Erfahrungen aus den Niederlanden zeigen, wo eine entsprechende gesetzliche Möglichkeit bereits existiert, kann dies dazu führen, daß alte Menschen das Gefühl haben, nicht mehr weiterleben zu dürfen.

Darüber hinaus sieht der Entwurf der neuen Bioethikkonvention u.a. Versuche an nicht einwilligungsfähigen Menschen vor, wenn sie dem Fortschritt in der Krankheitserforschung dienen. Dies bedeutet eine Mißachtung des Menschenrechts Lebender, die dem hohen gesellschaftlichen Gut "Gesundheit" geopfert werden.

Gesundheit als höchstes Gut

Mehr und mehr wird Gesundheit zu einem Ideal, zum höchsten Gut, aber auch aufgrund der Leistungsorientierung in unserer Gesellschaft zu einer Pflicht. Einem gesunden, langen, ja möglichst ewigen Leben wird eine besondere Bedeutung zugemessen. Die Biomedizin verspricht, diese Anforderungen erfüllen zu können.

Der Begriff Gesundheit ist keineswegs eindeutig definiert, sondern umfaßt vielfältige Deutungen: von einem Verständnis der Gesundheit als fehlerfreiem Zusammenspiel molekularer Körperprozesse, die mittels Laborparametern erfaßbar sind, über ihre Interpretation als instabiles, persönliches Gleichgewicht biologischer, psychologischer und sozialer Faktoren, das sich als individuelles Wohlbefinden einer technischen Messung entzieht, bis hin zu der Annahme, Gesundheit und Krankheit seien Einstellungen des Willens. Wo früher eine asketische Moral vorherrschte, die Abhärtung und Selbstüberwindung als gesundheitsförderliches Verhalten befürwortete, hat sich heute der Zeitgeist der lustbetonten Einstellung durchgesetzt: Einsichtige Menschen sollen sich freiwillig und mit Freude gesundheitsbewußt verhalten. Slogans wie "Schlemm dich schlank" oder "Fit mit Vergnügen" lassen aber völlig außer acht, daß "Gesundheit" nicht allein durch das Verhalten der/des einzelnen zu erhalten oder erlangen ist.

Doch gleichgültig, welche Ideale und Vorstellungen mit dem Begriff Gesundheit umschrieben werden, läßt sich eine Gemeinsamkeit feststellen: Mit der Festlegung, was Gesundheit ist, werden Normen gesetzt. Und jede Normsetzung, jede Definition bringt die gesellschaftliche Ausgrenzung von Menschen mit sich, die von der Norm abweichen.

Wir halten es für eine fatale Entwicklung, daß immer neuere und exaktere Definitionskriterien aufgestellt werden. (...) Wenn Gesundheit zum höchsten Lebensziel erhoben wird, wird eine Auseinandersetzung mit Krankheit, Sterben und Tod erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Mit zunehmender Bedeutung von Gesundheit ist es leichter, den Vorsorgegedanken durchzusetzen; hierbei wirken zwei Ebenen zusammen:

Zum einen ist da das verständliche Anliegen der /des einzelnen, Krankheiten möglichst zu vermeiden oder zumindest frühzeitig zu erkennen und zu behandeln. Daher übernehmen Menschen die Idee, sie könnten für ihre Gesundheit selbst verantwortlich sein, versuchen gesundheitsfördernd und krankheitsvermeidend zu leben und nehmen diverse Angebote der Prävention (von der Fitneßgymnastik bis zur Pränataldiagnostik) in Anspruch. Indem die meisten Menschen die propagierte Eigenverantwortung für ihre Gesundheit verinnerlichen, sind sie somit auch bereit, potentielle Schuldzuweisungen bei "Nichterfüllung" zu akzeptieren. In der Auseinandersetzung um Gesundheitsförderung und Krankheitsvermeidung stehen das individuelle Verhalten und mögliches Fehlverhalten im Vordergrund. Der Einfluß sozialer Lebensverhältnisse auf das Wohlbefinden findet hierbei kaum Beachtung.

Zum anderen zwingen (durch die derzeitige Organisation des Gesundheitssystems vermeintlich) knappe Ressourcen die Gesundheitspolitik, Wege zu suchen, die Ausgaben im Gesundheitswesen zu reduzieren. Dies

kann durch Begrenzung der Leistungen geschehen (Minimalversorgung, Zwei-Klassen-Medizin), durch Stärkung von Präventions- und Selbsthilfeansätzen, aber auch durch Eingrenzung der zu Versorgenden. Letzteres ist denkbar durch die Definition und Ausgrenzung sogenannter Risikogruppen, also von Menschen, die sich nicht gesundheitskonform verhalten oder mit biomedizinisch definierten Risikofaktoren behaftet sind.

Die Bestimmung von Risikofaktoren und damit behafteter Menschen ist das Feld der Risikofaktorenmedizin und der prädiktiven Medizin. Die Risikofaktorenmedizin versucht, Risikofaktoren für zukünftige Erkrankungen festzustellen und geeignete Vorbeugemaßnahmen zu entwickeln. Dabei werden unter dem Begriff Risiko körperliche Veranlagungen, individuelle Verhaltensweisen und weitergehend auch die Lebensverhältnisse subsumiert. Dagegen konzentriert sich die prädiktive Medizin auf genetische Merkmale: Sie versucht, Risikofaktoren für zukünftige physische oder psychische Erkrankungen allein anhand genetischer Veranlagungen zu definieren, und verspricht die Möglichkeit, Erkrankungsrisiken durch gendiagnostische Methoden vorherzusagen und durch Vermeidung der Risikofaktoren in der individuellen Lebensführung zu vermindern. Hierbei gehen Genomanalyse, Massenscreening und computerisierte Datenerfassung Hand in Hand.

So positiv Vorsorge, Prävention und Krankheitsvermeidung auch klingen, gehört zu Prävention der ambivalente Charakter der Hilfe und Kontrolle. Dadurch, daß Medizin und Gesundheitswesen alles in den Blick nehmen, was gesundheitsrelevant ist oder als solches bezeichnet wird, werden sie immer mehr zu Instanzen sozialer Kontrolle, vor allem, wenn es um Vermeidung zukünftiger Erkrankungsmöglichkeiten geht. Präventionsstrategien haben sehr unterschiedliche Konsequenzen für die betroffenen Menschen, je nachdem, welches Menschenbild, welche Gesundheitsvorstellung und welche Ziele dahinterstehen.

Bei der prädiktiven und der Risikofaktorenmedizin wird zwar Gesundheit durchaus als Produkt der Veranlagung und der Umwelteinflüsse angesehen, jedoch erscheinen die Lebensbedingungen als unveränderbare Konstante, daher wird der Mensch mit seiner genetischen Ausstattung und seinem Verhalten als Summe seiner Dispositionen zum Objekt.

Die Erstellung von Risikoprofilen bedeutet die Zuweisung individueller Lebenschancen. Zu den Gruppen der Kranken und der Gesunden tritt die neue Kategorie der RisikoträgerInnen. Je ausgefeilter die Diagnostik und je umfangreicher die Vorsorgeuntersuchungen, desto größer wird diese Gruppe. Die Ermittlung von Risikofaktoren dient meistens nicht (nur) dazu, jeder/jedem individuell Informationen zu geben und gegebenenfalls die bestmögliche Behandlung zukommen zu lassen, sondern wird genutzt, um die Rationierung von Leistungen zu legitimieren und bestimmte Gruppen aus der medizinischen Versorgung auszuschließen (beispielsweise im Krankenversicherungssystem der USA zu beobachten). Die Logik der individuellen Risikofaktoren birgt die Gefahr der Stigmatisierung, Diskriminierung, Auslese und Ausmerze in sich.

Biomedizinisch-technologische Lösungen haben Vorrang vor sozialpolitischen Lösungen. Die Verhaltensmodifikation einzelner ist handlungsweisend als Ansatz für präventive Maßnahmen, nicht etwa die Änderung der Lebensverhältnisse, um allen ein Wohlbefinden zu ermöglichen, das weit über ein Gesundheitsverständnis als Abwesenheit von Krankheit hinausgehen würde.

Letzte, logische Konsequenz der Biomedizin und des "Gesundheitswahns" sind die Versuche einer Gentherapie: Es sollen "kranke" oder "krankmachende" Gene durch "gesunde" ausgetauscht werden. Mit der Vorstellung, Krankheiten könnten dank molekularbiologischer Methoden kausal wegtherapiert werden, erscheint erstmals ein Leben ohne Krankheiten denkbar. Dieses Denken umfaßt folgerichtig auch den Traum der Nachbesserung von Menschen, sei es zwecks Verhinderung von Normabweichungen und Produktion von gesellschaftlich gewünschten Menschen, sei es zur Anpassung an die krankmachenden Lebensverhältnisse.

Lebens-Bilder

- Lebens-Lügen?

Einprägsam und wirkmächtig werden die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden biomedizinischen Vorstellungen vom "Leben" durch Bilder - Lebens-Bilder.

Lebens-Bilder sind Produkte technischer Verfahren. Die technologische Herangehensweise des Herauslösens des untersuchten Objekts aus seinem Zusammenhang und des Abstandnehmens bewirkt, daß sich

Lebens-Bilder der sinnlichen Eigenwahrnehmung entziehen. Wie für alle Bilder gilt auch für Lebens-Bilder, daß sie nicht Allgemeingültigkeit besitzen, da sie die Realität nicht unverfälscht abbilden, sondern nur ein mögliches Bild der Wirklichkeit darstellen und in ihrem Entstehungskontext gesehen und gedeutet werden müssen. Oftmals gerät in Vergessenheit, daß es sich bei Lebens-Bildern nicht um Abbildungen handelt, sondern um optische Umsetzungen von Meßwerten.

Am wichtigsten erscheint uns die Tatsache, daß diese technogenen Bilder vom "Leben" mehr und mehr verinnerlicht werden und unsere gesamte Wahrnehmung verändern. Werden Lebens-Bilder als umfassende Darstellungen der Wirklichkeit vermittelt und akzeptiert, verändern sie die eigene Wahrnehmung oder machen sie gar unmöglich, werden sie zu Lebens-Lügen.

In den letzten zehn Jahren haben bildgebende Verfahren wie Ultraschall, Computertomographie oder Kernspintomographie in der medizinischen Diagnostik an Bedeutung gewonnen. Durch verbesserte Geräte können inzwischen früh Gewebeveränderungen im menschlichen Körper nachgewiesen werden, weshalb diese Verfahren in der Tumordiagnostik einen festen Platz eingenommen haben. Auch für die Feststellung einer Schwangerschaft ist inzwischen die Ultraschalldiagnostik mit den sogenannten Vaginalsonden Routine geworden. Eine Schwangerschaft wird nicht zunächst von einer Frau wahrgenommen, sondern von ÄrztInnen unter Einsatz des Ultraschalls diagnostiziert. Technogene Bilder treten an die Stelle einer sinnlichen Wahrnehmung. Viel früher als eine schwangere Frau ein werdendes Kind in sich - als Vorgang in ihrem Körper - wahrnimmt, wird ihr dieses als getrenntes Subjekt auf dem Bildschirm eines Ultraschallgerätes vorgeführt, zunächst noch völlig undifferenziert als schattengebende Zellstruktur, im Laufe der Zeit immer differenzierter mit sichtbaren Beinen und Armen und schlagendem Herz. (...)

Durch Ultraschall scheint es möglich, "Leben" von außen zu "betrachten". In der logischen Folge werden Feten häufig in ihrer Fruchtblase dargestellt wie ein Mensch im Raumanzug im All - damit eine Unabhängigkeit vorspiegelnd, die es nicht gibt. Die schwangere Frau wird hierbei zum fetalen Umfeld, das für die (bildliche) Wahrnehmung des "Lebens" unwesentlich ist.

Auch auf der gesellschaftlichen Ebene führt dies zu dramatischen Veränderungen. Juristisch wurde jüngst anläßlich des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Paragraphen 218 ein Personenstatus eines Embryos konstruiert, der ihn zur Rechtsperson gegenüber seiner potentiellen Mutter macht. Eine schwangere Frau hat demnach die Pflicht, sich gegenüber dem, was in ihr wächst, verantwortlich zu verhalten. Mit diesem juristischen Schachzug werden aus einer schwangeren Frau plötzlich zwei getrennt voneinander existierende Menschen. Die Medizin liefert die Grundlage für derartige juristische und letztendlich gesellschaftlich bedeutsame Veränderungen.

In unserer Diskussion über die "Lebens-Bilder" mußten wir immer wieder feststellen, wie weit auch - oder gerade - wir als Ärztinnen und Biologinnen sie bereits als Realität in unseren Köpfen verinnerlicht haben. Wir lehnen die medizinischen und biologischen Erfahrungen und Errungenschaften der letzten 50 Jahre nicht generell ab, beispielsweise möchten wir nicht hinter das naturwissenschaftlich erlangte Wissen um die Entstehung und Verhütung einer Schwangerschaft zurück, doch ist es uns wichtig, immer wieder einen Sichtwechsel vorzunehmen, um uns gegen gefährliche Entwicklungen wie die Wahrnehmungsveränderung durch die Verinnerlichung technogener Bilder und Realitäten wenden zu können. (...)

Gabriele Bolte, Siggi Graumann, Evi Eichinger, Christa Lehr, Uta Eser, Elvira Ratzel-van Ysselmuiden, Heike Frank, Silja Samerski

Quellen:

(1) Peter Sitte. Wege, Einsichten und Möglichkeiten der Biologie. in: Naturwissenschaftlichen Rundschau 9/1991

Dieser Artikel wurde redaktionell gekürzt.

Der vollständige Text erscheint als Einleitung des im Juni 1996 herauskommenden Buches "LebensBilder LebensLügen. Leben und Sterben im Zeitalter der Biomedizin", das u.a. Beiträge zu den Verheißungen der Gentechnologie von Florianne Koechlin, zu Organtransplantation und Fetalgewebeforschung von Erika Feyerabend, zur Problematik des Hirntodes von Johannes Hoff, zur Entkörperung der Frauen hinsichtlich der biokratischen Sicht der Schwangerschaft von Barbara Duden enthält.

LebensBilder LebensLügen. Leben und Sterben im Zeitalter der Biomedizin. Frauen gegen Bevölkerungspolitik (Hg.), Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg, ISBN 3-922611-57-5, 144 Seiten, 22 DM

12. Vor 60 Jahren: Beginn des spanischen Bürgerkrieges

Autor: Kt. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus; Geschichte der Kommunisten; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:32

Mit dem Putsch der Kolonialarmee in Marokko am 17. Juli 1936 begann vor 60 Jahren der spanische Bürgerkrieg. Ziel der Rebellion war der Sturz der im Februar gebildeten "Volksfrontregierung" - einem Koalitionskabinett bürgerlich-liberaler Parteien, in dem zu diesem Zeitpunkt weder die Sozialisten noch die Kommunisten vertreten waren.

Die in Nordafrika stationierten Truppen, die den Putsch fast geschlossen unterstützten, stellten mit rund 30.000 Mann (einschließlich der Fremdenlegion und einheimischer Hilfstruppen) den am besten ausgebildeten und bewaffneten professionellen Kern der spanischen Armee dar. Die auf dem Festland stehenden, 110.000 Mann starken Einheiten besaßen eine sehr viel geringere Kampfkraft. Nur ungefähr die Hälfte von ihnen schloß sich der Meuterei gegen die Regierung an. Viele putschende Einheiten wurden von schnell aufgestellten linken Milizen in ihren Kasernen abgeriegelt und entwaffnet, ein großer Teil der Offiziere kurzerhand erschossen.

Ähnlich erging es vielen ihrer Kollegen bei der Marine, die meinten, ihre Kriegsschiffe zum Einsatz gegen die Regierung befehligen zu können: die Mannschaften übernahmen das Kommando. So blieb der größte Teil der Flotte loyal. Dadurch verzögerte sich die Planung der Putschisten, möglichst schnell ihre Einheiten aus Nordafrika nach Spanien zu schaffen.

An diesem möglichen Wendepunkt der Entwicklung griff das Deutsche Reich ein, um den Erfolg des Putsches sicherzustellen: Am 28. Juli 1936 landeten deutsche Transportflugzeuge in Marokko, um Truppen nach Spanien zu bringen. Mit der ersten großen Luftbrücke der Militärgeschichte wurden in wenigen Wochen rund 13.000 Soldaten ausgeflogen.

Der Vorgang ist teilweise so interpretiert worden, als hätte die deutsche Unterstützung zu diesem Zeitpunkt den fast schon gescheiterten Putsch gerade eben noch gerettet. Das ist wahrscheinlich übertrieben, da die Meuterer eine Woche nach Beginn ihrer Aktionen - also noch vor Einsetzen der deutschen Luftbrücke - schon ungefähr ein Drittel des Landes unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Wahrscheinlich ist aber, daß das deutsche Eingreifen zu diesem Zeitpunkt entscheidend dazu beitrug, dem General Franco, der die nordafrikanischen Einheiten kommandierte, die Führung des Putsches zu sichern.

Aus der nur halb geglückten Rebellion gegen die "Volksfrontregierung" entwickelte sich ein militärisch geführter Bürgerkrieg, der erst Ende März 1939 mit dem Einzug der Rechten in Madrid endete. In großem Umfang beteiligten sich an diesem Krieg auf der einen Seite Deutschland und Italien, auf der anderen Seite die Sowjetunion (vorwiegend mit Waffenlieferungen und einigen Hundert Piloten, Panzerführern und Ausbildern) sowie die kommunistisch dominierten Internationalen Brigaden. Oft und nicht ohne plausible Gründe wird daher der Kampf um Spanien, zusammen mit Japans Angriff auf China, als der eigentliche Anfang des Zweiten Weltkriegs bezeichnet.

Von der Diktatur de Riveras zur Zweiten Republik

Wann aber begann der spanische Bürgerkrieg? Der Putschauftakt vom 17. Juli 1936 bezeichnet in diesem Zusammenhang zweifellos einen qualitativen Sprung, der aber von seiner Vorgeschichte nicht ohne weiteres zu trennen ist.

Spanien hatte von 1923 bis 1930 unter der Diktatur von Primo de Rivera gestanden, der einerseits ein Bewunderer und Nachahmer des italienischen Faschismus war, andererseits aber bis 1929 auch von der Sozialistischen Partei und der von ihr geführten Gewerkschaft UGT unterstützt worden war. Riveras Diktatur zielte unter anderem darauf ab, durch dirigistische Maßnahmen die extreme Rückständigkeit und Schwäche der spanischen Produktionsverhältnisse zu überwinden. Außerdem war sie eine Reaktion auf die heftigen, oft bewaffnet ausgetragenen Sozialrevolten, die immer wieder in Teilen Spaniens ausbrachen und nur mühsam unter Kontrolle zu bringen waren. Hierbei spielten, in ganz Europa und vermutlich weltweit eine Besonderheit, anarchistische Organisationen die größte Rolle. Um 1919 zählte deren Gewerkschaft, die CNT, rund dreimal soviel Mitglieder wie die Sozialisten.

Im Januar 1930 trat de Rivera zurück, nachdem immer mehr Teile der Gesellschaft ihm ihre Unterstützung versagt hatten und seine Wirtschaftspolitik weithin als Mißerfolg angesehen wurde. Die Gemeindewahlen im April 1931 zeigten, daß Spanien tief zwischen den auf dem Land dominierenden Monarchisten einerseits und den in den Städten führenden Sozialisten und bürgerlichen Republikanern andererseits gespalten war. Zwei Tage nach der Wahl dankte der König ab, und die Zweite Spanische Republik wurde ausgerufen. (Spanien war 1873/74 schon einmal kurzzeitig Republik gewesen)

In den Jahren 1931-34 wurde der Versuch unternommen, unter Führung bürgerlich-demokratischer Kräfte und mit weitgehender Unterstützung der Sozialisten - aber gegen die militante Opposition der Anarchisten - einige Reformen durchzusetzen, die im Interesse einer nachholenden kapitalistischen Entwicklung Spaniens unvermeidlich waren. Dazu gehörten vergleichsweise zurückhaltende agrarreformerische Maßnahmen. Da weite Teile Spaniens unter grauenvollen vorkapitalistischen Umständen in Großgrundbesitz bewirtschaftet wurden, war es vordringlich, die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Landarbeiter zu verbessern, um dieses permanente revolutionäre Potential in den Griff zu kriegen. Von dem, was auf diesem Gebiet 1931-33 beschlossen wurde, setzten die bürgerlichen Regierungen allerdings kaum etwas in Taten um.

Da sich einerseits an der Lebenssituation der armen Bevölkerungsmehrheit kaum etwas zum Besseren veränderte, sondern im Gegenteil Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung stark zunahmen, andererseits aber Erwartungen geweckt wurden und die unmittelbare Repression der Rivera-Jahre etwas nachließ, entfalteten sich, vor allem unter Führung der Anarchisten, die Klassenkämpfe. Maßnahmen wie die Verringerung des Militärhaushalts und die Verkleinerung des Offizierkorps verstärkten die Unzufriedenheit im traditionell extrem konservativen Militär. Im August 1932 wurde zum ersten Mal ein - erfolgloser - Putsch zum Sturz der Republik unternommen; beteiligt waren die meisten Anführer der späteren Rebellion vom Juli 1936.

Von den "schwarzen Jahren" zur Volksfront

Als sich die wichtigsten Organisationen der Bourgeoisie von der liberalen Reformpolitik abwandten, wurden im November 1933 vorgezogene Neuwahlen abgehalten. Die rechten Parteien waren klare Wahlsieger, die Sozialisten wurden stark reduziert; die bürgerlichen Liberalen, die 1931-33 die Regierungen getragen hatten, schrumpften fast bis zur Bedeutungslosigkeit. Die Anarchisten hatten zum Wahlboykott aufgerufen.

Die Jahre 1934-35 waren bestimmt von dem Versuch der herrschenden großbürgerlichen und latifundistischen Schichten, alle wesentlichen Reformansätze der Vorjahre rückgängig zu machen und den Lohnabhängigen in Landwirtschaft und Industrie eine nachhaltige Niederlage beizubringen. Dadurch kam es zu außerordentlich harten, langdauernden, breit getragenen Klassenkämpfen. Die Anarchisten hatten schon im Dezember 1933 bewaffnete Aktionen in mehreren Gebieten Spaniens begonnen. Im Juni 1934 gab es den größten Landarbeiterstreik in der Geschichte Spaniens, gegen den mit heftiger Repression vorgegangen wurde. In Asturien eskalierten die Kampfaktionen der Bergarbeiter im Oktober 1934 zum bewaffneten Aufstand. Dieser wurde nach mehrtätigen Kämpfen vom Militär niedergeschlagen, wobei sich wieder einmal die kommenden Putschführer von 1936 hervortaten. Führende sozialistische und bürgerlich-liberale Politiker wurden unter dem Vorwurf verhaftet, in den Aufstand verwickelt zu sein. Die Gerichte verhängten gegen zahlreiche Arbeiterführer lange Gefängnisstrafen und sogar mehrere Todesurteile. Im Mai 1935 wurde General Franco zum Chef des Generalstabs ernannt.

Wesentliche Fragen der Schärfe des Vorgehens gegenüber der Arbeiterbewegung waren aber zwischen den unterschiedlichen politischen und Klassenkräften, die die Regierungskoalition unterstützen, umstritten. Das führte erneut zur Ansetzung vorgezogener Neuwahlen im Februar 1936.

In der Zwischenzeit hatte sich in der Komintern als Reaktion auf die Machtübernahme durch die NSDAP in Deutschland die Orientierung auf Bildung von "Volksfronten" durchgesetzt. Gemeint war das Bündnis mit bürgerlichen Parteien, von denen eigentlich nicht viel mehr erwartet wurde, als daß sie einigen Reformen nicht absolut abgeneigt waren und daß sie vor allem Gegner des Faschismus/Nazismus sein sollten. In offizielle, ideologisierte Form gebracht, wurde diese neue Ausrichtung auf dem 7. Komintern-Kongreß im Juli 1935. Praktiziert wurde sie aber vorher schon. Bereits Anfang Juni 1935 hatte der Generalsekretär der spanischen KP den bürgerlichen Republikanern und den Sozialisten öffentlich einen entsprechenden Vorschlag gemacht.

Im Januar 1936 wurde das Volksfront-Bündnis mit der Veröffentlichung einer gemeinsamen Wahlplattform besiegelt. Beteiligt waren zwei bürgerlich-liberale Parteien, die bürgerlich-autonomistische "Katalanische

Linke", die Sozialisten und die Kommunisten. Die Wahlen im Februar brachten in Stimmen nur einen äußerst knappen Vorsprung der "Volksfront", der jedoch aufgrund des nicht gerade repräsentativen Wahlgesetzes einen enormen Sieg ergab: Das Bündnis verfügte nun über zusammen 277 Abgeordnete, gegenüber 132 der Rechten und 32 der "Mitte", die eigentlich auch eher rechts standen. Die Sozialisten stellten die stärkste Fraktion (88-90 Abgeordnete), die beiden bürgerlichen Parteien hatten zusammen 113 Sitze, die katalanischen Autonomisten 22, und die KP lediglich 14. Es handelte sich also um alles andere als eine linksradikale Majorität. Entscheidend für den Wahlerfolg war offenbar, daß diesmal die Anarchisten auf einen Boykott-Aufruf verzichtet hatten, ohne freilich die "Volksfront" direkt zu unterstützen.

In der ersten Regierung, die nach den Neuwahlen gebildet wurde, waren nur die bürgerlichen Parteien des Bündnisses vertreten. Ausschlaggebend dafür war, daß der linke Flügel der Sozialisten unter Largo Caballero dem "Volksfront"-Konzept im Grunde ablehnend gegenüberstand, wofür linksradikal klingende Argumente vorgebracht wurden. Immerhin setzte die neue Regierung aber schon in den ersten Wochen eine Reihe von zwar nicht eben revolutionären, aber auch nicht ganz unwichtigen Maßnahmen um:

- Eine allgemeine Amnestie für alle wegen des asturischen Aufstands von 1934 Inhaftierten und Verurteilten, was für einige die Aufhebung des Todesurteils bedeutete.

- Wiedereinstellung aller Arbeiter, die seit Anfang 1934 wegen ihrer Beteiligung an Streiks entlassen worden waren.

- Der zwischenzeitlich aufgehobene Erlaß über die Enteignung der am Putsch vom August 1932 Beteiligten wurde wieder in Kraft gesetzt.

- Verbot der faschistischen Falange-Partei.

- Verschiebung putschverdächtiger Militärs wie Franco, Mola, Goded u.a. auf neue Posten, von denen man hoffte, daß sie dort weniger Schaden anrichten könnten. Franco zum Beispiel wurde auf die Kanarischen Inseln "verbannt", Goded auf die Balearen. Es bedurfte schließlich aber nur eines von interessierten britischen Kreisen zur Verfügung gestellten Flugzeugs, um Franco zum richtigen Zeitpunkt ins marokkanische Tetuan zu bringen, wo er das Kommando über die putschenden Einheiten übernahm.

Die deutsch-italienische Intervention

Wenige Tage nach Beginn des Putsches begannen Deutschland und Italien mit der Lieferung von Waffen, zunächst vor allem Transport- und dann auch Kampfflugzeuge; bald folgten leichte Panzer, Geschütze, Munition. Am 18. November 1936 sprachen Berlin und Rom die Anerkennung der von Franco geführten Putschistenjunta als rechtmäßige Regierung Spaniens aus. Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, daß die Eroberung Madrids - die man eigentlich aus allgemeinen außenpolitischen Erwägungen vor einer Anerkennung noch abwarten wollte - im ersten Anlauf nicht möglich war und daß zumindest noch mit mehreren Monaten Krieg zu rechnen war. Zur Stabilisierung der Verteidigungslinie in und um Madrid hatte entscheidend das Eintreffen der ersten Truppen der Internationalen Brigaden, Anfang November, beigetragen.

Zur gleichen Zeit entschlossen sich die Regierungen in Berlin und Rom, die Putschisten noch stärker zu unterstützen. Deutschland bildete die "Legion Kondor", die hauptsächlich aus Kampf- und Bombenflugzeugen samt Personal bestand. Weltgeschichtlich unvergessen wurde dieser Verband durch die Zerstörung der baskischen Stadt Guernica am 26. April 1937. 1.600 Menschen kamen bei dem Bombardement ums Leben.

Unter den umfangreichen deutschen Waffenlieferungen für die Junta sind die Artilleriegeschütze besonders hervorzuheben, die den Rechten zu einem entscheidenden Übergewicht auf diesem strategisch wichtigen Gebiet verhalfen. Deutsche Militärberater waren auch unmittelbar an der Aktionsplanung der Putschisten und am Einsatz der von Deutschland gelieferten Waffen beteiligt. - Insgesamt wurden im Rahmen der "Legion Kondor" ungefähr 10.000 deutsche Soldaten und Offiziere in Spanien eingesetzt.

In Personalzahlen sehr viel stärker engagierte sich Italien: Es schickte insgesamt ungefähr 70.000 Soldaten in den spanischen Bürgerkrieg, die sich als autonome Divisionen unmittelbar an den Kämpfen beteiligten. Die Maximalstärke der italienischen Einheiten dürfte bei etwa 40.000 Mann gelegen haben. Auch in diesem Fall kamen Flugzeuge, Panzer und andere Waffenlieferungen im großen Stil hinzu.

Deutschland und Italien gemeinsam waren daran interessiert, durch einen Sieg der spanischen Rechten das Kräfteverhältnis in Europa zu Gunsten des nazistisch-faschistischen Blocks - der "Achse", wie man seit November 1936 sagte - zu verändern. Die Regierung in Rom erhoffte sich außerdem unmittelbar den Gewinn von Stützpunkten auf den Balearen und die Schaffung eines Juniorpartners für ein romanisch-faschistisch beherrschtes Mittelmeer.

Aus Sicht der deutschen Regierung war allein schon der Aufbau und die Verschärfung eines Interessengegensatzes zwischen Italien und Frankreich ein enormer Gewinn. Denn die Frage, zu welcher Seite sich die faschistische Regierung in Rom im Fall eines großen europäischen Konflikts neigen würde, war bis zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs entschieden. In kriegswirtschaftlicher Hinsicht diente die deutsche Unterstützung für die spanischen Putschisten dazu, sich den Zugriff auf Eisenerz und andere wichtige Rohstoffe zu sichern.

Die weitere deutsche Hoffnung, ein pro-faschistisches Spanien als Basis und Bündnispartner für den bereits vorbereiteten großen europäischen Krieg zu gewinnen, erfüllte sich jedoch nicht: Franco, der im Grunde den britischen und amerikanischen Kapitalisten nicht weniger verbunden war als den deutschen, wahrte im wesentlichen die Neutralität des Landes - und sicherte sich damit sein politisches Überleben und den Fortbestand der falangistischen Diktatur weit über das Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus. Franco starb erst 1975, als letzter der europäischen Diktatoren.

Während sich auf der einen Seite Deutschland und Italien in großem Umfang engagierten, versagte Großbritannien jede Unterstützung: Erstens sah man in einem Sieg Francos das kleinere Übel, zumal dieser versprochen hatte, die wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens zu wahren. Zweitens strebte die britische Regierung immer noch eine Verständigung mit Deutschland und Italien an

Die seltsame "Nichteinmischung"

Aus einer Vielzahl von wirtschaftlichen und politischen Gründen sympathisierten die herrschenden Kräfte in Großbritannien, den USA und teilweise auch in Frankreich mit den Putschisten um General Franco. Die Aussicht, endlich einmal "Ruhe und Ordnung" in ein Land permanenter revolutionärer Unruhe zu bringen, war alles andere als unattraktiv. Selbstverständlich mußte verhindert werden, daß Spanien in die Einflußsphäre Deutschlands und Italiens geraten würde, aber selbst dafür war es vielleicht sinnvoller, die Putschisten in maßvoller Weise zu unterstützen oder sich wenigstens nicht direkt mit ihnen anzulegen. Jedenfalls war es aus dieser Interessenlage und Sicht nicht zweckmäßig, sich mit der legitimen republikanischen Regierung zu solidarisieren.

Während sich die US-Regierung offiziell hinter dem "Neutrality Act" von 1935 verschanzte, der Waffenlieferungen an Kriegsparteien verbot, lieferten amerikanische Konzerne den spanischen Faschisten auf Kredit alles, was sie benötigten. Der Präsident von Texaco schickte auf die erste Nachricht vom Putschbeginn hin fünf Tanker los, um den Treibstoffbedarf der meuternden Truppen sicherzustellen. Fortan übernahm Texaco die laufende Versorgung der rechten Bürgerkriegstruppen mit Benzin und Öl. Ford, Studebaker und General Motors lieferten den Franco-Truppen dreimal soviel Lkws wie Deutschland und Italien zusammen. Dupont schickte 40.000 Bomben, die zwecks Umgehung des "Neutrality Act" über Deutschland transportiert wurden.

Anders war die Situation in Frankreich. Dort regierte seit Anfang Juni 1936 ebenfalls ein "Volksfront"-Bündnis. Es bestanden also auf spanischer Seite begründete Erwartungen und auf französischer Seite entsprechende politisch-moralische Verpflichtungen. Große Teile der französischen Linken setzten sich für deren Erfüllung ein. Auch der sozialistische Regierungschef Blum und einige seiner Minister waren zunächst sehr geneigt, die spanische Bitte nach Waffenhilfe gegen die Putschisten - insbesondere sofortige Lieferung von Kampfflugzeugen - zu erfüllen. Erst unter britischem Druck mußte Blum einen Rückzieher machen.

Entscheidend dafür war, daß Frankreich - unter welcher Regierung auch immer - aufgrund des Gegensatzes zum aggressiven deutschen Nachbarland darauf angewiesen war, seine Partnerschaft mit Großbritannien sorgfältig zu pflegen. In der Praxis bedeutete das, daß die britische Regierung gegenüber ihrem Juniorpartner fast alles durchsetzen konnte, indem sie einfach damit drohte, im Fall eines deutsch-französischen militärischen Konflikts die unbedingt benötigte Unterstützung zu verweigern.

Diese Konstellation führte dazu, daß Frankreich die spanische Regierung kaum direkt unterstützte - abgesehen von einer kleinen Lieferung in den ersten Tagen nach Beginn des Putsches. Außerdem war die französische "Volksfront"-Regierung schon im Juni 1937 zum Rücktritt gezwungen.

Auf dem Weg

zum Zweiten Weltkrieg

Die Beteiligung Deutschlands am spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 muß im Zusammenhang der nazistischen Außen- und Militärpolitik gesehen werden.

- Im Oktober 1933 war Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten und hatte sich von der internationalen Abrüstungskonferenz in Genf zurückgezogen. Praktisch bedeutete das die Abkehr Deutschlands von allen internationalen Spielregeln und Konfliktlösungsversuchen.

- Im März 1935 gab Hitler offiziell bekannt, daß Deutschland über eine eigene Luftwaffe verfügte. Das war zwar trotz Geheimhaltung in den interessierten Kreisen des Auslands wohlbekannt, war aber im Versailler Friedensvertrag ausdrücklich verboten worden. Das deutsche Eingreifen in den spanischen Bürgerkrieg erfolgte ab 1936 hauptsächlich mit der Luftwaffe.

- Ebenfalls im März 1935 wurde die Wiedereinführung der Wehrpflicht angeordnet; auch das stand im Widerspruch zu den Verpflichtungen des Versailler Vertrags.

- Anfang März 1936 marschierten 40.000 Soldaten der Wehrmacht in das durch den Versailler Vertrag für entmilitarisiert erklärte Rheinland ein. Maßgebliche politische und militärische Kreise Frankreichs hätten eine scharfe Antwort auf diese Provokation bevorzugt, wurden davon aber durch die Rücksicht auf Großbritannien abgehalten.

- Im März 1938 vollzog Deutschland unter Androhung eines Militäreinsatzes den "Anschluß" Österreichs. Auch das war durch den Versailler Friedensvertrag untersagt.

- Im Oktober 1938 konnte Deutschland aufgrund des Münchner Abkommens mit Großbritannien, Frankreich und Italien bedeutende Teile der Tschechoslowakei annektieren.

- Im März 1939 erzwang die deutsche Regierung durch Androhung militärischer Gewalt den Anschluß der "Rest-Tschechei" als sogenanntes Protektorat.

In der NS-Propaganda nach Innen und Außen wurde die Intervention in Spanien zur antibolschewistischen Vorkämpferrolle hochstilisiert, mit der Deutschland "im wohlverstandenen Interesse aller Kulturvölker" (Goebbels) handele. Große Teile der Bourgeoisie in Europa und den USA waren dieser Sichtweise offenbar nicht vollständig abgeneigt.

Kt.

Die Internationalen Brigaden

Anfang November 1936 traten die Franco-Truppen zu ihrem ersten Großangriff auf Madrid an. Die Eroberung der Hauptstadt hätte wahrscheinlich zu einer allgemeinen internationalen Anerkennung der Junta geführt und jeden weiteren Widerstand fast aussichtslos gemacht. Zur Verteidigung Madrids trugen wesentlich die ersten beiden Internationalen Brigaden bei, die gerade erst in Spanien angekommen waren und sofort an den Schwerpunkten der Kämpfe eingesetzt wurden.

Insgesamt handelte es sich um etwa 3.500 Freiwillige - etwa ein Zehntel der Truppen, die der Regierung für die Verteidigung der Hauptstadt zur Verfügung standen. Die Verluste der beiden Interbrigaden waren schon in den allerersten Tagen sehr hoch: Bis Anfang Dezember hatten sie etwa die Hälfte ihrer Männer durch Tod oder Verwundung verloren. Die Rolle der Brigaden bei der Verteidigung Madrids wurde zu einem propagandistischen Mythos auch deshalb, weil sie ein entscheidendes Signal setzte, daß die spanische Republik in ihrem Abwehrkampf gegen die Faschisten nicht allein stand.

Mindestens ebenso wichtig für die militärische Stabilisierung der Republik war, daß zur gleichen Zeit in großem Umfang sowjetische Waffen geliefert wurden, vor allem schwere Panzer und moderne Kampfflugzeuge. Sie waren nicht nur dem Material der Franco-Truppen weit überlegen, sondern zunächst auf vielen Gebieten auch

den deutschen und italienischen Waffen. Hunderte, vermutlich insgesamt einige tausend sowjetische Soldaten kamen als Panzerfahrer, Piloten, Militärberater und Ausbilder nach Spanien.

Es wird geschätzt, daß im Verlauf des Bürgerkriegs insgesamt ungefähr 35.000 Menschen, überwiegend Männer, aber auch eine kleine Zahl von Frauen, in den Internationalen Brigaden kämpften. Die maximale Einsatzstärke dürfte bei 18.000 gelegen haben.

Aus der Literatur und Publizistik könnte man den Eindruck gewinnen, daß zu einem überdurchschnittlich großen Teil Journalisten, Schriftsteller und andere Intellektuelle in den Reihen der Interbrigaden kämpften. In Wirklichkeit waren es überwiegend Arbeiter und Arbeitslose. Etwa die Hälfte gehörte einer kommunistischen Partei an. Die meisten von ihnen waren ohne Kriegserfahrung; teilweise wurden sie erst in Spanien militärisch ausgebildet.

Die Brigadisten kamen aus über 50 Ländern. Französische Freiwillige bildeten mit rund 10.000 die größte Gruppe. Außerdem gab es 5.000 Deutsche und Österreicher, ebenso viele Polen, über 3.000 Italiener, fast 3.000 US-Amerikaner, 2.000 Briten, 1.500 Jugoslawen und ebenso viele Tschechoslowaken, 1.200 Kanadier und 1.000 Ungarn.

Obwohl sich anfangs Zehntausende Freiwillige meldeten, um für die spanische Republik zu kämpfen, trafen in Spanien sehr viel weniger Brigadisten ein, als zur Ersetzung der hohen Verluste notwendig gewesen wären. Mitte 1938, befanden sich nur noch etwa 9.000 Interbrigadisten im Land. Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung machte für diese Entwicklung die von den imperialistischen Regierungen geschaffenen Schwierigkeiten verantwortlich. In den USA wurden drakonische Maßnahmen gegen Freiwillige (und deren Rekrutierung) eingeführt; Frankreich machte nach dem Ende der "Volksfront-Regierung" die Grenzen zu Spanien dicht; in Deutschland und Italien wurden Ausreisende, die man verdächtigte, nach Spanien zu wollen, "beseitigt".

Auf der anderen Seite behauptet die antikommunistische oder antistalinistische Geschichtsschreibung, die Meldung von Freiwilligen sei rückläufig gewesen, nachdem in der Sowjetunion die stalinistischen "Säuberungen" begannen und nachdem bekannt wurde, daß deren Methoden in Spanien teilweise nachgeahmt wurden. Beide Erklärungsversuche kann man vermutlich ausschließen: Erstens wurden die Freiwilligen mehrheitlich von den kommunistischen Parteien rekrutiert, die sich von den "Säuberungen" kaum abschrecken ließen, und zweitens waren die objektiven Schwierigkeiten durchaus überwindbar. Zu vermuten ist daher, daß die Führung der KPdSU und der Komintern aus grundsätzlichen außenpolitischen Überlegungen heraus die Intervention in Spanien abbauen wollte. Am 21. September 1938 gab die spanische Regierung überraschend bekannt, die Interbrigaden würden abgezogen. Am 15. November verabschiedeten sich die letzten Freiwilligen mit einer Militärparade in Barcelona.

13. Als Interbrigadist im Spanischen Bürgerkrieg. Die antifaschistische Front als Lehrbeispiel für Europa. Interview mit Max Kahane

Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus; Geschichte der Kommunisten; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:13

Max Kahane, Jahrgang 1910, gehört zu den etwa 5.000 Deutschen, die im Spanischen Bürgerkrieg auf seiten der Republik gegen Franco gekämpft haben. Kahane war seit 1932 Mitglied der KPD. Nach der Machtübernahme der Nazis wurde der Jude und Kommunist sofort von der Universität religiert; im November 1933 mußte er nach Prag emigrieren. Dort meldete er sich bei Beginn des Spanischen Krieges als Freiwilliger für die Internationalen Brigaden. Doch erst im Februar 1938 erlaubte ihm die Exil-KPD, nach Spanien aufzubrechen.

Kahane hat bis zum Ende des Krieges in Spanien gegen den Faschismus gekämpft. Dann begann auch für ihn "die Ochsentour durch die französischen Internierungslager". Der drohenden Auslieferung nach Deutschland entzog er sich durch Flucht aus einem "camp israelite" in der Nähe von Grenoble. 1945 kehrte er nach Deutschland zurück und arbeitete als Journalist in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR. Heute lebt Max Kahane als Rentner in Berlin.

Mit Max Kahane sprach Angela Martin.

A.M.: Herr Kahane, Sie waren Mitglied der Internationalen Brigaden. Wie schätzen Sie heute, 60 Jahre nach dem Beginn des Spanischen Bürgerkrieges, die damaligen Kämpfe ein?

Kahane: Der Jahrestag, der jetzt begangen wird, hat eine wichtige aktuelle Bedeutung. Denn vor etwa einem halben Jahr hat das spanische Parlament beschlossen, allen noch lebenden Mitgliedern der Internationalen Brigaden die spanische Staatsbürgerschaft anzubieten. Das ist insofern wichtig, als sich die jetzige spanische Regierung - mit einem König an der Spitze des Landes - nicht durch die giftige Atmosphäre gegenüber der demokratischen Linken, einschließlich der Kommunisten, beeindrucken läßt. Eine Atmosphäre, die auch in Deutschland vorherrschend ist.

In Deutschland - im faschistischen Deutschland, aber teilweise auch heute noch - wurde der demokratische Widerstandskampf gegen Franco oft als Kampf der "Rotspanier" bezeichnet. Das Stichwort "Rotspanien" hat sich in die Gehirne der Leute eingefressen und auch die Überlieferung beeinflußt. Tatsächlich ist der Spanische Bürgerkrieg jedoch der Kampf einer Demokratie um ihren Bestand gewesen. Dieser demokratische Abwehrkampf hat für die ganze Welt exemplarische Bedeutung gehabt. Spanien hat damals die Bildung einer antifaschistischen Front vorgeführt, in der Antifaschisten jeder Couleur Mitglied sein konnten - ob Anarchisten, Kommunisten oder Sozialdemokraten. Das ist ein Lebenselixier für Demokratie überhaupt. Im Kampf um die Entwicklung und den Bestand einer demokratischen Gesellschaftsordnung - das muß gerade heute betont werden - ist die Linke nicht auszuschließen. Insofern ist der Spanische Bürgerkrieg ein Lehrbeispiel für ganz Europa, das zur Zeit die letzten Reste von Sozialstaatlichkeit und demokratischen Strukturen loszuwerden versucht.

Wie sind Sie zu den Internationalen Brigaden gekommen?

Als der Spanische Bürgerkrieg ausbrach, habe ich mich in Prag sofort gemeldet. Ich bin aber nicht genommen worden. Ich war den Kommunisten, meinen lieben Genossen, nur als junger Student bekannt. Ende 1937 bekam ich dann die Mitteilung, daß ich nach Spanien gehen sollte. Aber ich wurde dann doch erst im Februar 1938, als wir kurz vor dem sogenannten Anschluß standen, in Marsch gesetzt.

Warum hat sich Ihre Abreise so lange verzögert?

Das kann ich nur vermuten. Anfang 1938 war der Krieg in Spanien strategisch bereits weitgehend entschieden. In der deutschen Partei gab es damals schon die Auffassung - allerdings nicht ausgesprochen - daß man seine Leute nicht verlieren wollte.

Viele deutsche Kommunisten sind auch deshalb in den Spanischen Bürgerkrieg gezogen, weil sie mit der Politik der KPD nach der Machtübernahme der Nazis unzufrieden waren. Gilt das auch für Sie?

Natürlich sehnte sich jeder danach, etwas zu machen, von dem er glauben konnte, daß es eine Wirkung hat. Die illegale Arbeit der KPD wurde in ziemlich primitiver Weise und mit den alten Strukturen betrieben. Die Parteiführung hatte, zumindest im ersten Jahr, gar kein Verständnis für das Phänomen des Faschismus, dafür, daß es sich dabei um eine zeitlich sehr lang angelegte Sache handelt, der man mit den alten Formen und Formeln der Politik nicht beikommen kann. In diesem ersten Jahr war das besonders verheerend. Aus den bekannten Parteigruppen, die es überall gab - in den Städten, Bezirken und Straßen - wurden Fünfergruppen gemacht, damit die Gruppen kleiner und auf diese Art für die konspirative Arbeit gesicherter wären. Das war natürlich völliger Unfug. Ich wurde schon in den ersten Tagen nach dem Reichstagsbrand von den freiwilligen Ordnungsmachern der SA beschattet, die ausgesprochen rabiat waren und sehr willkürlich arbeiteten.

Die ganze politische Sicht auf das Phänomen des Faschismus war meiner Meinung nach dümmlich. Aber das haben wir gesehen, und es gab Diskussionen bei uns in der Gruppe, soweit man überhaupt noch diskutieren konnte. Im allgemeinen bemühte man sich jedoch, gehorsam die Flugzettel zu verteilen oder etwas ähnliches zu machen. Doch das war fühlbar wirkungslos. Wir hatten keine Lust, so etwas zu machen. Im Grunde waren wir alle vorwiegend damit beschäftigt, uns unsichtbar zu machen. Das ist jedoch nicht gelungen; mit den Anleitungen, die wir hatten, war das nicht möglich.

Nach dem Reichstagsbrand kam ich sehr schnell in die Verlegenheit, meine Wohnung räumen und untertauchen zu müssen. Mehrmals stand ich vor der Festnahme; es gab immer wieder Hausdurchsuchungen usw. Ende 1933 gab es kein Quartier mehr für mich, denn die kleine Organisation, die wir plötzlich waren, konnte mir keine Unterkunft mehr besorgen. Da bin ich nach Prag geflüchtet. In Prag war ich lange, und es war eine relativ fruchtlose Zeit, wie es die Emigrantenjahre für viele Leute gewesen sind.

Anfang 1938 sind sie von Prag aus nach Spanien gegangen. Wie haben Sie es geschafft, diesen Weg zurückzulegen? Der Nichteinmischungspakt des Völkerbundes verbot doch ein Engagement von Ausländern in dem Bürgerkriegsland.

Wir sind mit sehr viel Ignoranz losmarschiert, unter Verkennung des Ernstes der Lage, Verkennung der Möglichkeiten, die wir eigentlich kaum noch hatten. Durch Österreich bin ich noch durchgekommen. Aber in der Schweiz bin ich angehalten worden, und um ein Haar wäre ich ausgeliefert worden. Schließlich bin ich dann doch nach Paris durchgekommen und habe mich bei einem illegalen Treff gemeldet. Dort wurde uns der Zug gesagt, mit dem wir bis in die Nähe der Grenze fahren sollten. Das sollte geheim sein. Der Zug war voll von Leuten, die nach Spanien fuhren. Alle waren sehr lustig, weil sie auf neue Freunde stießen und auf Gleichgesinnte anderer Nationalität. Alle möglichen Nationen waren das damals noch, es ist unwahrscheinlich. Da sucht man nach Liedern, die alle kannten. Der ganze Bahnhof hallte wider von allerlei kommunistischen und Arbeitergesängen. Das konnte gar nicht geheim sein.

Wir fuhren bis Béziere. Dort sollte ich bei der Ankunft ganz geheim und konspirativ ein Taxi nehmen. "Du fährst ins Hotel sowieso", war der Auftrag, "aber das sagst du nicht, du sagst nur die Straße und Hausnummer." Alles Unsinn. Als wir da ankamen und uns ein Taxi nahmen, wußte der Fahrer schon, in welches Hotel es ging. Das war die Konspiration.

Aber dann ging es los. Mit einem Omnibus, der vielleicht 20 oder 25 Leute aufnahm, fuhren wir in die Pyrenäen hinein. Nachts machten wir auf mittlerer Höhe Halt, wahrscheinlich noch auf französischem Gebiet. Wir wurden in eine Scheune gebracht, die für unseren Empfang hergerichtet worden war. An großen Tischen und Bänken, mit ganz knapper Beleuchtung und ziemlich stumm nahmen wir dort Platz. Wir wurden noch einmal gespeist, bevor wir die eigentliche Wanderung antraten. Das war eine ganz phantastische Situation! Mit diesen Lichtern und langen Bänken, die Menschen verloren sich nach zwei, drei Metern schon fast in der Dunkelheit, und relativ still nach all diesen Gesängen - da lag schon die Atmosphäre der Last, die dann kommt, über uns. Es war sehr still und sehr ernst, sehr feierlich.

Dann sind wir acht Stunden über die Pyrenäen gegangen, immer im Gänsemarsch, irre Wege. Bei Sonnenaufgang waren wir dann da und sahen unten schon die ersten Grenzposten.

Sind Sie dann in ein Ausbildungslager gekommen?

Nein. Ich wurde sofort bei der Flak eingesetzt.

Die republikanische Armee war sehr schlecht ausgerüstet, auch deshalb wurden viele Interbrigadisten ohne jegliche Ausbildung in den Kämpfen eingesetzt.

Es fehlte überall an Waffen und Munition. Die Waffen lagen vor der Grenze in Frankreich, wurden aber nicht durchgelassen. Gleichzeitig wurden die Faschisten laufend mit bestem Material beliefert. Die Deutschen schickten das Beste und Neueste nach Spanien und probierten es dort aus. Sie hatten die wunderbaren neuen Messerschmidts, die den Russen absolut überlegen waren. Unsere Luftwaffe war eine Zeitlang sehr gut. Aber ich habe Luftkämpfe gesehen, in denen die russischen Flugzeuge sehr schnell abgeschossen wurden. Die Deutschen setzten vor allem auch die sogenannten Sturzkampfflugzeuge ein. Und natürlich waren die Leute von der Flak immer das erste Ziel. Die Sturzkampfbomber zielten zunächst auf uns, damit die großen Bomberverbände ungeschoren fliegen konnten. Diese Bomberverbände mit den Heinkels 111 waren so gut ausgerüstet, daß wir mit unseren Kanonen kaum noch etwas anrichten konnten. Es wurde immer schwerer, Treffer zu erzielen, die wirkliche Schäden bei den Angreifern bewirkten. Unsere Kanonen wurden immer weniger und gingen kaputt. Von den 16 Geschützen, die unsere Gruppe hätte haben müssen, gab es zu guter Letzt nur noch zwei.

In Spanien wurden die Waffen der verschiedenen Parteien erprobt. Kann man sagen, daß der Spanische Bürgerkrieg das Vorspiel für den Zweiten Weltkrieg war?

Sicher, aber nicht so sehr der Waffen wegen, die man benutzte. Unsere sowjetischen Instrukteure waren auch deshalb in Spanien, um zu sehen, wie sich die sowjetischen Waffen bewähren. Sie waren aber auch Strategen und haben uns oft aus Umzingelungen oder Einschließungen rausgepaukt. Das waren sehr gute Leute.

Wie war die 11. Brigade, in der Sie gedient haben, in politischer Hinsicht zusammengesetzt? Bestand sie hauptsächlich aus Kommunisten oder haben Sie auch mit Anarchisten und Sozialdemokraten zusammengekämpft?

Ich war etwa ein Jahr in Spanien und immer einfacher Soldat an der Front, da gab es keine Parteiversammlungen und politischen Schulungen. Da wir nur in kleinen Gruppen zusammenkamen, kann ich schwer sagen, wieviel Prozent der Freiwilligen aus der Kommunistischen Partei kamen. Ich kann nur vermuten, daß ein großer, wahrscheinlich der überwiegende Teil der Deutschen ehemalige Mitglieder, Sympathisanten oder Wähler der KPD waren. Aber wir hatten auch, gemessen an der Zahl von Juden, die in Deutschland gelebt haben, eine wahrnehmbare Minderheit von Leuten jüdischer Herkunft.

Und wie stark war der Einfluß der Kommunisten im Generalstab und in der spanischen Regierung?

Natürlich haben die Kommunisten an Prestige und in einem hohen Maße auch an Macht gewonnen. Aber sie fühlten sich bis zum letzten Moment der demokratischen Verfassung verpflichtet, dafür haben sie gekämpft. Sie waren mit nur wenigen Mitgliedern in der Regierung vertreten. Trotzdem haben sie sehr viel grundsätzliche organisatorische Arbeit geleistet, um dem militärischen Widerstand eine neue Struktur zu geben.

Im Juli 1938 beschloß der Nichteinmischungsausschuß die Rückberufung der Freiwilligen aus Spanien. Europa hatte das republikanische Spanien aufgegeben. Trotzdem meldeten sich viele der noch in Spanien verbliebenen Interbrigadisten nach dem Fall von Barcelona freiwillig zum sogenannten Zweiten Einsatz, um die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu decken. War es nicht sehr schwer, noch einmal an die Front zurückzukehren, obwohl der Krieg verloren war und nachdem man mit viel Glück überlebt hatte?

Es war schwer zu sagen: nein. Ich habe im Umkreis meiner Freunde oder Kameraden nur einen gesehen, der nein gesagt hat. Aber es war natürlich jämmerlich, was dann passierte. Wir hatten keine Waffen mehr, und die paar, die wir im Grunde noch waren ... Denn diejenigen unter den Interbrigadisten, die in einen Staat zurückkehren konnten - nach Amerika oder Norwegen z.B. -, waren schon fast alle abtransportiert.

Nach dem Fall von Barcelona begann die Massenflucht der spanischen Bevölkerung über die Pyrenäen. Auch die Interbrigadisten, die am Zweiten Einsatz teilgenommen hatten, mußten nach Frankreich fliehen. Wie wurden Sie von den Franzosen aufgenommen?

Es sind ungefähr 400.000 Menschen, eine knappe halbe Million Menschen über die Grenzen gegangen. Die französische Regierung, die damals am Ruder war, hat lange gezögert, die Grenzen zu öffnen. Was wir dann

an Gleichgültigkeit, an Mitleidlosigkeit und gewollter Desorganisation durch die französischen Behörden erleben mußten, ist unbeschreiblich. Wir sind ausgesetzt worden, alle, nicht nur die Internationalen. Die konnten sich noch am ehesten helfen.

Aber die 400.000 Menschen, die da kamen, waren ja nicht nur Internationale Brigaden, sondern vor allem Spanier, die ihre Kälber und Kühe, die alles, was beweglich war, mitgenommen hatten. Die französische Regierung hatte nichts vorbereitet. Es gab keine einzige Baracke, kein einziges Zelt, nichts. Ich kann Ihnen überhaupt nicht beschreiben, was sich da vollzog. Aber als wir die Waffen abgeben mußten, war genug französische Polizei da; die sammelte die Waffen ein.

Inwiefern hat der Spanische Bürgerkrieg Ihr weiteres Leben beeinflußt?

Ich glaube, es gibt keinen Teilnehmer am Spanischen Krieg, der nicht aufs tiefste davon beeinflußt wurde. Es ist ein ganz neuer Mensch daraus hervorgegangen, sehr viel selbstbewußter, mit einer ganz anderen Entschlußkraft. Diejenigen, die an der Front gekämpft haben und die das Glück hatten zu überleben, sind geistig gefestigt zurückgekommen. Das kann allerdings auch bedeuten, daß sie in alten Vorstellungen gefestigt zurückgekommen sind.

Aber es ist natürlich auch eine geschichtliche Erfahrung von außerordentlicher Tragweite gewesen, daß die ganze demokratische Linke der Welt in eine echte Beziehung miteinander geriet. Ich brauche nicht zu zitieren, welche großen literarischen, künstlerischen und sonstigen Persönlichkeiten da mitgewirkt haben, auch die verschiedensten Parteirichtungen. Natürlich gab es auch tragische Verknüpfungen, das will ich nicht leugnen. Aber insgesamt ist das ein historisches Ereignis von größter Tragweite gewesen. Leider hat es die politische Tragweite nachher eingebüßt.

14. Neoliberalismus? Ya basta. Das Gespräch ist das Ziel - 1.300 Menschen trafen sich in Berlin

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:21

Der Abschluß des "1. Kontinentalen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" vom 30.5.-2.6. in Berlin hätte nicht treffender ausfallen können. "Ya basta! - es reicht!" riefen die TeilnehmerInnen der Schlußdemonstration, als sie auf den Alexanderplatz zogen. Die prompte Antwort waren Blitzschlag und Donnerknall. Im prasselnden Platzregen tanzte die Demo, bis die Pfützen verdampften. Die Polizisten rieben sich derweil ihre Plexiglasvisiere aus, weil sie so einen verrückten Haufen noch nie gesehen hatten. Auch mancher Berliner Linke schaute verdutzt aus der nassen Wäsche. Gibt es noch Menschen, die vier Tage lang über die Revolution diskutieren und dabei nicht in Depressionen versinken?

Ja, die gibt's. Vier Tage und Nächte lang tauschten sich Leute aus 26 europäischen Ländern in Berlin über die Auswirkungen neoliberaler Politik in Europa, den Widerstand sozialer Bewegungen und Perspektiven für eine menschliche Gesellschaft aus. Und am Ende war die Stimmung knisternd. Die Initiative für das Treffen in Berlin kam aus den Bergen des mexikanischen Südostens, der Selva Lacandona, dem Aufstandszentrum der zapatistischen Bewegung. In ihrer "Erklärung von La Realidad" vom Januar dieses Jahres riefen die Zapatistas zum "Ersten interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" auf, das vom 27.7.-3.8. in den zapatistischen Aufstandsgebieten stattfinden soll. Eingeladen sind dabei soziale Bewegungen weltweit.

Zur Vorbereitung des Treffens im chiapanekischen Dschungel wurden die kontinentalen Vorbereitungstreffen organisiert: Zu Ostern das amerikanische im chiapanekischen La Realidad, vom 30.5.-2.6. das europäische in Berlin. Zwei weitere, das afrikanische und das asiatische Treffen, werden noch folgen. Die Diskussionsergebnisse der kontinentalen Vorbereitungstreffen sollen dann im Sommer in Chiapas zusammengetragen werden. Gleichzeitig wird das Interkontinentale Treffen auch offen für Leute sein, die nicht an den Vorbereitungstreffen teilgenommen haben. Ethnologisch interessierte RevolutionstouristInnen, die auf eine aufregende "Zapatour" gehen wollen, um Köpfe armer, süßer Indiokinder zu streicheln, denen aber nichts am Kampf gegen den Neoliberalismus in der Metropole liegt, sollten allerdings lieber zuhause bleiben.

Berliner Treffen mit europäischem Charakter

Die TeilnehmerInnen und Themen des Treffens in Berlin waren so vielfältig und bunt zusammengewürfelt, daß es kaum vorstellbar schien, wie sich alle und alles produktiv zusammenfinden könnte. Aber trotz aller Bedenken und Zweifel im Vorfeld klappte es doch; zumindest über so weite Strecken, daß die allermeisten der TeilnehmerInnen eine positive Bilanz ziehen. In Berlin ging kein Jubelfestival für die Zapatistas über die Bühne, es wurde vielmehr ein Forum für die Diskussion über Neoliberalismus, Widerstand und Perspektiven der sozialen Bewegungen hier in Europa geschaffen. Daß das Treffen natürlich auch die Funktion einer Solidaritätskundgebung mit dem EZLN erfüllte, ist selbstverständlich. Der zapatistische Aufstand und die Denkanstöße, die er an die europäische Linke vermittelt, waren eine zentrale Achse des Treffens.

Von "Konsequenzen des Neoliberalismus in Osteuropa" über "Festung Europa", "Individualisierung als Waffe des Neoliberalismus", "Gewerkschaften im ehemaligen Jugoslawien", dem "Kampf gegen das Staudammprojekt in Navarra, Euskadi" bis zu "Frauen: Gewalt und Befreiung" reichte die Palette der knapp vierzig verschiedenen Arbeitsgruppen, die von Gruppen und Einzelpersonen aus Deutschland, der Schweiz, Österreich, Schweden, Serbien, Frankreich, Euskadi, Spanien, Mexiko, Rußland und Slowenien angeboten wurden. In den über die ganze Stadt verteilten AGs arbeiteten insgesamt über 900 Leute zusammen. Interventionsversuche von Politsekten und notorischen Besserwissern gingen weitgehend im produktiven Chaos unter. Ergänzt wurden die AGs durch Theatervorstellungen, Fotoausstellungen, zentrale Diskussionsveranstaltungen, Videovorführungen und jede Menge Partys. Jeweils über tausend TeilnehmerInnen und Interessierte fanden zur Auftakt- und Abschlußveranstaltung den Weg in das Ostberliner Kongreßzentrum "Haus am Köllnischen Park".

Besonders zufrieden waren die AusrichterInnen von der Berliner Mexiko-Gruppe im FDCL darüber, daß das Treffen einen wirklich europäischen Charakter hatte. Allein aus Frankreich und Spanien waren jeweils über

200 Menschen gekommen. Größere Gruppen von etwa vierzig Leuten waren aus den skandinavischen Ländern, den Benelux-Staaten, Österreich und der Schweiz angereist. Aus vielen osteuropäischen Ländern, aus Irland, der Türkei, Italien und Großbritannien waren Einzelpersonen oder kleinere Gruppen vertreten. Die Deutschen befanden sich deutlich in der Minderheit. Kein großer Nachteil, wie sich im Verlauf des Treffens herausstellte.

Suche nach Grundkonsensen

Die Stärke des Berliner Treffens war seine Vielfältigkeit. Doch beim zentralen Punkt der Verständigung auf Konsense und der Entwicklung eines konkreten gemeinsamen politischen Projektes harkte es. Zwar wurden an jeder Ecke interessante Diskussionen geführt und viele Kontakte geknüpft - einige Arbeitsgruppen haben schon den nächsten Termin ausgemacht. Aber von einer Verständigung darüber, was nun "Neoliberalismus" bedeutet und wie gemeinsam für eine "menschliche Gesellschaft" gekämpft werden kann, davon war das Treffen noch weit entfernt. Dementsprechend bruchstückhaft waren die Diskussionen auf der Auftakt- und Abschlußveranstaltung. Es haperte am Austausch zwischen den AGs, an der Entwicklung einer Gesamtanalyse und einer konkreten Perspektive.

"Aber ist das nicht das wichtigste und ist das Treffen nicht deshalb ein Mißerfolg", werden nun einige sagen, die selbst nicht in Berlin waren. "Nein, ist es nicht", lautet die Antwort. Den Zapatistas, den Veranstaltern und den meisten TeilnehmerInnen war und ist der Austausch und Dialog viel wichtiger als das Erzielen von Ergebnissen und Handlungsleitlinien. Das Gespräch ist das Ziel, nicht der Beschluß, jedenfalls in der momentanen Situation. Vielversprechend am Berliner Treffen war deshalb hauptsächlich, daß die meisten TeilnehmerInnen mit dem Bedürfnis auseinandergingen, sich wiederzutreffen. Doch eines dürfte klar sein: Wenn das europäische Treffen und das interkontinentale Treffen in Chiapas Folgen haben sollen, und nicht nur ermutigende Polithappenings bleiben wollen, dann müssen sich die an den Treffen Beteiligten zumindest auf einige Grundkonsense verständigen.

Einer dieser Grundkonsense wurde am Sonntag früh um 5.31 Uhr aus Mexiko geliefert. Während die Organistoren und einige Übriggebliebene des AG-Delegiertenplenums, das am Abend davor um 20 Uhr begonnen hatte, gerade mühsam und mit bleiernen Augendeckeln die letzten technischen Fragen für die Abschlußveranstaltung klärten, ratterte eine Grußbotschaft der EZLN an die "Brüder und Schwestern" (sic) in "Berlin, Alemania" aus dem Faxgerät. Der zweite Satz lautet: "Wir alle wissen, daß ‚Neoliberalismus` auf deutsch ‚Scheiße` heißt, und daß wir uns ihm entgegenstellen müssen, damit die ‚Menschlichkeit` wieder den Platz in der Geschichte einnimmt, den sie verdient." Das hört sich etwas platt an, jedenfalls für in linker Begriffsbestimmungs-Scholastik geschulte Ohren. Aber bevor man sich über Neoliberalismus, seine genaue Definition, seine Wirkungen auf die gesellschaftlichen Umstrukturierungen hier und weltweit die Köpfe heiß diskutiert, kann man auch ohne analytische Feinjustierung ohne weiteres feststellen, daß es wirklich "Scheiße" ist, was momentan läuft. Dabei ist es egal, wie man sie nun genau tauft. Das war ein wichtiges Ergebnis des Treffens und noch wichtiger: Aus dieser zugegebenermaßen etwas undifferenzierten Analyse wurde ein kategorischer Praxisimperativ herausentwickelt. "Ya basta!" heißt auch: Wir müssen als Linke unsere Selbsterstarrung überwinden und wieder Initiativen entwickeln, die nach vorne weisen. Auch wenn auf dem Abschlußplenum keine bahnbrechenden Beschlüsse gefaßt wurden, die eine Richtung beschreiben, war dieses "Ya basta!" überall greifbar. Und das ist viel wert. Das Berliner Treffen war keine linke Nabelschau mit Selbstbeweihräucherungscharakter und den unvermeidlichen Selbstmitleidanfällen, sondern der Anfang eines Diskussionsprozesses, den einige hundert Leute aus ganz Europa weiterführen wollen.

Jetzt, in der Nachbereitungsphase der Berliner Zusammenkunft und im Vorfeld des "Ersten Interkontinentalen Treffens für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" vom 27.7.-3.8. in Chiapas, kommt es darauf an, verbindliche Strukturen zu schaffen, um eine weitergehende Diskussion möglich zu machen. Daraus werden sich Schritte der praktischen Zusammenarbeit entwickeln.

Boris Kanzleiter

15. REP-Demonstration in Berlin verhindert. Wie hält es die Linke mit den Bauarbeitern?

Internationaler Dialog muß militärische Defensive kompensieren

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:25

Auszüge aus einem Interview mit Heinz Dieterich am 4.6.1996 in Mexiko-Stadt, geführt von A.M. vom Chiapas-Komitee Marburg.

Heinz Dieterich ist Professor für Soziologie an der Universidad Autónomo Metropolitana de México (UAM). Er hat mehrere Bücher veröffentlicht (z.B. "Das Fünfhundertjährige Reich") und ist Präsident des "Foro por la Emancipación e Identidad de América Latina, México".

A.M.: Wie siehst du die mittel- und kurzfristige Zukunft in Mexiko?

HD: Das ist eine Frage, die in einem vorrevolutionären Prozeß gestellt wird, in dem sich die Positionen, die Bündnisse und die Kräfteverhältnisse, mit großer Geschwindigkeit verändern, in der kaum vorherzusehen ist, was passiert. Meiner Ansicht nach sind die USA der entscheidende Faktor. Wenn sie zu der Überzeugung kommen, daß die Zedillo-Regierung mehr schadet als nutzt, werden sie eventuell akzeptieren, daß vorgezogene Neuwahlen stattfinden oder daß Zedillo zurücktritt. Wenn sie der Meinung sind, daß das ins Chaos und in den Bürgerkrieg führt, werden sie Zedillo weiter stützen.

Ich denke, daß alle wesentlichen Faktoren in Auflösung oder Transformation begriffen sind. Der Zapatismus transformiert von einer militärisch-politischen zu einer politisch-militärischen Bewegung, bei der das militärische sekundär wird. In der PRI ist die ganze monolithische Struktur am aufbrechen, im Senat, in den Parlamentarien sowie im Verhältnis zwischen der Präsidentschaft und der Partei. In der Mitterechtsopposition, der PAN, gibt es diese neue "aufgeklärte" konservative Richtung, ähnlich wie die des Partido Popular in Spanien. In der PRD gibt es die Ablösung der alten Führungsgeneration, die noch aus der PRI kam, durch jüngere Leute, die möglicherweise militanter sind. In der Gewerkschaft bricht die zentrale Kontrolle auf, unabhängige Subjekte bewegen sich, die neue Bewegung des el Barzon, die eine klassenüberschreitende, generationsüberschreitende, nationale Bewegung ist.

Es ist also kaum vorherzusehen, welche dieser Fraktionen sich durchsetzen wird. Ein wesentlicher Faktor ist natürlich die Ökonomie. Dort ist die Stabilität des Pesos die entscheidende Frage. In diesem Jahr müssen wir 46 Mrd. US$ für Auslandsschulden bezahlen, davon 26 Mrd. US$ für Amortisierung des Kapitals und 17 bis 18 Mrd. US$ für Zinszahlungen. Der Außenhandelsüberschuß beträgt dieses Jahr wahrscheinlich 7,5 Mrd. US$, die noch nicht einmal ausreichen, um die Hälfte unserer Zinsverschuldung ans Ausland zu zahlen. Die Frage ist, wo kommen die restlichen Dollars her, um uns allein dieses Jahr liquid zu halten? Ich glaube nicht, daß die Banken und die USA noch mal ein Paket dieser Größenordnung vorlegen werden. Andererseits können sie es sich aber auch nicht erlauben, Mexiko ökonomisch hängen zu lassen, weil eine neue mexikanische Krise Argentinien und Venezuela endgültig unter Wasser bringen würde. Auch der Effekt auf Brasilien wäre relativ stark. Das wahrscheinlichste ist, daß die Sache sich so noch hinschleppt bis 1997, bis zu den Wahlen für den Bürgermeister der Hauptstadt, für Sektoren der Parlamentarier, des Senats usw.

Du sagst, daß das militärische für die EZLN sekundär wird. Ihr ziviler Ansprechpartner ist die sogenannte Zivilgesellschaft. Wie würdest du dieses Projekt beschreiben? Welche Erfolge, welche Schwächen hat dieses Modell?

Der Vorteil dieser Konzeption ist, daß die Unterstützung breit sein kann. Ein wesentlicher Erfolg liegt darin, daß es dem Zapatismus gelungen ist, zwei Kommissionen ins Leben zu rufen: die CONAI, die der Verbindungskanal ist und die COCOPA, die Parlamentskommission, die sozusagen als Puffer zwischen der Regierung und den Zapatistas fungiert. Die COCOPA, die zusammengesetzt ist aus Senatoren und Parlamentsabgeordneten verschiedener Parteien, spielt eine wichtige Rolle als Gegengewicht gegen die rechte Linie innerhalb des Staatsapparates, die eine militärische Lösung will. Insofern hat der breite pluralistische Ansatz dazu geführt, daß der Zapatismus nicht isoliert werden konnte. Die Schwächen des Zapatismus liegen nicht in diesem Appell an die Zivilgesellschaft, sondern darin, daß die ganze Situation auf

die Politik reduziert ist. Daß nach der Offensive der Regierung im Februar 1995 weder ökonomische Maßnahmen möglich gewesen sind, noch die militärische Dimension eine Rolle spielt.

Marcos hat neulich in einem Kommuniqué gesagt, daß sie gegen jedes System der Staatspartei sind, egal ob die Partei von links, Zentrum oder rechts ist. Das widerspricht diametral dem klassischen europäischen Sozialismus. Deshalb denke ich, daß die Vorstellung von Sozialismus, die der Zapatismus hat, eher den Bedingungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, wirklichkeitsnäher ist und von daher auch weitaus mehr Möglichkeiten hat zu überleben, sich zu multiplizieren.

Sind die Zapatisten auf dem militärischen Auge blind ?

Es ist erstaunlich, daß die Zapatistas in den Verhandlungen nie die zunehmende militärische Durchdringung des Apparates und das Überziehen von Chiapas mit einem Netz von Militärstützpunkten thematisiert haben, obwohl jedes Militärcamp, das gegründet wird, das Kräfteverhältnis zuungunsten der Zapatistas verändert. Marcos sagt hierzu: "Seit Dezember 1994, seit wir unsere Isolierung durchbrochen haben, haben wir keine militärische Aktion gemacht, um im Dialog und in der Verhandlung Vorteile zu erringen. Das ist völlig anders von der Regierungsseite aus. Die Position der Regierung hat darin bestanden, in militärischen Termini das zu gewinnen, was sie in der Verhandlungsrunde in San Andrés politisch nicht gewinnen kann. Die Regierung will gewinnen, will uns besiegen und wir wollen überzeugen."

Darin drückt sich eine politische Strategie aus, die sehr stark auf die politische Karte setzt. Obgleich die andere Seite ständig ihre militärische Position ausbaut, reagiere ich nicht militärisch, versuche ich nicht, die militärische Dimension als Verhandlungskarte in die politische Diskussion einzuführen und bleibe bei meiner Idee, daß ich überzeugen und nicht gewinnen will. Es ist ein sehr riskantes Spiel, wenn man einem Regime, das auf der Macht der Bajonette beruht, nur mit der Macht des Diskurses gegenübertreten will. Deshalb glaube ich, daß da ein strategischer Fehler bestand.

Die Zapatistas haben jetzt die Verhandlungen mit der Regierung unterbrochen, weil einige angebliche Zapatistas zu 15 und 13 Jahren Gefängnis verurteilt wurden und haben richtig argumentiert, daß dies das Ende des Dialogklimas und eine Verletzung des Übereinkommens von San Andrés bedeute. Darin werden die Zapatistas nicht als Terroristen bezeichnet, sondern als politische Bewegung. Daher hat man die Haftbefehle ausgesetzt. Aber es ist erstaunlich, daß diese Logik nicht auf die ständig zunehmende militärische Durchdringung Chiapas angewendet wird. Denn im Grunde kann diese Tendenz der Vorbereitung einer militärischen Lösung und einer Schwächung der Verhandlungsmacht der Zapatistas nur dazu führen, daß sie am Ende mit dem Rücken an der Wand stehen und ein Ultimatum der Regierung akzeptieren müssen, weil militärisch keine Möglichkeiten der Resistenz mehr bestehen.

Du glaubst also, daß die Kriegsgefahr weiterhin besteht, daß die Regierung vom Krieg niedriger Intensität zur offenen Militäroffensive übergeht?

Ich glaube, die Militäraggression der Regierung vom 9.2.1995, die trotz der laufenden Verhandlungen ohne Warnung oder sonstige Anzeichen durchgeführt wurde, zeigt, daß man dem Regime nicht trauen kann. Wenn es glaubt, einen Vorteil zu erringen, wird es die Waffen einsetzen. Diese Tendenz wird durch die Aufrüstung der Militärs unterstützt. Ihr Haushalt ist praktisch der einzige Haushalt, der trotz der Wirtschaftskrise in den letzten zwei Jahren nicht gekürzt wurde. Die Ausbildung der mexikanischen Militärs in Guatemala durch die guatemaltekische und die argentinische Armee, also das übelste, was an Genozidexekutoren in Lateinamerika existiert, die Ausbildung von mexikanischen Offizieren an US-Kriegsschulen, vor allem in der psychologischen Kriegsführung, das alles zielt darauf ab: "Wir werden die militärischen Bedingungen dahingehend verändern, daß am Ende die Zapatistas nur noch kapitulieren können, weil sie militärisch keine Ausweichmöglichkeit mehr haben".

Ich glaube, daß die Zeit in dieser Hinsicht gegen die Zapatistas arbeitet. Ein Beispiel: der zentrale Vorteil einer Guerillabewegung ist die Ortskenntnis. Das Militär neutralisiert diesen Vorteil der Zapatistas, der das ganze Jahr 1994 über bestand, indem es jetzt seit fast eineinhalb Jahren die Gelegenheit hatte, sich mit der Topographie, sowohl im Hochgebirge, als auch in den tropischen Schluchten, vertraut zu machen. Das betrifft die Bewaffnung, die man dafür braucht, die Ausbildung von Spezialgruppen, usw. So daß mir völlig klar zu sein scheint, daß das Regime die militärische Lösung ständig weiter ausbaut und die politische im wesentlichen eine Hinhaltetaktik ist.

Dann stellt sich allerdings die Frage, warum sich die Zapatistas hinhalten lassen?

Eine mögliche Erklärung wäre, daß der Rückschlag vom Februar 1995, der zur Besetzung von Chiapas durch die Militärs geführt hat, so groß war, daß seitdem die Machtfrage - das Militär darf keine weiteren Camps mehr aufbauen - nicht mehr von den Zapatistas gestellt werden konnte. Marcos deutet zwar immer wieder an, daß die Zapatistas militärisch unterschätzt werden, aber da es keine Demonstration dieser militärischen Macht gibt, hat das wenig Überzeugungskraft für die Bevölkerung.

Wer ist dann aber potentiell der zivile Bündnispartner der Zapatistas? Welchen realen Druck kann die Zivilgesellschaft ausüben?

Ich glaube, die natürlichen Bündnispartner sind Sektoren der PRD, die Bauernverbände, einige Indigena-Organisationen in anderen Bundesstaaten sowie die ärmeren Sektoren. Der Zugang zur Arbeiterklasse ist weitgehend versperrt, weil die Gewerkschaften in den Händen des Staatsapparates sind.

Welche Fehler haben die Zapatistas deiner Meinung nach gemacht?

Ich glaube der entscheidende Fehler war, den Zynismus, den Machiavellismus der Regierung zu unterschätzen und zu glauben, daß der Status quo, der 1994 erreicht worden war, weiter bestehen könnte. Das war insofern erstaunlich, weil wir die klassische Situation von zwei Staaten hatten. Wir wissen aus der sowjetischen Revolution, daß die Situation von zwei Staaten, von dualer Macht, nicht lange bestehen kann. Du kannst Kerenzky haben, und du kannst die Bolschewiken haben, aber das kann nur ein Übergang sein. Und in Chiapas existierte diese Situation. Du hattest im Grunde zwei Staaten mit zwei bewaffneten Streitkräften, zwei Territorien, die kontrolliert wurden, Bevölkerungen, die von beiden kontrolliert wurden. Alle Definitionskriterien des Nationalstaates waren erfüllt, und es war offensichtlich, daß einer der beiden Staaten untergehen mußte. Das Vertrauen der Zapatistas, daß man mit dem Regime zu einer Verhandlungslösung kommen könnte, ist mit der Offensive vom Februar 95, von der man sich im Grunde nicht wieder erholt hat, sehr teuer bezahlt worden. Man glaubte, daß die Zapatistas reale Macht haben in Chiapas, aber auf die Offensive der Militärs gab es keine militärische Antwort.

Die Einschätzung des Zapatismus hat sich in der mexikanischen Öffentlichkeit dahingehend verändert, daß von einer wirklichen militanten Guerillabewegung nicht viel mehr über geblieben war, als eine politische Gruppe, die nicht bereit war, die militärische Dimension auszuspielen. Und das ist ein qualitativer Unterschied zu 1994. Denn in der ersten Erklärung 1994 hieß es: "Wir erklären dem Bundesheer den Krieg, wir erklären dem Staat den Krieg, wir fordern den Rücktritt Salinas". All diese Forderungen sind heute nicht mehr aktuell. Heute heißt es: Wir sind keine Feinde des Bundesheeres, wir fordern nicht den Rücktritt Zedillos. Zedillo selbst hat gesagt, daß die Zapatistas keinen militärischen Konflikt, sondern daß sie eine politische Lösung wollen.

Das ist natürlich etwas, womit sich die gesamte Mittelschicht identifizieren kann, denn sie hat, trotz der Krise, viel zu verlieren. Sie will keine Polarisierung des Konfliktes und neigt deshalb dazu, eine Verhandlungslösung zu unterstützen. Da gibt es einen Unterschied zu den verarmten Klassen, die nichts mehr zu verlieren haben. Es ist etwas spekulativ, was ich sage, weil wenig systematisches Material vorliegt, aber ich könnte mir vorstellen, daß auf der einen Seite eine Desillusionierung in radikalen Sektoren stattgefunden hat und andererseits eine stärkere Identifizierung von Mittelschichten, Boheme, usw. mit den Zapatistas stattgefunden hat.

Welche Chancen haben dann die Zapatistas?

Ich glaube, der Zapatismus hat nur noch eine Chance, und das ist das Treffen von Juli/August 96. Die wesentliche Stärke des Zapatismus liegt in der internationalen Verbindung. Weil die Regierung so schwach ist, daß sie es sich nicht erlauben kann, international an den Pranger gestellt zu werden. Die Zapatistas müssen versuchen, von einer kleinen Bewegung in einem zurückgebliebenen Staat Mexikos zur Avantgarde einer Weltbewegung zu werden. Das was ich vorhin als Schwäche dargestellt habe, die fehlende militärische Dimension, hat auf der internationalen Ebene einen Identifizierungseffekt erzeugt. Sie sind die Vorreiter einer neuen Weltgesellschaft, gegen Diskriminierung der Frauen, der Indigenas, usw. und haben dadurch eine moralische Autorität weltweit, die sie möglicherweise über einen militärischen Kampf nie gewonnen hätten.

Diese moralische Autorität ermöglicht es, daß z.B. ein "Programm weltdemokratischer Veränderungen", ein zweites kommunistisches Manifest in anderen Termini, weltweit eine ganz andere Resonanz hätte, als von

irgend jemand anderem. Ich könnte mir im Moment kein anderes gesellschaftliches Subjekt in der globalen Gesellschaft vorstellen, welches mit einer Botschaft revolutionärer oder struktureller demokratischen Veränderungen einen ähnlichen Eindruck in der Weltgesellschaft erzeugen würde. Wenn die Zapatistas im August nicht dieses demokratische Weltveränderungsprogramm produzieren, dann fallen sie in ein Loch.

Die Regierung hat immer gesagt, "ihr seid kein nationales Subjekt, ihr präsentiert die mexikanische Bevölkerung nicht, ihr seid nicht gewählt worden, so wie wir, zweitens ihr repräsentiert noch nicht mal die Indigenas, ihr repräsentiert nur einen kleinen Teil der Indigenas in Chiapas, noch nicht mal die des Nordens usw., also im Grunde dürfen wir mit euch gar nicht reden" und hat versucht das ganze mit dieser Argumentation auf lokale Themen zu begrenzen. Den Zapatistas ist es gelungen, aus dieser Zwangsjacke rauszuspringen und Themen wie Demokratie, Gerechtigkeit, nationale Souveränität zu installieren, was ein außerordentlicher politischer Erfolg war. Danach haben sie konsequent den nächsten Schritt gemacht: die kontinentalen Treffen: "Gegen Neoliberalismus - Für eine solidarische Gesellschaft".

Wenn sie dieses Projekt einer weltweiten Bewegung zur Demokratisierung, gegen die transnationalen Konzerne, usw. - und wenn nur in vorläufiger Form - auf diesem Kongreß formulieren, und die Delegierten aus aller Welt das mit nach Hause nehmen und diskutieren, dann haben sie es tatsächlich geschafft, sich als Protagonisten - im positiven Sinn - einer weltweiten Bewegung zu etablieren. Wenn man solch einen Arbeitszusammenhang weltweit herstellen würde, dann wäre klar, daß man sich alle drei Monate in Chiapas treffen müßte, dann wäre eine organische Beziehung vorhanden, die die mexikanische Regierung sehr schwer zerstören könnte, wenn überhaupt. Das ist meiner Ansicht nach die einzige reale Karte, die im Moment existiert.

Wie realistisch ist diese Option?

Ich denke, daß Marcos und die CCRI (Geheime Indigene Generalkommandantur) das verstanden haben. Die Äußerungen in den letzten Tagen waren sehr klar, als er sagte: "Egal was passiert, egal ob wir Krieg haben oder nicht, selbst wenn wir Krieg haben, der Kongreß wird durchgeführt." Sie haben verstanden, daß das ihre "Überlebensweste" ist.

Walpurgis - Ein unpolitisches Fest gerät in die Schlagzeilen

Den Auftakt zur diesjährigen Walpurgisnacht in Berlin bildete die traditionelle Frauen- und Lesben-Demo, an der etwa 1.000 Frauen teil nahmen. Rednerinnen kritisierten, daß die Walpurgisnacht, eigentlich eine Frauenveranstaltung, inzwischen von den Männern dominiert werde. Polizisten und männliche Zuschauer wurden, wie jedes Jahr, mit Mehl beworfen. Ein "Opfer" revanchierte sich bei einer Demo-Teilnehmerin mit einem Tritt in den Unterleib; die Frau mußte daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert werden, der Täter wurde von der Polizei festgenommen. Die Demo, die unter dem Motto "Wir scheißen aufs Vaterland. Internationaler Frauenkampf. Wut und Zorn, Widerstand." stand, verlief ansonsten ohne weitere Zwischenfälle.

Die Walpurgisnachtfeiern in der Nacht zum 1. Mai auf dem Kollwitz-Platz/ Prenzlauer Berg gibt es seit 1989. Bis 1993 wurden sie von einer Frauengruppe getragen, danach feierten Tausende ohne Organisation und staatliche Auflagen. 1995 ging die Polizei massiv gegen feiernde FestteilnehmerInnen (siehe ak 379) vor. Dieses Jahr sollte das verhindert werden. Eine "Initiative Walpurgisnacht '96", bestehend aus dem Bündnis Prenzlauer Berg, der SPD sowie Initiativen und Projekten rund um den Kollwitz-Platz, propagierte eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei. 90 durch eine Armbinde kenntliche PolizistInnen sollten sich während der Feiern auf dem Platz aufhalten, uniformierte Polizeieinheiten samt Wasserwerfern und anderen Gerätschaften auf die angrenzenden Straßen und Plätze - vom Festplatz nicht einsehbar - verteilt werden.

Weit über 10.000 Menschen kamen zur Walpurgisnacht, darunter viele Schaulustige, die durch den Polizeiüberfall des Vorjahres auf das Fest aufmerksam geworden waren. Anders als bei anderen Straßenfesten gab es weder Verkaufs- noch politische Stände. Punks feierten neben Faschos, nur Nichtdeutsche fehlten völlig. Bis 2 Uhr nachts schien das Sicherheitskonzept aufzugehen. Dann errichteten Jugendliche in der Wörther Straße, einer der Zufahrtsstraßen zum Kollwitz-Platz, mit Hilfe eines Bauwagens eine Barrikade. Ein Motorrad und ein Auto wurden in Brand gesetzt. Dies nahm die Polizei zum Anlaß, um massiv gegen die friedlich auf dem Platz feiernden Menschen vorzugehen. Die Bilanz der neunzigminütigen Straßenschlacht: fünfundzwanzig Festnahmen sowie fünf verletzte Polizisten. Die InitiatorInnen der Walpurgisnacht warfen der Polizei vor, sich nicht an die Absprachen gehalten zu haben.

Peter Nowak/kuk

16. Argentinien: 20 Jahre nach dem Militärputsch. Die Rebellion der Verschwundenen

Autor: L.P. Tisso · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:12

Am 24.3.1976 putschte das Militär in Argentinien. Bis 1983 hielten sich die Generäle mit Terror und Gewalt an der Macht. Nachdem sie ökonomisch abgewirtschaftet hatten und von den Briten auf den Malvinen militärisch gedemütigt worden waren, übergaben sie die Macht an den demokratisch gewählten Raúl Alfonsin (1983-1989). Ähnlich wie in den anderen Ländern Südamerikas hat es auch in Argentinien keine umfassende Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktatoren gegeben. Anläßlich des 20. Jahrestages des Putsches beschreibt unser Autor, wie die Erinnerung seitens der Opfer wachgehalten wird und welche Kontinuitäten bis in die heutige Politik hineinwirken

Am Abend des 26.3.1996 skandierten tausende von ArgentinierInnen auf der Plaza de Mayo: "Militaristen - ihr Fehlgeburten - was habt ihr getan - mit den Verschwundenen?" Mehr als 100.000 Menschen, VertreterInnen von Gewerkschaften, sozialen Organisationen, Menschenrechtsorganisationen und von allen Parteien - außer der Regierungspartei Partido Justicialista - verurteilten auf dem zentralen Platz von Buenos Aires den Militärputsch, der vor 20 Jahren begonnen hatte. Die Bilanz der siebenjährigen Schreckensherrschaft: Tausende von Ermordeten, mehrere Folterzentren, und - nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen - 30.000 Verschwundene. 1983 - ein Jahr nach dem von den Generalen provozierten und verlorenen Malvinas-Krieg - trat die Militärregierung zurück und rief Wahlen aus. Sie hinterließ Berge von Leichen, eine weitestgehend ins äußere und innere Exil getriebene Generation junger Menschen, eine eingeschüchterte Gesellschaft, eine zerrüttete Wirtschaft und eine unbezahlbare Außenverschuldung. "Die Auslandsschuld - die Korruption - das ist die größte Scheiße - die sie hatte, die Nation", singen die Demonstranten. "Was war los in den Malvinas? - Diese Kinder leben nicht mehr - wir dürfen sie nie vergessen -deshalb müssen wir kämpfen."

An diesem 26.3.1996 werden nicht nur die Mörder von damals verurteilt, sondern auch diejenigen, die gegen den Wunsch der Mehrheit der argentinischen Bevölkerung die 1986 verurteilten Mörder nach und nach freigelassen haben: Unter der Regierung Raúl Alfonsin (1983-1989), Führer der Zentrumspartei Partido Radical, wurden das Gesetz des "Schlußstriches", das eine Frist für die Einleitung der Prozesse gegen die Teilnehmer am Staatsterror setzte, und das Gesetz des "Gebotenen Gehorsams", nach dem Befehlsausführende der Repressionsmaßnahmen nicht strafrechtlich verfolgt werden dürfen, erlassen. Den Schlußpunkt setzte der gegenwärtige Präsident Carlos Saúl Menem von der populistischen Partido Justicialista (besser bekannt als Peronisten) mit der Begnadigung hoher Offiziere, die fünf Jahre davor teilweise zu lebenslangen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren.

Die Kontinuität

des Wirtschaftsplans

Daß es um mehr geht, als die Verbrechen der Vergangenheit anzuprangern, drückt die argentinische Bevölkerung in Reim und Rhythmus aus: "Menem, Menem, du Gauner: - wir krepieren vor Hunger - du hetzt die Polizei auf uns - du verprügelst unsere Alten - Du Hurensohn." Langsam schwindet in der argentinischen Bevölkerung die Angst, die 20 Jahre auf ihr lastete. Unter der Regierung Alfonsin nahm die Bevölkerung aus Angst vor einem erneuten Militärputsch die höchste Inflation der argentinischen Geschichte auf sich. Die Regierung Menem nutzte den Wunsch nach Preisstabilität, um die Sparpläne des Wirtschaftsministers Domingo Cavallo - einem in der USA ausgebildeten Technokraten - umzusetzen. Cavallo setzte die bekannten neoliberalen Rezepte ein: Eindämmung der Löhne, Privatisierung der Staatsbetriebe, Kürzung der Etatmittel vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Folgen: Konzentration der Produktion und der Distribution des Reichtums, Zusammenbrechen der Volksbildung, Zunahme vermeidbarer und Auftreten bereits besiegt geglaubter Krankheiten, Anstieg der Arbeitslosigkeit. Sie liegt offiziell bei 16,8%, aber unabhängige Organisationen schätzen sie auf 26,8% - der Höchststand in der argentinischen Geschichte.

Seit einem Jahr ist die Binnennachfrage aufgrund des Geldmangels der Bevölkerung in Deflation und in eine Rezession umgeschlagen, die unaufhaltsam scheint. Heutzutage werden die Löhne in Argentinien besteuert, die Gewinne dagegen nicht. Der Staat hat freiwillig die Kontrolle über die privatisierten Unternehmen und über

die Dienstleistungsträger abgegeben. Vor kurzem erhielt Argentinien einen Kredit in Höhe von 1,6 Mrd. Dollar. Ein Wirtschaftswissenschaftler schlüsselte auf, wie dieses Geld verwendet wird: 1/3 für die Tilgung von Außenschulden, 1/3 für neoliberale Reformen und 1/3 geht verloren wegen fehlender Projekte oder verflüchtigt sich.

Die Kinder der Verschwundenen

Zurück zur Gedenkfeier auf der Plaza de Mayo. VertreterInnen von Hijos, dem Zusammenschluß von Kindern der Verschwundenen, betreten die Bühne. Ein Sprecher sagt: "Sie warfen unseren Großmüttern vor, Schuld an der Repression gegen unsere Eltern zu sein, weil sie sie falsch erzogen hätten. Wir aber teilen das Streben nach Gerechtigkeit und die politische Ziele unserer Eltern, die wir nicht kennenlernen konnten: Sind wir auch an ihrer Erziehung schuld; oder aber sie an unserer?". Und weiter heißt es: "Vor 20 Jahren mußten die Großkonzerne in diesem Land die Streitkräfte um Hilfe bitten, um ihren Hungerplan durchzusetzen (...) Unsere Eltern wußten, daß sie möglicherweise den Sieg und das Land, das sie aufbauten, nicht erleben würden; sie wollten aber, daß wir es sehen. (...) wir sind hier, weil unsere Eltern uns beigebracht haben, was das Wort Würde bedeutet."

Während der vier Nächte andauernden Gedenkfeier wechselten sich politische Reden mit Rockliedern ab, Poesie mit lateinamerikanischer Folklore, politische Parolen mit klassischer Klaviermusik. Viele der RednerInnen und MusikerInnen waren selbst im Exil. Die Regierung hatte mit allen Mitteln versucht, die Gedenkfeier zu verhindern. Innenminister Carlos Corach versuchte zweimal vergeblich, die Veranstaltung von der Justiz verbieten zu lassen; schließlich mußte er jedoch die Sicherheit der Veranstaltung garantieren.

Knappe 10 Tage später, am 2. April, versuchte Oberstabsgeneral Mario Cándido Díaz anläßlich einer Gedenkfeier für die Gefallenen im Malvinas-Krieg das Image der Streitkräfte wieder aufzupolieren. Er wies die Gedenkfeier von Plaza de Mayo zurück, weil sich "diese Aggressionen an Grundinstitutionen des Vaterlandes in diesem Moment nicht rechtfertigen". Glaubt General Díaz wirklich, daß der Staatsterrorismus eine "Grundinstitution des Vaterlandes" ist? Wahrscheinlicher ist, daß er damit versucht, die von der Mehrheit der Gesellschaft zurückgewiesene "Theorie der zwei Dämonen", wonach der von der Militärdiktatur durchgeführte Massenmord nötig gewesen sei, um einer bewaffneten Subversion entgegenzutreten, neu zu beleben.

Anders äußerte sich hingegen sein Vorgesetzter, der Oberbefehlshaber des Heeres, General Martín Balza, am Jahrestag des Militärputsches: "Wir sind nicht die Retter des Vaterlands, wir sind nicht auf irgendeiner höheren Ebene, und wir sind auch nicht, wie es jemand in der Vergangenheit sagte, die ‚Wächter der Ehre und der Traditionen`".

Die Last der

toten Generationen

Vorführung des Filmes "Mala Junta" ("Schlechte Gesellschaft" oder auch "schlechte Junta"). Der Saal ist voll, die Verurteilung der bleiernen Zeit ist vernichtend. Der Applaus nach dem Film kommt langsam, aus einer bedrückenden Stille heraus und hält lange an. Die Autoren beabsichtigen, den Film als Video in den Schulen zu zeigen. Die Vorführung dieses Filmes und sein Erfolg sind eine gebührende Antwort der Gesellschaft auf die Worte des General Díaz und auf das Schweigen der Regierung.

Der Filmprojektor liefert eine weitere Antwort: "Cazadores de Utopías" (Utopienjäger) zeigt 36 Interviews mit Mitgliedern der Widerstandsgruppe "Montoneros", die Anfang der 70er Jahre den linken Flügel des Peronismus bildeten. Die Montoneros sind in ihrem Bestreben, den Sozialismus in Argentinien einzuführen, am Wesen des Peronismus und an der mangelnden Verankerung der Guerilla im Volk gescheitert. Viele von ihnen müssen heute als Mitglieder sozialer Organisationen erleben, wie sich Montonero-Führer im Regierungsgebäude die Klinke in die Hand geben. Eine der Hauptfiguren, Galimberti, hat es sogar zum Sicherheitschef des wichtigsten argentinischen Großkonzern, Bunge y Born, gebracht.

Fast zwei Wochen nach dem Festival gegen den Militärputsch wird ein Mann namens Jorge Bergez auf offener Straße angeschossen. Bergez, von Beruf Gynäkologe, ist kein normaler Frauenarzt. Ihm wurden folgende Straftaten während der Militärdiktatur nachgewiesen: Beistand bei Geburten in geheimen Folterkammern der Diktatur (die Mütter - politische Gefangene - sind danach verschwunden), Entführung und Handel mit Säuglingen, und ärztlicher Beistand bei Folter an Gefangenen. Er wurde verurteilt, aber aufgrund des

Gesetzes des "Gebotenen Gehorsams" freigelassen und vom Ärztekollegium der Provinz Buenos Aires wieder als Arzt zugelassen. Seit mehr als einem Jahr versuchen Menschenrechtsorganisationen erfolglos, daß das Kollegium seine Zulassung zurücknimmt und daß ein neuer Prozeß gegen ihn einberufen wird. Die Verurteilung läuft aber dort, wo sie am wichtigsten ist: im Bewußtsein der Gesellschaft. Wo er erkannt wird, wird er ausgeschlossen, sei es beim Fußballspiel oder im Cafe.

Nun hat eine angeblich linke Widerstandsgruppe, die sogenannte Revolutionäre Volksorganisation (ORP), ein Attentat auf Bergez ausgeübt. Es stieß in der Öffentlichkeit - einschließlich inhaftierter Mitglieder bewaffneter Organisationen - auf Ablehnung. Ein paar Tage später sagte Francisco Benzi, jahrelang als Polizeispitzel in der ORP eingesetzt, vor laufenden Fernsehkameras, er hätte seinen Arbeitgeber vor dem Attentat gewarnt, daß seines Erachtens von der Sicherheitsabteilung des Heeres ausgeübt worden sei.

"Vorsicht, die Bullerei kommt"

steht an einer Wand im proletarischen Bezirk La Boca, Buenos Aires. In einem Land, in dem die Armut von Oktober 1994 bis Oktober 1995 von 14,2% auf 17,6% gestiegen ist (Zahlen des Amtes für Soziale Entwicklung) und die Arbeitslosigkeit real bei über 20% liegt, liegt es auf der Hand, daß die Kriminalität zunimmt: Drogenhandel, Diebstähle und Raubüberfälle sind an der Tagesordnung. Die einzige nennenswerte Antwort der Regierung ist dumpfeste Repression. Die Polizei, schlecht bezahlt und noch schlechter ausgebildet, zieht die Waffen und schießt. Dieses Phänomen wird in Argentinien "gatillo fácil" - "leichter Drücker" - genannt. Es erübrigt sich zu erklären, welcher sozialen Schicht die meisten Toten angehören.

Auf diejenigen, die nicht erschossen, sondern verhaftet werden, warten endlose Prozesse und die schlechten Haftbedingungen. So ist es auch nicht erstaunlich, daß sich in letzter Zeit die Aufstände in den Gefängnissen gehäuft haben. Im April dieses Jahres besetzten die mehr als tausend Inhaftierten der Haftanstalt Sierra Chica - die größte des Landes - das Gebäude. Die Meuterei übertrug sich auf die restlichen elf Anstalten der Provinz Buenos Aires. Nach zwei Wochen mußte das Justizministerium nachgeben und die Forderungen der Aufständischen akzeptieren: Beschleunigung der Prozesse, die doppelte Anrechnung eines jeden Hafttages ohne Urteil und die Einberufung einer Kommission, die, unter Beteiligung der Inhaftierten, die Situation in den Anstalten untersuchen und verbessern soll.

Mitte April dieses Jahres sagte der Sprecher einer Besucherdelegation von amnesty international, daß "die polizeiliche Brutalität und die unverhältnismäßig große Anwendung der Gewalt gegen Zivilisten äußerst besorgniserregend" seien. Demonstrationen gegen die Polizeiwillkür häufen sich, besonders wegen der Erschießung von Minderjährigen.

Und sie bewegt sich doch

"Die Politik des Wirtschaftsminister Cavallo ist nicht anders als meine, aber im Gegensatz zu mir hat er eine politische Legitimation", sagte vor kurzem José Alfredo Martínez de Hoz, Wirtschaftsminister während der Militärdiktatur. Diese Aussage ist sehr interessant, da sie ja von der Kontinuität der Wirtschaftspolitik eines Regimes spricht, das gerade am 24.3. an den Pranger gestellt wurde. Noch scheint die Mehrheit der Bevölkerung nicht verstanden zu haben, daß die Repression gerade nötig war, um diese Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Andererseits haben die wichtigsten Oppositionsparteien auch kein Projekt, das sie der Regierung entgegensetzen könnten. Aber es gibt auch ermutigende Zeichen:

- Die unabhängigen Gewerkschaftsverbände - vor allem die trotzkistische "Klassenkämpferische Strömung" des Kongresses der Argentinischen Arbeiter - gewinnen an Mobilisierungsstärke.

- Ärzte, Patienten und Nachbarn haben verhindert, daß ein Krankenhaus in einem Vorort von Buenos Aires geschlossen wird.

- Obdachlose Familien haben in der Stadt Quilmes ein Stück Land besetzt, die Legalisierung durchgesetzt, und bauen heute mit Hilfe der Diözese ihre Wohnungen.

Nach einer jahrelangen Paralyse scheint Bewegung in die argentinische Gesellschaft zu geraten. Doch die Regierung, und besonders Präsident Menem, stellt sich gegen eine gesellschaftliche Mobilisierung. Der Präsident brüstet sich geradezu damit, die Zahl und den Organisationsgrad der Mobilisierungen für soziale

Forderungen zu ignorieren: "Sie können hundert Demos, Kundgebungen, Streiks oder sonstwas durchführen. Sie werden uns den Arm nicht brechen."

Vor kurzem erzählte Menem den barfüßigen Kindern einer armen Schule im Landesinneren, daß sie lernen sollten, um sich den modernen Zeiten anzupassen. Denn in Kürze werde man in einer Stunde von Argentinien nach Japan fliegen können. Menem hatte Erfolg. Nicht wegen seiner ignoranten Worte, sondern weil an diesem Tag die Schule nach Jahren wieder gestrichen wurde und weil die Kinder ein richtiges Frühstück, anständige Kleidung und Schulmaterial bekommen haben.

L.P. Tisso

17. Peres = Frieden? Netanjahu = Krieg?

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:39

"Wer Netanjahu wählt, stimmt gegen Oslo. Wer Peres wählt, stimmt für Oslo." (Uri Avnery)

"Netanjahu will vor allem den Erfolg. Dazu braucht er Wirtschaftswachstum, ergo Auslandsinvestitionen, ergo Stabilität, ergo den Friedensprozeß." (Hirsh Goodman, Chefredakteur des "Jerusalem Report")

"Früher verhandelten wir mit Freunden. Nun werden wir es mit Feinden zu tun haben." (Ahmed Korei, Präsident des palästinensischen Autonomierats)

Die erste Reise Benjamin Netanjahus als neuer Ministerpräsident Israels führte nicht in eines der Zentren der strenggläubigen ("orthodoxen") Juden, die ihn fast ausnahmslos gewählt hatten, sondern nach Haifa und Taibeh. Haifa ist eine "gemischte" Stadt mit rund 20% palästinensischen Israelis, Taibeh nur von palästinensischen Israelis bewohnt. Arabischer Tradition gemäß sprach Netanjahu in Taibeh mit den Männern, seine Ehefrau Sarah mit den Frauen des Ortes. Noch während um die Ministerposten in der neuen Regierung gefeilscht wurde, beauftragte Netanjahu seinen außenpolitischen Berater Dore Gold, mit der palästinensischen Autonomiebehörde telefonischen Kontakt aufzunehmen. In seiner ersten Erklärung nach dem Wahlsieg hatte Netanjahu geäußert, daß er sich dem begonnenen Friedens- und Sicherheitsprozeß mit allen Nachbarn, die Palästinenser inbegriffen, verpflichtet fühle. Bemerkenswert ist auch die erste außenpolitische Entscheidung des Ministerpräsidenten: Er regte die Bildung einer internationalen Beobachterkommission an, die Beschwerden Israels und des Libanon über die Nichteinhaltung der Vereinbarungen nach der Operation "Früchte des Zorns" untersuchen soll. Bemerkenswert, weil Israel internationale Beobachter lange Zeit prinzipiell abgewiesen und erstmals nach dem Massaker in Hebron im Februar 1993 - unwillig - zugelassen hatte.

Die Alarmrufe einiger - bei weitem nicht aller! - israelischer linker Intellektueller wirken eher wie eine Fortsetzung des Wahlkampfs nach der Entscheidung als wie die Kennzeichnung eines Tatbestands - wie auch große Teile der deutschen Medien mehr die Schädigung des Israelbildes zu fürchten scheinen als sich um eine nüchterne Analyse des Geschehens zu bemühen.

Wählerwille

Soweit es um die Kraft angeht, die den Spitzenkandidaten des rechten Likud zum Ministerpräsidenten gewählt, erstmals angetretene Parteien mit einer bemerkenswerten Anzahl von Sitzen in die Knesset gebracht und den religiösen bzw. national-religiösen Parteien einen kräftigen Zuwachs beschert hat - soweit es also um die Entscheidung der WählerInnen geht, hat sich im Vergleich mit den Wahlen 1992 faktisch wenig geändert.

Bei der Wahl 1992, die eine von der Arbeitspartei geführte Koalition zum Ergebnis hatte, ging es nicht (oder nicht primär) um eine Entscheidung für oder gegen eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, und es war auch nicht, wie es im Ausland über die interessierten (sozialdemokratischen) Kreise hinaus gesehen wurde, ein "Sieg der Linken". Vielmehr hatte die vornehmlich ideologisch operierende Likud-Regierung seit ihrem Machtantritt 1977 das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht. Die Inflationsrate betrug 1984 444,9% Prozent und stieg nach vorübergehender Sanierung Anfang der 90er Jahre wieder an. Zwölf Prozent der Israelis waren 1992 arbeitslos, von den Neueinwanderern aus der Sowjetunion bzw. der GUS sogar ein Drittel. Boden- und Wohnungspreise (Mietwohnungen sind in Israel eher unüblich) explodierten, was vor allem junge Familien, orientalische Juden und die Masse der Neueinwanderer traf. Ungeachtet dessen hatte die Likud-Regierung maßlos Gelder in den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten (einschließlich Ostjerusalem) gepumpt. Und schließlich hatte sich Regierungschef Schamir in seiner Bockbeinigkeit gegenüber der Forderung der USA, zumindest einen zeitweiligen Baustopp in den besetzten Gebieten einzulegen, ein "Einfrieren" des dringend benötigten Zehn-Milliarden-Dollar-Kredits eingehandelt. Das Wahlvolk verlangte angesichts dieser Lage nach pragmatischen Antworten auf die brennenden Problemes des Landes.

Dennoch kam eine von der Arbeitspartei geführte Regierung nur mit dem äußerst knappen Ergebnis von 62 (bei insgesamt 120) Knesset-Sitzen zustanden, und dies auch nur, weil zu den 56 Sitzen von Arbeitspartei und Meretz die religiöse Schas mit sechs Sitzen in die Koalition einbezogen werden konnte. Mit den zusammen

fünf Sitzen der Arabischen Demokratischen Partei und der KP-geführten Chadasch hätte die Koalition zwar auch die erforderliche Mehrheit erreicht; Rabin lehnte aber ab, mit "arabischen" Stimmen zu regieren. Nachdem die Schas aus der Koalition ausgetreten und die Rabin-Regierung damit ihre Mehrheit in der Knesset verloren hatte, wurde die Koalition ohne formelle Absprache von den "Arabern" gestützt.

Auf der Ebene der Wählerstimmen war das Ergebnis noch viel knapper ausgefallen: Die Parteien, die in der ausgehenden Knesset in der Opposition waren (alle der Linken zugerechneten Parteien) bekamen 1,285 Mio. Stimmen; auf die Parteien der bisherigen Likud-Koalition sowie weitere rechte oder religiöse Parteien entfielen 1,290 Mio. Stimmen. Aufgrund der bei diesen Wahlen von einem auf 1,5 Prozent erhöhten Sperrklausel hatten die der Linken zugerechneten Parteien 26.000 Stimmen verloren, die Rechte aber, die zersplitterter auftrat als die Linke, 65.000. D.h. zum einen, daß die Rechte 1992 ohne diese verlorenen Stimmen entscheidende ein oder zwei mehr Knessetsitze auf Kosten der Linken bekommen hätte; und zum zweiten, daß die Wahlen 1992 und 1996 zeigen, daß die Bevölkerung Israels in zwei gleich große "Lager" gespalten ist. Prüft man diese "Lager" jedoch hinsichtlich ihrer Einstellung zum Friedensprozeß, trifft diese Einteilung nicht mehr zu: Der Teil der israelischen Bevölkerung, der für eine (wenn auch sehr unterschiedlich interpretierte) politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts eintritt, ist weitaus größer als das "linke" Lager und auch größer, als die Zusammensetzung der neuen Regierungskoalition annehmen lassen könnte.

Durchmarsch der Religiösen?

Auffällig ist der Stimmengewinn der ausdrücklich religiösen bzw. national- religiösen Parteien: Thora-Liste, Schas und Nationalreligiöse Partei hatten 1992 zusammen 16 Sitze (was der durchschnittlichen Sitzanzahl von Parteien dieser Richtung seit den 50er Jahren entspricht), jetzt halten sie zusammen 23 Sitze.

Dieses Ergebnis ist jedoch nicht Resultat erheblich gewachsener Religiosität, sondern dem neuen Wahlsystem, das jetzt erstmals angewendet wurde, geschuldet: Neben einer Partei wird jetzt auf einem gesonderten Stimmzettel der Ministerpräsident direkt gewählt. Bisher hatten die zu 80 bis 90 Prozent rechts eingestellten Strenggläubigen dem Likud - neben der Arbeitspartei die zweite der großen Parteien - ihre Stimme gegeben, um hierdurch die Bildung einer rechten Regierung zu erleichtern. Jetzt aber hatten sie die Möglichkeit, einen rechten Ministerpräsidenten zu wählen und so die Entstehung einer entsprechenden Regierung zu sichern, da der gewählte Premier auch dann eine Regierung bilden kann, wenn die Parteien seiner Koalition weniger als die Hälfte der Mandate erhalten haben. Zugleich konnten sie nun der Partei ihres Herzens ihre Stimme geben, ohne dadurch die Bildung einer rechten Regierung zu gefährden.

Überdies trifft die Gleichung "religiöse Partei = Friedensfeind" zwar auf die Nationalreligiöse Partei zu, nur bedingt aber auf die Thora-Liste und sicher nicht auf die Schas. Die Schas hat sogar, als sie die Arbeitspartei-Koalition bereits verlassen hatte, die Annahme von "Oslo II" in der Knesset durch Stimmenthaltung unterstützt.

Außenpolitische Fragen und damit auch der Friedensprozeß sind für Thora-Liste und Schas ohnehin von recht geringem Interesse. Diesen Parteien geht es in erster Linie um finanzielle Förderung für die zahlreichen Religionsstudenten, um billige Wohnungen für ihr durchweg sehr kinderreiches Klientel, um Einfluß auf das Erziehungswesen, um die Verhinderung der Etablierung anderer jüdischer Strömungen in Israel als der sog. orthodoxen Richtung - kurz: um eine "jüdisches" Israel nach ihren Vorstellungen.

Bedeutet dies aber nicht, daß die religiösen Parteien, die mehr als ein Drittel der Mitglieder der Regierungskoalition stellen, zwar in Fragen des Friedensprozesses nicht die Scharfmacher sind, auf das Leben aller jüdischen Israelis nun einen erheblich stärkeren Einfluß nehmen können?

Wenn man, auch in Israel selbst, über Netanjahu nichts sehr Bestimmtes weiß, so ist doch allbekannt - und von den Strenggläubigen bei der Wahl wohlweislich ignoriert -, daß der neue Premier ein denkbar "unjüdischer" und auch nicht besonders "zionistischer" Israeli ist. Er verbrachte einen großen Teil seines bisherigen 46jährigen Lebens in den USA und hatte sogar seinen dortigen Verbleib erwogen. Mittlerweile ist er zum dritten Male verheiratet, einmal davon mit einer Nichtjüdin. Seine jetzige Frau hat er, öffentlich eingestanden, mit einer Mitarbeiterin "hintergangen". Alles Dinge, die einem strenggläubigen Juden Schauer über den Rücken jagen (müßten) und absolut kein Anzeichen dafür, daß Netanjahu die religiösen Parteien aus anderen als aus reinen Gründen des Machterhalts in die Koalition genommen hat.

Die rechtsradikalen Koalitionspartner Moledet (1992 drei, jetzt zwei Sitze) und Tsomet (1992 von zwei auf acht Sitze aufgestiegen, jetzt als Teil des Likud-Blocks sechs Sitze) sind ebenfalls - über etwaige taktische Zugeständnisse hinaus - für eine Festigung des Zugriffs religiöser Parteien auf die israelische Gesellschaft nicht zu haben.

Es bleiben die beiden Parteien, die erstmals bei dieser Wahl angetreten sind: Der Dritte Weg (vier Sitze) ist eine Abspaltung von der Arbeitspartei, die keine prinzipiellen Einwände gegen den Friedensprozeß generell hatte, aber auf dem alten Programm der Partei - keine Räumung des Golan und des Jordangrabens - bestand. Dieses Spaltprodukt ist ebenso säkular wie die Arbeitspartei. Jisrael ba-Alija, die von Nathan Schtscharanski geführte Einwandererpartei (sieben Sitze), ist zur Vertretung der Interessen der Einwanderer, unter denen insbesondere die Einwanderer aus der GUS eher Religionshasser sind, angetreten. Beide Parteien hatten übrigens im Wahlkampf klargestellt, daß sie - je nach Ausgang der Wahl des Ministerpräsidenten - sowohl zur Koalition mit der Arbeitspartei wie mit dem Likud bereit seien.

Den religiösen Parteien wird es somit nur gelingen, einige partikulare Interessen durchzusetzen, sich mit Einschränkungen des öffentlichen Lebens am Schabbat lästig zu machen und ein Fortschreiten der Säkularisierung zu be-, nicht aber zu verhindern.

Wahlsieger Terror

Netanjahu erhielt bei der Wahl des Ministerpräsidenten 1.501.023 Stimmen (50,49%), Peres 1.474.506 (49,51%). Netanjahu regiert also mit einem Vorsprung von 26.517 Stimmen (0,98%) und ist der Ministerpräsident nur des "halben" Israel.

Ausschlaggebend für einen großen Teil der Stimmenverluste von Arbeitspartei (von 44 auf 34 Sitze) und Meretz (von 12 auf 9 Sitze) wie für die Niederlage von Peres - und damit die Bildung einer rechten Regierung - waren in allererster Linie die sog. Selbstmordanschläge Ende Februar/Anfang März dieses Jahres. Mehr als 50 Israelis, rumänische Gastarbeiter und Palästinenser wurden bei diesen Anschlägen von militanten Islamisten ermordet. (Man mag nun lange rechten, fragen: "Wer hat denn angefangen?", Unterschiede zwischen Unterdrücker und Unterdrückten betonen, auf den Massenmörder Baruch Goldstein aus der Siedlung Kirjat Arba verweisen und auf die zumindest objektiv provokatorische Liquidation des vermutlichen Bombenbauers Jehija Ajasch im Auftrage des israelischen Geheimdiensts Schabak - eine Rechtfertigung für diese Morde an beliebigen Zivilisten ist dies alles in keiner Weise.)

Die Ermordung Rabins durch einen jüdischen Rechtsradikalen, der eine lange Zeit der auch vom Likud mitgetragenen Diffamierung Rabins als "Verräter" und "Mörder" vorangegangen war, versetzte die Nation in einen tiefen Schock. Selbst die schärfsten Hetzer gegen den Friedensprozeß hielten sich eine Zeitlang bedeckt. Umfragen vor den Anschlägen ergaben einen Vorsprung von Peres und der Arbeitspartei von bis zu 16 Prozent vor dem Likud, ein Wahlsieg von Peres schien völlig gesichert zu sein. Mit den Anschlägen schmolz der Vorsprung von Peres mehr und mehr zusammen. Die monatelange Absperrung der besetzten und Autonomiegebiete, das "Einfrieren" des Friedensprozesses und die Rückstellung der überfälligen Räumung Hebrons von israelischem Militär verschafften Peres das erwünschte Ansehen eines "Mister Security" ebensowenig wie die Operation "Früchte des Zorns" im Libanon.

Diese Operation hat vielmehr endgültig zu Peres' Wahlniederlage geführt. Von den palästinensischen Israelis sind ca. 650.000 wahlberechtigt. 450.000 haben an der Wahl teilgenommen. Bestand am Abend der Wahl und bis in die Nacht hinein - trotz des sehr geringen Stimmenabstands zwischen Netanjahu und Peres - die Annahme, daß der Sozialdemokrat letztendlich der Sieger sein werde, fußte dies auf der ebenso bestimmten wie falschen Annahme, daß "die Araber" sämtlich Peres wählen würden. Tatsächlich hatte eine entscheidende Anzahl von ihnen - Schätzungen liegen bei 60.000 - Peres für das Verschleppen das Friedensprozesses und insbesondere die Operation im Libanon mit einem ungültigen Stimmzettel "bestrafen" wollen. Ziehen die palästinensischen Israelis aus diesem gründlich fehlgeschlagenen Boykott den richtigen Schluß, werden sie bei den nächsten Wahlen mit dem Instrument der Direktwahl des Ministerpräsidenten entscheiden können, ob eine Likud- oder eine Arbeitspartei-Koalition die Geschäfte führt.

Dies gilt um so mehr, als die beiden großen Parteien fortwährend an Wählerstimmen verlieren, was der israelische Publizist und Historiker Tom Segev auf die hübsche Formel brachte: "Früher haben die Israelis zwischen den beiden großen Warenhäusern gewählt, heute gehen sie eher in die Fachgeschäfte." Die

sozialdemokratische Formation (Mapai, Maarach, Arbeitspartei) hatte seit der ersten Knessetwahl 1949 durchweg zwischen 40 und 50 Sitze. Ausnahmen gab es nur 1969 (nach dem Sechs-Tage-Krieg), als die Sozialdemokraten 56 Mandate erhielten, und 1977, als sie mit nur 32 Sitzen die Regierung an den Likud abtreten mußten. In den folgenden Wahlen 1981 hatten die Sozialdemokraten zwar wieder 47 Sitze, seither nähert sich die Sozialdemokratie jedoch in überwiegender Tendenz wieder ihrem Tiefststand von 1977: 1984 44 Sitze, 1988 39, 1992 44, 1996 34. Der Verfall des Likud, ein Parteienbündnis, das erstmals 1973 unter diesem Namen antrat, ist jedoch erheblich rasanter. Seit seinem bisher besten Ergebnis 1981 mit 48 Sitzen geht es abwärts: 1984 waren es noch 44 Sitze, 1988 40, 1992 32 und bei den jetzigen Wahlen 22, was einer Halbierung der Wählerstimmen in zwölf Jahren entspricht. (Die in vielen Statistiken für den Likud genannte Zahl "32" bezieht sich auf das Likud-Wahlbündnis mit Tsomet, fünf Sitze, und die Likud-Abspaltung Gescher, ebenfalls fünf Sitze.) Dieser Erosionsprozeß habe, sagte Tom Segev, "auch etwas damit zu tun, daß die großen kollektiven Ideologien ihre Leuchtkraft verloren haben."

Primat der Wirtschaft

Die Regierungserklärung Netanjahus am 18. Juni erinnerte an die Politik des dreifachen Nein, der die frühere Likud-Regierung - und lange Zeit auch Rabin - angehangen hatte. Hieß es seinerzeit: Keine Räumung der besetzten Gebiete, kein Staat Palästina, keine Gespräche mit der PLO, heißt es jetzt bei dem neuen Premier: Kein Abzug von den besetzten Golanhöhen, kein palästinensischer Staat, Bau neuer Siedlungen in den besetzten Gebieten, kein Kompromiß zum Status von Jerusalem. Zu den Osloer Verträgen hatte Netanjahu zwar schon vor der Wahl das Selbstverständliche wissen lassen - das Erreichte solle bestehen bleiben - in seiner Regierungserklärung wurden die Verträge jedoch nicht einmal erwähnt.

Allerdings unterscheidet sich Netanjahus Erklärung nicht wesentlich von der Praxis der bisherigen Arbeitspartei-Regierung: Die strikte Weigerung, die Golanhöhen zu räumen, war auch der Standpunkt Rabins in den ersten Regierungsjahren; daß ein palästinensischer Staat "nicht ausgeschlossen" werde, war erst in der letzten Zeit von der Arbeitspartei zu hören; Siedlungsausbau, Landbeschlagnahmungen für 240 Kilometer Umgehungsstraßen in den besetzten Gebieten und entsprechende Investitionen in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar fanden während der Regierungszeit von Rabin und Peres statt; über einen irgendwie gearteten Kompromiß zum Status von Jerusalem war auch mit der Arbeitspartei nicht zu reden. Und Peres selbst war es, der noch im Wahlkampf verlauten ließ, es werde keine einzige Siedlung in den besetzten Gebieten geräumt.

Ein nicht unwesentlicher Unterschied zwischen der bisherigen und der neuen Regierung besteht allerdings darin, daß der Verhandlungsweg zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde bereits seit längerem beschritten und erprobt war, daß die weiteren Schritte absehbar waren. Insofern wird Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, recht haben mit seiner Befürchtung, daß sich der Friedensprozeß verlangsamen werde.

Viel mehr als eine Verlangsamung wird sich Netanjahu jedoch kaum leisten können. Zwar verfügen die Palästinenser über keine effektiven Mittel, den Friedensprozeß umgehend wieder aufzunehmen und womöglich beschleunigt voranzutreiben. Aber die Likud-Regierung kann es sich auch nicht erlauben, um ideologischer Ziele willen die israelische Wirtschaft zu ruinieren, wie es insbesondere unter den beiden Ex-Terroristen und früheren Likud-Premiers Begin und Schamir der Fall war.

Die Arbeitspartei hatte in den Jahren ihrer Regierung die Arbeitslosen- und die Inflationsrate senken und das Bruttosozialprodukt von 1993 bis 1995 verdoppeln können. Fast die gesamte Wirtschaftsführung Israels und ausländische Investoren hatten daher auf einen Sieg der Arbeitspartei gesetzt. Als statt dessen Netanjahu zum Premier gewählt wurde, forderten die Spitzen der Industrie und der Handelskammern die Bildung einer "Regierung der nationalen Einheit", d.h. eine große Koalition, was auch von Vertretern der Clinton-Regierung in Tel Aviv unterstützt wurde. Ausländische Investoren wollen nun erst abwarten, welche Schritte die neue Regierung tatsächlich vornimmt. Die von Netanjahu versprochene "wirklich freie Marktwirtschaft" ist jedenfalls nicht zu verwirklichen, wenn die eingeleitete wirtschaftliche Gesundung des Landes durch "großisraelische" Ambitionen und einen latenten Kriegszustand, der aus einem Stoppen des Friedensprozesses folgen würde, wieder zunichte gemacht würde. Und so gleichgültig den arabischen Ländern auch sonst das Ergehen des palästinensischen Volkes ist: Schon ihre innenpolitischen Verhältnisse würden den angestrebten freien Handel mit und über Israel verhindern, wenn Israel den begonnenen Friedensprozeß abbrechen würde.

So besteht denn auch ein bemerkenswerter Gegensatz zwischen Netanjahus Äußerungen und Nicht-Äußerungen zum Friedensprozeß mit den Palästinensern und den jetzt schon sichtbaren relevanten Aspekten seiner Regierungsgestaltung. Der gefährlichste und lautstärkste Rechtsradikale im Likud-Lager, Ariel Scharon, der in Likud-Regierungen bereits verschiedene Ministerposten innehatte und vor der Wahl protzte, ihm sei im Falle eines Likud-Siegs eines der wichtigsten Ressorts wie Verteidigung, Finanzen oder Auswärtiges sicher, ist von Netanjahu bis zum Äußersten gedemütigt worden. Noch bis kurz vor der Regierungserklärung war Scharon nicht einmal ein Ministerposten "ohne Portefeuille" angeboten worden. Erst die Drohung des designierten Außenministers David Levy, er werde das Amt nicht antreten, wenn Scharon keinen Ministerposten erhalte, veranlaßte Netanjahu, für Scharon ein Infrastrukturministerium aus der Tasche zu ziehen, das für Bahn, Energieinfrastruktur und Umgehungsstraßen in den besetzten Gebieten zuständig ist. Scharon bat sich Bedenkzeit aus und stellte anderntags die Forderung, er wolle auch die Kompetenz für Wasser, Energieproduktion, Gasleitungen, Raffinerien, Autobahnen und Flughäfen - Sektoren, die jedoch sämtlich in die Zuständigkeit anderer Ministerien fallen.

Einer Figur wie Scharon auch nur die Zuständigkeit für die Straßenreinigung in den jüdischen Siedlungen der Westbank zu überlassen, scheint brandgefährlich zu sein. Tatsächlich sind jedoch alle Minister, einschließlich eines etwaigen Ministers Scharon, in ihrer Handlungsfreiheit in entscheidenden, und das heißt in Finanzfragen, sehr eingeschränkt. Zum einen bietet das neue Wahlsystem - Direktwahl des Ministerpräsidenten - die Möglichkeit, daß der Premier durch Rücktritt die Regierung auflösen und somit Neuwahlen erzwingen kann - ein Risiko, dem sich kein Minister gerne aussetzt. Zum anderen hat Netanjahu mit der Besetzung der Geschäftsführung des Finanzministeriums ein deutliches Zeichen gesetzt. Mit Jaakow Frenkel, einem hochrangigen Funktionär des IWF und Gouverneur der israelischen Zentralbank, sitzt ein Mann an dieser Schaltstelle, für den im Zentrum seiner Politik der Wirtschaftsaufschwung steht, nicht aber die Befriedigung von Sicherheitsvorstellungen, die von der militärischen Entwicklung längst überholt sind, oder kostspielige ideologische Unternehmungen, bei denen die Bibel als Grundbuch herhalten muß.

Ist mit Netanjahu Frieden zu machen, wurde Arafat gefragt. Seine Antwort: "Das hängt von seinen Taten ab!"

Klaus Mellenthin (21.6.1996)

Quellen:

Div. Ausg. aus dem Zeitraum Mai/Juni 1996 von: Al Biladi - The Jerusalem Times; Allgemeine Jüdische Wochenzeitung; Jerusalem Post, int. Ed.; junge Welt; Frankfurter Allgemeine Zeitung; Frankfurter Rundschau; Freitag; Le Monde Diplomatique, dt. Ausg.; Der Spiegel; Süddeutsche Zeitung; taz; Tribüne - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums; Die Woche; Wochenzeitung (WoZ); Die Zeit.

Encyclopaedia Judaica, Yearbook 1988-9. Jerusalem (Keter) 1989.

Nahost-Jahrbuch. Hg.: Deutsches Orientinstitut. Ausgaben 1988 und 1992. Opladen (Leske + Budrich) 1989, 1993.

Political Dictionary of the State of Israel. Hg.: Susan Hattis Rolef. New York (Macmillan) 1987.

Dank für wertvolle Hinweise an A.E.!

Wahlen in Israel, +, +, +, +, +, +

, 14. Knesset

1996, +, 13. Knesset

1992, +, 12. Knesset

1988, +

Vereinigte Arabische Liste 1, , 4, , 2 2, , 2 3

Chadasch 4, , 5 5, , 3, , 4

Meretz 6, , 9, , 12, , 10 7

Arbeitspartei, , 34, , 34, , 39

Dritter Weg 8, , 4, , , ,

Einwandererpartei 9, , 7, , , ,

Thora-Liste 10, , 4, , 4, , 2

Schas 11, , 10, , 6, , 6

Nationalreligiöse Partei, , 9, , 6, , 5

Likud-Block 12, , 32, , 32 13, , 40

Tsomet 14, , , , 8, , 2

Moledet 15 , , 2, , 3, , 2

1) Zusammenschluß von Arabischer Demokratischer Partei und Islamischer Bewegung.

2) Eine palästinensische Partei blieb unter der 1,5%-Hürde.

3) Je ein Sitz für Arabische Demokratische Partei und Progressive Friedensliste.

4) KP-geführtes Bündnis.

5) Zusammen mit der erstmals kandidierenden Al-Tajamon (Versammlung), deren Spitzenkandidat Azmy Bishara jetzt einen Sitz in der Knesset hat.

6) Erstmals 1992 gemeinsam angetretenes linkssozialdemokratisch-linksliberals Bündnis von Mapam, Ratz (Bürgerechtspartei) und Schinui.

7) Ergebnis der Einzelkandidaturen der unter 6. genannten Parteien.

8) Abspaltung von der Arbeitspartei, erstmals 1996 zur Wahl angetreten.

9) Jisrael ba-Alija, Partei vorwiegend der Neueinwanderer aus SU/GUS, geführt von Nathan Schtscharanski, erstmals 1996 zur Wahl angetreten.

10) Bündnis aschkenasischer religiöser Parteien.

11) Partei der orientalischen religiösen Juden. Ein weitere religiöse und scharfrechte Partei, Tchija, die 1988 drei Sitze bekam, fiel 1992 unter die 1,5%-Klausel und ist von der Bildfläche verschwunden.

12) Wahlbündnis von Likud, der Likud-Abspaltung Gescher und Tsomet. Auf den Likud entfielen bei dieser Wahl 22 Sitze.

13) 1992 und 1988 Einzelkandidatur des Likud.

14, 15) Nicht-religiöse, hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den Palästinensern und einer politischen Lösung des Konflikts rechtsextreme Parteien.

18. Zoff beim ND-Club. Wohin steuert das "Neue Deutschland"?

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Medien; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:17

In der letzten ak-Ausgabe hieß es in einem Kommentar zur PDS: "Die Parteirechten können nur gewinnen, wenn die Ostrowski/Weckesser-Thesen in der Partei zwar nicht mehrheitsfähig, aber doch diskussionswürdig sind. ... Daß die PDS bereit und in der Lage sein wird, einen klaren Trennungsstrich zu diesen Positionen zu ziehen, ist eher unwahrscheinlich". Eine öffentliche Debatte in den Räumen der Zeitung "Neues Deutschland" (ND) hat nun diese Prognose bereits übertroffen.

Zur Diskussion geladen waren neben Christine Ostrowski die stellvertretende PDS-Vorsitzende Angela Marquardt und der PDS-Geschäftsführer Wolfgang Gehrcke. Die wöchentlichen ND-Diskussionsforen verlaufen in der Regel ohne Höhepunkt. Nur wenn ein/e PodiumsteilnehmerIn die Ostidentität zu stark angreift, gerät das Publikum manchmal etwas in Rage. Auch bei dieser Debatte deutete zunächst nichts auf einen anderen Verlauf hin. Christine Ostrowski verkündete selbstbewußt, daß sie nicht gekommen sei, um sich zu rechtfertigen. Sie betonte, daß die VerfasserInnen (Ostrowski/Weckesser) alles genauso meinten, wie es in dem Papier steht. Ansonsten aber wolle sie nicht weiter ideologisch debattieren, sondern lieber über praktische Politikvorstellungen reden. Daß es nach Ende ihres Beitrags im hinteren Teil des überfüllten Saales unruhig wurde, lag nicht an Ostrowski und schon gar nicht an der als nächste Rednerin vorgesehenen Angela Marquardt. Vielmehr hatten Mitglieder der AG Junge GenossInnen (AGjG) einen Redakteur des Neonazi-Wochenblattes "Junge Freiheit" (JF) im Publikum entdeckt. Wie im letzten ak berichtet, hatten schon eine Woche zuvor zwei Redakteure dieser Zeitung unter dem Motto "Für eine selbstbewußte PDS" zur Unterstützung des Ostrowski-Weckesser-Buttler-Flügels aufgerufen. Als sich der JF-Redakteur weigerte, den Raum zu verlassen, und die Kontroverse bis zum Podium hörbar wurde, griffen ND-Verantwortliche ein - gegen die jungen GenossInnen.

"Wir haben hier das Hausrecht und bestimmen, wer hier geht" rief einer. Die jungen GenossInnen wurden regelrecht aus dem Saal geschubst. Der AGjG-Bundessprecher erklärte dann dem Publikum den eigentlichen Grund der "Störung". Neben vereinzeltem Beifall fielen aus dem Publikum Äußerungen wie: "Schmeißt die Störer raus", "Linksanarchistische Chaoten" etc. Ein älterer Mann stieg auf seinen Stuhl und rief: "Wo sind die Störer? Wo sind die Störer?" Ca. 30, meist jüngere TeilnehmerInnen verließen unter Protest den Raum. Wolfgang Gehrcke machte den Vorschlag, das Publikum möge durch Abstimmung entscheiden, ob der JF-Redakteur den Saal verlassen solle. ND-Chefredakteur Reiner Oschmann wies diesen Vorschlag mit der Begründung zurück, daß der JF-Redakteur nur seine journalistische Arbeit mache und er auch nicht als ND-Redakteur irgendwo rausfliegen wolle.

AntifaschistInnen kritisierten, daß Oschmann mit diesem Vergleich das ND mit der JF auf eine Stufe stelle. Sie sahen einen Widerspruch zwischen Oschmanns Bekenntnis "das ND war, ist und bleibt konsequent antifaschistisch" und der konkreten Handlung. Antifaschistische Gruppen versuchen seit Jahren, die Arbeit der JF zu erschweren, z.B. indem ZeitungshändlerInnen und -kioske über deren rechten Hintergrund informiert und gebeten werden, die Zeitung nicht mehr zu verkaufen. Eine andere Art der Behinderung wäre das Hinauswerfen von JF-Redakteuren, weil damit deren Pressearbeit erschwert würde. Nach den Einlassungen von Oschmann verließen noch weitere Menschen unter Protest den Raum, u.a. die Sprecherin der Kommunistischen Plattform, Ellen Brombacher.

Die Podiumsteilnehmerin Angela Marquardt begründete, warum sie persönlich keinen JF-Redakteur im Raum haben wolle. Diese Zeitung führe gegen sie eine Klage und publiziere seit Monaten ganze Serien zur Verleumdung von aktiven PDS-Mitgliedern. Danach verließ Angela Marquardt das Podium. Auslöser war neben dem Rauswurf der AGjG-Mitglieder die an sie gerichtete, leise Bemerkung Christine Ostrowskis: "Da sieht man, wer hier randaliert, nämlich Eure Leute, nicht die Rechten." Der Abgang einer Podiumsteilnehmerin war allerdings weder für Reiner Oschmann noch für den Moderator, ND-Innenpolitik-Redakteur Helfried Liebsch, ein Problem. Das Rumpfpodium diskutierte weiter, als wäre nichts geschehen. Das Publikum reagierte jetzt besonders aggressiv auf Nachfragen, ob denn jetzt nicht eine Diskussion über das Geschehene anstünde. "Sind noch immer nicht alle Linksanarchisten verschwunden?" Um den JF-Redakteur, der zufrieden

ging, nachdem Angela Marquardt das Podium verlassen hatte, kümmerte sich niemand mehr. Denn der "störte" ja nicht.

Einen Tag später, am Samstag, informierte der ND-Innenpolitik-Redakteur Claus Dümde die LeserInnen mit folgender Schlagzeile über die Ereignisse: "Nach Abgang ging Streit um die PDS-Politik los - Marquardt verließ mit rechtsextremem (sic!) Redakteur ND-Club". Am darauffolgenden Samstag wurde Angela Marquardt immerhin ein Interview zugestanden. Mit einer Seite ausgewählter LeserInnenbriefe war für das ND die Angelegenheit erledigt. Der Abdruck einer Erklärung der AGjG wurde von der ND-Redaktion verweigert.

Bei dieser Gelegenheit nutzte die ND-Chefredaktion gleich die Chance, sich unbequemer freier MitarbeiterInnen zu entledigen. Gleich am nächsten Tag erreichte mich ein Fax von Claus Dümde, wo mir in wenigen handschriftlichen Zeilen die weitere Zusammenarbeit wegen Kritik an Oschmann und Liebsch aufgekündigt wurde.

ND: Sprachrohr der PDS-Realos?

Daß die stellvertretende PDS-Vorsitzende das Podium verlassen mußte, ohne daß dafür eine Entschuldigung erfolgte, daß anschließend Claus Dümde noch publizistisch nachtrat (s.o.), zeigt, welchen Stellenwert Angela Marquardts Parteiflügel in der Zeitung hat. Die publizistische Reaktion wäre wohl anders ausgefallen, wenn statt an ihrer Stelle Gysi, Brie oder Bisky das Podium verlassen hätten. Hier wird deutlich, daß sich das ND im PDS-internen Richtungsstreit zum Sprachrohr des rechten Parteiflügels entwickelt hat. Beiträge der Parteilinken oder parteiloser linker PDS-MandatsträgerInnen wie Ulla Jelpke sind die Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Das ließe sich an vielen Beispielen verdeutlichen. Nehmen wir die Berichterstattung über den Marzahner PDS-Bürgermeister Buttler. Während die KritikerInnen aus seiner eigenen Bezirksorganisation im ND nie zu Wort kamen, brach Christine Matte auf einer ganzen ND-Seite am 8./9. Juni eine publizistische Lanze für ihn und verteilte Seitenhiebe gegen seine KritikerInnen. Linke PDS-Abgeordnete, wie der als Direktkandidat von Friedrichshain ins Abgeordnetenhaus gewählte ehemalige Hausbesetzer Freke Over, kommen so gut wie nie im ND zu Wort. Im Berlin-Teil wurde Freke Over lediglich zur Sozialverträglichkeit von Wagenburgen befragt. Andererseits werden dort regelmäßig Polizeiberichte abgedruckt. In der Ausgabe vom 8./9. Juni wurde ein Bild vom BGS-Orchester veröffentlicht, das im Rahmen der Treptower Festtage spielte.

Schwierigkeiten mit

linken Diskussionen

Das ND hat ausdrücklich den Anspruch, ein Forum für linke Positionen außerhalb der PDS zu sein. Tatsächlich wurde dieser Anspruch von vielen RedakteurInnen ernstgenommen. Doch gerade ein Teil derjenigen, die sich besonders für diese Öffnung einsetzten, bekamen redaktionsintern Schwierigkeiten. Nachdem die für die Rubriken "Politisches Buch" und "Debatten" zuständige Brigitte Hering, die auf ihren Seiten PDS-kritische Stimmen zu Wort kommen ließ, trotz öffentlicher Proteste abgesetzt wurde, wechselten andere RedakteurInnen zur "jungen Welt". So ist zur Zeit im ND eine zunehmende Ignoranz gegenüber unabhängigen linken Debatten zu verzeichnen. Statt dessen wurden Beiträge abgedruckt, die vehement gegen eine Legalisierung von Drogen, ja sogar von Hasch, Stellung bezogen. Auch bei der Berichterstattung über Lesben und Schwule wird häufig mit Klischees gearbeitet. So wurden bei der Berichterstattung über eine Polizeirazzia auf eine Schwulenkneipe in Halle Anfang Juni wesentliche Inhalte des Polizeiberichtes in die ND-Berichterstattung übernommen. Die Proteste gegen diese Razzia wurden dagegen nur am Rande erwähnt, was auch in LeserInnenbriefen kritisiert wurde.

Unkritisch wird zu Debatten über Eugenik und Euthanasie berichtet. Im ND vom 8./9. Juni wird die Forderung des australischen Euthanasiebefürworters Peter Singer, behinderten Säuglingen das Lebensrecht zu verweigern, mit zwei Argumenten verteidigt: Erstens mit dem Hinweis auf die Abtreibung behinderter Föten, zweitens mit dem Verweis auf das "Liegenlassen" schwerbehinderter Säuglinge in manchen Krankenhäusern. Argumente, die im Zusammenhang mit diesen Fragen von Krüppelinitiativen und Euthanasie-GegnerInnen aufgeworfen werden, finden keine Erwähnung. In der gleichen Ausgabe wird mit deutlicher Sympathie über "Die Veganer" berichtet. Linke Kritiken an wesentlichen Ideologieelementen des Veganismus, z.B. an der Gleichsetzung von Tier und Mensch, werden mit keinem Wort erwähnt. In den meisten Artikeln wird auf eine

geschlechtsneutrale Schreibweise verzichtet. Dafür gab es lange Artikel, in denen Männer mit den hanebüchensten Argumenten vor der Verhunzung der deutschen Sprache und Schrift durch Feministinnen warnten.

Sozialistische Tageszeitung oder Ostkurier?

Das ND feierte in diesen Tagen sein fünfzigstes Jubiläum. Auf dem ND-Pressefest zum Jubiläum fehlten jüngere Menschen fast völlig. Selbst auf der Diskussionsveranstaltung "Jugend und Parteien" saßen überwiegend Menschen über 40 im Publikum. Unter den geladenen PodiumsdiskutantInnen des Pressefestes fanden sich neben PDS-Prominenz der Berliner CDU-Senator Elmar Pieroth, der Geschäftsführer der Bündnisgrünen, Werner Schulz, der Berliner FDP-Landesvorsitzende Martin Matz; alles Gesprächs- und BündnispartnerInnen des realpolitischen PDS-Flügels. Aus dem Ausland war u.a. der zum wirtschaftsliberalen Sozialdemokraten mutierte polnische Ex-Premier Mieczyslaw Rakowski eingeladen. Nicht eingeladen waren hingegen TeilnehmerInnen aus antifaschistischen, studentischen oder ökologischen Initiativen, die doch zumindest Bezugspunkt für linke PDSlerInnen sind.

Der ehemalige DSU-Vorsitzende und jetzige CDU-Populist Peter-Michael Distel kommt im ND häufig zu Wort. Der letzte DDR-Innenminister hatte sich als Law-and-Order-Mann profiliert. Noch heute ist er stolz darauf, für die rasche Abschiebung der in die DDR übergesiedelten ehemaligen RAF-Mitglieder gesorgt zu haben. In der Jubiläumsausgabe des ND meinte er: "Hat Distel einen Artikel (im ND, P.N.), ärgern sich die Parteilinken, haben die Parteilinken einen Artikel im ND, was mitunter vorkommt, ärgert sich Distel. Trotzdem betrachtet jeder das ‚Neue Deutschland` als sein Blatt."

Das sehen viele Parteilinke mittlerweile anders. Einer meinte: "Die Entwicklung des ND zu einer Art Ostkurier, als publizistisches Begleitorgan für Ostrowskis Ostpartei, geht bei der Zeitung schneller als in der Partei. Denn dort fehlt ein linker Flügel."

Peter Nowak

19. Das "Signal von Berlin". NATO auf Interventionskurs

Autor: Volker Böge · Rubrik: Militarismus; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:14

Die NATO-Herren überhäuften sich mit Selbstlob: Ihr Treffen in Berlin am 3. Juni 1996 sei von "historischer Bedeutung" gewesen, eine "neue NATO" sei aus der Taufe gehoben, ein zukunftsweisendes Signal gesetzt worden. Nun ja - aus diesen bombastischen Tönen spricht wohl zuallererst die Erleichterung, den Militärpakt NATO, dem nach dem Wegfall der "Bedrohung aus dem Osten" der eigentliche Daseinsgrund abhanden gekommen war, in die neue Zeit nach der Ost-West-Konfrontation hinübergerettet und seine Anpassung an die neue internationale Lage einigermaßen leidlich bewältigt zu haben.

Nach dem Kollaps zunächst des gegnerischen Blocks, der Warschauer Vertragsorganisation (WVO), und dann auch der Auflösung der UdSSR gab es für das "Verteidigungsbündnis" NATO eigentlich keinen Bedarf mehr. Die Legitimierung der NATO als Antwort auf und Schutz vor UdSSR/WVO war hinfällig geworden. "Eigentlich" hätten die Politiker und Militärs, die die Existenz der NATO jahrzehntelang reaktiv-defensiv begründet hatten, jetzt ihren Laden ebenfalls dicht machen müssen. Doch sie dachten nicht daran. Vielmehr setzten sie enorme Energie daran, den BürgerInnen plausibel zu machen, daß die Bündelung militärischer Macht in Gestalt eines hochgerüsteten Militärpakts nach wie vor unabdingbar sei und die damit verbundenen Kosten weiter aufgebracht werden müßten. Für eine solche Relegitimierung der NATO bedurfte es einer Reformulierung ihrer Aufgaben, einer Restrukturierung der zur Aufgabenbewältigung erforderlichen Mittel und der Strategien ihrer Anwendung sowie einer Reorganisation der Bündnisbeziehungen. Kurz: Die NATO mußte runderneuert werden. Das hat sie mittlerweile weitgehend erfolgreich bewältigt. In Berlin wurde die Runderneuerung der NATO zu einem gewissen Abschluß gebracht, zielte das Treffen dort doch vor allem darauf, allianzinterne Fragen zu klären und neue Strukturen festzuklopfen, bevor in der nächsten Etappe die Osterweiterung des Bündnisses auf den Weg gebracht wird. Den neuen NATO-Mitgliedern wird dann keine andere Wahl bleiben, als sich stillschweigend in die neuen Strukturen einzufügen. Und so haben wir jetzt eine - so die Formulierungen der NATO-Offiziellen - "neue" oder "sich erneuernde" oder "angepaßte" NATO. Mit dieser neuen NATO werden sich Friedenspolitik und -bewegung auch künftig auseinanderzusetzen haben.

"Neue" NATO mit

alter Nukleardoktrin

Dabei gilt es zunächst als Merkposten festzuhalten, daß auch die neue NATO einige Wesensmerkmale der alten beibehält, die schon immer friedensbewegte Kritik auf sich gezogen haben. So sei nur daran erinnert, daß im neuen strategischen Konzept der NATO, welches im November 1991 auf dem NATO-Gipfel in Rom verabschiedet wurde, weiterhin an der Doktrin der Abschreckung festgehalten wird, und das wiederum inklusive der Vorhaltung und europäischen Dislozierung (Aufstellung) von Nuklearwaffen und der Option des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen.

Im neuen strategischen Konzept heißt es u.a.: Die NATO werde "für die vorhersehbare Zukunft eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte beibehalten, die in Europa stationiert sind und auf dem gebotenen Stand gehalten werden ... Einzig Nuklearwaffen machen das Risiko jeglicher Aggression unkalkulierbar und unannehmbar". (1) Auch in der auf dem "neuen strategischen Konzept" beruhenden NATO-Militärstrategie (MC 400) sowie ihrer Neufassung (MC 400/1), die im November 1995 vom Military Committee der NATO gebilligt und deren weitere Konkretisierung von den NATO-Außenministern in Berlin in Auftrag gegeben wurde, ist diese nukleare Komponente weiterhin fester Bestandteil, nunmehr untermauert mit dem zusätzlichen Auftrag der sogenannten counter-proliferation: Der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und zugehörigen Trägersystemen müsse auch mit der Androhung nuklearer Schläge begegnet werden.

Entsprechend hat es nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation auch keine Entnuklearisierung der NATO-Strategie oder Entnuklearisierung Europas - alte Forderungen der Friedensbewegung - gegeben.

Neu ist allerdings die Bestimmung des Gegners. Nachdem die konkrete "Bedrohung aus dem Osten" abhanden gekommen ist, wird jetzt diffus-abstrakt ein breites Spektrum höchst unterschiedlicher "Risiken", "Instabilitäten" und "Eventualfälle" ausgemacht, denen gegenüber man auch künftig militärisch gewappnet sein müsse. Minister Rühe: "Der Feind von gestern ist verschwunden. An seiner Stelle steht heute eine Fülle neuer Risiken. Der Feind von heute heißt Instabilität - ...". (2) Da werden dann der internationale Terrorismus und Drogenhandel, der islamische Fundamentalismus, diktatorische Regime, umfassende Bevölkerungswanderungen und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, grenzüberschreitende Umweltzerstörungen, Prozesse von Destabilisierung und Staatszerfall im Osten, Südosten und Süden des NATO-Vertragsgebiets usw. usf. angeführt. NATO-Vordenker kalkulieren mit zwei sogenannten "Krisenbögen", an denen sich die "neuen strategischen Herausforderungen" festmachen: "Der erste ist der östliche Bogen, der sich von Nordeuropa zwischen Deutschland und Rußland bis zu den Balkanstaaten erstreckt. Der zweite ist der südliche Bogen, der durch Nordafrika und den Mittelmeerraum verläuft und bis zum Nahen Osten und nach Südwestasien reicht". (3)

Der "östliche Krisenbogen" steht gegenwärtig im Zentrum der Aufmerksamkeit (Stichwort NATO-Osterweiterung). Dennoch möchte ich hier zunächst auf die "Süddimension" der NATO-Risikoanalyse und Neuausrichtung hinweisen. Die Südregion, d.h. der Mittelmeerraum, die zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation als "Südflanke" gegenüber der Zentralfront in Mitteleuropa nur nachgeordneten Stellenwert gehabt hatte, hat nach dem Ende dieser Konfrontation eine deutliche Aufwertung erfahren. So ist von der "gestiegenen strategischen Bedeutung der Südregion" die Rede; angeblich würden die europäischen NATO-Staaten aus Richtung Süden durch Massenvernichtungswaffen und entsprechende Trägersysteme in den Händen "verrückter Diktatoren" ebenso bedroht werden können wie durch massenhafte Migration über das Mittelmeer nach Norden oder durch den islamischen Fundamentalismus. Eine verstärkte Hinwendung der NATO zu diesen "Risiken aus dem Süden" wird etwa daran deutlich, daß seit 1990 bei den NATO-Großmanövern im Mittelmeerraum ein Szenario zugrunde gelegt wird, bei dem die Bedrohung nicht mehr aus dem Osten, sondern aus dem Süden kommt. Auch in der Aufstellung des Ständigen Einsatzverbandes Mittelmeer (bestehend aus Fregatten und Zerstörern aus acht Staaten inkl. BRD) als Teil der NATO-Eingreifkräfte kommt die Aufwertung des Mittelmeerraums zum Ausdruck, ebenso in den Planungen Frankreichs, Italiens, Spaniens und neuerdings auch Portugals zur Aufstellung gemeinsamer Land- und Seestreitkräfte für Bedrohungen aus dem Süden (EUROFOR und EUROMARFOR). Aufmerksam verfolgen sollte man in diesem Zusammenhang auch die in jüngster Zeit verstärkten Bestrebungen, Spanien endlich in die integrierte Militärstruktur der NATO hereinzuholen (4). Und schließlich hat die Ministertagung des Nordatlantikrats im Dezember 1994 die sog. Mittelmeerinitiative gestartet, mit der sich die NATO den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres öffnete. In Berlin nun bekräftigten die NATO-Außenminister ihre "Überzeugung, daß die Sicherheit in Europa in hohem Maße durch Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum beeinflußt wird. Wir messen dem Fortschritt unseres Mittelmeerdialogs mit nicht der NATO angehörenden Ländern besondere Wichtigkeit bei. Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien nehmen heute am laufenden politischen Dialog teil." (5)

Interventionistische Orientierung

Eine derartige Vielfalt von "Risikofaktoren", wie sie die NATO unterstellt, macht es aus NATO-Sicht notwendig, vielfältig verwendbare militärische Mittel vorzuhalten. "Flexibilität" und "Mobilität" sind daher - neben der "Multinationalität" - Schlüsselbegriffe für das militärische Potential der neuen NATO. Dieses wird so umstrukturiert, daß Streitkräfte flexibel für Eventualfälle verschiedenster Art zur Verfügung stehen. Die im neuen strategischen Konzept niedergelegte Dreiteilung der Kräfte in Hauptverteidigungskräfte, Verstärkungskräfte und Eingreifkräfte hat denn im wesentlichen auch nicht Abrüstung, sondern Umrüstung zur Folge, soll doch künftig der Schwerpunkt bei den Eingreifkräften liegen. Diese brauchen für ihre flexiblen, mobilen Einsätze neue Waffen, neues Gerät, neue Ausrüstung, insbesondere um möglichst rasch über große Distanzen verlegt werden zu können. Daher ist im neuen strategischen Konzept etwa davon die Rede, daß "geeignete Lufttransport- und Luftbetankungskapazitäten großer Reichweite" vonnöten seien. (6) In der revidierten NATO-Militärstrategie (MC 400/1) wird besonderes Gewicht auf die strategische und operative Verlegefähigkeit der eigenen Truppen gelegt. Die Bundeswehr ist übrigens mit 50.000 Mann Krisenreaktionskräften bei den NATO-Eingreifkräften dabei.

Mit den Rapid Reaction Forces RRF (Kern: das Allied Rapid Reaction Corps mit Hauptquartier in Mönchengladbach) hat sich die neue NATO eine schlagkräftige Interventionstruppe zugelegt: hochbeweglich über große Distanzen, flexibel einsetzbar an verschiedensten Schauplätzen, etwa nach dem Motto: Nach dem Ende der Vorneverteidigung ist überall "vorne". Mit dem herkömmlichen Verständnis von "Verteidigung" ist das jedenfalls nicht mehr zu vereinbaren. Vielmehr handelt es sich um interventionsfähige Truppen, die nicht nur an den ehemaligen Flanken der NATO in Nord- oder Südeuropa eingesetzt werden können, sondern auch darüber hinaus, also "out of area". Es geht der NATO mithin nicht mehr nur um kollektive Verteidigung herkömmlicher Art, also Verteidigung des eigenen Territoriums, sondern "Verteidigung" der eigenen Interessen allüberall (offizieller Terminus hierfür: Projektion von Stabilität).

Die in den RRF zum Ausdruck kommende interventionistische Orientierung der neuen NATO hat man nun elegant zu rechtfertigen gewußt durch die scheinbar selbstlose Bereitschaft, das Potential der NATO auch der OSZE (7) oder den UN für Friedensmissionen ("friedenserhaltende Aktivitäten") zur Verfügung zu stellen. Entsprechende grundsätzliche Angebote wurden auf den NATO-Ministertagungen im Juni 1992 in Oslo (in Richtung KSZE) und im Dezember 1992 in Brüssel (in Richtung UNO) gemacht. Der gegenwärtige IFOR-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien setzt erstmals diesen Ansatz in die Praxis um. Derartige Missionen (sogenannte non-article-5-missions, nicht-Artikel-5-Missionen) (8), sollen offensichtlich ein Hauptbetätigungsfeld der neuen NATO werden. Für derartige Einsätze soll die Beschränkung des NATO-Vertragsgebiets nach Artikel 6 Nordatlantikvertrag gemäß offizieller Interpretation keine Gültigkeit haben; diese bezieht sich angeblich nur auf Art. 5- Fälle, also die "kollektive Verteidigung" - mit dieser Interpretation ist man die "out-of-area"-Problematik los!

Zwar stellt sich die NATO bei non-article-5-missions oberflächlich betrachtet in den Dienst der OSZE oder UN, die formal das politische Mandat für solche Einsätze erteilen, aber die entscheidenden Parameter der militärischen Umsetzung - wer hat faktisch das Kommando und die Kontrolle über den Einsatz - läßt sich die NATO ebensowenig nehmen wie die Entscheidung, ob sie sich überhaupt zur Verfügung stellt. "Command and control" verbleiben bei der NATO. Und ganz abgesehen davon: Die NATO legt sich Mittel und Fähigkeiten zu, um dereinst auch ohne OSZE- oder UN-Mandat "friedenserhaltend" oder "friedensunterstützend" oder "friedenserzwingend", oder wie auch immer der Euphemismus für interventionistisch im konkreten Falle dann lauten mag, militärisch eingreifen zu können, wenn es ihre Interessen geboten erscheinen lassen.

Combined Joint Task Forces

Zentrales neues Instrument im interventionistischen NATO-Arsenal sind die sog. Combined Joint Task Forces (CJTF) - Alliierte Streitkräftekommandos - , um die es in Berlin auf der NATO-Tagung vor allem ging. Bereits im Januar 1994 hatte der NATO-Gipfel in Brüssel eine grundsätzliche Entscheidung für das CJTF-Konzept gefällt, mit der Begründung, daß die Übernahme neuer Aufgaben im Krisenmanagement eine Anpassung der militärischen und politischen Strukturen und Verfahren erforderlich mache. Nachdem die praktische Umsetzung eine zeitlang kaum vorankam, hat man in Berlin nun den entscheidenden Schritt vorwärts gemacht. Grundidee von CJTF ist es, erstens flexible, für den jeweiligen Eventualfall zugeschnittene Kombinationen von Streitkräften für bestimmte militärische Aufgaben zur Verfügung zu haben (Task Forces), zweitens sollen diese Truppen aus allen Teilstreitkräften - Land, Luft, See - zusammengestellt werden (joint) und drittens sollen sie aus dem gesamten Spektrum nationaler und multinationaler Einheiten zusammengesetzt werden können (combined).

Der Clou bei den jetzt beschlossenen CJTF aber ist, daß sie es möglich machen werden, daß die NATO künftig friedenssichernde usw. Militäroperationen beschließen kann, die dann rein europäisch, nämlich durch die Westeuropäische Union (WEU) geführt werden, wobei sich die Europäer aller NATO-Strukturen - inkl. ihrer US-Elemente - bedienen können. Es wird also einerseits ermöglicht, daß - wie es so schön heißt - die Europäer mehr Verantwortung für die Sicherheit in Europa und drumherum übernehmen bzw. "strategische Handlungsfähigkeit" herausbilden können, indem sie auch ohne direktes US-Engagement den Frieden sichern, erzwingen usw. können, daß andererseits dafür aber keine eigenen europäischen neuen Potentiale und Strukturen aufgebaut werden (wie es - z.B. französische - Verfechter einer völlig eigenständigen Militärmacht Europa lieber gesehen hätten). Statt dessen wird auf Potentiale und Strukturen der NATO zurückgegriffen - womit dann aber auch die USA wieder im Spiel sind.

Es geht also um trennbare, aber nicht getrennte militärische Mittel ("separable, but not separate"). Denn konkret bedeutet das CJTF-Konzept, daß jeder nicht-Artikel-5 Einsatz, der unter WEU-Führung läuft, sich gleichwohl aller NATO-Mittel für Aufklärung, Führung, Logistik usw. bedienen kann, inkl. der militärischen NATO-Hauptquartiere und Stäbe oder der Satellitenaufklärung und -kommunikation oder der AWACS-Frühwarnflotte. (9)

Im Berliner NATO-Kommunique wird die Verabschiedung des CJTF-Konzepts folgendermaßen abgefeiert: "Indem es eine flexiblere und beweglichere Dislozierung von Kräften auch für neue Aufgaben ermöglicht, wird dieses Konzept die Durchführung von NATO-Eventualfalloperationen, die Nutzung trennbarer, jedoch nicht getrennter militärischer Fähigkeiten bei Operationen unter der Führung der WEU sowie die Beteiligung von Staaten außerhalb der Allianz an Operationen wie IFOR erleichtern. ... Das CJTF-Konzept ist zentral bei unserem Ansatz, mit dem wir Kräfte für Eventualfalloperationen zusammenstellen und ihre Führung innerhalb der Allianz organisieren". (10)

Für die politische Kontrolle und militärische Überwachung von CJTF-Einsätzen wird im Brüsseler NATO-Hauptquartier eine neue Policy Coordination Group (PCG) als politisch-militärische Schnittstelle in der Ausschußstruktur des Nordatlantikrats eingerichtet. Und schließlich wird im CJTF-Kontext die alte, noch aus den Zeiten der Orientierung auf die "Bedrohung aus dem Osten" überkommene und daher heute weitgehend dysfunktionale NATO-Kommandostruktur umgekrempelt werden. Diese Reorganisation der Kommandostruktur und die Umsetzung von CJTF werden die nächsten Schritte der Anpassung bzw. Erneuerung der NATO sein.

Ein transatlantischer Kompromiß

Das auf US-Vorschlag zurückgehende CJTF-Konzept ist einerseits Ausdruck größerer Eigenständigkeit der europäischen NATO-Staaten (sie erlangen "strategische Handlungsfähigkeit", d.h. werden befähigt, auch ohne die USA Militärinterventionen durchzuziehen, die WEU bekommt auf diesem Wege operationelle Kapazitäten, die sie sonst noch lange nicht hätte). Insofern wird die Führungsrolle der USA relativiert. Andererseits ist es aber auch Ausdruck des nach wie vor bestehenden US-Engagements und Einflusses auf die europäischen Verhältnisse. Es ist also nicht zuletzt zu verstehen als ein Lösungsversuch für die Probleme im transatlantischen Verhältnis, die mit den Stichworten "Herausbildung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität" sowie "gerechtere Verteilung von Lasten und Verantwortung zwischen den NATO-Partnern diesseits und jenseits des Atlantiks" gekennzeichnet werden und die die Allianz in den letzten Jahren, nachdem das einigende Band der "Bedrohung aus dem Osten" weggefallen ist, verstärkt umtreiben. Dabei geht es vor allem um eine neue Austarierung von Macht und Einfluß zwischen den USA und den großen europäischen NATO-Staaten. Denn auch wenn der Westen heute und künftig seine Macht- und Interessenpolitik kooperativ, also "im Bündnis" und nicht in nationalen Alleingängen, exekutiert, so heißt das ja nicht, daß es keine Interessendivergenzen und Konkurrenzen zwischen den Bündnis"partnern" gibt. Bei deren Austrag wiederum spielt die Aufgabenverteilung und das Gewicht der verschiedenen für Sicherheitsfragen zuständigen Institutionen NATO, WEU, EU/GASP (11), OSZE eine wichtige Rolle. Die Berliner NATO-Tagung hat nun gezeigt, daß die NATO in diesem "Geflecht ineinandergreifender Institutionen" (interlocking oder - wie Kritiker spötteln: interblocking institutions) trotz relativen Bedeutungsverlustes - was umgekehrt heißt: relativen Bedeutungszuwachses von WEU und GASP - immer noch der stärkste "player" ist und auch bleiben wird. Zwar ist mit dem CJTF-Konzept eine gewisse Aufwertung der WEU verbunden, also jener Organisation, die insbesondere Frankreich traditionell für eine stärker "europäisierte" Militärpolitik nutzen will. Doch bleibt die WEU, was die "hardware" für Militäreinsätze anbelangt, (zumindest vorerst noch) auf die NATO und damit die USA angewiesen; erinnert sei z.B. nur daran, daß die für Militärinterventionen unabdingbare Satellitenaufklärung noch ganz in Händen der USA ist, während entsprechende Bemühungen der WEU, sich in dieser Hinsicht eigene Kapazitäten zuzulegen, nur mühsam vorankommen. So haben wir es nach Berlin zwar mit einer stärker "europäisierten" NATO zu tun, was auch der Wiederannäherung Frankreichs an die Militärorganisation der NATO, die Frankreich auf der Tagung des Nordatlantikrats im Dezember 1995 angekündigt hatte und die in Berlin festgeklopft wurde, geschuldet ist. (12) Doch zugleich ist es weiterhin eine NATO, die unter Führung der USA steht. Vorhaben, eine eigenständige europäische Militärmacht neben der NATO aufzubauen, haben nach Berlin noch weniger Chancen als vorher schon. Diese Einsicht dürfte auch für Frankreichs Entscheidung zur Wiederannäherung an die militärische Integration eine wesentliche Rolle gespielt haben. Man versucht jetzt, mit der "Europäisierung" der Sicherheits- und Militärpolitik stärker in und mit der NATO voranzukommen als neben und gegen die NATO.

NATO-Osterweiterung:

Nur aufgeschoben

In Berlin hat die NATO ihren Anspruch bekräftigt, als Ordnungsmacht für Europa und darüber hinaus agieren zu wollen. Bestätigt wurde in diesem Zusammenhang das "Engagement zur Öffnung der Allianz für neue Mitglieder. Der Erweiterungsprozeß ist auf dem Weg". (13) Zwar wurden in Berlin - vor allem mit Rücksicht auf die Präsidentschaftswahlen in Rußland und den USA - noch keine Entscheidungen über die Osterweiterung getroffen, doch hat die NATO unmißverständlich klar gemacht, daß es diese Erweiterung geben wird. Dieses Jahr soll zu Vorgesprächen mit Beitrittskandidaten genutzt werden, im nächsten Jahr soll dann der Reigen der offiziellen Neuaufnahmeverhandlungen eröffnet werden. Am heftigsten drängt die deutsche Seite auf die Osterweiterung, Deutschland will endlich nicht mehr Frontstaat der NATO sein, sondern sich im Osten ein Vorfeld von neuen NATO-Mitgliedsstaaten zulegen. Minister Rühe spricht das recht unverblümt aus: "Viele von Ihnen wissen, daß ich ein entschiedener Befürworter der NATO-Erweiterung bin ... Die Öffnung des Bündnisses nach Osten entspricht dem vitalen Interesse Deutschlands. Man muß kein strategisches Genie sein, um dies zu verstehen; es reicht ein Blick auf die Landkarte." (14) Angesichts der entschieden betriebenen Ostexpansion der NATO sind die gleichzeitig geäußerten Wünsche nach einer "Sicherheitspartnerschaft" mit Rußland bloße Lippenbekenntnisse. Rußland muß sich durch die NATO-Osterweiterung bedroht fühlen, kann dem angesichts eigener Schwäche allerdings nichts entgegensetzen. So bleibt der russischen Seite nichts anderes übrig, als zumindest um eine "softe" Ostexpansion der NATO zu bitten, also: kein Heranrücken der NATO-Militärstrukturen an die russische Grenze, keine Stationierung von ausländischen Truppen und keine Aufstellung von Nuklearwaffen in den neuen NATO-Mitgliedsländern. Doch selbst diese Zugeständnisse will die NATO offensichtlich nicht machen, sie will sich im Prinzip alle Optionen offenhalten. Sollte Rußland darauf auch mit militärpolitischen Maßnahmen reagieren, so hat die NATO endlich wieder, was sie in den letzten Jahren missen mußte: eine "Bedrohung aus dem Osten". Self-fulfilling prophecy nennt man das wohl.

Die Alternative: Friedensordnung statt Militärpakt

Die Lippenbekenntnisse der NATO-Politiker zu einer "europäischen Sicherheitsarchitektur" täuschen nicht darüber hinweg: Für herrschende Politik ist die NATO faktisch diese "europäische Sicherheitsarchitektur". Transatlantisch-gesamteuropäische Ansätze wie die OSZE, die zumindest Ansatzpunkte für die Herausbildung einer Europäischen Friedensordnung bieten, müssen sich - geht es nach dem Willen der NATO-Gewaltigen - dem Militärpakt unterordnen. NATO-Strukturreform und NATO-Osterweiterung sind keine Schritte auf dem Weg zu einer gesamteuropäisch-transatlantischen Friedensordnung, sondern das Gegen-Projekt hierzu. Auch die angestrebte Osterweiterung zeigt einmal mehr: Der Nato geht es vor allem um die Projektion von Macht, um - auch - militärisch abgestützte Machtpolitik. Sie ist und bleibt ein Militärpakt, der die Integration seiner Mitglieder bewerkstelligt über die Frontstellung gegen Nicht-Mitglieder draußen. Wir haben es mit einem Mechanismus ausgrenzender Integration mit der Funktion der Bündelung und Steigerung des eigenen Machtpotentials gegen außen zu tun.

Die Alternative hierzu wäre in der Tat der Aufbau eines transatlantisch-gesamteuropäischen Sicherheitssystems, ausgehend von einer Fortentwicklung der OSZE. An die Stelle blockgestützter Sicherheit, die auch immer ihren Gegenpart und damit Unsicherheit schafft, sollte umfassende gemeinsame, kollektive Sicherheit treten. Da diese aber inkompatibel ist mit der Existenz von Militärpakten, müßte die NATO aufgelöst werden. Auflösen statt ausweiten also, wobei eine denkbare Option allerdings auch wäre: Auflösen durch Ausweiten, soll heißen: Wenn schon ausweiten, dann total. Es sei daran erinnert, daß die UdSSR im März 1954 einen Antrag auf Aufnahme in die NATO gestellt hat, um sie so von einem Militärpakt in ein System Kollektiver Sicherheit umzuwandeln. Das wurde seinerzeit von NATO-Seite abgelehnt, hat wohl auch heute keine Chance für Rußland.

Summa summarum: Berlin hat in der Tat - wie von Außenminister Kinkel gewünscht - ein Signal gesetzt. Aber der Zug fährt in die falsche Richtung: In Richtung einer Interventionsmacht NATO.

Volker Böge

Anmerkungen:

1) Das neue strategische Konzept des Bündnisses, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 128, 13.11.1991, S. 1039-1048, hier: S. 1044.

2) Die Neue NATO. Vortrag von Bundesminister Rühe in Washington, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 24, 2.5.1996, S. 340-343, hier: S. 340.

3) Asmus, Ronald D./ F. Stephen Larrabee/Ian O. Lesser: Die Sicherheit des Mittelmeerraumes: Neue Herausforderungen, neue Aufgaben, in: NATO-Brief 3/1996, S. 25-31, hier: S. 25 (Die Autoren sind Mitarbeiter der RAND Corporation, eines regierungsnahen US-amerikanischen "think-tanks").

4) Man erinnere sich: Die damalige sozialistische Regierung hatte den Spaniern den NATO-Beitritt u.a. mit dem Argument schmackhaft gemacht, daß man ja "nur" politisch beitrete (ähnlich wie Frankreich), nicht aber an der integrierten Militärstruktur teilnehme. Das soll künftig nicht mehr gelten, denn diese Einschränkung habe sich lediglich auf die "alte" NATO bezogen, bei der "neuen NATO" sähen die Dinge anders aus, da könne und solle man ruhig Vollmitglied werden.

5) Kommunique des Nordatlantikrates auf Außenministerebene, Berlin, 3. Juni 1996. Nichtamtliche Übersetzung, S. 16.

6) Das neue Strategische Konzept, a.a.O., S. 1046.

7) Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

8) Der Artikel 5 des Nordatlantikvertrags legt das Prinzip der kollektiven Verteidigung der NATO-Mitglieder gegen einen Angriff von außen fest.

9) AWACS: Airborne Warning And Control System, "fliegendes Warn- und Kontrollsystem".

10) Kommunique Berlin 3.6., a.a.O., S. 3 f.

11) GASP = Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

12) Man erinnere sich: 1966 hatte De Gaulle Frankreich aus der militärischen Integration der NATO herausgenommen, und erst im Dezember 1995 wurde eine Wiederannäherung - wohlgemerkt nicht eine vollständige Reintegration - Frankreichs an die Militärstrukturen der NATO vollzogen. Begründet wurde das von der Regierung Chirac damit, daß man es ja nun mit einer "neuen" NATO zu tun habe bzw. die Erneuerung der NATO mit diesem Schritt befördern wolle.

13) Kommunique Berlin 3.6., a.a.O., S. 10.

14) Rühe, a.a.O., S. 341.

20. Wenig Widerstand gegen NATO-Tagung und Gelöbnis

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Bundeswehr; Aktionen / Veranstaltungen; Demonstrationsauseinandersetzungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:20

Am 31.5.1996 fand vor dem Schloß Charlottenburg das erste öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr in Berlin statt. Nur drei Tage später tagte erstmals der Ministerrat der Außen- und Sicherheitsminister der NATO-Staaten in der Stadt. Gegen beide Veranstaltungen mobilisierte monatelang ein breites Bündnis von Friedens-, Antiimperialismus- und Antifagruppen.

Auch die Bündnisgrünen und die PDS waren vertreten. Eine Anti-NATO-Gruppe hatte in einem mehrseitigen Aufruf einige antiimperialistische Essentials der 70/80er Jahre erneut unter die Leute gebracht. Dabei wurden einige Fehler der damaligen Linken vermieden, nämlich die Ausblendung der Rolle des deutschen Imperialismus und das Kaprizieren auf den "Hauptfeind USA" als Synonym für die NATO. Mit dem jetzt angestrebten europäischen Pfeiler der NATO wird Deutschlands Rolle im Bündnis aufgewertet.

Die Berliner Polizei unternahm höchste Anstrengungen, um einen möglichst störungsfreien Ablauf beider Ereignisse zu gewährleisten. Da die Proteste gegen das Gelöbnis unter dem Motto "Ja, stören" standen, wurde die Gegend um das Schloß Charlottenburg zur sicherheitsrelevanten Zone erklärt, zu der nur geladene Gäste Zugang fanden. Schon am Vorabend des 31.5. kamen AnwohnerInnen erst nach Ausweiskontrolle in ihre Wohnungen. Der Besuch nicht angemeldeter Personen wurde für diesen Tag untersagt. Auch die Gegendemonstration sollte ursprünglich verboten werden. Lediglich eine Kundgebung auf dem Richard-Wagner-Platz war genehmigt worden. Schon Protestgeräusche würden den Charakter des Gelöbnisses beeinträchtigen. Ein Gericht hob das totale Demoverbot auf und erlaubte eine kurze Route. Der Schutz des Militärs vor jeglichen Protesten im öffentlichen Raum sei kein Verfassungsgrundsatz, erklärten die Richter.

Ca. 3.000 Menschen fanden sich um 13 Uhr am Richard-Wagner-Platz ein. Einem Teil gelang es, bis vor das Charlottenburger Schloß zu kommen. Die Protestgeräusche und die "Mörder"- Rufe waren unüberhörbar. Eine Rauchbombe in Richtung Prominentenbühne war der Höhepunkt der Proteste. Mit Wasserwerfern und unter Knüppeleinsatz wurden die Demonstranten abgedrängt; es gab zahlreiche Festnahmen. Drei Personen mußten trotz festen Wohnsitzes über zwei Wochen in Untersuchungshaft verbringen.

Wie solche Gelöbnisse das militaristische Klima anheizen, zeigten einige Pressekommentare im Anschluß. So machte der Berliner Tagesspiegel folgenden Vorschlag für den Umgang mit MilitärgegnerInnen: "Im Olympiastadion wäre Platz genug gewesen für die zumeist zugewanderten Bürgerkinder, ihrem Frust freien Lauf zu lassen." Die Rheinische Post hatte den Feind gleich ausgemacht: "Allzu gefügig haben Politik und Gesellschaft seit den 68er Jahren hingenommen, daß die Bürger in Uniform buchstäblich ins Abseits gedrängt wurden. Städtische Plätze und andere zentrale Areale würden fast jedermann geöffnet, nur nicht den Soldaten, wenn sie sich mit Uniformen, Fahnen und Gelöbnis zeigen sollten."

Die Demonstration gegen die NATO-Tagung war mit ca. 3.000 Menschen ebenfalls nicht besonders gut besucht, zumal dort noch ein größerer Ya-Basta-Block der TeilnehmerInnen vom "1. Europäischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft" beteiligt war. Die Polizei verzichtete auf Angriffe gegen den Zug. Das Hotel Interconti, Tagungsort der Außenminister, wurde jedoch nicht erreicht. Am Breitscheidplatz, einen Kilometer vom Hotel entfernt, stoppte ein massives Polizeiaufgebot die Marschierenden. Als sich die NATO-Herrschaften am Abend aus ihrem Hotel wagten, um im Martin-Gropius-Bau zu speisen, wurden einige Fahrzeuge mit Steinen beworfen. Die Polizei nahm 36 Personen fest.

Die geringe TeilnehmerInnenzahl bei beiden Protesten, die lange und genau vorbereitet wurden, macht deutlich, daß Protestaktionen gegen den deutschen Imperialismus selbst in der Linken nur auf begrenzte Resonanz stoßen. Von den über 15.000 TeilnehmerInnen der revolutionären 1. Mai-Demos ließ sich nur ein kleiner Teil gegen Bundeswehr und NATO mobilisieren. Bereits im letzten Jahr war die Bundestagsentscheidung zur Entsendung deutscher Truppen nach Jugoslawien kein Anlaß für einen breiten linken Widerstand. Und dabei hatten sich noch in den ersten Monaten des Jahres 1995 die verschiedenen

Szenen der Restlinken die Köpfe über den Stellenwert des 8. Mai heißgeredet. Auch von der antideutschen Strömung war in diesem Jahr weder bei den Protesten gegen das Gelöbnis noch bei der Anti-NATO-Demo viel zu hören.

Peter Nowak

21. "Verantwortung übernehmen - weltweit." Propaganda und Ziele deutscher Außenpolitik

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:22

In den letzten Jahren sind wir mit einer derartigen Fülle sogenannter "historischer Ereignisse" konfrontiert worden, daß vielfach Analyse und Bewertung der damit verbundenen Veränderung der politischen Rahmenbedingungen nicht Schritt halten konnten und adäquate Gegenstrategien und politischer Druck nicht entwickelt worden ist. "Abgefahrenen Zügen" hinterherzuschauen scheint die Lieblingsbeschäftigung der verbliebenen oppositionellen Gruppen geworden zu sein, aber - um in diesem Bild zu bleiben - schon Walter Benjamin hat auf die Existenz von Notbremsen in Zügen hingewiesen und natürlich können fahrende Züge die Richtung ändern.

Die Entwicklung hin zur Legalisierung von Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes ("out-of-area") ist rasant verlaufen und neue Fakten sind im Eiltempo geschaffen worden. Viele reiben sich verwundert die Augen, was infolge der Umsetzung kriegerisch-imperialer Politik alles erfolgt ist, ohne daß sich relevanter Protest und Widerstand gegen diese Politik entfaltet hat. Der Artikel setzt sich mit den Fragen auseinander: Was ist bis jetzt bei "out of area" passiert? Wie wird das propagandistisch dargestellt? Welche Möglichkeiten gibt es, dieser Entwicklung entgegenzutreten und "abgefahrene Züge" zu stoppen?

Justiz macht Weg für

"out of area" frei

Im Juli 1994 segnet das Bundesverfassungsgericht Auslandseinsätze der Bundeswehr rechtlich ab. Bis zu diesem Zeitpunkt steht der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg im Widerspruch zu dem bis dato gültigen verfassungsrechtlichen status quo. Das hinderte die Regierung in den Jahren zuvor nicht, getreu dem Motto "legal, illegal, scheißegal", ab Beginn der 90er Jahre die Verfassung des Landes zu ignorieren. Die verfassungsrechtliche Lage schrieb bis zum Juli 1994 vor, daß Bundeswehrsoldaten im "Verteidigungsfall" im Bundes- und im "Bündnisfall" im NATO-Vertragsgebiet zum Einsatz kommen dürfen. Dennoch wurden bei den AWACS-Aufklärungsflügen (Airborne early warning and control system) über Ex-Jugoslawien - und damit außerhalb des NATO-Gebietes - ab 1992 Bundeswehrsoldaten eingesetzt. Die Anrufung des Verfassungsgerichts zur Klärung der Frage, ob damit nicht eindeutig ein verfassungswidriger Einsatz erfolgt ist, endet mit einem Urteilsspruch, der klar macht, daß die Justiz den von politischer Seite forcierten Prozeß der Aushöhlung verfassungsrechtlicher Beschränkungen nicht stoppen wird. In dem Urteilsspruch wird im Kern gar nicht geprüft, ob die deutschen Soldaten aus verfassungsrechtlichen Gründen abgezogen werden müssen und die Regierung geltendes Recht gebrochen hat. Die Befürchtung, daß ein Abzug der deutschen Soldaten eine Beeinträchtigung der Arbeit des AWACS-Verbands und eine Gefährdung bei der Durchsetzung des Flugverbots nach sich zieht, reicht aus, den Einsatz zu legitimieren. Selbst für Laien wird die in diesem Fall nachträglich erfolgte, rechtliche Absegnung politischer Entscheidungen zu einer leicht durchschaubaren Schmierenkomödie: die Urteilsbegründung liest sich "über weite Strecken wie die Zusammenfassung" der Aussagen und Behauptungen von Bundeswehrverteidigungsminister Rühe, NATO-Generalsekretär Wörner sowie führender deutscher Militärs, schreibt die Deutsche Presseagentur in einem Korrespondentenbericht aus Karlsruhe (taz 10.4.93).

Die Bundeswehr

vor neuen Aufgaben

Bei der Bundeswehr ist zu einem frühen Zeitpunkt, zumindest an der "Spitze", die Bereitschaft zu erkennen, den auf politischer Ebene von konservativer Seite eingeschlagenen Weg mitzugehen. Die hier weit oben in der Hierarchie stehenden Befehlsempfänger von Verteidigungsminister Rühe lassen z.B. in Beiträgen für Militärzeitschriften deutlich erkennen, daß sie den eingeschlagenen Weg gutheißen und "ihre" Soldaten entsprechend einstimmen. Die Stimmung an der Basis ist dagegen nur schlecht einzuschätzen. Der hohen Zahl an Kriegsdienstverweigerern steht, aber eine große Zahl von ‚einfachen` Soldaten gegenüber, die für "neue Aufgaben" motiviert sind und für die herrschende Politik eingespannt werden können. Als im Sommer

1992 die Fregatte "Niedersachsen" in Wilhelmshaven Richtung Adria (zur ehemals jugoslawischen Küste) ausläuft, geben Matrosen des Schiffes auf Fragen von Journalisten kurze Statements ab. Auf die Frage, ob er verfassungsrechtliche Bedenken habe, antwortet einer von ihnen: "Blödsinn. Die Sozis haben doch'n Kopfschuß." (taz 27.7.92).

Die "out of area"-Debatte

Politisch steht die "out of area"-Option jahrzehntelang nicht zur Diskussion. Artikel 87a und 115a des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 6 des NATO-Vertrages, die das Einsatzgebiet der Bundeswehr im "Verteidigungsfall" auf das Bundes- und im "Bündnisfall" auf das NATO-Vertragsgebiet begrenzen, sind ab 1992 nur noch Makulatur, sie sind durch die Fakten außer Kraft gesetzt worden.

Die sich aus der Verfassung ergebenden Einschränkungen, die zum Selbstverständnis der Bundeswehr gehörten, werden bis Ende der 80er Jahre auch von der Bundesregierung unmißverständlich geteilt, ja sogar ausdrücklich betont. Auf Anfrage gibt im August 1988 Regierungssprecher Herbert Schmülling bekannt, daß die Bundesrepublik sich aus den oben angegebenen Gründen nicht an UN-Friedenstruppen beteiligen kann - denn auch die UN wisse, "... daß Grundgesetz und NATO-Vertrag den Einsatz von Bundeswehr-Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes verbieten" (FR 15.8.88). Diese Äußerung steht im Zusammenhang mit Grundgesetz-Uminterpretierungsversuchen, wie sie von einigen Unionspolitikern zu dieser Zeit in der Öffentlichkeit geführt wurden. Sie stellt damit auch ein "Zurückpfeifen" des damaligen Verteidigungsministers Scholz dar, der als erster in diesem Amt in der Frage des Einsatzes deutscher Soldaten bei UN-Missionen eine gewisse Offenheit für neue Auslegungen der Verfassungslage zu erkennen gegeben hat.

Der Erfolg von Lummer & Co

Im Mai 1988 ist zuvor von der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Forderung erhoben worden, Bundeswehreinsätze auch außerhalb des Bündnisgebietes der NATO möglich zu machen. Kurz darauf äußert der stellvertretende Berliner CDU-Landesvorsitzende Heinrich Lummer (ehemals NPD-Mitglied) klipp und klar: Die "out of area"-Befürworter werden "... nicht ruhen, bis Bundeskanzler und Bundesverteidigungsminister grünes Licht geben für den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs" (FR 20.6.88).

Nur ein Jahr später kann die Stahlhelm-Fraktion innerhalb der CDU/CSU, die zu dieser Zeit z.B. im FDP-Bundestagsabgeordneten Werner Hoyer erste "Anhänger" außerhalb der eigenen Partei findet, einen wichtigen Erfolg verbuchen, der den Durchbruch zur kurz darauf mit Macht einsetzenden Entwicklung bedeutet: im August 1989 werden 50 BGS-Beamte zur Verstärkung von UN-Truppen nach Namibia entsandt. "Damit beteiligen sich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik bewaffnete bundesdeutsche Uniformträger an einer UN-Friedensmission." (FR 31.8.89).

Im Zuge der deutschen Vereinigung bekommen ab 1989/90 rechts-populistische, deutsch-nationale Strömungen so sehr Auftrieb, daß Themen wie Asyl, Innere Sicherheit und "out of area" den ehemaligen "Minderheitendiskurs" der politischen Rechten rasch verlassen. In der CDU/CSU/FDP-Koalition ist ab 1991 die Minderheitenposition aus dem Jahr 1988 (von Lummer & Co) zur offiziellen Regierungslinie avanciert. Gehandelt wird nach der Devise: Verfassung hin, Verfassung her, Fakten schaffen ist nicht schwer. Verteidigungsminister Rühe formuliert es in dem Artikel "Die Bundeswehr im 21. Jahrhundert" Anfang 1993 folgendermaßen: "Der Anfang ist gemacht: Unsere Sanitäter in Kambodscha, unsere Heeresflieger zur Unterstützung der Vereinten Nationen im Irak, unsere Transportflieger in Sarajewo und Somalia - das sind die Regionen der Welt, in denen Deutschland seine internationale Solidarität bereits unter Beweis stellt. Aber wir können und müssen mehr tun." (V. Rühe, in: Europäische Sicherheit 1/93, S. 8). Dieses Fakten schaffen hat sich als eine sehr erfolgreiche Strategie erwiesen, was nur deshalb trotz solcher Pleiten wie in Somalia (außer Spesen nichts gewesen) recht reibungslos funktionieren konnte, weil der Zustand der Opposition im Lande - sowohl parlamentarisch, wie auch außerparlamentarisch - es der "Bundeswehr-Weltweit-Fraktion" leicht gemacht hat.

Die Zukunft

deutscher Außenpolitik

Zu Beginn des Jahres 1993 lehnten die meisten Bundesbürger Einsätze deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Gebiets ab, und Kampfeinsätze unter UN-Kommando befürworteten nur 15% (taz 6.1.93); das sind die Zahlen vor der "Bosnien-Debatte". Diese Debatte war ausschlaggebend, um der Öffentlichkeit neue Aufgaben der Bundeswehr "schmackhaft" zu machen, ehemals oppositionelle Kreise in eine neue, bis vor wenigen Jahren noch völlig ausgeschlossene Politik miteinzubinden und ein Tempo vorzulegen, daß Personen und Gruppen, die gegen diese Entwicklung Stellung bezogen haben, völlig in die Defensive gedrängt hat.

In der Öffentlichkeit wurde gar nicht, oder erst sehr spät in den Debatten um den Krieg auf dem Balkan die Rolle Deutschlands diskutiert. Nach einer Statistik (Spiegel Nr.32/1994, S. 121) hat Deutschland immerhin bei dem Bruch des Waffenembargos zur illegalen Aufrüstung Kroatiens eine entscheidende Rolle gespielt. Doch dieses Thema findet kaum Beachtung. Dagegen ist die Debatte von konservativer Seite bestens instrumentalisiert worden und das Ergebnis am Ende kann sich - aus deren Sicht - sehen lassen: Deutschland schickt Bundeswehrsoldaten auf den Balkan und einem "Kampfauftrag" (Generalinspekteur Naumann), einem unter NATO-Kommando(!) stehenden Einsatz erteilen bei der Abstimmung im Bundestag auch 22 Bündnisgrüne die Zustimmung. Wenn das kein Erfolg auf der ganzen ("out of area"-)Linie ist ...?

Propagandistische Begleitmusik

Bilder der vor US-Napalm-Bomben fliehenden Kinder gingen per TV um die Welt und trugen dazu bei, daß sich eine starke Anti-Kriegs-Bewegung entwickelte. Solche Fehler passieren heute nicht mehr: das Zusammenspiel von Propaganda und Zensur während des Golfkriegs 1991 haben gezeigt, daß die Militärs ihre Lektion gelernt haben. "Es gibt Leute, die sagen, die Medien seien der Feind. Doch sie sind tatsächlich eher ein Schlachtfeld. Darauf müssen wir gewinnen", so ein hoher US-Offizier (in: Stein (Hrsg.): Nachgedanken zum Golfkrieg, S. 227). Und getreu dieser Aussage wurde die Bevölkerung dann auf die kommenden "out-of-area"-Einsätze eingestimmt. Rühe antwortet Mitte 1992 auf die Frage: "Sind "out of area"-Einsätze ausgeschlossen?" "Es geht nicht um "out of area". Aber es ist klar, daß - vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen - Erwartungen auf uns zukommen." (Bundeswehr aktuell 12.5.92, S.3). Diese, wie zahlreiche andere Antworten der für die eingeschlagene Entwicklung Verantwortlichen, sagen zwar unmittelbar nichts über die tatsächlichen Absichten aus bzw. verleugnen diese, geben aber sehr viel Aufschluß über die gewählte propagandistische Begleitmusik zur Einstimmung auf weltweite Einsätze der Bundeswehr. Es geht darum "Erwartungen zu erfüllen", "Verantwortung zu übernehmen", "Internationale Solidarität" zu üben - eine Losung wird in ihr Gegenteil verkehrt -, "nicht im Abseits zu stehen", "zur Normalität zurückzukehren", "die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen" usw., der Phrasendrescherei und Schönfärberei sind da scheinbar keine Grenzen gesetzt. Insbesondere der Begriff "Verantwortung übernehmen" ist so etwas wie ein ideologischen Kampfbegriff der "out of area"-Befürworter geworden. Die entsprechenden PR-Abteilungen im Verteidigungs- und Außenministerium scheinen ihn zum durchschlagkräftigsten Argument erklärt zu haben, wird er doch bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gebetsmühlenartig in die Öffentlichkeit gebracht. Es handelt sich freilich auch um eine äußerst geeignete Floskel, um die eingeschlagene Entwicklung "positiv zu besetzen": die eigene Politik ist verantwortungsvoll, Kritik daran - dieser Logik entsprechend - verantwortungslos. Wie erfolgreich die Propaganda gewesen ist und wie schnell die gewünschten Ergebnisse erzielt werden konnten, zeigt die Aussage des CDU-Parlamentariers Hornhues, der noch 1992 feststellte, daß "vorerst nur Blauhelm-Missionen in Frage kommen, da weder die Bevölkerung für Einsätze unserer Streitkräfte im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme wie NATO und WEU psychologisch, noch die Bundeswehr technisch und organisatorisch vorbereitet ist." (FAZ 16.6.92).

Die geistige Mobilmachung hat Verteidigungsminister Rühe Anfang 1993 eingeläutet: "Soldat sein heißt, sich extremen Situationen stellen zu können. Das beginnt bei besonderen persönlichen und familiären Belastungen, schließt ein die körperlichen und geistigen Herausforderungen in der Ausbildung und reicht in letzter Konsequenz bis zum Einsatz des Lebens für die Freiheit Deutschlands und den Frieden in Europa und der Welt." (Hervorhebung d. Autor; V. Rühe in: Europäische Sicherheit 1/93, S.12). Die Bosnien-Debatte ist in der Folge das propagandistische Feld gewesen, wo die oben beschriebene Phrasendrescherei eine politische Diskussion um die Rolle Deutschlands im Krieg auf dem Balkan (Stichworte: Anerkennungspolitik, Aufrüstung Kroatiens) völlig überlagert und letztlich zu den gewünschten Ergebnissen geführt hat.

Wie sagen wir's dem Volke

Die Behauptung kritischer Menschen, mit der tiefstgreifendsten Zäsur deutscher Außenpolitik seit 1945 (vgl.: A. Lederer, in: Dritte Welt 2/93, S. 7ff) beschreite die Regierung einen Weg, der auf die weltweite militärische Interventionsfähigkeit und die Durchsetzung imperialer Ziele setzt, wird von den dafür verantwortlichen Politikern (Politikerinnen spielen dabei kaum eine Rolle) zurückgewiesen. Interessant ist es, die Beiträge zu lesen, die von den diese Politik vertretenden Politikern und Militärs geschrieben werden: in etwas anderer Wortwahl, aber genau in dem oben kritisch angemerkten Sinn werden "die Aufgaben der Zukunft" beschrieben: "Moderne Industrienationen sind heute nicht mehr in der Lage sich selbst zu versorgen. Sie sind auf weltweite Verbindungen angewiesen, um z.B. produktionswichtige Rohstoffe zu importieren und devisenbringende Erzeugnisse zu exportieren. Entsprechend ist auch nicht mehr nur das Staatsgebiet von vitalen Interesse, sondern ebenso die notwendigen internationalen Verbindungen." (Oberst i.G. Alphart v. Horn, in: Wehrtechnik 10/91, S. 29) "Unsere Streitkräfte müssen vielseitig genug ausgebildet sein, um auf jeden Angriff reagieren zu können, was bedeutet, daß wir in der Lage sein müssen, Streitkräfte von einer Region in eine andere zu verlegen. Dies verlangt die Art von Mobilität, die wir im Golfkrieg erlebten." (General John R. Galvin/Oberster Allierter Befehlshaber in Europa, in: NATO-Brief Nov/Dez 91, S.16).

Nach einem noch unter Verteidigungsminister Stoltenberg ausgearbeiteten Grundsatzpapier definiert die Hardthöhe zukünftige Aufgaben der Bundeswehr wie folgt: "... Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten", die "Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität, sowie die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen" (aus: "Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr", in: taz 7.2.92).

Der Zug ist abgefahren - halten wir ihn an

Die oben dargestellte propagandistische Begleitmusik für die gegenwärtige Entwicklung und die für sich sprechenden Argumente, warum das alles auf den Weg gebracht wird, bietet den zu dieser Politik in Opposition stehenden Personen und Gruppen an sich genug Angriffsflächen für eine erfolgversprechende Aufklärungsarbeit. Es ist ein einfaches darauf hinzuweisen, daß heute selbst Politiker und Militärs in den USA freimütig zugeben, der Krieg zur vermeintlichen Befreiung Kuwaits, sei ein Krieg um's Öl gewesen.

Die "Aufgaben der Zukunft" werden "natürlich" wieder und wieder in Namen der Menschenrechte, des Friedens - und was sonst noch alles zum Standardrepertoire kriegsvorbereitender und kriegsführender Herren gehört - geführt. Doch das läßt sich im Einzelfall meistens sehr gut als "Begleitmusik" entlarven, die die zentralen Interessen verschleiern sollen darauf sollte viel mehr hingewiesen werden.

"Verantwortung übernehmen" - weltweit; was heißt das anderes, als sich gegen die Aufrechterhaltung der bestehenden internationalen Arbeitsteilung zu wenden, die in vielen Ländern Unterdrückung, Ausbeutung, Vertreibung und Krieg zur Folge hat?

"Verantwortung übernehmen" - weltweit; das heißt, sich engagieren gegen die stattfindende Entwicklung in der Bundesrepublik. Nicht mehr und nicht weniger!

Thomas Klein, März 1996

Thomas Klein ist Diplom-Soziologe; war vier Jahre Geschäftsführer im Rüstungsexport-Archiv Idstein (KOMZI) und ist heute Mitarbeiter bei der Kampagne gegen Rüstungsexport Idstein

Artikel wurde von der Redaktion bearbeitet und gekürzt.

22. Geschichtsrevisionismus und Nationalbewußtsein. Rückblick und Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Historikerstreit

Autor: Js. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:07

Vor zehn Jahren, im Juni 1986, begann eine öffentliche Debatte, die wenig später unter dem Namen "Historikerstreit" bekannt wurde. Zumindest diese Bezeichnung ist heute noch auch Menschen mit durchschnittlicher politischer Bildung geläufig; viele erinnern sich an Ernst Noltes abstruse These: Auschwitz sei nur die Reaktion des Nationalsozialismus auf die Verbrechen des Bolschewismus gewesen. Einigen dürften auch noch die Namen Andreas Hillgruber und Michael Stürmer präsent sein, ohne daß sie deren spezifischen Beitrag zur Revision der deutschen Geschichte benennen könnten. Im Rahmen der "Goldhagen-Debatte" wurde von verschiedener Seite das Schlagwort von einem "neuen Historikerstreit" geprägt.

Der "Historikerstreit" von 1986 wurde von vornherein öffentlich, vor allem über Zeitungen, ausgetragen; an ihm nahmen auch geschichtswissenschaftliche Laien teil. Unmittelbarer Anlaß war ein Artikel Ernst Noltes in der FAZ vom 6. Juni 1986 mit dem Titel "Vergangenheit, die nicht vergehen will". In Frageform formulierte der Autor seine These vom kausalen Zusammenhang zwischen dem stalinistischen Terror und der Ermordung der europäischen Juden: "Vollbrachten die Nationalssozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische` Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen` Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag` ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord` der Bolschewiki das logische und faktische Prius (vorhergehendes Ereignis; Anm. ak) des ‚Rassenmords` der Nationalsozialisten? Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den ‚Rattenkäfig` nicht vergessen hatte? Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?"

Mehr als einen Monat später antwortete Jürgen Habermas in der Zeit (11.7.1986) mit der Polemik "Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung". Habermas konfrontierte Noltes Thesen mit der Forderung des Historikers und Kanzlerberaters Michael Stürmer, Geschichtswissenschaft habe "höherer Sinnstiftung" zu dienen und das Nationalbewußtsein zu stärken. In diesem Sinne schlage Nolte "zwei Fliegen mit einer Klappe", schrieb Habermas: "Die Nazi-Verbrechen verlieren ihre Singularität dadurch, daß sie als Antwort auf (heute fortdauernde) bolschewistische Vernichtungsdrohungen mindestens verständlich gemacht werden. Auschwitz schrumpft auf das Format einer technischen Innovation und erklärt sich aus der ‚asiatischen` Bedrohung durch einen Feind, der immer noch vor unseren Toren steht."

Spätestens mit dieser Widerrede war der Streit eröffnet. Die taz veröffentlichte am 12.7.1986 den Text eines Vortrags, den Micha Brumlik schon am 28. Mai gehalten hatte: "Neuer Staatsmythos Ostfront" - eine Zurückweisung der Forderung von Andreas Hillgruber, die heute lebenden Deutschen müßten sich mit der "verantwortungsethischen Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister" identifizieren, die 1944/45 an der Ostfront "das Schlimmste verhindern" wollten: "die drohende Orgie der Rache an der deutschen Bevölkerung" für die in der Sowjetunion - "von welchen deutschen Dienststellen auch immer" - begangenen Verbrechen. Brumlik sah mit dieser offenen Parteinahme für das Hinauszögern der deutschen Niederlage einen "Einschnitt im Geschichtsbewußtsein der Bundesrepublik Deutschland": "Zum ersten Mal gibt ein konservativer, renommierter und angesehener Historiker öffentlich zu Protokoll, daß die Ausrottung der Juden und Sinti unter gewissen Umständen, wenn schon nicht gebilligt, so doch legitimerweise billigend in Kauf genommen werden durfte!" (1)

Der 1989 gestorbene Andreas Hillgruber durfte seinen größten Triumph nicht mehr miterleben: Seine Forderung nach Identifikation mit den tapferen Männer der Ostfront wurde in etlichen Fernsehproduktionen im "Gedenkjahr" 1995 breit unter das Volk getragen. Viele schreckliche Augenzeugenberichte überlebender Ostdeutscher konnten nur Mitleid erwecken - hätte man diese armen Menschen schutzlos dem Feind überlassen sollen? Durfte man denen, die kurz vor Kriegsende Opfer wurden, vorwerfen, daß sie zuvor Täter

gewesen waren? Selten wurde der deutsche Fernsehkonsument so massiv mit Hillgrubers Argument konfrontiert, die Verteidigung der Ostfront sei ein Gebot der "Verantwortungsethik" gewesen, demgegenüber die Fortsetzung des Massenmordes in den KZs als notwendiges Übel in Kauf zu nehmen sei. (2)

Anders als Hillgruber hat sich Ernst Nolte mit seiner zentralen These nicht durchsetzen können. Selbst sein Schüler, der "neu-rechte" Welt-Redakteur Rainer Zitelmann, bekannte sich "skeptisch", hob aber Noltes Bemühen um "Gerechtigkeit für Hitler" hervor. FAZ-Herausgeber Joachim Fest würdigte Noltes "apolitischen Rigorismus" und seine "kühle Denkleidenschaft". Gleichzeitig gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dem "Außenseiter" Ernst Nolte werde eines Tages Gerechtigkeit zuteil: "Aber die Verhältnisse mußten (1986 und danach; Anm. ak) doch sehr verdreht sein, und die Köpfe auch, um den Vorwurf hervorzubringen, er habe die Verbrechen des Hitler-Regimes apologetisch relativieren wollen." (3)

Heute, zehn Jahre später, steht der Feind nicht mehr "vor den Toren", er ist endgültig besiegt: Das realsozialistische Lager ist untergegangen, Deutschland "wiedervereinigt" und stärkste wirtschaftliche und politische Macht Europas. "Nationale Identitätsfindung" dient nunmehr weitergehenden Zwecken: Nur die "selbstbewußte Nation" (so der Slogan der Neuen Rechten) kann Deutschlands "gewachsener Verantwortung in der Welt" (Kohl, Herzog und viele andere) gerecht werden. Geblieben sind die für die "höhere Sinnstiftung" relevanten Themen: Nach wie vor geht es um die Relativierung des Nationalsozialismus, der dem "anderen deutschen Unrechtsstaat", der DDR, strukturell gleichgesetzt wird. Wieder wird Deutschlands "Mittellage" beschworen und Geopolitik gemacht. Die Militarisierung der Außenpolitik erfordert die Fälschung der Geschichte: Die Deutsche Wehrmacht sei allenfalls in Teilen "schuldhaft verstrickt" in Hitlers Verbrechen.

Immer mal wieder wird auch die "Kriegsschuldfrage" thematisiert. Zweifelhafte Historiker fragen allen Ernstes, ob Hitler im Juni 1941 vielleicht gerade noch und eher "durch Zufall" Stalin zuvorgekommen sei. In den Massenmedien wird das als ungelöstes Problem verkauft. Erst im Februar präsentierte Augstein das Thema auch für Nicht-Spiegel-LeserInnen unübersehbar: "Aggressor Hitler Aggressor Stalin?" stand auf dem Titelbild des Magazins, das einen Artikel des Herausgebers über "neue Thesen zum Rußland-Krieg" anpries. Der Artikel endet mit dem Befund: "Der Krieg dauerte vier Jahre. Nicht Stalin hatte ihn begonnen." (4)

Die ziemlich alte These von Hitlers "Präventivkrieg" gegen die Sowjetunion wurde auch in zeitlicher Nähe zum Historikerstreit wiederbelebt. Diese besondere Variante des Geschichtsrevisionismus soll in einer der nächsten ak-Ausgaben dargestellt werden. Weitere Artikel über das politische Wirken "nationalbewußter" deutscher Historiker sind in Planung.

Beginnen wollen wir mit einem Rückblick auf den Historikerstreit des Jahres 1986, seine Themen und Akteure.

Js.

Anmerkungen:

1.) Alle Zitate aus dem Buch "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung; München und Zürich (Piper) 1987; 397 Seiten, DM 19,80. Die Dokumentation enthält insgesamt 42 Beiträge und ist das unverzichtbare Standardwerk zum Thema.

2.) Zur Medienberichtersattung über die letzten Kriegsmonate siehe ak 379: "Es ist etwas fürchterliches über uns hereingebrochen". Selbstmitleid und (moralische) Wiederaufrüstung - das Kriegsende im Fernsehen

3.) Zitate aus der Festschrift zu Noltes 70. Geburtstag: Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte; herausgegeben von Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel und Hans-Ulrich Thamer, Frankfurt/Main und Berlin (Propyläen) 1993)

4.) Diese Art der Geschichtsbetrachtung fand im übrigen auch außerhalb Deutschlands Interessenten: Augsteins Artikel wurde in Italien durch den Espresso und in Rußland durch die Moskauer Wochenzeitung Sa rubeschom übersetzt und als neueste Erkenntnis unter die Leute gebracht.

23. Führung durch Flexibilität. "Bündnis für Arbeit", neue Avantgarde und Zivilgesellschaft

"Bündnis für Arbeit", neue Avantgarde und Zivilgesellschaft - von Hans-Peter Krebs

Autor: Hans-Peter Krebs · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften; DGB/Regierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:04

Wenn ich immer nur die Dinge sage, die wir immer sagen, und auch alle anderen immer nur die Dinge sagen, die sie immer sagen, dann werden wir das Problem nicht lösen.

Klaus Zwickel

Man hatte sich fast schon daran gewöhnt, daß es keine wirksame Opposition mehr in diesem unserem Lande gibt. Da gelingt der IG Metall mit ihrem Angebot für ein "Bündnis für Arbeit" im November 1995 ein medienwirksamer Paukenschlag und verhilft den Gewerkschaften so wieder zu einem positiven Image. Haben sich damit die Gewerkschaften zu einer gesellschaftsverändernden Kraft aufgeschwungen? Vielleicht, allerdings in einer neuen, etwas ungewohnten Richtung.

Die Kernpunkte des Angebotes der IG Metall:

- Begrenzung der tariflichen Einkommenserhöhung auf die Preissteigerungsrate

- untertarifliche Bezahlung für wiedereingestellte Langzeitarbeitslose

- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen seitens der Arbeitgeber

- Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen plus 10.000 für Langzeitarbeitslose pro Jahr

- Sicherung des Ausbildungsplatzangebotes

Diese Vorschläge treffen angesichts hoher Arbeitslosenzahlen auf eine von Hoffnungen geprägte Zustimmung, die über die eigene Klientel bis weit in linke Kreise reicht. Konnte zunächst tatsächlich bis zu ersten offiziellen Gesprächen mit der Koalition ein Moratorium hinsichtlich weiterer Einschnitte ins Sozialversicherungssystem erreicht werden, so hatte sich das Bild nach der sogenannten Kanzlerrunde am 23. Januar 1996 ziemlich gewandelt. Zwar hatte man sich in einer gemeinsamen Erklärung von Bundesregierung, Spitzenrepräsentanten der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften das Ziel gesetzt, die Zahl der registrierten Arbeitslosen bis zum Ende des Jahrzehnts zu halbieren; ebenso wurde ein Bekenntnis zum Flächentarif abgegeben. Gleichwohl hatten die Gewerkschaften aber auch einer Reduzierung der Staatsabgabenquote auf unter 40% zugestimmt; das impliziert notwendigerweise kostensenkende Eingriffe in die Praxis der Frühverrentung, in die Rentenversicherung, ins Arbeitsförderungsrecht und ins Gesundheitswesen. Darüber hinaus hatte man sich zu einer moderaten Tarifpolitik bereiterklärt, sich für flexiblere Arbeitszeiten ausgesprochen und sich insbesondere der Standortlogik unterworfen. Es gelte, dem Standort Deutschland neue Impulse zu geben und die Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb zu stärken, so das gemeinsame Kommuniqué.

Gewerkschaften als

soziale Akteure

Vor allem von Teilen der Linken wurden die Ergebnisse dieser Kanzlerrunde kritisiert. Den Gewerkschaften wurde vorgeworfen, sie hätten zu schnell nachgegeben, sich über den Tisch ziehen lassen. In der Folge entspann sich eine Debatte in der Linken, in der sich zwei bekannte Grundmuster gegenüber dem "Bündnis für Arbeit" abzeichneten:

- Nischen-These: Gewerkschaften sind selbst Bestandteil des sozio-ökonomischen Systems geworden und haben sich zu Quasi-Staatsapparaten entwickelt. Sie dienen dem Erhalt des herrschenden Reproduktionszusammenhangs und können nicht als politische Plattform dienen. Ansatzpunkt für linke Politik könne daher nur in gesellschaftlichen Nischen gesucht werden.

- Solidarisierungs-These: Gewerkschaften sind aufgrund der globalen Veränderungen in Politik und Ökonomie stark in die Defensive geraten und versuchen zu retten, was zu retten ist. Ihnen gilt die solidarische Unterstützung der Linken, da sie als eine verteidigenswerte Widerstandsplattform und als effektive Eingriffsmöglichkeit in kapitalistische Vergesellschaftungszusammenhänge eingeschätzt werden.

Obwohl in beiden Positionen das berühmte Körnchen Wahrheit steckt, kommt in jeder für sich genommen ein falsches Bild zum Tragen. Weder sind Gewerkschaften bloße Funktionsträger für den Systemerhalt noch bloße Opfer von Strategien eines völlig entgrenzten globalen Kapitals. Sie wirken als soziale Akteure mit eigenen Zielen und auf bestimmte Art und Weise. Für eine realistische Beurteilung der von ihnen vorgetragenen Konzepte und Strategien ist eine Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen Akteur und dem ihn umgebenden gesellschaftlichen Kontext nötig. Zu berücksichtigen sind dabei die Sprachregelungen, die sich mittlerweile um das "Bündnis" entwickelt und durchgesetzt haben. Medienlandschaft und Zivilgesellschaft werden dabei nicht in einem ideologiekritischen Sinne verstanden, die durch ihre Vermittlung von den eigentlichen Verhältnissen ablenken. Vielmehr wird die Mediatisierung selbst als eigenständiges politisches Phänomen betrachtet, das eigene Wirkungszusammenhänge hervorbringt und für gesellschaftspolitische Initiativen konstitutiv geworden ist. Wenn man so will, hat der Schleier der Vermittlung selbst eine solche eigene Realitätsdimension angenommen, die die Rede von einer dahinterliegenden wirklichen Realität unsinnig macht.

Es ist inzwischen kaum noch umstritten, daß das Goldene Zeitalter der fordistischen Nachkriegsentwicklung zu Ende ist. Von ersten Einbrüchen in die Produktivitätsentwicklung der späten 60er Jahre über Währungsschwankungen mit fatalen Auswirkungen auf ganze Nationen und der völligen Umorientierung nationaler Politiken in einem globalisierten Wettbewerb in den letzten zehn Jahren bis hin zur ökologischen Krise im Weltmaßstab haben sich die gewohnten Parameter drastisch verschoben. Die Bindungsfähigkeit von Parteien und anderen Großorganisationen schwindet dahin, die zunehmende Individualisierung unterläuft soziale Milieus, Lebensverläufe sind mehr und mehr von schlecht vorhersehbaren Faktoren abhängig. In einer solchen Situation der Umwandlung der Werte erscheint alles Alte als Blockierung des Neuen, auch wenn letzteres keiner genau kennt.

Deutlich wird dies insbesondere im Bereich von Unternehmensorganisation und -strategien. Die Oberhand gewinnen Ausgründungen, Verlagerungen in Billiglohnländer, strategische Allianzen im Bereich von Grundlagenforschung und joint ventures für entwicklungsfähige Zukunftsmärkte, transnationales Ausspielen von Standorten, Öko- und Sozialdumping. In einem von Währungsrisiken, durch Deregulierung beschleunigter Kapitalmobilität und allseitiger Exportorientierung dominierten globalen Wettbewerb erhalten auch Politik und Staat neue Bedeutung. Mit der heilsverkündenden Politikdoktrin des Neoliberalismus wird so in einem veränderten nationalen Wettbewerbsstaat kräftig an einem neuen Muster industrieller Beziehungen und schließlich auch an der "Verschlankung" der sozialstaatlichen Sicherungssysteme gebastelt. Innovation, Marktlogik und globaler Wettbewerb sind die Schlagworte. In einem solchen Szenario wollen bestimmte Teile der Gewerkschaften nicht den traditionalistischen Bremser spielen und präsentieren sich als Akteure mit sozialer Gestaltungskraft.

Modernisierer

gegen Traditionalisten

Vor diesem Hintergrund wird dann auch deutlich, daß die IG Metall und in ihrem Gefolge die meisten Gewerkschaften hier als gesellschaftspolitische Akteure auftreten. Sie sind eben nicht passive Endpunkte einer übermächtigen Entwicklungslogik. Zwar kann bei ihnen ein gewisser innerer Handlungsdruck unterstellt werden, dieser wird aber gerade durch einen gesellschaftspolitischen Vorstoß des "Bündnisses" zu überwinden versucht. Das wird vor allem von Konservativen und Arbeitgebern richtig gesehen. Sie sehen darin insbesondere den Versuch, die seit Jahren vorherrschende innere Passivität der Gewerkschaften zu überwinden. Mit dem medialen Zaubertrick aus dem Hut der IG Metall - so ein Wirtschaftsredakteur der FAZ (1) - haben sich Gewerkschaften wieder einen Platz in dem Gerangel um die Zukunft ergattert. Daraus aber nun schlußfolgern zu wollen, daß die Gewerkschaften damit in die Offensive gegangen seien - darauf zielt ja die konservative Analyse -, ist geradezu lächerlich angesichts einer medial gestützten Dominanz von Globalisierung, Standortsicherung und Sparpolitik. Vor allem seit der Kohl-Ära haben die Konservativen eine Anti-Wohlstandspolitik in Form von homöopathisch dosierten Eingriffen zu einer gesellschaftspolitischen

Ausrichtung auf einen allgemeinen roll-back verdichtet: eine Art konservativer Reformismus. Gerhard Schröder hat frühzeitig diese Zeichen der Zeit erkannt und seinen machtpolitischen Riecher bewiesen. Ihm folgen nun auch Klaus Zwickel, Walter Riester und Dieter Schulte.

Hintergrund für dieses gewerkschaftliche Umdenken ist eine innere Reform des DGB und der gesamten Gewerkschaftsorientierung, die originellerweise mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz 1989 begründet wird. Das Übel wird in der Vorstandsetage der IG Metall klar definiert (2): "Machen wir uns nichts vor, für Gewerkschaftsfunktionäre war Sozialismus - definiert durch das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, den Ausschluß von offener Arbeitslosigkeit und die Garantie bestimmter Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen ohne jeden Bezug zur einzelbetrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Produktivität - eine mehr oder weniger klare Orientierungsgröße." Jenseits der Frage nach dem Realitätsgehalt solcher Zuschreibungen kommt darin deutlich zum Ausdruck, daß die postsozialistische Wende angesteuert wird. Und damit ist auch die innerorganisatorische Kampflinie markiert, so absurd sie auch ist: Modernisierer gegen Traditionalisten.

Die Hegemonie der Gewerkschaften durch die IGM zeigt sich in ihrer durch das "Bündnis" dokumentierten Führungsrolle, in der Entsendung von IGM-Schulte zum DGB, in der innerorganisatorischen Säuberung von "Stamos" und in dem IGM-induzierten Umbau der gewerkschaftlichen Bildungspolitik. Wir erleben die Geburt einer neuartigen Avantgarde, die für eine scheinbar ideologiefreie, postkapitalistische Gewerkschaftspolitik steht. Eine Gewerkschaftspolitik, für die kapitalistische Widersprüche keine Rolle mehr spielen und die ideologiefrei die "Probleme unserer Zeit" anpacken will. Vorsicht ist geboten, denn aus der Geschichte weiß man es: Diejenigen, die sich für ideologiefrei halten, sind die schlimmsten Ideologen.

Diese "realistische" Avantgarde zielt unter dem Stichwort "dialogorientierte Tarifpolitik" auf eine Erneuerung des Neokorporatismus in den industriellen Beziehungen unter Bedingung verstärkter Exportorientierung und europäischer Integration. Sie schreibt sich zwar in die bewährte Praxis des Modells Deutschland ein, baut dieses aber gemeinsam mit dem aggressiven Projekt exportorientierter Unternehmenssektoren und dem nach innen gerichteten Projekt einer auf soziale Spaltung gestützten Austeritätspolitik in einen hegemonialen Führungsanspruch in einem von Deutschland dominierten Europa um. Innerorganisatorisch wird diese Umorientierung mit einer klassischen Machtpolitik durchgesetzt. Unter dem vorwiegend gegen die Linken gerichteten Schlachtruf "Demokratisierung und Öffnung" wird technokratisch von oben eine Abkehr von der bisherigen Gewerkschaftspolitik vollzogen und auf eine intelligente Begleitung dessen umgeschwenkt, was früher mal als Kapitalismus galt. Damit wird aber auch die Parallele zwischen der spärlich geführten Debatte um das DGB-Programm und dem Bündnis für Arbeit deutlich, auf die Konservative richtig verweisen. Denn mit letzterem gelingt eine inhaltliche Füllung der ziemlich formalen DGB-Reform.

Was mit dem Riesterschen "Angebot zum Umdenken" gemeint ist, ist zu allererst die gewerkschaftliche Bereitschaft zur Flexibilisierung und zum Abbau von sogenannten Rigiditäten. Damit wird der von Unternehmer- und Regierungsseite betriebenen Politik der "Tabuverletzung" Rechnung getragen. Angeblich starre Arbeitsverhältnisse sollen gelockert werden können, die plakativ gezeichnete eingrenzende Wirkung des Sozialstaates soll - zur Steigerung der "Wettbewerbsfähigkeit" - abgebaut werden. Das längst erodierte Normalarbeitsverhältnis und der bereits untergrabene Flächentarifvertrag werden damit mehr und mehr zur Disposition gestellt - zentrale Elemente des fordistischen Klassenkompromisses. Das Testbeispiel dafür war das sogenannte VW-Modell. Zeitgleich zum Medienrummel um den neuen Managementtypus à la Lopez diktierte 1993 der VW-Vorstand einen Firmentarifvertrag, der im wesentlichen über die befristete Durchsetzung von Kurzarbeit (Vier-Tage-Woche) bei Lohnkürzungen von knapp 20 % auf die Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen zielte und von Gewerkschaftsseite als beschäftigungssichernde Maßnahme interpretiert und verteidigt wurde. Tatsächlich wurden jedoch in den beiden ersten Jahren dieses Tarifvertrages 10.000 Arbeitsplätze bei VW nicht mehr besetzt. Was damals als Beschäftigungsgarantie auftrat, zeigt sich im nachhinein als fragwürdiger Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen seitens des Unternehmens. Fragwürdig deshalb, weil zum einen die Klassifikation einer "Freisetzung" in der Regel nicht eindeutig ist; zum anderen, weil Ersatz-Einstellungen alleinige Sache des Arbeitgebers sind. So "ganz nebenbei" hatte man die tatsächliche Arbeitszeit an die jeweilige Auftragslage des Unternehmens angepaßt.

Nun ließe sich die vorgetragene Kritik an solchen Prozessen geradezu als Beweisführung dafür interpretieren, daß Gewerkschaften halt Bestandteil des "Schweinesystems" geworden sind. Damit würde eine Solidarisierung mit ihnen dazu beitragen, den Kapitalismus am Leben zu erhalten und die bestehenden

Herrschaftsverhältnisse zu reproduzieren. Darin liegt aber eine falsche Entgegensetzung. Die beiden erwähnten Grundmuster linker Kritik würden auseinandergerissen und gegeneinandergestellt - entweder Reform oder Revolution. Insofern liegt in der jeweiligen Vereinseitigung der beiden Grundmuster die Gefahr einer falschen Einschätzung der Verhältnisse und der entsprechenden Handlungspotentiale. Im ersten Fall führt die Charakterisierung der Gewerkschaften als Quasi-Staatsapparate und die daraus folgende politische Abstinenz zur Unterschätzung der gewerkschaftlichen Praxis.

Die zweite Perspektive überschätzt dagegen die Praxis der Gewerkschaften und unterstellt eine innere Automatik hin zu intensiveren, vielleicht gar revolutionären Kampfformen, die sich aber ohne theoretische Überlegungen hinsichtlich Strategie und Taktik gerade nicht einstellen. Eine richtige Einschätzung gewerkschaftlicher Politik gelingt meiner Meinung nach überhaupt nicht auf der Ebene von Grundsätzen, sondern läßt sich nur über eine konkrete Analyse der konkreten Situation herstellen.

Gewerkschaftspolitik

als Medienereignis

Mit solchen Überlegungen im Hintergrund muß betont werden, daß die Orientierung der Gewerkschaften auf die gesellschaftspolitische Dimension zunächst eigentlich positiv zu bewerten ist. Das gilt um so mehr, als die Rolle der Opposition zunehmend von Teilen der Koalition selbst (FDP, Arbeitnehmervereinigung) wahrgenommen wird und die parlamentarische Opposition sich in einem konzeptionell trostlosen Zustand befindet. Die Abkehr von der tarifpolitischen Engführung bietet Potentiale für neue Handlungsspielräume, allerdings auch Risiken. Daher richtet sich die Kritik auch weniger auf die gesellschaftspolitische Dimension selbst, sondern zentral auf die Inhalte und die Art und Weise ihres Zustandekommens:

- Die "Bündnis"-Strategen biedern sich als Juniorpartner einer Politik an, der es um eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ohne Rücksicht von tiefgehenden sozialen Spaltungen geht. Diese stützen letztlich die Entwicklung in eine Zwei-Drittel-Gesellschaft, in der sich das obere Drittel gegen die unteren Teile abschließt. Teile der Gewerkschaften geben damit unter dem neoliberal umgedeuteten Schlachtruf "Arbeit" viele teuer erkämpfte Positionen preis. In einer fraglichen Hoffnung auf Modernisierungsgewinne setzen sie auf ein nationales Fit-Machen für Währungsunion und Globalisierung auf Kosten absehbarer ökonomischer und sozialer Folgen. In den 80er Jahren wurde versäumt, frühzeitig eine alternative gesellschafts- und tarifpolitische Orientierung einzuleiten. Stichworte hierzu: Euro-Betriebsräte, Sozialcharta für Europa, transnationaler Erfahrungsaustausch, Mobilisierung der Mitglieder in Richtung sozialer Innovationen etc.

- Die Initiative tritt selbst als ein Medienereignis auf und hat in dessen Folge weniger zu einer sachlichen Diskussion um Ziele und Risiken geführt, sondern zu einem schillernden Diskurs, der weitgehend von unterschiedlichen Vorstößen gesellschaftsrelevanter Kräfte geführt wird und auf zunehmende Verwirrung in einer mediengeprägten Öffentlichkeit trifft. Weder die Gewerkschaftsspitze noch die Medien verschleiern dabei den "wahren Charakter" des Bündnisses, vielmehr wird der soziale Gehalt des Bündnisses erst über die Medien erzeugt. Dabei wird der Diskurs gesellschaftlichen Machtverhältnissen überantwortet, deren "freies Spiel der Kräfte" den sozialen Inhalt bestimmt. Parallel dazu werden in klandestinen Kanzlerrunden oder auf medial hochstilisierten Treffen der Tarifpartner teutonische Männerbünde geschlossen, die nur noch Initialwirkung haben und von den verschiedensten gesellschaftlichen Kräften uminterpretiert, transformiert, bearbeitet und bewertet werden. Auch die wohlwollendste Verbindlichkeit von Gesprächsrunden wird so von einer alles zermalmenden Medienöffentlichkeit zerredet und umgedeutet. Hat sich ein bestimmter sozialer Gehalt in einem solchen Diskurs einmal verdichtet, haben Legislative und Entscheidungsgremien der Arbeitnehmerorganisationen kaum noch Entscheidungsspielräume und können sich angesichts eines alles rechtfertigenden "Sachzwangs" und einer diskursiven Sparwut scheinbar nur noch konform verhalten.

Die Entwicklung auf dem Markt der Bündnisse kann man schon allein an den gewählten Namen skizzieren: Aus dem Zwickelschen "Bündnis für Arbeit" von November 1995 wurde bereits in der ersten Kanzlerrunde im Januar 1996 ein "Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung". Banker fordern mittlerweile ein "Bündnis für Eigenkapital und Beschäftigung", während die bayerische CSU ein "Bündnis für Deutschland" einklagt. Die vor Gewinn strotzende Deutsche Bank will gar in einem Sechs-Punkte-Programm den Standort Deutschland sanieren, während der für alternative Wirtschaftspolitik kompetente Professor Rudolf Hickel gemeinsam mit der

SPD immer noch vom "Kontrakt der Vernunft" redet und eine innovative Unternehmerschaft à la Schumpeter einfordert. Der katholische Sozial-Ethiker Hengsbach will einen "Pakt auf Gegenseitigkeit", während der Bundesverband Junger Unternehmer die Abschaffung des "Tarifkartells zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverbänden fordert. Vorläufige Krönung ist allerdings der Spiegel ("Schlaraffenland abgebrannt"), der von einem "Sanierungsplan für das Unternehmen Deutschland" redet. (3) Inzwischen ist der Diskurs "Bündnis" auch schon in unterschiedliche Tarifabschlüsse eingeflossen. Der unter dem Label "Solidarpakt" abgeschlossene Tarifvertrag bei Chemie vereinbart Lohnverzicht, während die Arbeitgeber nicht einmal vertraglich Beschäftigungssicherung oder gar Neueinstellungen zusichern. Vielmehr hofft die Gewerkschaft nur auf neue Arbeitsplätze in ihrer Branche, hatte sie doch bereits seit längerem untertarifliche Einstiegslöhne für Langzeitarbeitslose zugestanden. Riester von der IG Metall verkündet siegessicher, daß er einen Tarifvertrag wie in der Chemieindustrie jederzeit unterzeichnen würde. Der Abschluß bei der Deutschen Bahn AG versteht unter dem Bündnis, angekündigte Entlassungen lediglich aufzuschieben. Von der Schaffung von Arbeitsplätzen in großem Maßstab (Zwickel-Vorschlag) oder von der absichtsvollen Halbierung der Arbeitslosigkeit (Kanzlerrunde) redet kein Mensch mehr ernsthaft.

Insbesondere im zweiten Punkt zeigt sich denn auch das Fatale an dem vermeintlich offensiven Auftreten der gewerkschaftlichen Bündnis-Befürworter. Sie präsentieren sich nämlich in einer paternalistischen Weise: Einerseits beschwichtigen sie die problemgeschüttelte Basis; andererseits tun sie so, als hätten sie das Allheilmittel in der Tasche und alles sei nur eine Frage des richtigen Verhandelns. Spitzenfunktionäre der IG Metall konnten so auf Veranstaltungen vor etlichen Monaten noch von der tiefsten Krise der Nachkriegszeit reden, aber gleichzeitig verkünden, daß sie das Problem der 4 Mio. Arbeitslosen schon fest im Griff hätten. Anstatt über ihre zentralen Funktionäre hinaus den Mitgliedern und Aktivisten über eine fundierte Analyse eine realistische Einschätzung der gewerkschaftlichen Zukunft vorzulegen und sie von der Notwendigkeit gewerkschaftspolitischer Diskussion und Mobilisierung zu überzeugen, setzen sie auf Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften auf Spitzenebene - gleichwohl wissend, wie wenig bindend die Vereinbarungen von beiden Seiten nach unten durchzusetzen sind. Das dialogorientierte Angebot der Gewerkschaften könnte schließlich darin münden, daß zwar der Platz am runden Tisch der politischen Elite erklommen wurde, aber keiner außer ihnen mehr dort sitzt.

Denn zwischenzeitlich haben Gesamtmetall und DIHT das Bündnis à la Gewerkschaften bereits begraben. Die Funktionäre der IG Metall diagnostizieren die Erosion der Arbeitgeberverbände als Führungsschwäche. Dabei wird völlig verkannt, daß moderne Unternehmensstrategien gerade auf unternehmensbezogene Verhandlungen setzen und damit den Flächentarifvertrag unterlaufen. Tarifflucht der Arbeitgeber oder gar Auflösung tarifbindender Verbände müssen - wie das Beispiel der schlagartigen Auflösung der zentralen Metallarbeitgeberverbände in den 80er Jahren in Schweden zeigt - keine Schwäche sein. Sie können gerade das jeweilige Unternehmensmanagement in Verhandlungen mit der Arbeitnehmerseite stärken: sei es für unentgeltliche Überstunden oder zum Abbau tarifvertraglicher Festlegungen ("Rigiditäten"), selbstverständlich zum Überleben des Unternehmens. Das Ausstiegsszenario der Arbeitgeber hat weniger damit zu tun, daß die Gewerkschaften unerfüllbare Forderungen vorgelegt hätten. Vielmehr ist Zwickels Bündnis für Arbeit von Zwickel mittlerweile so verwässert worden, daß jeder darunter das versteht, was er gerne hätte. Und diese Beliebigkeit kommt den mittlerweile völlig differenzierten, uneinheitlichen Interessenlagen der Unternehmen geradezu entgegen.

Vom Bündnis zum Protest

So wäre es denn auch völlig verfehlt, im "Bündnis für Arbeit" eine beabsichtigte Täuschung der an sich kampfbereiten Basis durch die "Gewerkschaftsbosse" zu sehen. Weder ist die Gewerkschaftsspitze eine Geheimloge der Roßtäuscher, noch sind die Kollegen vor Ort Revoluzzer. Zu kritisieren wäre vielmehr die Selbstüberschätzung der neuen Gewerkschaftsavantgarde, die sich in Verkennung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse wagemutig in die Schlacht wirft und sich wundert, mit Blessuren zurückkehren zu müssen.

Das eigentlich Neue an dem Phänomen "Bündnis" ist die Art und Weise, wie darin die Herrschaftsdimension eingeschrieben wird. Woche für Woche werden immer wieder neuartige Vorschläge aus den verschiedensten Kreisen wie Wirtschaftsinstituten, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Regierungskommissionen und Parteiführungsgremien vorgelegt, medial verbreitet, kommentiert, dementiert, verwässert - das Bündnis selbst ist so flexibel geworden, daß es schlicht für alles und alle herhalten kann und muß. Das ist wahre

Zivilgesellschaft. Diese produziert einen bebenden Sockel von politisch relevanten Begriffen und ermöglicht damit den herrschenden Kräften, diese in einer Art spielerischem Umgang mit dem sozialen Gehalt anzureichern, der ihren Vorstellungen am nächsten kommt. Nicht mehr Durchsetzungskraft eines durch wohlüberlegte Initiative auf den Weg gebrachten Zieles auf einem Markt der Ideen und Meinungen ist gefragt, sondern die Fähigkeit, kurzfristig wechselnde Diskurse so in die eigenen Strategieformeln und Denkfiguren einzubauen, daß sie andere Ziele und Absichten wirksam abschwächen oder zunichte machen. Genau das heißt aber, daß Flexibilität zur wichtigsten Führungsqualität geworden ist und für die Durchsetzung von Interessen von mittleren und größeren Organisationen wie Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zum entscheidenden Element.

Auch die Politik verfährt seit längerem auf diese Weise. So kann sich die Regierung, allen voran ein blinzelnder Kanzler und ein sich betroffen gebender Norbert Blüm, nach der Aufkündigung durch die Arbeitgeberseite gleich wieder als Verteidiger des Bündnisses präsentieren - und im nächsten Schritt einen weiteren Einschnitt in die Rentenversicherung und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall fordern. Natürlich nur, um die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitsplätze zu erhalten! Ein Lafontaine feiert seine durch Aussiedlerhetze gekennzeichneten Landtagswahlkämpfe trotz deutlicher Wahlschlappen als Regenerierung der SPD und ist virtuell schon ins Solarzeitalter entschwunden - während sein wirtschaftspolitischer Sprecher Schröder mit CDU-Biedenkopf eine moderne Wirtschafts- und Sozialpolitik konzipiert. (4) Die Frage, wer das medial besser "rüberbringt", stellt sich dank zivilgesellschaftlicher Rahmenbedingungen nicht mehr: Focus, Bild und Tagesschau werden's schon richten.

In fast schon linksradikaler Manier haben Zwickel und Riester inzwischen auf das von den Arbeitgebern erklärte Scheitern des Bündnisses für Arbeit mit einem kecken Echo reagiert: Dann werde man in die Offensive gehen und halt unternehmensbezogen das ganze Jahr verhandeln. DGB-Schulte fordert gleich 1000 Bündnisse, bescheiden wie er ist. Das ist der alte Verbalradikalismus, allerdings mit zunehmend fraglicheren Inhalten. Denn wie die Auflösungstendenzen und die Tariffluchtbewegungen der Arbeitgeber zeigen, geht es diesen gerade um die Flexibilisierung der Tarifverhandlungen jenseits von Flächentarifvertrag und Normalarbeitsverhältnis. Das Kunststück, so etwas als Erfolg darzustellen, zeigt einerseits, wie medienorientiert unsere modernen Gewerkschafter sind, andererseits aber auch, wie erbärmlich und hilflos sie der herrschenden neoliberalen Politik gegenüber stehen.

Rechtzeitig zum 1. Mai hat die Bundesregierung ihr jüngstes "Sparpaket" vorgelegt, das nun "Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" heißt. Bereits Wochen vorher tobten in den Medien heiße Spekulationskämpfe, wo denn nun wirklich gekürzt werden solle. Dieses zwölfte Sparpaket unter Kohl geht nun ans Eingemachte: Renten und Lohnfortzahlung. Die Gewerkschaften kündigten Proteste an, fühlen sich zur Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft gezwungen, und Zwickel hat inzwischen mit Hinweis auf den von der Bundesregierung angestrebten "Systemwandel" seinerseits das "Bündnis für Arbeit" faktisch für beendet erklärt. Allerdings bleibe die Hand ausgestreckt. Dennoch stehen bis zum Sommer harte Auseinandersetzungen auf der Tagesordnung: der Ladenschluß für die HBV, die Lohnfortzahlung für die ÖTV, die tarifliche Unverbindlichkeitserklärung der Bauunternehmer gegenüber der IG BAU, Protestaktionen des DGB gegen das "Bonner Sparpaket".

Gewerkschaften und linke Politik

Die Änderung in der gewerkschaftlichen Strategie vom "Bündnis" zum "Protest" wird erneut eine Debatte um den Stellenwert der Gewerkschaften für linke Politik beflügeln. Es lassen sich drei mögliche Szenarien denken:

"Wende"-Szenario: Die Gewerkschaften entwickeln sich zu einer wirksamen Opposition in Deutschland und damit zur Orientierungsgröße für eine linke Alternative in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa gegen den hegemonialen Neoliberalismus. Diese Vorstellung ist aus zwei Gründen unwahrscheinlich. Zum einen würden die Gewerkschaften bei dem Versuch, "Partei" zu spielen, maßlos überfordert; zum anderen sprechen die inneren Kräfteverhältnisse dagegen.

"Verrats"-Szenario: Die sich abzeichnende Protest-Phase ist kein Gegensatz zur Bündnispolitik, sondern ist nur ein Umweg hin zu einem "Bündnis der nationalen Erneuerung", das auf der Verschlechterung der Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsteile, auf Sozialstaatsabbau, Prekarisierung von

Beschäftigungsverhältnissen und einer aggressiven Exportpolitik gründet. Gegen eine solche Richtung spricht die Bedeutung der vielfach hochgradig verregelten und aktiv gelebten Konfliktualität in den betrieblichen und sozialen Verhältnissen bei gewerkschaftlichen Aktivitäten bis hinein in den Apparat. Auch weist die oft von Funktionären eingenommene Verteidigungsposition zugunsten der sozialen Marktwirtschaft in diese Richtung.

"Chancen"-Szenario: Die hinsichtlich der Inhalte und der Entstehungsweise des "Bündnisses" geübte Kritik von links wird in den Aktionen und Auseinandersetzungen der nächsten Monate ausgebaut und intern in eine mobilisierende Debatte über die Gewerkschaftspolitik um die Jahrtausendwende in Europa überführt. Über eine solche Öffnung und Demokratisierung könnten sich deutliche Schritte in Richtung einer konzeptionell ausgereiften, von einer erneuerten Gewerkschaftsbasis aktiv getragenen alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickeln, ob mit oder ohne "Bündnis". Wer konzeptionell stark ist, hat keine Berührungsängste.

Linke Kritiker der Gewerkschaften in Deutschland neigen in der Regel analytisch zum "Verrats"-Szenario und hoffen abwartend auf das "Wende"-Szenario. Das Problem ist aber so falsch gestellt, denn wer außer den linken Kritikern sollte in den Organisationen eine alternative Gewerkschaftspolitik stärken? Gewerkschaftspolitik ist ein viel zu wichtiges Terrain, um dieses der beschriebenen Avantgarde zu überlassen. Gewerkschaftliche Praxis bietet immer noch vielfältige Möglichkeiten für politisches Handeln und ist noch immer auch ein Feld, wo in Konflikten - sei es mit Arbeitgebern, Regierungsvertretern oder intern - ein fundamentales soziales Wissen angeeignet wird. Angesichts der Bemühungen einer neuen Avantgarde, die in einem "sozial regulierten kapitalistischen Wirtschaftssystem die Zukunft" (5) sieht, ist es geradezu notwendig, sich einzumischen. Denn Konflikte gibt es nicht nur zwischen Kapital und Arbeit.

Frankfurt, den 19. Mai 1996

Anmerkungen:

1) Vgl. den Artikel von Rainer Hank "Der Zauberer. 'Bündnis für Arbeit' statt Programmdebatte". in den Gewerkschaftlichen Monatsheften 1/96. Es ist im übrigen erstaunlich, daß das "Bündnis" dort lediglich von konservativer Seite und aus dem Umfeld der Initiatoren diskutiert wird (Lang/Kuhlmann in GMH 3/96).

2) Vgl. Klaus Lang/Reinahrd Kuhlmann in ihrem Artikel "Erneuerung und Kontinuität. Zur programmatischen Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung". in GMH 5/94.

3) Vgl. das Titelbild des Spiegel 20/96.

4) Vgl. den von diesen gemeinsam erarbeiteten Vorschlag, der das Aufkommen für Sozialstaatsausgaben nicht mehr auf die Arbeit zentriert wissen will.

5) Walter Riester im Spiegel 16/1996.

24. Der Völkermord an den Juden als "nationales Projekt"? (Zur Goldhagen-Debatte)

Autor: Kt. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Zeitgeschichte; Diskussion; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:26

Seit dem Erscheinen von Daniel Jonah Goldhagens Buch über "Hitler's Willing Executioners" sind in den meisten Publikationen der deutschen Linken Kommentare erschienen, die das Buch vehement gegen Vorwürfe verteidigen, ohne wirklich etwas zu dessen Inhalt auszusagen. Darunter findet man lange Abhandlungen wie die von Andrei S. Markovits in der Nr. 6/96 der "Blätter für deutsche und internationale Politik", wo der Autor ehrlicherweise gleich im ersten Satz bekannt gibt, es handele sich nicht um eine Rezension des Goldhagen-Buches, sondern ihm gehe es vielmehr "um Inhalt und Tonlage der bisherigen deutschen Reaktionen". In der letzten "ak" (Nr. 391) hat Tjark Kunstreich einen ganzen "Spiegel"-Artikel noch einmal in ironischer Form ausführlich nacherzählt, ohne sich überhaupt mit dessen Behauptungen auseinanderzusetzen, die rein sachlich doch nicht alle völlig falsch sind. Einzig und allein in der "Zeit", die leider ganz und gar kein Blatt der Linken ist, hat über mehrere Ausgaben hin eine hochinteressante Debatte stattgefunden, die sich um das Buch selbst dreht und dessen Kenntnis voraussetzt.

"Hitler's Willing Executioners" zerfällt meiner Ansicht nach in zwei sehr ungleichgewichtige Teile. Zum einen beschäftigt sich der Autor mit den Mordaktionen deutscher Polizeibataillone in der Sowjetunion, mit den Bedingungen jüdischer Zwangsarbeit in den Lagern sowie mit den Todesmärschen in den letzten Kriegsmonaten, als die Lager "evakuiert" und noch einmal zigtausende Juden ermordet wurden. Zu diesem Teil seiner Arbeit hat der Autor ein umfangreiches Quellenstudium in deutschen Archiven unternommen. Auch wissenschaftliche Kritiker des Buches heben hervor, daß Daniel Jonah Goldhagen vor allem zu dem bisher unzureichend erforschten Feld der Todesmärsche den Kenntnisstand verbessert hat. Abgesehen davon handelt es sich hier insgesamt um Fakten - von Goldhagen mit Präzision und Emotionalität vorgetragen - mit denen sich das deutsche Publikum ganz einfach zu konfrontieren hat. Wer da sein "Weiß ich doch alles schon!" quakt wie Kohl Anfang der 80er Jahre beim Besuch in Yad Vashem oder jetzt Rudolf Augstein, disqualifiziert sich von vornherein.

Wissenschaftlich schwach ist hingegen der andere Teile von Goldhagens Arbeit, der sich mit der Dominanz des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft (und Bevölkerung) während der Kaiserzeit, während der Weimarer Republik und schließlich seit der "Machtübernahme" durch Hitler und die NSDAP befaßt. Hierzu hat sich der Autor, wie aus seinem Anmerkungsapparat zweifelsfrei zu erkennen ist, nahezu ausschließlich in der schon vorhandenen Literatur bedient. Auch dies aber nicht im Sinne einer kritischen Gesamtschau, Analyse und Auseinandersetzung mit dem Material, sondern vorwiegend zu dem Zweck, sich daraus die zu seiner Gesamttendenz passenden Originalzitate zusammenzusuchen. Leider argumentiert Goldhagen in seinen Thesen sehr wenig mit Fakten und Zitaten, sondern doziert vorwiegend in logischen Deduktionen, wobei er manche zentralen Behauptungen fünf-sechsmal wiederholt.

Meiner Ansicht nach ist der Leser solider und umfassender bedient, wenn er die wichtigsten von Goldhagen benutzten Untersuchungen direkt heranzieht. An erster Stelle ist hier das 1992 erschienene Buch von David Bankier, "The Germans and the Final Solution: Public Opinion Under Nazism", zu nennen. In keinem der amerikanischen oder deutschen Kommentare zu Goldhagens Arbeit bin ich auf Bankiers Namen gestoßen. Das illustriert den Stoßseufzer des deutschen Historikers Eberhard Jäckel: "Die Welt ist ungerecht, die Medienwelt allemal. Da erscheinen in Amerika die vorzüglichsten Bücher zur deutschen Geschichte und werden kaum zur Kenntnis genommen." (Zeit, 17.5.96) - Bankier hat die Beziehungen zwischen deutscher Bevölkerung und NS-"Judenpolitik" nicht nur sehr viel gründlicher und differenzierter als Goldhagen anhand von breit gestreuten Originalquellen (vor allem SD- und örtliche Gestapo-Berichte sowie Zeitzeugen-Erinnerungen) untersucht; er ist außerdem in den jetzt hauptsächlich umstrittenen Fragen schon zu ähnlichen, wenn auch nicht ganz so weitgehenden, Schlußfolgerungen wie Goldhagen gekommen. Vier Jahre vor diesem und anscheinend ohne auffälliges Presse-Echo. Warum? Vielleicht deshalb, weil er seine Thesen nicht so plakativ und simplifizierend wie Goldhagen bis zum Verständnisniveau eines normalen Journalisten zugespitzt hat. Vielleicht auch nur, weil er über keine Medien-Connections verfügte. Oder weil die

deutsch-amerikanische Politisierung und Instrumentalisierung der "Goldhagen-Debatte" heute besser in die allgemeine Landschaft paßt als 1992. (weitere Literatur unter Anm. 1)

Die zentrale These Goldhagens ist, daß eine breite Mehrheit aller Deutschen den Holocaust bewußt gewollt hat, aufgrund eines tiefsitzenden, in Jahrhunderten aufgebauten vernichterischen Hasses gegen die Juden. Mehrmals wählt er daher für den Holocaust den Begriff des "deutschen nationalen Projekts". Goldhagen verwirft alle bisherigen Ansichten, daß die Mehrheit der Deutschen den Mord an den Juden passiv, feige und gleichgültig hingenommen habe. Wo immer es ihnen möglich war, hätten sich die "normalen Deutschen" bereitwillig und freudig an Massenmord und Folter beteiligt. Ja, sie hätten sogar mehr getan, als die NS-Führung von ihnen verlangte: Noch in den letzten Kriegstagen, als SS-Chef Himmler bereits aus taktischen Gründen den Stopp des Judenmordens befohlen hatte, hätten "normale Deutsche" aus eigenem Antrieb zigtausende Juden auf den Todesmärschen zu Tode geschunden oder direkt ermordet.

Dies sei möglich gewesen, weil sich in der deutschen Gesellschaft schon längst ein antisemitischer Konsens herausgebildet hatte. Bereits spätestens Ende des 19. Jahrhunderts habe dieser Konsens eine "eliminationistische" Zielrichtung angenommen. Mit anderen Worten: ausgerichtet auf die Vertreibung der Juden aus Deutschland. Seit Beginn der Weimarer Republik habe der deutsche Antisemitismus sich dann mehr und mehr in eine "exterminatorische" Richtung entwickelt, also abzielend nicht bloß auf die Vertreibung, sondern auf die Vernichtung, Ausrottung der Juden.

Goldhagen gebraucht in diesem Zusammenhang einen Begriff, der eigentlich in der Theologie zuhause ist: "Präexistenz". Hitler habe den "präexistenten Willen" gehabt, die Juden zu vernichten. Nämlich schon seit spätestens 1920, und nicht erst 1939 oder 1941. Die unter Historikern vieldiskutierte Frage nach der "Genesis der Endlösung" erledigt sich damit für Goldhagen äußerst einfach: Hitler entschloß sich dazu 1920; der Rest war nur noch das Abwarten des richtigen Zeitpunkts.

Goldhagen spricht von "Präexistenz" aber auch in Bezug auf den deutschen Antisemitismus: "Der große Erfolg des deutschen eliminationistischen Programms der 30er und 40er Jahre beruhte hauptsächlich auf dem präexistenten, dämonologischen, rassisch fundierten, eliminationistischen Antisemitismus des deutschen Volkes." (S. 442 - Anm. 2) "Gewöhnliche Deutsche wurden zu willigen Tätern, weil ihr präexistenter Antisemitismus, der Konsens der deutschen Gesellschaft (...), in zweierlei Weise aktiviert wurde: indem er manifester und zentraler für seine Träger wurde, und indem sein tödliches Potential realisiert, aktiviert wurde." (S. 446-447 - Anm. 3) In den Deutschen habe bereits ein völkermörderisches Potential bestanden, bevor Hitler an die Macht kam und es kanalisierte. (S. 126 - Anm. 4) Zwischen Hitlers leidenschaftlich verfolgtem Ziel, die Juden mit allen Mitteln zu vernichten, und der eliminationistischen Sicht des deutschen Volkes von den Juden habe eine "Symbiose" bestanden, die zur Vertreibungs- und Vernichtungspraxis der 30er und 40er Jahre geführt habe. Hitler und die Nazi-Führung hätten gewußt, daß in diesem Punkt das deutsche Volk mit ihnen gleicher Meinung war. (S. 447) Mit wenigen Ausnahmen hätten die Deutschen die "Vernichtung" der Juden zumindest grundsätzlich, wenn nicht sogar aus vollem Herzen gebilligt. (S. 448)

Inzwischen hat Goldhagen den u.a. im "Spiegel" zur Interpretation seiner Thesen verwendeten Begriff "Kollektivschuld" empört als Ausdruck deutscher Überreiztheit und Voreingenommenheit zurückgewiesen. Wenn man die Geschichte dieses Begriffs berücksichtigt, hat er damit auch recht. Andererseits geht es aber zweifelsfrei tatsächlich um eine kollektive Schuld, juristisch gesprochen um eine gemeinsam geplante und begangene Tat, die Goldhagen letzten Endes nicht nur der breiten Mehrheit der damals lebenden Deutschen, sondern mehr oder weniger auch den vor ihnen lebenden Generationen anlastet. Kollektive Schuld nicht nur im Sinn des passiven Versagens, was sowieso nicht ernsthaft zu bestreiten ist, sondern auch im Sinn der aktiven Tat und des bewußten Wollens.

Goldhagen betrachtet den Antisemitismus im Grunde als sehr statisch (konstant), wobei er hauptsächlich zwischen latenten und offenen (manifesten) Phasen unterscheidet. Tritt der Antisemitismus in einem bestimmten Zeitraum nur relativ schwach und moderat auf, ist er aus Goldhagens Sicht in Wirklichkeit gar nicht schwächer geworden, sondern macht nur eine Latenzphase durch. So gesehen ist der "Eliminationismus", ja sogar der "Exterminationismus" im Antisemitismus eigentlich immer schon vorhanden, eben präexistent. Die Frage ist lediglich, ob er aktiviert wird.

Die Geschichte des internationalen Antisemitismus seit mehr als 200 Jahren zeigt uns aber, daß dieser - trotz seiner prinzipiellen "eliminationistischen" Komponente - keineswegs permanent und überall zur Vertreibung der Juden aus den christlich geprägten Gesellschaften geführt hat. Das gilt besonders für die mit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und der französischen Revolution eingeleitete moderne Epoche. Daß Antisemiten aus ihren Ressentiments die praktische Schlußfolgerung ziehen, man müßte alle Juden aus dem jeweiligen Land vertreiben, war in den letzten 200 Jahren weltweit betrachtet eine Ausnahmeerscheinung. Noch mehr gilt das für die "exterminatorische" Steigerungsform des Antisemitismus. Menschen mit antisemitischen Ressentiments, selbst Menschen mit einer starken Abneigung gegen Juden, waren nicht automatisch begeisterte Anhänger und Mitvollstrecker des Holocaust. Die Geschichte Europas während der NS-Herrschaft kennt viele Beispiele, wo Antisemiten aus unterschiedlichen Beweggründen Juden geholfen und die Wirksamkeit der deutschen Vernichtungsmaschinerie abgeschwächt haben.

Die vorherrschende antisemitische Prägung der deutschen Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert reicht daher als Voraussetzung und kausale Erklärung für den Holocaust nicht aus. Hingegen scheint Goldhagens These, daß ein "präexistenter" eliminationistischer Antisemitismus eine zwar nicht hinreichende, aber doch notwendige Voraussetzung des Holocaust gewesen sei, auf den ersten Blick logisch. Andererseits gibt es auch viele Beispiele von Genocid, denen keine derart tief und langdauernd in der jeweiligen Nationalkultur verwurzelte Feindseligkeit gegen die angegriffene Gruppe zugrunde lag. Gerade auf der Ebene der freiwilligen, fast schon individualisierten Grausamkeiten, auf die Goldhagen sich in seinem Buch stark bezieht - die Massenerschießungen durch Polizeitruppen, der Terror in den Lagern, die Todesmärsche - ist die Schwelle, an der Menschen zu enthusiastischen Tätern werden, auch ohne ein 2000 Jahre altes Feindbild schnell zu überschreiten.

In den teilweise ohne Befehl oder gelegentlich sogar befehlswidrig begangenen deutschen Grausamkeiten gegen Juden ist in Wirklichkeit die Einmaligkeit des Holocaust kaum noch zu erkennen. Davon ausgehend sind in vielen amerikanischen Kommentaren Parallelen vor allem zu den Mordtaten der Roten Khmer in Kambodscha, zur Rachejustiz gegen die Landlords und andere "Konterrevolutionäre" nach dem Sieg der chinesischen Revolution oder zu Srebrenica - weitaus seltener auch zum Massaker von My Lai - gezogen worden. Daß Menschen extrem grausam sein und dabei sogar noch Freude empfinden können, ist leider eine allgemeine Erscheinung. "Genocide is the ordinary work of ordinary people", schrieb Richard Cohen in der "Washington Post" (Anm. 5).

Betrachten wir nun einen Eckpunkt der Argumentation von Goldhagen näher: Hatte sich in Deutschland schon Ende des vorigen Jahrhundert ein eliminationistischer, also zur Vertreibung tendierender, Konsens in der breiten Mehrheit der Gesellschaft und des Volkes durchgesetzt?

Wohlverstanden, die Frage ist nicht, ob die deutsche Gesellschaft damals antisemitisch geprägt und durchtränkt war, was zweifellos der Fall war, sondern ob der behauptete Konsens auf die Ausschließung, auf die Vertreibung der Juden abzielte. Es handelt sich also um eine sehr präzise Fragestellung, die mit platten Aufgeregtheiten wie etwa: Die Existenz des deutschen Antisemitismus solle wieder einmal bestritten werden, nicht zu klären ist.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß ein gegen die Juden gerichteter eliminationistischer Konsens über kurz oder lang zur Vertreibung der Juden hätte führen müssen. Die Entwicklung im vorigen Jahrhundert war aber gegenläufig: Wenn auch mit vielen Widerständen und manchen Rückschlägen vollzog sich eine erhebliche Verbesserung der Rechtsstellung und der sozialen Position der deutschen Juden. Tatsächlich entwickelte sich die "Emanzipation der Juden" zeitweise schneller und erfolgreicher als die zweier anderer gesellschaftlicher Gruppen, die ebenfalls hart um ihre Gleichberechtigung kämpfen mußten: die der Frauen und die der Arbeiterklasse. Juden, sofern männlich, hatten im Deutschen Reich seit 1871 das Wahlrecht, Frauen gleich welcher Religionszugehörigkeit erst seit 1918. Die Chance eines Juden, sofern männlich, beispielsweise auf eine Professorenstelle war im Durchschnitt ungleich größer als die einer Frau. In Preußen, also in ungefähr zwei Dritteln des Deutschen Reiches, galt noch bis 1918 das Dreiklassenwahlrecht, eine abgestufte Wertigkeit der Wählerstimme auf Grund des Vermögens. Das heißt, in der deutschen Gesellschaft des Kaiserreichs wirkten, neben dem Antisemitismus, weitere diskriminatorische Mechanismen, die in gewisser Hinsicht zeitweise noch stärker waren als der Gegensatz Juden-Nichtjuden. In jedem Fall waren es die selben konservativen Kräfte, die ihre Privilegien und Kastenvereinigungen gegen das Eindringen von "Außenseitern" heftig verteidigten.

Zurück zur Fragestellung: Auf welche Kräfte der deutschen Gesellschaft hätte sich die real stattfindende "Emanzipation der Juden" stützen können, falls es wirklich einen eliminationistischen Konsens gegeben hätte? Ausschließlich auf Kaiser Wilhelm und Bismarck? Gerade weil der Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft sehr stark verbreitet und verankert war, läßt die dennoch voranschreitende "Emanzipation der Juden" auf die Existenz erheblicher Gegenkräfte schließen. Leider ignoriert Goldhagen in diesem Zusammenhang weitgehend die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die durch ihr Eintreten für die bürgerliche Gleichberechtigung aller Menschen immer auch die Sache der Juden mitvertrat. Zweifelsfrei war die marxistische Arbeiterbewegung zu keinem Zeitpunkt, weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik, Teil eines antisemitischen eliminationistischen Konsenses. Damit soll die Verbreitung antisemitischer Ressentiments auch in der Arbeiterklasse keineswegs bestritten werden.

Ein nicht zu vernachlässigender Gradmesser ist die Tatsache, daß Gruppen, die um ein radikal antisemitisches Programm zentriert waren (Stoecker, Böckel), bei allen Reichstagswahlen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und vor dem Ersten Weltkrieg marginal blieben, trotz vorübergehender regionaler Erfolge. Auch die von Goldhagen angesprochene radikale antisemitische Literatur dieser Zeit, die in der Tat vielfach schon die "Vernichtung" und "Ausrottung" der Juden verbal vorwegnahm, erreichte nur geringe Auflagen. Ganz sicher bildete der weit verbreitete, die meisten Bereiche der Gesellschaft beherrschende Antisemitismus der Kaiserzeit den mentalen, organisatorischen und oft auch biographischen Nährboden des nazistischen Vertreibungs- und Vernichtungsantisemitismus. Wenn lediglich das die Aussage von Goldhagen wäre, müßte ihm zugestimmt werden. Er geht mit seiner These vom "eliminationistischen Konsens" aber einen Schritt weiter und schießt damit über das Ziel hinaus.

In seiner Darstellung der NS-Diktatur erwähnt Goldhagen die gesamte gegen Nicht-Juden gerichtete Repression kaum mit ein paar Nebensätzen. Die Auflösung und Zerschlagung sämtlicher Parteien außer der NSDAP fällt bei ihm ebenso unter den Tisch wie die Tatsache, daß bis 1938 in erster Linie Kommunisten und Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern gefangen gehalten und oftmals sadistisch gequält wurden, vielfach mit bleibenden schweren Gesundheitsschäden, gelegentlich auch bis zum Tod. Das führte nicht nur zur Lähmung der potentiell stärksten Gegenkraft gegen die NS-Diktatur, sondern wirkte nachhaltig einschüchternd auch auf alle "bürgerlich-demokratischen" Kräfte.

Man könnte argumentieren, daß solche Nebenaspekte für ein Buch, das sich mit dem Antisemitismus und mit dem Holocaust beschäftigt, überflüssig seien. Das ist aber in diesem Fall nicht richtig, weil Goldhagens Arbeit in der Hauptsache die Reaktion der "gewöhnlichen Deutschen" auf die antijüdische Politik der NS-Diktatur zum Gegenstand hat. Und dazu müßte sehr wohl auch die Frage gehören, unter welchen Bedingungen überhaupt noch oppositionelle Politik oder Meinungsäußerung in Deutschland stattfinden konnte.

Zu dieser Seite seines Themas ignoriert Goldhagen nicht bloß die vom Staat und von der NS-Bewegung gesetzten Rahmenbedingungen, sondern zeichnet in einzelnen Nebenbemerkungen direkt ein fragwürdiges Bild. So spricht er von der "wesentlichen Freiheit und dem Pluralismus, die tatsächlich in der deutschen Gesellschaft existierten" (in der NS-Zeit! - Anm. 6). Der Grad der Einschüchterung, der während der Nazi-Zeit für gewöhnliche Deutsche bestand, werde allgemein übertrieben dargestellt (Anm. 7).

Goldhagen berücksichtigt dabei nicht, daß relative Freiräume für abweichende Meinungsäußerungen und Verhaltensweisen, die es tatsächlich in einigen Punkten gab, gerade in der "Judenfrage" nicht bestanden, eben weil diese in der NS-Politik eine zentrale Stellung einnahm und in extremer Weise "gelöst" werden sollte. Auf keinem anderen Gebiet - außer dem des militärischen "Verrats" - war die Freiheit des Wortes und selbst der humanen Geste so eingeschränkt wie auf dem der "Judenpolitik". Äußerungen von menschlichem Verständnis und Mitleid beispielsweise, die gegenüber polnischen, ukrainischen oder russischen "Fremdarbeitern" vielleicht gerade eben noch toleriert werden konnten, wurden gegenüber Juden kategorisch nicht geduldet und waren seit 1941 mit Gefängnisstrafen bedroht. (Anm. 8)

Die Tatsachen scheinen Ian Kershaw (Anm. 1) Recht zu geben, der zusammenfassend meint: "Sehr viele, wahrscheinlich die meisten Deutschen waren während des Dritten Reichs gegen die Juden eingestellt, begrüßten ihre Ausschließung aus Wirtschaft und Gesellschaft, sahen sie als natürliche Außenseiter gegenüber der deutschen 'Volksgemeinschaft' an, als eine gefährliche Minderheit, deren Diskriminierung gerechtfertigt war. Die meisten hätten die Grenzlinie bei physischer Mißhandlung gezogen." (S. 371)

Besonders klar wurde das beim November-Pogrom 1938. Wenn die These richtig wäre, daß die durchschnittlichen "gewöhnlichen Deutschen" durch ihren Antisemitismus bereits darauf vorprogrammiert waren, freiwillig und freudig persönlich Grausamkeiten gegen Juden zu begehen, hätte es sich bei dieser Gelegenheit zeigen müssen. Die Gewalttaten gegen die Juden nahmen aber nur an wenigen Orten den Charakter eines "Volkspogroms" an; ansonsten wütete nur die SA zusammen mit anderen Teilen des NS-Gewaltapparats. Kritik aus der Bevölkerung an den "Krawallen" war weit verbreitet. Berechtigt ist der Einwand, daß es bei dieser Kritik zumeist um anderes ging als um Solidarisierung mit den angegriffenen Juden, wie etwa um die beklagten Sachbeschädigungen oder die Angst, selbst zu den nächsten Zielen des Nazi-Terrors zu gehören. Dennoch bleibt der Sachverhalt gegenüber der These Goldhagens vom präexistenten genocidalen Potential der Deutschen erklärungsbedürftig.

Goldhagen behauptet, daß die "gewöhnlichen Deutschen" auf die Mordtaten gegen Juden aufgrund ihrer eliminationistisch-antisemitischen Konditionierung qualitativ anders reagiert hätten als auf die Mißhandlung anderer Gruppen. Das muß leider bezweifelt werden.

Erstes Beispiel des Autors ist die "Euthanasie", die Ermordung von überwiegend geistig Behinderten durch Giftgas 1940/41. Durch eine breite Protestbewegung aus der Bevölkerung, die von den Kirchen unterstützt wurde, sei der NS-Staat im August 1941 zur Einstellung der Morde veranlaßt worden. Gegen diese Sichtweise ist einzuwenden, daß die Proteste gar so breit und stark nicht waren, daß sie für etwa 80.000 bis dahin schon getötete Patienten von Heilanstalten zu spät kamen, und daß die Morde gar nicht wirklich eingestellt wurden. (Anm. 9) - Die Mehrheit der Bevölkerung war durch Vorprägung und eine gezielte NS-Propaganda konditioniert genug, um in der Tötung der "armen Idioten" eine Wohltat zu sehen. Für Unruhe sorgte erst der Umstand, daß Ungewißheit bestand, wo die Nazis mit ihrer "Aktion Gnadentod" Halt machen würden. Schon waren Gerüchte im Umlauf, daß auch verwundete deutsche Soldaten auf diese Weise "erlöst" werden sollten.

Goldhagens zweites Beispiel ist der Umgang der "gewöhnlichen Deutschen" mit den zwangsverpflichteten ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen - 1944 insgesamt mehr als sieben Millionen Menschen, überwiegend aus Osteuropa. Trotz der pauschalen Disqualifizierung dieser Zwangsarbeiter als "slavische Untermenschen" seien sie von vielen Deutschen relativ korrekt, teilweise mitleidsvoll und gelegentlich sogar freundschaftlich behandelt worden - eben völlig anders als die Juden, denen überall nur Feindseligkeit entgegengeschlagen sei.

Der Sachverhalt als solcher, soweit es den ersten Teil von Goldhagens Argumentation angeht, ist zutreffend dargestellt. Er spiegelt sich in vielen Gestapo- und SD-Berichten wider und bereitete den Regierenden einige Sorgen. Das erwähnte relativ "menschliche" Verhalten vieler Deutschen entsprach den konkreten gemeinsamen Arbeits- und Lebenssituationen. Vor allem in der Landwirtschaft, wo viele der ausländischen Arbeitskräfte eingesetzt wurden, waren sie unentbehrlich und unersetzbar. Mit direktem Zwang allein war da wenig auszurichten, zumal die Deutschen - oft die in Abwesenheit von Ehemann und erwachsenen Söhnen allein wirtschaftende Bäuerin - bei Einschaltung der Partei oder der Polizei nur riskiert hätten, ihren "Ostarbeiter" durch Abtransport ins KZ zu verlieren. Dort, wo Menschen sich durch gemeinsame Arbeit näher kamen, wankten auch die Klischees der NS-Propaganda. (Anm. 10)

Einschränkend ist zu sagen, daß diese Art der, mit allen Vorbehalten gesprochen, Sympathiebildung doch nur sehr individuell verlief und in der Regel keine Solidarisierung über den persönlichen Kontakt hinaus beinhaltete. Die meisten solcher Äußerungen und Gesten würde Goldhagen, wenn sie gegenüber Juden erfolgt wären, nicht als Argument gelten lassen, und das sogar mit einigem Recht. In diesem Fall würde er nämlich darauf verweisen, daß die entsprechende Haltung "gewöhnlicher Deutscher" aus Eigennutz erfolgt sei und am grundlegenden Antisemitismus der Deutschen nichts geändert habe. (Anm. 11)

Man muß außerdem zum Umgang mit den "Ostarbeitern" sagen, daß es auch sehr viele "gewöhnliche Deutsche" gab, die ihrem Haß gegen diese Menschen freien Lauf ließen, sie in infamer Weise schikanierten, öffentlich beschimpften, wegen jedem Verstoß bei der Polizei oder der Partei meldeten, usw. Wenn Goldhagen argumentiert, daß die Gestapo sich trotz strengstem Verbot mit Tausenden von Liebesbeziehungen zwischen Deutschen und "Ostarbeitern" zu befassen hatte - wozu seiner Ansicht nach "gewöhnliche Deutsche" gegenüber jüdischen Menschen von vornherein nicht bereit gewesen wären -, dann muß daran erinnert werden, daß hinter jedem dieser vielen tausend Fälle auch mindestens ein gewöhnlicher deutscher Denunziant steckte.

Der von Goldhagen gezogene Vergleich zwischen dem Verhalten "gewöhnlicher Deutscher" gegenüber ausländischen Arbeitskräften einerseits, Juden andererseits, vermag insgesamt nicht zu überzeugen, weil die vom NS-Staat geschaffenen Rahmenbedingungen völlig ungleich waren. Die erwähnten relativ korrekten oder auch "menschlichen" Verhaltensweisen gegenüber ausländischen Arbeitern ergaben sich aus gemeinsamen Arbeits- und Lebenssituationen. Diese waren aber gegenüber den deutschen Juden schon im Verlauf der 30er Jahre weitgehend zerstört worden; in den ersten Kriegsjahren wurde die Isolierung der Juden vervollständigt. Dazu gehörten Unterbringung in abgesonderten "Judenhäusern", Herausnahme aus normalen Arbeitsverhältnissen und isolierter Arbeitseinsatz (falls überhaupt noch, wie in der Berliner Rüstungsindustrie), Verbot des Besuchs von Firmenkantinen, schließlich auch Verbot der Benutzung von Straßenbahnen, nachdem es mehrmals Streitigkeiten gegeben hatte, weil "gewöhnliche Deutsche" Juden ihren Sitzplatz anboten und andere "Volksgenossen" sich darüber heftig empörten.

Die systematische Isolierung der Juden erfolgte durch den NS-Staat genau deshalb, weil jener Rest von menschlicher Gemeinsamkeit - Goebbels und Hitler nannten es "Sentimentalität" - verhindert werden sollte, der sich dort einstellen könnte, wo Menschen es direkt, persönlich miteinander zu tun haben. Insgesamt handelt es sich um Rahmenbedingungen, die nicht von "gewöhnlichen Deutschen" geschaffen wurden, sondern vom Staat und den NS-Organen.

"Die Judenfrage wird in kürzester Frist einer das deutsche Volksempfinden befriedigenden Lösung zugeführt! Das Volk will es so, und wir vollstrecken nur seinen Willen." - So stellte es Reichspropagandaminister Goebbels nach dem November-Pogrom von 1938 dar, und auf diese Sichtweise scheinen letztlich auch Goldhagens Thesen hinauszulaufen. Demgegenüber meint Kershaw (s. Anm. 1), "daß das Nazi-Regime in seiner Judenpolitik nicht auf plebiszitäre Weise handelte, sondern mit zunehmender Autonomie gegenüber der öffentlichen Meinung". Gerade die Geheimhaltung (secrecy) der "Endlösung" zeige "klarer als irgendetwas sonst, daß die Nazi-Führung das Gefühl hatte, sich nicht auf den Rückhalt des Volkes für ihre Vernichtungspolitik stützen zu können". Dennoch wäre es, fährt Kershaw fort, "eine kraße Über-Vereinfachung", die zu den Todeslagern führende Politik nur der kriminellen Paranoia von Hitler, Heydrich usw. anzulasten. "Die ‚Endlösung` wäre nicht möglich gewesen ohne die fortschreitenden Schritte zum Ausschluß der Juden aus der deutschen Gesellschaft, die vor den Augen der Öffentlichkeit stattfanden, die in ihrer gesetzmäßigen Form auf weitverbreitete Zustimmung stießen, und die zur Entpersonalisierung und Erniedrigung der Figur des Juden führten. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne die Apathie und die weitverbreitete Indifferenz, die die gemeinsame Antwort auf die Haßpropaganda war." (S. 371-372).

Im Gegensatz dazu wendet sich Goldhagen an mehreren Stellen gegen Begriffe wie Indifferenz, Gleichgültigkeit u.ä., die üblicherweise benutzt werden, um die Haltung der deutschen Bevölkerungsmehrheit gegenüber einschneidenden Maßnahmen wie dem "Judenstern" und den Deportationen oder auch gegenüber den in ihrer Vielzahl kaum anzuzweifelnden Berichten über Massenmorde an den Juden "im Osten" zu kennzeichnen. Dies seien Vorgänge, gegenüber denen Menschen grundsätzlich nicht indifferent bleiben könnten. Die "gewöhnlichen Deutschen" müßten dazu also sehr wohl Meinungen gehabt haben, und da sie offenbar nicht protestierten, hält Goldhagen die Schlußfolgerung für unvermeidlich und unwiderlegbar, daß sie einverstanden waren.

Die Leute von den Polizeibataillonen, deren zu Augenzeuginnen der Grausamkeiten gewordene Ehefrauen, das Wachpersonal in den Lagern usw. werden auf diese Weise zu Prototypen: Von ihnen ausgehend kann nach Ansicht Goldhagens verallgemeinert werden, wie mordgeil und sadistisch sich auch die anderen "gewöhnlichen Deutschen" verhalten hätten, sofern man sie an den entsprechenden Platz gestellt hätte.

Goldhagens These, daß die "gewöhnlichen Deutschen" hinreichend über den Genocid an den europäischen Juden informiert waren und diesen aufgrund ihres eingefleischten Antisemitismus bewußt billigten, ist nicht nur erschreckend - was Grund genug sein muß, darüber ein zweites und drittes Mal nachzudenken! -, sondern sie bleibt angesichts der bekannten Tatsachen erklärungsbedürftig.

Kt.

Anmerkungen

1) An weiterer Literatur, auf die sich Goldhagen unmittelbar gestützt hat, möchte ich nennen: "Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich" von Ian Kershaw (1983), das sich sehr gründlich mit der Entwicklung in

Bayern beschäftigt. Diese Region ist insofern von besonderem Interesse, weil sich dort mit Franken eine Hochburg des fanatischen Antisemitismus befand. Vom selben Autor ist auch das Buch "The 'Hitler Myth'" (1987) mit einem Kapitel über "Hitler's Popular Image and the 'Jewish Question'" erwähnenswert. Ursula Büttner hat 1992 im Hamburger Christians Verlag ein Buch "Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich" herausgebracht. Das von Jörg Wollenberg 1989 edierte Buch "'Niemand war dabei und keiner hat's gewußt'. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933-45" bietet eine Fülle von Material, u.a. von Zeitzeugen. Die 1993 von John Milful herausgegebene Aufsatzsammlung "Why Germany? National Socialist Anti-Semitism and the European Context" versucht sich in vergleichenden Untersuchungen der Frage anzunähern, warum gerade in Deutschland und durch Deutsche der Völkermord an den europäischen Juden möglich war.

2) "The great success of the German eliminationist program of the 1930s and 1940 was owing in the main to the preexisting demonological, racially based, eliminationist antisemitism of the German people (...)."

3) "Ordinary Germans became willing perpetrators because their pre-existing antisemitism, the common currency of German society (...), became activated in two senses, of becoming more manifest, more central to its bearers, and of having its lethal potential realized, turned into action."

4) "(...) a genocidal potential already resided in Germans before Hitler came to power and was able to channell it." - An gleicher Stelle: "The pre-existing genocidal potential that inhered in Germans' eliminationist antisemitism, and therefore in Germans themselves...".

5) "Genocid ist die normale Tätigkeit von normalen Menschen." - Zitiert nach "International Herald Tribune", 3.4.96.

6) "the substantial freedom and pluralism that actually existed within German society"; S. 479. Goldhagen wendet sich an dieser Stelle explizit gegen das "totalitäre Modell" zur Interpretation der NS-Gesellschaft.

7) "(...) the degree of intimidation that existed for ordinary Germans during the Nazi period has generally been exaggerated." - S. 508.

8) Eine von Goebbels veranlaßte Anordnung vom 24. Oktober 1941 bedrohte jeden, der öffentlich Sympathie für Juden zeigte, mit drei Monaten Haft in einem Konzentrationslager. Anlaß waren negative Reaktionen aus der Berliner Bevölkerung auf die Einführung des "Judensterns". (Bankier, s.o., S. 127)

9) Robert Kempner wies in einem Leserbrief an die FAZ (26.3.86) darauf hin, daß die Mordaktion nicht im August 1941 eingestellt worden sei, sondern "aufgrund zahlreicher Proteste, vor allem von kirchlicher Seite, lediglich in anderer, weniger auffälliger Form fortgesetzt" wurde. Opfer seien auch völlig gesunde, elternlose oder ihren Eltern entzogene Kinder aus Heimen geworden.

10) Vgl. beispielsweise SD-Bericht vom April 1943, "Das Rußlandbild in der Bevölkerung", in: "Meldungen aus dem Reich", S. 5128-5136. Es heißt dort z.B.: "Nach Meinung vieler Volksgenossen ist die jetzige sowjetische Schulbildung bedeutend besser als z. Zt. des Zarismus. Verschiedentlich werden Vergleiche zwischen Kenntnissen des russischen und deutschen Landarbeiters angestellt, die häufig zugunsten der Sowjets ausfallen." - Auch die Soldaten an der Ostfront zogen ihre persönlichen Schlußfolgerungen: "Schon die Vielzahl guter und komplizierter Waffen zeuge von geschulten Ingenieuren und Facharbeitern. Die Männer, die die Sowjet-Union zu derartigen Kriegsleistungen gebracht hätten, müßten über ein beachtliches technisches Können verfügen."

11) Tatsächlich gab es, solange noch Juden in Deutschland lebten, von zahlreichen "gewöhnlichen Deutschen" auch Äußerungen und Gesten des Mitleids und der Scham gegenüber einzelnen Juden. David Bankier schreibt bespielsweise, nach dem Krieg gesammelte Erinnerungen deutscher Juden behaupteten "fast einstimmig", daß die vorherrschende öffentliche Reaktion der Deutschen auf die Einführung des "Judensterns" (September 1941) in Zeichen der Sympathie bestanden habe. (S. 124-125) - Wohl mit Recht gibt Bankier einschränkend zu bedenken, daß eine psychologische Neigung der überlebenden Juden zur Übertreibung solcher Zeichen bestanden haben könnte, sieht den Sachverhalt aber im wesentlichen durch andere Berichte und Quellen bestätigt.

25. Militärstrategische Diskussionen in der rechten Presse (aus: Antifaschistisches INFO-Blatt)

Rubrik: Militarismus; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:02

Den Gruppen und Parteien des deutschen Neofaschismus ist es bisher - anders als ihren Vorläufern in der Weimarer Republik und im NS-Staat - nicht gelungen, sich auf ein gemeinsames außenpolitisches Konzept zu einigen. Bestimmte in den Jahren 1919-1933 ein fanatischer Nationalismus mit dem bedingungslosen Kampf gegen "Versailles" und gegen die "Erfüllungspolitik" die Ausrichtung, so herrschte nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland 1945 zwar Übereinstimmung in den Grundelementen, jedoch nicht in der Orientierung ihrer Außenpolitik. Die verbindenden Bestandteile waren weiterhin der Nationalismus und der Antikommunismus. Erstes und oberstes Ziel war die "Wiederherstellung des Reiches".

Uneinigkeit aber bestand über den Weg: Taktische Betonung des Bündnisses mit dem Westen (vor allem den USA) innerhalb der NATO oder Propagierung der Neutralität mit der Option zur Bildung eines Blockes zwischen Ost und West. (1) Diese beiden Wege sind in der Literatur bereits eingehend beschrieben worden. (2) Wir erwähnen daher hier nur beispielhaft den Kurs der Zeitschrift Nation Europa und ihres ehemaligen Schriftleiters Arthur Ehrhardt auf der einen, die Ausrichtung der Deutschen Reichspartei unter Adolf von Thadden auf der anderen Seite.

Ehrhardt schrieb 1953: "Sie (die jungen nationalen Bewegungen Europas; d.A.) bekämpfen den Irrtum, als könnten die Völker Europas, so wie die Lage vorläufig ist, sich vereinzelt gegenüber der militärischen, politischen Riesenübermacht Rußlands behaupten; sie erkennen dabei die Notwendigkeit einer vorläufigen Anlehnung an den Bundesgenossen Amerika. [...] Sie bekämpfen die Absicht der ‚re-education`, über die notwendige militärische, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit hinaus Europa auf den gültigen amerikanischen ‚way of life` zu zerren, weil sich in Amerika selbst junge Kräfte auf neuen Wegen zu sammeln beginnen." (3) Der verhaßte zweite Feind USA wurde als notwendiger Bündnispartner notgedrungen akzeptiert.

Adolf von Thadden forderte hingegen 1956 beim Bundesparteitag der Deutschen Reichspartei in Wiesbaden: "Austritt der beiden deutschen Teilstaaten aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt [...], Abzug der fremden Truppen aus Deutschland [...], Verhandlungen mit der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über die Wiedervereinigung [...], Bildung gesamtdeutscher Arbeitsausschüsse, um die Vertiefung der Gegensätze zu verhindern [...], Bündnisfreiheit des wiedervereinten Deutschlands [...]". (4) Dies waren die Grundelemente der außenpolitischen und militärstrategischen Ausrichtung der Deutschen Reichspartei.

Dieser Konflikt im eigenen Lager begleitete mit den jeweiligen zeitgemäßen Betonungen den Neofaschismus durch die Zeitabschnitte der alten BRD. Höhepunkte der Auseinandersetzung lieferten die Diskussion um die Wiederbewaffnung Mitte der 50er Jahre und die Zeit der "Nachrüstungsbeschlüsse" und der Friedensbewegung zu Beginn der 80er. (5) Die Tendenz verschob sich schrittweise hin zur verstärkten Betonung der national-neutralistischen Ausrichtung. Der Austritt der BRD aus der NATO fand sich Mitte der 80er Jahre sowohl bei der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands als auch bei den Republikanern als Forderung.

Wiedervereinigung

Mit der Wiedervereinigung entfiel das strategische Ziel. Die entschiedensten Befürworter eines national-neutralistischen Kurses, die schon zu Zeiten der Friedensbewegung die Diskussion zu beeinflussen versuchten, fanden in den Publikationen des Verlags Dr. Dietmar Straube (Erlangen) ein Sprachrohr. (6) Am offensten kam der ehemalige Vier-Sterne-General Günter Kießling auf dem Punkt. Er war von 1982-1984 Stellvertreter des NATO-Oberbefehlshabers in Europa. In seinen Büchern "Neutralität ist kein Verrat" (1989) und "NATO-ODER-ELBE" (1990) plädierte er für ein europäisches Sicherheitssystem und gegen die Westintegration: "Uns geht es um die deutsche Einheit, nicht um Neutralität! Um so mehr kommt es darauf an, deutlich zu machen, was ‚neutral` in bezug auf die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung bedeutet. [...] Wenn also nachfolgend von einem Herauslösen der Bundesrepublik aus der NATO die Rede ist, dann stets in dem Sinne, daß mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit die beiden deutschen Teilstaaten zu bestehen aufhören und folglich nicht länger Mitglieder

der Paktorganisationen sein können." (7) Doch waren seine vorsichtigen Forderungen noch stark taktisch gefärbt. Die Wiedervereinigung hatte die Taktiker der Rechten überholt. (8)

Es folgte eine Zeit der Neuorientierung und relativen Schweigsamkeit von neofaschistischer Seite zu Fragen der Militärstrategie. Die faktischen Ergebnisse der Wiedervereinigung ohne eigene Einflußchancen mußten erst verarbeitet, neue Ansatzpunkte für rechte Kritik und Strategie gesucht werden. Nachdem die jahrzehntelange Propagierung einer "Wiedervereinigung" gegenstandslos geworden war, bestand jetzt erstmals die Möglichkeit, ohne taktische Rücksicht die neue Machtposition Deutschlands auch im militärstrategischen Bereich neu zu definieren.

Junge Freiheit

Die Diskussion um militärstrategische Fragen wird in der Jungen Freiheit (JF) zunächst nur sehr sporadisch geführt. Im Januar 1994 erscheinen auf der Forumseite Günter Kießlings Überlegungen zur Entwicklung einer "Alternativen Sicherheitspolitik". (9) Erstaunlicherweise war hier nichts mehr von NATO-Austritt zu lesen. Im Gegenteil: Mit dem Szenario einer "unkontrollierten Verfügungsgewalt skrupelloser Machthaber über nukleare Waffen aus dem gewaltigen Nachlaß der einstigen Sowjetunion" wird eine neue Bedrohung vor allem aus der sog. Dritten Welt konstruiert. Die Zugehörigkeit zu einem Bündnis sei unabdingbar: "Allein schon deshalb, weil wir als nicht-nuklearer Staat einen Schutz gegen nukleare Bedrohung nur unter dem Schirm einer nuklearen Macht finden können. [...] Also kommt es darauf an, die Interessen der Schutzmacht USA mit den unseren zu verzahnen. Das kann nur im Rahmen der NATO gelingen. Deshalb gilt es, an diesem Bündnis festzuhalten; wohl unter der Voraussetzung, daß diese NATO eine andere wird, daß sie sich den veränderten Bedingungen anpaßt." (10) Der wichtigste Grundsatz - auch in Hinblick auf die europäische Einigung - seien die Wahrung der nationalen Interessen und der absoluten Souveränität. Ein Bundesstaat sei abzulehnen. Bei einem Staatenbund jedoch bliebe die Wehrhoheit bei den Mitgliedstaaten. In diesem Artikel wird der Tenor einer neuen Linie vorweggenommen.

Seit Januar 1995 erscheint in der JF alle vier Wochen die ganzseitige Rubrik "Sicherheit und Militär", die Redaktion hat anfangs Kurt Wolf und ab August Götz Kubitschek inne. Dieses Thema wird nun auch häufiger auf der Titel- und der Kommentarseite behandelt. Zum 40jährigen Bestehen der Bundeswehr wird eine vierseitige Sonderbeilage publiziert. Berichte über Zustand, Moral, Funktion und Ausrüstung der Bundeswehr füllen die Seiten, wobei selbst die Alu-Heringe für die Bundeswehrzelte Erwähnung finden.

In der Diskussion um die Wehrpflicht findet ein Positionswechsel statt. Anfangs werden die "alte deutsche Tradition" der Bundeswehr betont und deren Auftrag, junge Männer für die Nation zu erziehen. Die Vermittlung der soldatische Werte wie Disziplin, Konfliktbereitschaft, Durchhaltevermögen, Ehrlichkeit und Verantwortung seien elementar für alle jungen Bürger. (11) Mit pragmatischen Erwägungen setzt sich jedoch in der Redaktion allmählich das Plädoyer für eine Freiwilligenarmee durch. (12) Interessant wird es bei der Frage der Bündniszugehörigkeit, möglicher Kriegseinsätze und der außenpolitischen Rolle Deutschlands. Konsens in allen Beiträgen ist die Neuorientierung an der "Durchsetzung eigener, souverän definierter nationaler Interessen". "Geopolitische" Aspekte des in einer neuen "Mittellage" befindlichen Deutschland werden ebenso betont wie Carl Schmitts alte Forderung nach Interventionsverbot für "raumfremde" Mächte. (13) Unter diesen Prämissen herrscht Konsens über den Verbleib Deutschlands in der NATO, die es jedoch zu reformieren gelte. Die NATO-Osterweiterung - das heißt die Einbindung der beitrittswilligen Staaten Polen, Ungarn, Slowakei, der Tschechischen Republik und der baltischen Staaten - sei ein Schritt in diese Richtung. Zweigleisigkeit, eine neue Rolle in der NATO und verstärktes Engagement für die Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft, sowie ein jeweiliges Abwägen der nationalen Interessen wird als Grundlinie empfohlen: "Zwar sei Europa ohne Amerika nicht zu stabilisieren, und es bedürfe der strategischen Rückendeckung der USA, aber Europa müsse danach streben, ein gleichrangiger Partner mit ‚globaler strategischer Handlungsfähigkeit` zu sein. Die EU müsse auch dann aktiv werden können, wenn es auf ‚schnelle Reaktionen` ankomme." (14) Strategische Optionen auf einen vollständigen "dritten Weg", eine national-neutralistische Ausrichtung zwischen NATO und Rußland, werden in ferne Zukunft verlegt und nur am Rande diskutiert. Sie werden von der Möglichkeit eines effektiven atomaren Schutzschildes, in Zusammenarbeit mit der französischen "force de frappe", abhängig gemacht. (15) Eine Westbindung wird grundsätzlich als notwendig erachtet. (16) Eine starke deutsche Armee wird jedoch als "Rechtsschutzversicherung" angesehen, die die "Verhandlungsmacht" auch im ökonomischen "Umverteilungsdruck" stärkt und perspektivisch einen Rückgriff auf Ressourcen sichern soll. (17)

Deutsche Militärzeitung

Nur einen kurzen Auftritt hatte Harald Thomas, Zuarbeiter der Jungen Freiheit und Mitglied des Witikobundes, mit der Gründung seiner Deutschen Militärzeitschrift im Jahre 1995. Geplant war ein zweimonatliches Erscheinen, es erschienen jedoch nur insgesamt drei Ausgaben. Die DMZ stellte sich die Aufgabe, den "Bekennermut zur ganzen deutschen Geschichte" zu erneuern. Die "Massaker an den Deutschen", die "Opfer durch hinterhältige Partisanenmorde", sowie Themen wie "Elend und Blutzoll deutscher Soldaten" standen im Mittelpunkt. Darüber hinaus sollte die DMZ die Erfahrungen der Wehrmacht mit aktuellen Berichten über die Bundeswehr verbinden: "In einer Brückenfunktion soll sie Jung und Alt, damalige und heutige Soldaten zusammenführen. Der Bundeswehr tut es dabei gut, wenn sie im Rahmen ihrer Neuorientierung und Überlegungen auf mittlerweile Geschichtliches zurückgreift, aus leidvollen Erfahrungen und Lehren einer Vorgeneration schöpft und ihre auf die Nachkriegszeit beschränkte Tradition durch bekennende Rückschau erlernt." (18) Unserer Einschätzung nach sollte es Aufgabe der DMZ sein, sich als zeitgemäße Variante der Zeitschrift Der Freiwillige, dem Organ der ehemaligen HIAG, zu präsentieren. Zwar gewann sie von Beginn an namhafte ehemalige Generale wie Carsten Kießwetter als Autoren, blieb jedoch fast ausschließlich bei heldenhaften Kriegsberichten stecken. Beiträge über aktuelle Militärstrategie wurden entgegen dem eigenen Anspruch nicht gebracht.

Staatsbriefe

Auch die Staatsbriefe, das von Hans-Dietrich Sander herausgegebene Magazin, das sich dem "Reichsgedanken" verschrieben hat, erörtert die Europäische Sicherheitsarchitektur. In der November-Ausgabe 1995 plädieren Friedrich S. Felde und Josef Schüsslburner für die Neubestimmung der nationalen Interessen. Die NATO wird weiterhin als Instrument des Kalten Krieges in der Hand einer geheimen Bruderschaft aus USA, Polen und Deutschland (ein Remake der "jüdischen Weltverschwörung"?) gewertet. Der USA als außereuropäischer (= raumfremder) Macht diene sie als Mittel zur Durchsetzung ihrer One-World-Politik nach dem alten Motto: "to keep the Americans in, to keep the Russians out and to keep the Germans down" ("um die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen niederzuhalten"). Felde schreibt: "Deutschland und die Staaten der Europäischen Union müßten im Grunde aufgeben, den USA in allem zu folgen, was letztlich die wirtschaftlichen Interessen der USA allein betrifft. [...] Dies ist keine Amerikafeindlichkeit, ebenso, wie es keine Rußlandfreundlichkeit sein muß, sich vorzustellen, es könne eines Tages ein starkes, selbstbewußtes, unabhängiges Rußland Anziehungskraft ausüben im Sinne einer größeren Bindungskraft als die USA. Für Europa. [...] Nach der objektiven Lage hat Deutschland durchaus Möglichkeiten, die One World aus den Angeln zu heben." (19) Und Schüsslburner verwirft in seinen fünf NATO-Optionen für Deutschland die bisher geplante NATO-Osterweiterung, da dadurch das "Ergebnis der Vertreibungsverbrechen abgesegnet" würde. Voraussetzungen für den Beitritt Polens und Tschechiens wären hier ein Rückkehrrecht deutscher Vertriebener und ihrer Abkömmlinge, Rückerstattung von Grund und Boden sowie die Regelung der "Art und Weise der Geltungserstreckung des Grundgesetzes nach Ostdeutschland". Als von Deutschland anzustrebende NATO-Option gilt ihm die "Osterweiterung der NATO unter Einschluß Rußlands", um die NATO zu einer "Eurasischen Perspektive" zu entwickeln: "Längerfristig, d.h. als wirklich anspruchsvolle, die Fähigkeiten der Deutschen herausfordernde Aufgabe für die nächsten Jahrhunderte ergibt sich bei dieser eurasischen Konzeption die Möglichkeit des Zusammenwirkens der Erben des ost- und weströmischen Reiches, der Russen und Deutschen. [...] Kurzfristig, d.h. aktuell ergibt sich bei Abwägung der realistischer Weise zur Verfügung stehenden NATO-Optionen als deutsche Forderung an den Ausbau der NATO: to get the Russians in!" (20)

Der Vergleich der bevorzugten militärstrategischen Optionen der beiden Zeitschriften Junge Freiheit und Staatsbriefe zeigt erhebliche Unterschiede in der Ausrichtung. Ging es vor 1989 immer um das Primärziel Wiedervereinigung, gilt es nun, auch bei der militärstrategischen Absicherung, der neuen Machtstellung das entsprechende außenpolitische Gewicht zu verschaffen. Zwei Optionen von Bündnisvarianten sind unter neuen Bedingungen weiterhin im Gespräch: Taktische Westorientierung oder nunmehr Nationalneutralismus mit eventuellen Bündnis mit Rußland. Es bleibt abzuwarten, ob die Diskussionen des neofaschistischen Spektrums längerfristig auf Resonanz in Militärkreisen stoßen werden. Der Kontakt wird zumindest gesucht.

Aus: Antifaschistisches INFO-Blatt,

Nr. 34, Mai/Juni 1996

(Redaktionell bearbeitet)

Quellen und Anmerkungen

1) Für die 50er Jahre ausführlich nachzulesen bei Kurt Tauber Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945, Middletown (USA) 1967, vor allem Kapitel IV "Nationalist Neutralism and Soviet Policy", S. 147 ff. Informativ ist auch - trotz antikomunistischer Tendenz - Carl-Christoph Schweitzer Eiserne Illusionen. Wehr- und Bündnisfragen in den Vorstellungen der extremen Rechten nach 1945, Köln 1969.

2) Für die 60er und 70er Jahre Richard Stöss Parteienhandbuch - Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1983, S. 244 ff.

3) Arthur Ehrhardt: "Europa - eine klärende Aussprache. Der Schriftleiter NE" in: Nation und Europa, Nr.9/54.

4) Reichsruf (Organ der DRP), 8.9.1956.

5) Den besten Überblick über die mannigfaltigen neofaschistischen Initiativen und deren Vernetzung, sowie deren Ausrichtung zu Zeiten der Friedensbewegung gibt Peter Kratz Gaddafi- Mechtersheimer-Schönhuber - Quellen und rotgrüne Querverbindungen neofaschistischer Deutschland-Vereiniger, Bonn 1990.

6) Bernd Siegler: "Eine rechte Karriere. Der Aufstieg des Unternehmers Dietmar S." in Raimund Hethey, Peter Kratz (Hg.); In Bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neofaschismus, Göttingen 1991, S. 241 ff. Als Autoren waren bei Straube u.a. vertreten: Theodor Schweisfurth ("Fahrplan für ein neues Deutschland"), Wolfgang Venohr (u.a. "Ein Deutschland wird es sein"), Wolfgang Seiffert (u.a. "Die Deutschen und Gorbatschow"), Jürgen Todenhöfer ("Ich denke Deutsch"), General a.D. Franz Uhle-Wettler ("Die Gesichter des Mars") u.a.

7) Günter Kießling Neutralität ist kein Verrat. Entwurf einer europäischen Friedensordnung, Erlangen 1989, S. 223.

8) Auch in dem Band des ehem. Junge Freiheit-Mitarbeiters Stefan Ulbrich (Hg.) Gedanken zu Großdeutschland aus seinem Arun-Verlag, Vilsbiburg 1990, geht es um die Wiedervereinigung. Ulbrich schlägt in seinem "Beitrag Europäische Sicherheitsarchitektur", S. 237 ff., ebenfalls das Neutralitätsmodell in Verbindung mit einem effektiven Verteidigungsmodell vor, das durch eine Umstrukturierung der deutschen Streitkräfte nach damaligen jugoslawischen Modell erreicht werden könne.

9) Günter Kießling: "Eine alternative Sicherheitspolitik", in Junge Freiheit (JF) Nr. 4/94, 21.1.1994.

10) Vgl. auch das Interview mit Götz Kubitschek: "Gemeinschaft auf Gegenseitigkeit. General Kießling über NATO und UNO" in JF Nr. 8/95, 24.2.1995.

11) S. u.a. Kurt Wolf: "Am besten gleich privatisieren. Die Bundeswehr schrumpft sich zu Tode" in JF Nr.29/94, 15.7.1994; "Vom Ende einer Fassade. Leser diskutieren die Wehrpflicht" in JF Nr.20/95, 19.5.95.

12) S. u.a. Götz Kubitschek: "Berufsarmee wird unvermeidbar. 41 Prozent der Wehrpflichtigen verweigern den Armeedienst" in JF Nr.35/95, 1.9.95; Hans Brandlberger: "Nach dem Kalten Krieg. Von einer Zäsur zur anderen" in JF Nr.45/95, 10.11.95, Sonderbeilage.

13) Magnus Wolf Göller: "Der Balkan ist kein Spielplatz. Plädoyer gegen die weltweite Einmischung in Krisengebieten" in JF Nr.8/96, 23.2.96.

14) Martin Schmidt: "Moskaus Maß ist voll. NATO-Osterweiterung und deutsche Interessen" in JF Nr.17/95, 28.4.95.

15) Lothar Höbelt: "Aussichten auf eine deutsche Außenpolitik" in JF Nr.11/95, 7.3.95.

16) Klaus Hornung: "Realpolitik statt Wunschdenken" in JF Nr.43/95, 27.10.1995.

17) Josef Schüsslburner: "Ohne starke Armee keine Verhandlungsmacht. Deutschland zwischen Umverteilung und Selbstbestimmung" in JF Nr.29/94, 15.7.1994.

18) Harald Thomas: "Ganz Normal". Editorial in Deutsche Militärzeitschrift Nr.1 (April/Juni 1995).

19) Friedrich Felde: "Die NATO und die Sicherheitsarchitektur Europas" in Staatsbriefe Nr.11/95.

20) Josef Schüsslburner: "Fünf Deutsche NATO-Optionen" in Staatsbriefe Nr.11/95.

26. Regermanisierung Ostpreußens. Sächsischer Sächsischer Justizminister Heitmann fördert neofaschistischen Schulverein

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Revanchismus; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:24

Bereits im Bundesverfassungsschutzbericht 1993 wurde auf die Aktivitäten des neofaschistischen Verlegers Dietmar Munier im russischen Teil des ehemaligen nördlichen Ostpreußens hingewiesen. Munier hält hier nicht nur die Ansprüche auf die ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete aufrecht, sondern betreibt über ein Geflecht neofaschistischer Vereine handfest die Re-Germanisierung Ostpreußens. Für diese großdeutsche Politik erhält Munier nicht nur Unterstützung aus der neofaschistischen Szene, sondern auch aus der konservativen Ecke: allen voran von der "Landsmannschaft Ostpreußen" und deren Zeitung, dem "Ostpreußenblatt", dem "Bayernkurier" und ... vom sächsischen Justizminister Steffen Heitmann.

Die Jahreshauptversammlung 1995 des "Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V." fand in Bayern statt. 150 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und "aus Nord-Ostpreußen und Südtirol" nahmen an der Tagung teil. Sie lauschten dem Vortrag des Leiters der geschichtsrevisionistischen "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" Alfred Schickel, der "den Zuhörern anschaulich vor Augen" führte, "welche weltpolitischen Konstellationen und welche skrupellosen Staatsmänner für das schreckliche Ende des Zweiten Weltkriegs verantwortlich waren". Er wandte sich gegen die Geschichtsklitterung, den schrecklichen 8. Mai 1945 nachträglich in eine "Befreiung" umzudeuten. Vielmehr handele es sich dabei um "eine der schlimmsten Niederlagen der deutschen Geschichte". ("Deutsche Schule Trakehnen" 1/96, Mitteilungsblatt des Schulvereins, S. 12)

Den Jahresbericht erstattete der Geschäftsführer des Schulvereins, Dr. Axel D. Neu, aus Kiel und die Moderation der Jahreshauptversammlung übernahm der Vorsitzende des Vereins, Henning Pless.

Über 40 Grußbotschaften wurden unter großem Beifall verlesen: Geschrieben hatten dem Verein namhafte Neofaschisten. So der ehemalige MdB der "Republikaner" Rudolf Krause; der neofaschistische Publizist Gustav Sichelschmidt, der Rußlandexperte der "Alten und Neuen Rechten" Wolfgang Strauß, der Geschichtsrevisionist, Helmut Schröcke, der Vorsitzenden der Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur Lisbeth Grolitsch, Emil Schlee (ehemaliger MdEP der REP) und Jörg Haider.

Unter den Gratulanten reihte sich aber auch der sächsische Justizminister Steffen Heitmann ein. Heitmann, der als Landesjustizminister auch Mitglied in der - unter der Führung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) stehenden - "Informationsgruppe zur Beobachtung und zur Bekämpfung rechtsextremistischer/-terroristischer, insbesondere fremdenfeindlicher Straftaten" (IGR) ist, wünschte dem neofaschistischen Verein bei seinen zukünftigen Aktivitäten "ein gutes Gelingen" und den Mitgliedern sprach er für ihre "wichtige kulturelle Tätigkeit" seine "Anerkennung" aus (ebenda).

Heitmann traf damit den Ton der Versammelten und befand sich im inhaltlichen Einklang mit den anderen Unterstützern des Vereins. Rudolf Krause, Bundesvorstandsmitglied der "Republikaner" und Schönhuber-Intimus beispielsweise würdigte gleichfalls die "uneigennützige Solidarität und den persönlichen Mut" der Vereinsmitglieder, die den "deutschen Menschen auf deutscher Erde eine dauerhafte Heimstatt zu schaffen" bemüht sind (ebenda). Was findet Heitmann nun so anerkennenswert?

Der "Schulverein"

Am 8.8.1992 gründete sich in Husum der neofaschistische "Schulverein". Er ist eingebunden in ein Netzwerk von Vereinen, die Munier unter dem Dach "Aktion ‚Deutsches Königsberg`" gegründet hat, um Ansprüche auf die Region des einstigen nördlichen Ostpreußens geltend zu machen. Der Schulverein ist der bundesdeutsche "Unterstützerverein und Schwesterverein" des in Rußland registrierten "Rußlanddeutschen Kulturvereins Trakehnen".

Das Schulprojekt ist Teil von Aktivitäten Dietmar Muniers zur Ansiedlung von Rußlanddeutschen in Nord-Ostpreußen, die er durch großspurige Bauprojekte und durch den "Nachweis von leerstehendem

Wohnraum sowie Geld- und Sachspenden" fördert. Deutsche Dörfer sollen in der russischen Region Kaliningrad aufgebaut werden.

Geplant sind bzw. im Bau befinden sich als Projekte von Muniers Vereinen in Trakehnen und Umgebung:

- Trakehnen: eine Ziegelei; eine Trakehner-Pferdezucht, ein Gartenbaubetrieb; eine "deutsche Zeitung"; ein Verwaltungsgebäude auf einem Gewerbegelände; die Renovierung eines russischen Kindergartens;

- Gilge: deutsche Mustersiedlung mit eigener Bäckerei, Räucherei, Ziegelei und Tischlerei;

- Amtshagen: Neuaufbau eines im Zweiten Weltkrieges zerstörten Dorfes (geplant ist hier der Bau von 50 Häusern, Schule, Einkaufsläden, Bäckerei, Klärwerk, Wasserwerk, Brunnen, Straßen und Anschluß an das Telefonnetz).

Aus Spenden flossen allein für das Projekt Neuaufbau Amtshagen 500.000 DM zusammen.

Der "Schulverein" soll den Aufbau einer deutschen Schule in Trakehnen unterstützen und begleiten. Der Verein mietete 1992 sieben ungenützte Räume in einer russischen Schule in Trakehnen an, renovierte die Räumlichkeiten, stellte Lehrmittel bereit und beschäftigte Lehrer. Der Unterricht wird von 120 Rußlanddeutschen genutzt (von Kleinkindern bis zu Rentnern).

Neben dem normalen Unterricht bietet der Schulverein berufsbildende Kurse für Handwerker des Baugewerbes, Computerkurse und andere Seminare an.

Im Winter 1992/93 wurde im Vorwerk Danzkehmen eine weitere Schule und eine Spielgruppe für Kinder eröffnet. Mitte 1993 wurde dem Schulverein ein Wohnhaus für die Lehrer von der "Gesellschaft zur Siedlungsförderung in Trakehnen mbH" - einem weiteren Verein Muniers - zur Verfügung gestellt.

Als Lehrer, Kursleiter und ärztliche Begleiter treten im "Schulverein" eine ganze Reihe von Persönlichkeiten der neofaschistischen Szene an. So beispielsweise der jetzige Rektor der Schule, der Realschullehrer Bernd Brausch (ehemaliger NPD-Bundestagskandidat und NHB-Bundesvorstandsmitglied) und der Arzt Dr. Rigolf Hennig (Deutsche Liga).

Sie alle sind begeistert von der Neokolonialisierung dieses Gebietes. Munier formulierte diesen Gedanken und das Ziel seiner Vereine so: Wir haben eine Initiative gestartet, "durch Ansiedlung Rußlanddeutscher in Nordostpreußen neue Fakten für eine deutsche Perspektive unserer Ostprovinz zu schaffen".

Unterstützung aus

dem konservativen Lager

Doch nicht nur die Neofaschisten packt hier der Pioniergeist, um nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder ihren Traum eines großdeutschen Reiches zu realisieren. Auch die Konservativen, vor allem jene aus den Revanchistenverbänden sind fasziniert von den Möglichkeiten eines neuen Ostlandrittertums.

Begeistert zeigte sich der Autor des "Bayernkurier", der im Herbst nach Amtshagen reiste und an der Grundsteinlegung der Schule für Rußlanddeutsche teilnahm. Für ihn ist dies eine "bemerkenswerte Privatinitiative" ("Bayernkurier", 15.10.94). Auch die "Welt" titelte: "Rußlanddeutsche bauen Trakehnen wieder auf." ("Welt" 14.9.94)

Besondere Unterstützung erhält der neofaschistische "Schulverein" vor allem aus der Landsmannschaft Ostpreußen und anderen Vertriebenenverbänden. "Meinen tiefempfundenen Dank für die Arbeit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Gerade auf die Zukunft unserer Heimat Ostpreußen zu setzen, das unterscheidet Optimisten von Pessimisten, die sich zu gerne aus Trägheit in die Resignation flüchten und dem Unrecht beugen." So bekundet der stellvertretende Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Wolfgang Thüne, seine Hochachtung in einer Grußadresse an die Jahreshauptversammlung und macht deutlich, daß er sich mit den Grenzziehungen in Europa ebenfalls nicht abfinden will ("Deutsche Schule ..." 1/96, S. 13). Auch der Redakteur des "Ostpreußenblattes" Peter Fischer übersandte "alle guten Wünsche"; für Fischer verstand sich dies "aus unserem Gesamtanliegen wohl von selbst". (ebenda S. 14)

Ortwin Lowack, ex MdB der CSU und Präsident der Bundesdelegiertenversammlung der Landsmannschaft Schlesien drückt ähnlich aus, daß er nach wie vor Ansprüche auf dieses russische Territorium aufrechterhält: "Mit seiner Arbeit leistet der Verein einen entscheidenden Beitrag für ein lebendiges, zukunftgewandtes Ostpreußen und stellt heraus, daß Ostpreußen eine ganz wichtige Aufgabe der deutschen Politik und der deutschen Verantwortung vor der deutschen Geschichte bleibt." (ebenda S. 15)

Dieter Bingen hatte in einer Untersuchung des Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien anläßlich einer Arbeit über das Gebiet Kaliningrad festgestellt, daß das Buch Dietmar Muniers "Das letzte Dorf. Bei den Rußlanddeutschen in Ostpreußen", erschienen in Muniers eigenem Verlag, dem Arndt-Verlag, im "Ostpreußenblatt" eine "überaus positive Besprechung" erfahren hatte. Bingen resümiert: "Das Blatt bzw. der Rezensent sind offenbar Opfer der bei nicht wenigen organisierten Vertriebenen verbreiteten Unschärfe bei der Abgrenzung vom rechtsextremen Spektrum." (Dieter Bingen, Das Gebiet Kaliningrad (Königsberg): Bestandsaufnahme und Perspektiven - Deutsche Ansichten (II), Köln 1993, S. 16).

Von "Unschärfe bei der Abgrenzung" kann nicht die Rede sein. Dies wäre doch zu sehr geschmeichelt. Es existiert ein Schulterschluß, eine sehr enge Kooperation. Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, hatte nicht nur in der Vergangenheit die grundsätzlichen Ziele des Schulvereins geteilt. Er ging noch weiter: Als das Auswärtige Amt in einer Mitteilung vor den rechtsextremen Umtrieben im nördlichen Ostpreußen warnte, da nahm Gottberg explizit Dietmar Munier in Schutz.

Bereits im "Ostpreußenblatt" vom 8.5.93 konnte Peter Gohrt, einer der damaligen Lehrer des "Schulvereins", unter der Überschrift "Wieder deutsche Laute in Trakehnen" über die Ziele des Vereins und die Schwierigkeiten des Lebens in dieser Region schreiben.

Zur Zeit kann der ehemalige Lehrer des neofaschistischen "Schulvereins", Dr. Hartwig Thieme, sogar über seine Erfahrungen "als Lehrer bei den Rußlanddeutschen in Trakehnen" im "Ostpreußenblatt" über mehrere Ausgaben hinweg schreiben. Und im Dezember 1995 wurde Thieme für seine Tätigkeit im Schulverein vom ehemaligen MdEP der "Republikaner", Emil Schlee, im Auftrag von Ferdinand Fürst von Bismarck die Bismarckerinnerungsmedaille in Silber überreicht. Die Würdigung erfolgte in "Anerkennung der Verdienste für vaterländische Treue und für bewiesenes preußisches Staatsbewußtsein" ("Deutsche Schule ..." 1/96).

Das was der Schulverein im nördlichen Ostpreußen betreibt, wird natürlich in ähnlicher Form auch von der Landsmannschaft Ostpreußen betrieben. Zahlreiche Projekte werden von der Landsmannschaft mit großem finanziellen und personellen Aufwand durchgeführt; ermöglicht durch beachtliche staatliche Förderung. Dies in einem Ausmaß, die Gottberg auf der Ostpreußischen Landesvertretung, der Bundesdelegiertenversammlung dieses Verbandes, zu dem Ausspruch verleitete: "Das nördliche Ostpreußen hängt schon an unserem Tropf."

Neben diesen Hilfsprojekten hat die Landsmannschaft ebenfalls ein Schulprojekt initiiert, die "Deutsche Grundschule Königsberg". Die Zusammenarbeit der Konservativen mit den Neofaschisten bei der Re-Germanisierung ist also äußerst eng. Die Ziele sind dieselben und die Hoffnung auf die machbare Rückgewinnung dieser Gebiete seit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts beseitigt offenbar das Trennende. Der sächsische Justizminister Steffen Heitmann demonstriert, daß das was zusammengehört, langsam aber stetig zusammenwächst.

Ulla Jelpke

27. "Versorgungslinie Nord" unterbrochen? US-Nazi Gary Rex Lauck in Hamburg vor Gericht

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:29

Seit Anfang Mai diesen Jahres wird in Hamburg gegen den Neonazi Gary Rex Lauck aus Lincoln (USA) verhandelt. Lauck war im Herbst 1995 von Dänemark an die Bundesrepublik ausgeliefert worden, nachdem er dort im März 1995 im Haus des Führers der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung Johnny Hansen im Kopenhagener Vorort Hundige festgenommen worden war. Die Festnahme und Auslieferung war von bundesdeutschen Medien zum Anlaß genommen worden, nun die Verhaftung des "international führenden und gefährlichsten Neonazis" bekanntzugeben. Lauck wird beschuldigt, als verantwortlicher Kopf der NSDAP/AO von den USA aus tonnenweise Nazimaterial nach Deutschland (und andere Länder) gebracht zu haben und hier eine kriminelle Struktur aufgebaut zu haben. Unklar ist, ob diese kriminelle Struktur von der Anklage als der Versuch des Wiederaufbaus der NSDAP angesehen wird, oder ob diese Struktur "nur" ein weiteres Geflecht zur Verbreitung unstrittig strafbaren Materials ist. Lauck wird u.a. die Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß sowie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Laut Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz ist Lauck der "größte ausländische Lieferant von Schulungs- und Propagandamaterial für die deutsche Neonaziszene". Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen wird mit einem Strafmaß gegen Lauck in Höhe von vier bis fünf Jahren gerechnet. Die einzelnen Anklagepunkte allerdings könnten für bis zu 14 Jahren Knast ausreichen.

In einer Operation "Atlantik II" wurden parallel zur Verhaftung Laucks in Dänemark 80 Wohnungen von Lauck-Anhängern in Deutschland durchsucht und dabei mindestens 56 Personen festgestellt, die Bezieher des Materials aus Nebraska waren und denen nach Abschluß des Hauptverfahrens dann ebenfalls Anklagen bevorstehen könnten. Mindestens 10.000 Hakenkreuzaufkleber, 200 NS-Handbücher und mehrere Fahnen wurden beschlagnahmt. In mehreren Fällen wurden bei der Razzia auch Waffen und Munition sichergestellt. Wenige Wochen zuvor waren schon einmal in einer bundesweiten Razzia 60 Wohnungen durchsucht worden. Ein Großteil der festgestellten Bezieher von Lauck-Materialien soll zwischen 16 und 20 Jahren alt sein; etwa die Hälfte hat offensichtlich Verbindungen zu anderen Neonazi-Organisationen wie FAP, NPD, DVU oder Republikaner. Die polizeilichen Bemühungen, das Verteilungsnetz der braunen Propaganda auszuspähen, reichen dabei angeblich 14 Jahre zurück.

Daß Lauck in Dänemark aufgrund eines internationalen Haftbefehls des Amtsgerichts Hamburgs überhaupt festgenommen und nach sechs Monaten juristischen Tauziehens schließlich nach Deutschland ausgeliefert wurde (und nicht in die USA abgeschoben wurde), ist ein Novum in der dänischen Praxis. Neonazis hatten dort jahrelang von staatlichen Stellen unbehelligt ihr Unwesen treiben können. Die sogenannte "Versorgungslinie Nord", d.h. das Schmuggeln von NS-Materialien über die Grenze von Dänemark nach Deutschland, war lange Jahre zu einem logistischen Rückgrat für "die Bewegung" geworden. Mehrfach waren deutsche und österreichische Neonazis in Dänemark mit ihren Gesinnungsgenossen zusammengetroffen. Insbesondere der verstorbene Michael Kühnen, der derzeit einsitzende Christian Worch und der Österreichische Neonazi Gottfried Küssel (auch er im österreichischen Knast wegen "Wiederbetätigung", wie dort der Wiederaufbau einer NSDAP bezeichnet wird) waren mehrfach nach Dänemark gefahren, wo sie einen logistischen Schlupfwinkel organisierten.

Erst in den letzten zwei Jahren war das Klima in Dänemark auch für deutsche Neonazis rauher geworden. Dies lag zum einen daran, daß dänische Antifaschisten gegen Nazis wie Thies Christophersen in Kollund und Meinolf Schönborn in Kvaers demonstrierten. Letzterer hatte den Plan, nach dem Verbot der "Nationalistischen Front" seinen Versandhandel und seine Militaria-Produktion nach Dänemark zu verlagern. Nach massivem Einschreiten nordschleswigscher Bauern und aus Kopenhagen angereister Antifaschisten verzichtete Schönborn auf die Verfolgung seiner dänischen Pläne. Auch Christophersen, der als ehemaliger SS-Wachmann des Außenlagers Raisko im Auschwitz-Komplex die Kontinuität von Alt- und Neofaschismus repräsentiert, räumte sein Domizil in Kollund, wo er jahrelang sicher vor strafrechtlicher Verfolgung durch deutsche Haftbefehle gelebt hatte - und mehrfach nach Deutschland eingereist war, u.a. zur anstandslosen Verlängerung seines Passes.

Laucks Ausweisung erfolgte nach drei Verfahren, deren letztes schließlich vor dem obersten dänischen Gerichtshof stattfand. Die Richter sahen es als erwiesen an, daß Lauck auch in Dänemark wegen der ihm in Deutschland vorgeworfenen Delikte zu einer Haftstrafe von über einem Jahr verurteilt werden könne. Dies aber ist nach dänischem Recht die Voraussetzung für eine Auslieferung eines Ausländers. So ist zwar in Dänemark die Einführung von NS-Propaganda-Mitteln straffrei und auch die Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen ist in Dänemark keine Straftat. Anstiftung zum Rassenhaß, Judenverfolgung, die Verhöhnung von Bevölkerungsgruppen etc. stehen aber auch in Dänemark unter Strafe und können dort zu einem Strafmaß von bis zu zwei Jahren führen. Ein solches Strafmaß ist aber für die zur Verhandlung stehenden Delikte in Dänemark noch nie ausgesprochen worden.

Wer ist Gary Rex Lauck?

Gary Rex Lauck, geb. 1953 in Milwaukee, bezeichnet sich seit 1972 gern als "Auslandsdeutscher". Er wuchs in einem kleinbürgerlich-autoritären Milieu in der deutschen Community von Milwaukee auf. Angeblich mit 13 Jahren las er Hitlers "Mein Kampf", das im elterlichen Wohnzimmer im Regal stand und wurde zum glühenden NS-Verehrer. In der Schule fiel er als Militarist und Waffennarr auf und wurde für ein Entgelt von 100 Dollar pro Monat Propagandachef der gewalttätigen antisemitischen NSPA (National Socialist Party of America) in Chicago. 1972 gründete er in Lincoln/Nebraska die NSDAP/AO (das AO steht für "Auslandsorganisation") als gemeinnützige GmbH und wurde deren alleiniger Geschäftsführer.Die Tatsache, daß der Reagan-Attentäter John W. Hinckley eine Mitgliedskarte der NSPA und Kontakte zu Lauck gehabt hatte, brachte Lauck keine Nachteile. Hinckley war Kunde des NS-Versandhandels und war nur wenige Monate vor dem Attentat bei Lauck gewesen. Nach dem damaligen Besuch wurde Hinckley in Nashville mit einer Schußwaffe und 50 Schuß Munition verhaftet. Die jüdische Menschenrechtsorganisation Anti-Defamation League (ADL) in New York hält Lauck zwar für einen der weltweit gefährlichsten Neonazis, gibt aber zu, daß er bislang kaum ein amerikanisches Gesetz nachweisbar verletzt habe. Kontakte Laucks in den USA, wo er allerdings nicht zu den herausragenden Figuren der Nazi-Szene zählt, soll es zum Ku-Klux-Klan, der Terrororganisation "The Order" und den Schlägertrupps der "Aryan Skinheads" bestehen. Auch zum Nazi-Info-System A.R.I.E.S (Aryan Resistance Information Exchange Service) in Tennesee bestehen zumindest elektronische Kontakte.

Die Gründung der NSDAP/AO im Jahre 1972 fällt zeitlich zusammen mit Laucks erstem Auftauchen in Deutschland, wo er mit mehreren tausend Hakenkreuzaufklebern erwischt und abgeschoben wurde (München). Publik wird Laucks Engagement in Deutschland spätestens im September 1974, wo er in einer Veranstaltung im Hamburger "Haus des Sports" gemeinsam mit Thies Christophersen, Wolf-Dieter Eckart ("Freundeskreis NSDAP"), Wilhelm Wübbels (später "Reichsleiter der NSDAP") und H. J. Neumann einen öffentlichen Skandal auslöst. Seitdem mit Einreiseverbot belegt, wird Lauck noch einmal 1976 in Mainz festgenommen, wo er bei der Familie des Nazi-Gärtners Müller in Mainz-Gonsenheim logierte. Nach viereinhalb Monaten in deutschen Gefängnissen wurde er abgeschoben. Sein damaliger Rechtsanwalt war der einschlägig bekannte Jürgen Rieger. Nach Öffnung der Mauer 1989 war Lauck mehrfach in der DDR.

In der Zentrale der Auslandsorganisation in Nebraska arbeiteten bis zu zehn Personen, allesamt "Auslandsdeutsche", d.h. Amerikaner mit deutschen Vorfahren, die meisten allerdings nur wenige Stunden pro Woche. Schwerpunkt ist dabei die Produktion der NS-Postille "NS-Kampfruf". Die Post- und Verpackungsstelle wurde mindestens bis 1994 von Michael Storm geleitet. Gingen Anfangs die Sendungen noch per Schiffsfracht nach Bremen, so wurde die Verschickung bald auf Briefpost an Privatadressen organisiert, um der polizeilichen Fahndung zu entgehen. Größere Gebinde wurde bald nicht mehr direkt nach Deutschland verschickt, sondern über Dänemark eingeschmuggelt. Auch wurden zur Tarnung die Pakete nicht mehr nur in Lincoln, sondern auch in anderen US-amerikanischen Städten aufgegeben. Finanziert wird die Pressearbeit durch Spenden und Abogebühren der Abnehmer vor allem in Deutschland. Die Betreuung der Zellen in der Bundesrepublik übernahm ein gewisser Opal Soltau, der dort unter dem Decknamen Karl Hammer operierte. Eine "Beratungsfirma" R.J.G. Engineering Inc., über die Lauck Geld ins braune Boot bringen wollte, macht nur wenig Umsatz; mehr Gewinn wirft der Versandhandel mit NS-Devotionalien ab. Weiter gibt es Gerüchte über Zuwendungen von Altnazis in Südamerika, für die allerdings Beweise fehlen.

Die NSDAP/AO in Deutschland

Einigermaßen unklar ist bis heute, wie Lauck seine Kontakte zur bundesdeutschen Naziszene knüpfen konnte. Tatsache ist jedenfalls, daß er bei seinen Deutschlandreisen 1974 und 1976 wesentliche Kader des

Neonazismus kennengelernt hat und seitdem als der Hoflieferant für neonazistische Propaganda fungiert. Insbesondere der NS-Kampfruf, der in seiner deutschsprachigen Ausgabe angeblich eine Auflage von bis zu 20.000 Exemplaren erreichte, dient dabei der Verständigung unter den hiesigen NSDAP-Aktivisten. Um die Organisation der NSDAP/AO (wahlweise Auslandsorganisation legal in den USA oder Aufbauorganisation in Deutschland) gibt es eine Reihe von Vorstellungen, die davon ausgehen, daß es in Deutschland eine Vielzahl von isoliert voneinander arbeitenden Zellen gebe, die untereinander keine Kontakte hätten und die nur über die Zentrale in Nebraska miteinander in Verbindung stünden. Ganz offensichtlich läuft die Verteilung der NS-Materialien in der Tat auf diesem konspirativen Weg. Lauck rühmt sich im NS-Kampfruf auch eines "Zellensystems". Es "garantiert ein Höchstmaß an Sicherheit, da die Zellen untereinander keinen Kontakt haben. Gelingt es dem Gegner, eine Zelle zu zerschlagen, so arbeiten die anderen, gegebenenfalls sogar in derselben Stadt, ungehindert weiter. Durch das Zellensystem verhindern wir ein Einsickern des Verfassungsschutzes und anderer gegnerischen Gruppen in die Organisation".

Es gibt in der BRD seit Anfang der 70er Jahre eine Strömung unter den Neonazis, die nach dem Scheitern der NPD auf der parlamentarischen Ebene 1969/72 erneut die Neugründung einer NSDAP als politisches Ziel formulieren. Speziell die älteren Aktivisten der NS-Szene der 70er Jahre können auf eine politische Vergangenheit zurückblicken, die bis auf die verbotenen Nazigruppen "Sozialistische Reichspartei" oder "Bund Nationaler Studenten" zurückreicht. Vielfach übersehen wird die Tatsache, daß es seit Kriegsende immer im internationalen Maßstab eine Strömung gegeben hat, die den Nationalsozialismus wiederbeleben wollte. Bekannteste Vertreter der westdeutschen NS-Aktivisten waren dabei der schon erwähnte Thies Christophersen, Erwin Schönborn aus Frankfurt und der ehemalige Rechtsanwalt Manfred Roeder, dessen "Deutsche Aktionsgruppen" später mehrere Morde an Vietnamesen begingen. Verschiedene Gruppen wie die "Europäische Befreiungsfront" (1970), die "Nationale Deutsche Befreiungsbewegung" (1971; unter Roland Tabbert), die "NS-Kampfgruppe Großdeutschland" (1972), die "NS-Kampfgruppe Mainz" um die Gärtnerfamilie Müller in Mainz-Gonsenheim (seit 1969) oder die damalige Freiburger "Kampfgruppe Priem" um den aus DDR-Haft freigekauften Arnulf-Wilfried Priem u.a. traten unabhängig von Lauck mit provokativer NS-Propaganda an die Öffentlichkeit. Die formale Gründung einer sich als NSDAP verstehenden Nazi-Struktur vollzog sich in den Jahren 1973 bis 1975, wobei Lauck zwar einigen Anteil hatte, nicht aber als Initiator in Erscheinung getreten ist. Erster "Reichsleiter" war Wilhelm Wübbels, später folgte Gunnar Pahl in dieser Rolle. Insgesamt 16 Gruppierungen zählten sich zu dieser NSDAP. Zu den Gründern und Mitgliedern dieser NSDAP gehörten neben Wilhelm Wübbels, Thies Christophersen, der Familie Müller, Henry Beier (1979 Gründer der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene), Willi Wegener (nach einigen Jahren Knast Anfang der 90er Jahre im Vorstand der später wieder verbotenen Nationalen Offensive), Eberhard Hefendehl (der Anfang der 90er Jahre wieder als Drucker des Anti-Antifa-Blattes "Der Einblick" bekannt wurde) etc. Schon damals wurde eine Hamburger Gruppe um Lothar Wrobel als im Zusammenhang mit den NSDAP-Bestrebungen stehend erwähnt. Lothar Wrobel, der mittlerweile kein Nazi mehr sein will, war Anfang der 70er wegen derartiger Umtriebe verurteilt worden, gehörte zum NSDAP-Freundeskreis um Wolf-Dieter Eckart und tauchte wenig später im Gefolge Michael Kühnens wieder auf, der etwa 1975 von einem gewissen "Armin" für die NSDAP in Hamburg gewonnen wurde. In den 80ern haben bekannte Personen aus diesem Spektrum nach jedem Verbot einer ihrer Vereine durch Neu- und Umgründungen etc. bewiesen, daß es in der Tat einen Zusammenhalt hinter den in der Öffentlichkeit agierenden Gruppen gibt. Längere Zeit (bis zum Tod Kühnens) war es die "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", die eine Art von "Parteileitung im Reichsgebiet" darstellte, auch wenn in diversen Spaltungen und inner-faschistischen Fehden die Konkurrenz der Möchtegernführer immer wieder durchbrach.

Die NSDAP/AO in Lincoln/Nebraska hat für all diese Gruppen als Lieferant von Aufklebern und des NS-Kampfrufs eine Rolle gespielt. Zu manchen Zeiten war der NS-Kampfruf ein Blatt, über das deutsche Neonazis miteinander kommunizierten. Seit Anfang der 90er Jahre erscheint der NS-Kampfruf in mittlerweile elf Sprachen (Deutsch, Englisch, Schwedisch, Dänisch, Holländisch, Spanisch, Portugiesisch, Italienisch, Ungarisch und Russisch). Die Bedeutung Laucks für die Verbreitung des ganzen Nazi-Drecks im internationalen Verbund von Hitler-Epigonen ist kaum hoch genug anzusetzen. Auch wenn mittlerweile seine Firma in Nebraska nicht mehr die alleinige Verteilungsstelle für NS-Dreck ist (zu erwähnen sind heute insbesondere auch die osteuropäischen Länder, wo die Nazis völlig unkontrolliert - und zudem sehr billig - ihre Zeug produzieren lassen können), so hat Lauck doch über mehr als 20 Jahre eine Kontinuität nazistischer Umtriebe auf publizistischer Ebene organisiert, die für das Erscheinungsbild der Szene prägend gewesen ist.

Verglichen mit den verschiedenen Ansätze einer "Weltunion Nationaler Sozialisten" (WUNS) etc., die immer sehr bald in inneren Fehden zerfielen, ist Laucks Verein von einer völlig außergewöhnlichen Kontinuität. Völlig verfehlt und mythenbildend dagegen wäre es, wenn über die bekannten Strukturen hinaus aufgrund der Existenz konspirativer Verteilungswege eine völlig unbekannte Führungsstruktur der NS-Szene mit Lauck an der Spitze, oder - falls er doch nur der Statthalter sei - einem völlig unbekannten Supernazi als Hintermann konstruiert würde. Die hauptsächlichen Träger der nazistischen Politik sind allesamt seit Jahren wohlbekannt.

Die Rolle des Verfassungsschutzes

Nur wenige Tage vor dem Beginn des Prozesses gegen Lauck in Hamburg brannte die Wohnung des 23jährigen ehemaligen stellvertretenden Kreisvorsitzenden der Republikaner in Herford (bis 1992) und V-Mann des Verfassungsschutzes, Peter Schulz, aus. Dieser hatte jahrelang für den VS die internen Strukturen der NS-Szene ausspioniert und war vor einiger Zeit abgeschaltet worden. Nach seiner REP-Zeit baute Schulz, ausgestattet mit einem NSDAP/AO-Ausweis aus Nebraska, ein "Heimatschutzkorps Ostwestfalen-Lippe" auf, das vom Staatsschutz Ende 1995 (Schulz war da schon zwei Jahre lang VS-Spitzel) zerschlagen wurde. Schulz alias Fraga hielt sich 1974 in einem Lager bewaffneter litauischer Nationalisten in der Nähe von Klaipeda auf, fuhr auf VS-Kosten zu einem Treffen von internationalen NSDAP/AO-Leuten nach Griechenland etc. Genüßlich kolportiert der Spiegel dabei die Story, daß aufgrund der Informationen von Schulz und Hinweise der deutschen Behörden das FBI nahezu sämtliche Telefonleitungen Laucks in den USA abgehört habe und so Amtshilfe in regem Ausmaß geleistet habe.

Mensch muß heute davon ausgehen, daß der VS und der Staatsschutz seit Jahren engste Kontakte in die Szene hinein gehabt haben und jederzeit in der Lage gewesen wären, die Bezieher der Tonnen von NSDAP/AO-Materialien aus dem Verkehr zu ziehen. Dabei ist Schulz kein Einzelfall. Erst in den letzten Monaten wurden mehrere Fälle bekannt, wie VS-Informanten der Nazi-Szene "aufflogen".

Von Beginn der NSDAP-Aktivitäten an waren VS-Agenten mit im Boot:

- Die "europäische Befreiungsfront" war schon 1970 durch den VS-Agenten Krahberg aufgeflogen, der sie zuvor aktiv mit aufgebaut hatte.

- Die "Nationale Deutsche Befreiungsbewegung" des NSDAP-Mitgründers Tabbert flog 1971 durch den Spitzel J. Neumann auf.

- Die unter dem Decknamen "Schießclub Bocholt" gegründete NSDAP/AO des Wilhelm Wübbels (mit Kontakten zu Lauck) benannte als Kassenwart einen VS-Agenten. Werner Gotttwald alias "Reiser" berichtete jahrelang über wichtiges und Unwichtiges aus der Szene.

- Um Michael Kühnen herum waren gleich mehrere VS-Agenten aktiv: In der Braunschweiger Gruppe bastelte der VS-Agent Dieter Lepzien die Rohrbomben; in der Westberliner NSDAP/AO wurden gleich VS-Schreibmaschinen zur Verfassung von sogenannten "Femeurteilen" gegen "Verräter" zur Verfügung gestellt; der schwule Neonazi Bügner wurde in Hamburg als angeblicher Spitzel ermordet, ein anderer stellte sich dem VS als Informant zur Verfügung.

- Selbst die Terrorbande um Friedhelm Busses "Volkssozialistische Bewegung Deutschlands", die Anfang der 80er Jahre beim Weg zu einem Banküberfall von der Polizei gestellt worden war, wobei mehrere Nazis ums Leben kamen, war von Spitzeln durchsetzt.

Hält der Prozeß, was die Schlagzeilen versprechen?

14 Jahre, so die Ermittlungsbehörden, hätten sie gebraucht, um die Verteilungswege des Nazi-Materials aufzudecken und die angeblich wesentlichen Personen des Netzes ausfindig zu machen. Mit dem Prozeß gegen Lauck und den dann anstehenden weiteren Verfahren gegen die übrigen Mitglieder der kriminellen Vereinigung würde hier - wenn konsequent durchgeführt - eine Signalwirkung erzielt werden können. Insbesondere würde damit zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte eine informelle Verbreitungsorganisation rechten Materials als kriminelle Vereinigung auf der Anklagebank sitzen. Eine Verurteilung Laucks als Mitglied einer kriminellen Vereinigung wäre ein Novum und hätte erhebliche Brisanz, nicht nur was die Verfolgung gegen Rechte anbelangt, sondern auch in Bezug auf solche Verteilernetze von

strafbarem Material. Ohne öffentliche Aufmerksamkeit aber steht zu befürchten, daß außer einigen Schlagzeilen die reale Verfolgung dieser Neonazis weit hinter den Ankündigungen zurück bleiben wird.

ES, Hamburg

28. Auf dem Weg in die politische Esoterik? Kritik des Bausteine-Papiers

Damals und heute - Lobbyismus am Ende der Geschichte

Autor: Moe - aus · Rubrik: Umweltpolitik; Diskussion; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:33

BUKO 20: Herrschende Nachhaltigkeit - Nachhaltige Herrschaft

Vom 16.5.-19.5. fand in Heidelberg der 20. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) mit knapp 300 TeilnehmerInnen statt. Mit seiner Kritik an der BUND/Misereor-Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" ist der BUKO im letzten Jahr wieder in die Offensive gegangen. In den Arbeitsgruppen wurde die Kritik des BUKO an den Konzepten von Nachhaltiger Entwicklung vertieft und über Alternativen zum Neoliberalismus auf den Weltmärkten diskutiert.

Im Mittelpunkt der Plenumsdiskussion auf dem BUKO 20 stand das Papier "Bausteine für Perspektiven", das wir hier gekürzt wiedergeben. Der Schere zum Opfer fielen die Absätze "Fragen zum Subsistenz-Ansatz" und der Schluß des Textes "Gegenmacht und feministische Autonomie". Im ersteren Absatz werden tatsächlich nur Fragen formuliert; letzterer Absatz ist inhaltlich vergleichbar mit der Kritik an der Nachhaltigkeit von BUKO-Frauen (vgl. ak 389, Seite 30). Der nachfolgende Artikel "Auf dem Weg in die politische Esoterik?" faßt einige Kritikpunkte an dem Bausteine-Papier zusammen.

Worum geht`s bei der Auseinandersetzung: Nach dem Ausstieg der Lobby- und Professionalisierungs-AnhängerInnen 1992 bildeten sich im BUKO zwei unterschiedliche Strömungen heraus: die einen forderten einen Neubeginn der BUKO-Politik und stärkere Berücksichtigung von Themen wie Sexismus und Rassismus sowie die Reflexion der eigenen Verstricktheit in Unterdrückungsmechanismen. Als Perspektive wurde die Politisierung der Subsistenz ausgegeben. Die sogenannten "Traditionalisten" sperrten sich - trotz manchmal gegenteiliger Unterstellungen - nicht gegen die Diskussion dieser Themen. Sie warnten aber davor, im Prozeß der Erneuerung auch nach wie vor richtige Positionen wie z.B. die Kritik an Weltmarktstrukturen zu verabschieden. Angesichts des neoliberalen Durchmarsches müsse diese Kritik vielmehr neu thematisiert werden. Auch die Diskussion über Rassismus und Sexismus könne nicht abgelöst davon stattfinden.

Eine Einschätzung der Diskussionen und Ergebnisse des BUKO 20 fällt je nach Standpunkt sehr unterschiedlich aus. Wer - wie Thomas Oberfrank - dem BUKO schon früher nicht gerade zugeneigt war, sieht sich durch den diesjährigen Kongreß bestätigt (vgl. Lateinamerika-Nachrichten 264/265). Wer wie Tommy Schrödter dem BUKO grundsätzlich positiv gegenübersteht, da in ihm noch Debatten jenseits von Parlamentsfixierung und Lobbyismus möglich sind, konnte dem Kongreß durchaus positive Aspekte abgewinnen (vgl. ila 196). So bietet z.B. das für den BUKO 21 beschlossene Thema "Gegenmacht von unten" durchaus interessante Perspektiven. Mit Bezug auf dieses Thema wurde in einer Reihe von Beiträgen angeregt, die BUKO-Mitgliedsgruppen sollten sich in den jeweiligen Orten in die Bündnisse gegen den Sozialabbau mit internationalistischen Positionen einbringen.

Was waren das für Zeiten!? 70.000 - 80.000 Menschen gingen 1988 gegen die "imperialistischen Bestien" IWF und Weltbank auf die Straße. Noch heute bekommen einige alte AktivistInnen feuchte Augen, wenn sie daran denken. Und mittendrin bei den damaligen Diskussionen war ein lose strukturierter Verband, dem vor 20 Jahren ein paar Menschen den langweiligen Namen "Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" - kurz: BUKO - verpaßten.

Und heute? Die entwicklungspolitische Szene hat sich radikal verändert.

1. Statt 1, 2, 3 ... viele Vietnams zu schaffen, schuf mensch 1, 2, 3 ... viele Kampagnen. Kaffee-, Bananen-, Anti-Shell-Kampagne und, und, und. Die Anzahl der Kampagnen wuchs exponentiell mit dem linearen Rückgang der AktivistInnen. Auch der Charakter hat sich geändert. Früher entstanden Kampagnen irgendwie und versandeten nach einer gewissen Zeit auch wieder irgendwie, heute existiert im Gegensatz dazu eine ausgearbeitete Kampagnenkonzeption mit genau definierten Zielen, festem Budget, professioneller PR-Arbeit und exakt festgelegtem Zeitplan mit Vorspiel, Höhepunkt und Schluß als den wichtigsten Elementen.

2. Statt "Solidaritätskomitee" oder "Antiimperialistisches Komitee zur Befreiung von ..." nennen sich die Gruppen heute selber "Nichtregierungsorganisationen". Vielfach hat mensch den Eindruck, daß es deren höchstes Ziel ist, bei supranationalen UN-Gipfeltreffen als offizielle TeilnehmerInnen akkreditiert zu werden.

3. Statt die Abschaffung von IWF und Weltbank zu fordern, klagt mensch heute die Erhöhung der IDA-Anteile (einer Weltbank-Tochter) ein.

4. Statt "Gegenmacht von unten" aufzubauen, betreibt mensch heute "Coaching für Raubmörder", wie Ralf Schröder (in "Konkret", 4/96) das vielfach konformistische Engagement der Lobby-Gruppen bezeichnet.

"Ende der Geschichte"

Nach dem Höhepunkt von 1988 erging es der Anti-IWF/Weltbank-Bewegung wie vielen anderen sozialen Bewegungen vor ihr: Sie fiel in ein großes schwarzes Loch. "Wie weiter?"-Diskussionen beherrschten das Feld. Diese Diskussionen sind ein untrügliches Zeichen dafür, daß das Ende unmittelbar bevorsteht. Und so war es dann auch. Die Verfallszeit des "Neuen Internationalismus" betrug gerade mal ein Jahr.

In dieser ohnehin schwierigen Situation beschleunigten insbesondere zwei Ereignisse diesen Zerfallsprozeß:

Zum einen die Implosion der Sowjetunion und in deren Folge der Fall der Mauer. Die Herolde des Neoliberalismus riefen das "Ende der Geschichte" aus. Der Weltgeist in Form eines allumfassenden Kapitalismus hatte zu sich selbst gefunden. Der Teil der Linken, der diesen Zustand nicht akzeptierte, geriet unter enormen Legitimationsdruck. Und um auch allen zu beweisen, daß mensch aus der Geschichte gelernt hatte, wollte ein Großteil der Linken jetzt die kapitalistische Marktwirtschaft mitgestalten. Der real existierenden hiesigen Unterdrückungs- und Ausgrenzungsgesellschaft wurden mit dem Begriff der "Zivilgesellschaft" höhere Weihen verliehen.

Zum anderen hatte die Wahlniederlage der Sandinistas 1990 in Nikaragua gezeigt, daß ein eigenständiger Entwicklungsweg jenseits des Weltmarkts nicht möglich war. Zudem kam die politische Macht nicht mehr aus den Gewehrläufen, wie es bei Mao einmal hieß, sondern aus den Büros von IWF und Weltbank.

Die Geburt des Lobbyismus

In dieser Phase der Krise, der Verunsicherung und der schrumpfenden Strukturen traf es sich gut, daß eine Politikform aus den USA in die BRD herüberschwappte, der einem Teil der entwicklungspolitischen Community wieder neue Perspektiven brachte: die Lobbypolitik.

Genauer gesagt war der Import des Lobby-Ansatzes eine bewußte Reaktionsweise auf die geschilderten Krisenprozesse. Nicht mehr Konfrontation, sondern Kooperation hieß jetzt die Devise. Notwendig für diesen Ansatz sind kleine, hochprofessionalisierte und -ausdifferenzierte Organisationen, wie Germanwatch, WEED und Urgewald oder - bei großen Organisationen wie Greenpeace - hierarchische Entscheidungsstrukturen. Nun wurde nicht die gesamte Politik von IWF und Weltbank kritisiert, sondern die Schädlichkeit von Einzelprojekten nachgewiesen. Gelegentlich, wie beim Narmada-Staudamm-Projekt in Indien oder bei Arun III in Nepal, war dieser Ansatz durchaus erfolgreich. Beschleunigt wurde der Trend zum Lobbyansatz durch die großen UN-Konferenzen der letzten Jahre.

Doch dieser Ansatz hat auch seine Konsequenzen: Wer als kompetente/r GesprächspartnerIn von den Entscheidungsträgern akzeptiert werden will, muß die HERRschenden Spielregeln des Systems akzeptieren. Stattdessen sollen die politischen Entscheidungsträger mit den "besseren" Argumenten gefüttert werden. Implizite Annahme dieses Ansatzes ist, daß bestimmte Entscheidungen auf Unkenntnis oder falsche Informationen zurückzuführen sind.

Vor diesem Hintergrund ist auch der bündnispolitische Ansatz der Lobbygruppen besser zu verstehen. Wenn es keine strukturellen Interessengegensätze mehr gibt, wird eine "Wir-sitzen-doch-alle-in-einem-Boot"-Mentalität erzeugt und reproduziert. Es wird versucht, selbst dem dümmsten und härtesten kapitalistischen Betonkopf nachzuweisen, daß es eigentlich in seinem "wohlverstandenen Interesse" sein müßte, eine sozial und ökologisch nachhaltige Politik zu unterstützen.

Eine besondere Karriere in Lobbykreisen hat der Begriff "Kohärenz" gemacht. Fast täglich wird eine "kohärente" deutsche Entwicklungspolitik eingefordert. Wer sich aber an den Fakten orientiert (s. die Kritik am

Bondoc Development Program auf den Philippinen in ak 391), wird an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß es eine solche Kohärenz schon längst gibt: Sie besteht - so einfach ist manchmal die Welt - im Export eines kapitalistischen Politik- und Wirtschaftsmodells. Und so ist heute schon eines sicher: Wenn morgen mit hohen Profitmargen die neuesten High-Tech-Waffen in alle möglichen Konfliktgebiete exportiert werden, dann wird übermorgen der Chor der Lobbyorganisationen nachhaltig ertönen und wieder die angeblich fehlende Kohärenz der Entwicklungspolitik einfordern! Und wenn die PolitikerInnen dann noch nicht kuschen, bleibt ja noch die Erstellung von Wahlprüfsteinen als Drohpotential.

Ansonsten werden die Reden der MinisterInnen, wie bei der Gründung des NRO-Dachverbandes VENRO und bei der Präsentation der Wuppertal Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", jeweils mit rauschendem Beifall bedacht.

Doch nach fünf, sechs Jahren Lobbypolitik treten auch bei den Lobby-PropagandistInnen die ersten Ermüdungserscheinungen auf. Gipfelluft ist dünn. Und das ständige Springen von Gipfel zu Gipfel und dem damit verbundenen Nachweis von Kompetenz und Handlungsfähigkeit ermüdet. So resultiere, sagt etwa Joachim H. Spangenberg vom BUND und vom Forum Umwelt & Entwicklung (FUE), die Teilnehme der RROs an den UN-Konferenzen in einem "Mißverhältnis von Aufwand und Ertrag". Es bestünde die Gefahr eines "participation overkill" (s. FUE-Rundbrief 4/94). Die krisenhaften Entwicklungen führten auch im BUKO zu Diskussionen, wie eine "zeitgemäße" Organisationsstruktur auszusehen habe. Im Gegensatz zu vielen NROs hat der BUKO den Weg hin zur Professionalisierung und zur Lobbypolitik nicht mitgemacht. Damit war erst mal klar, was der BUKO nicht will. Wie es weitergehen soll, war und bleibt jedoch völlig offen.

Moe

(Red. bearbeitete Auszüge aus: 20 Jahre BUKO - Die Wüste lebt, S.3-6.)

Dokumentation:

Bausteine für Perspektiven

Das folgende Papier, aus dem wir Auszüge dokumentieren, war gedacht als Diskussionsgrundlage für das Kongreßplenum, ist also kein fertiges Werk ...

Mit den Praktiken

der Unterwerfung brechen

Dieser Text ist kein Vorschlag für eine bessere Regierung, für eine neue Partei, eine internationale Lobbyorganisation. Er erhebt keinen Anspruch darauf im Zentrum zu stehen und für alle zu sprechen. Die hier zusammengetragenen Gedanken und Überlegungen wurden über zwei Jahre in verschiedenen, oft eher losen Gruppen, diskutiert. Eine dieser Gruppen ist im Kontext des BUKO entstanden (die AG "Danke für den Fisch"), andere haben mit den jeweiligen Orten und Diskussionszirkeln und -szenen der je einzelnen zu tun. Aneinander interessiert hat uns, die bei allen mehr oder weniger spürbare und ausgesprochene Sehnsucht, nach einem politischen Ort jenseits von Ideologie, den allseits bekannten und von vielen schmerzlich erlebten Verkürzungen und Spaltungen, jenseits des Ausschlusses und der Ausgrenzung. Ein Ort radikaler herrschaftskritischer Subjektivität und sozialer Praxis, ein Ort antihegemonialer Politik nach außen und innen in die eigenen Zusammenhänge hinein. Zusammengebracht hat uns eine inhaltliche Nähe in der Analyse der jetzigen Situation sozialer Bewegung, eine Ähnlichkeit in der Einschätzung von politisch Notwendigem und eher Unwichtigem und nicht zuletzt Haltungen zu Formen der Organisierung politischer Aktion. Politikfähigkeit wollen wir wieder zurückbinden an die Widerständigkeit und Dissidenz von Lebensformen.

Wie können wir die Kritik an den kulturellen Praxen der Unterwerfung mit der Produktion einer antihegemonialen kulturellen Praxis der eigenen Gruppe, der eigenen Lebensformen und Politik zusammenbringen, waren Fragen, die uns umtrieben. Wie können wir der Auftrennung von Lebenszusammenhängen in ökonomische, politische, kulturelle etwas entgegensetzen? Wie hängen wir selbst drin in den Entwicklungsversprechen der Moderne, deren herrschaftliche Gehalte wir analysieren und zurückweisen? Wie können wir zu Parasiten dieses Systems werden und nicht zu Wasserträgern? Dies wollen wir reflektieren jenseits eines narzißtischen Kreisens um die eigene Person, um uns selbst, die eigenen Verletzungen und Egozentrismen. Wir wollten wissen, was Eigenmacht heißen kann angesichts der

Herrschaftsansprüche und Zumutungen einer Weltgesellschaft, die ökologische Zerstörungen ebenso willfährig und zwanghaft produziert wie die Ausgrenzung von Menschen und deren Unterwerfung, wie Krieg und soziales Chaos.

Aller Bewegung Anfang liegt in der Zurückweisung dominanter Realität als wahr, universell, allgemeingültig. Soziale Bewegung als Kritik an Herrschaft entsteht aus dem Bewußtsein, daß auch anderes möglich ist, daß das in der herrschenden Praxis Verschwiegene, Ausgegrenzte einen Wert hat für andere Formen des Zusammenlebens von Menschen. Und mehr - auch das jetzige wäre nicht möglich ohne diese unterworfenen und tabuisierten Praxen.

Die Zusammenhänge sind andere als die proklamierten: Wiederbewaffnung verhindert keinen Krieg, Atomkraftwerke sorgen nicht für saubere Energie, Gentechnik nicht für ausreichend Nahrung und Gesundheit, Kapitalismus nicht für Arbeit, Sozialstaat nicht für ein menschenwürdiges Auskommen für alle, Entwicklungshilfe nicht für kulturelle Vielfalt, Naturschutz nicht für unbeschadete Natur. Quotierung schafft keinen alltäglichen Sexismus und Rassismus ab, Bildung führt nicht zu größerer Urteilskraft, Gleichberechtigung bringt ebensowenig umstandslos Gleichheit mit sich wie Solidarität mit den Ausgegrenzten. Die Liste läßt sich beliebig verlängern. Also muß es bei alledem um anderes als das Vorgegebene gehen. Es geht um die Vereinnahmung für und die Zuarbeitung zu Herrschaftsverhältnissen, von denen wenige viel, etliche einiges und die meisten gar nichts haben außer ihrer ideologischen und realen Zugehörigkeit und der hierfür notwendigen Entwertung des eigenen konkreten Lebens.

Wider diese Dominanzverhältnisse, die Illusionen der Machbarkeit und die Verführungen, an Herrschaft zu partizipieren, die Logiken des Sachzwangs und der Erfolge vorgegebener Lösungs- und Lebenskalküle setzen wir das Wissen um deren verschwiegene Geschichte, deren nicht ersetzbaren Grund: das sind die Menschen mit ihren Beziehungen, in vielen Fällen mit ihrem alltäglichen Mühen ums Überleben, dort, wo sie wirklich arm sind und hier in den reicheren Ländern, wo es mehr um die psychischen Beschädigungen geht, aber auch um materielle Not, um Einschränkung und Entzug von Lebensmöglichkeiten.

Und wir als Bewegung, als diejenigen, die nicht länger nur zeigen wollen, was dahinter steckt, die wir längst die Begrenztheiten von Provokation und Demaskierung kennen, uns geht es jetzt und heute um einen Schritt, der unser bisheriges Wissen verbindet mit einer politischen Perspektive und Praxis, die mit der ständigen Wiederherstellung dieser Verhältnisse, mit der fast psychopathischen Wiederholung, wenn auch in oft äußerlich anders erscheinenden Formen, nachhaltig bricht.

(...)

Abwicklung des Nordens -

eine programmatische Alternative

Auf den Zug der "Modernisierung" oder "Ökologisierung" wollen wir nicht aufspringen - aber bei der bloßen Kritik können wir auch nicht stehenbleiben, wenn es uns ernst ist damit, diese Verhältnisse und unser eigenes Leben darin verändern zu wollen. Anhand welcher Kriterien entscheiden wir, was in die richtige Richtung geht und was nur das bestehende neu tapeziert? Welche programmatische Alternative haben wir?

Im Zentrum unserer Perspektiven steht die Kritik der Herrschaftsverhältnisse. Eine programmatische Alternative (zur "Modernisierung", "Ökologisierung", aber auch zur Nischenpolitik) besteht in der Zurückdrängung des herrschaftsförmigen Zugriffs auf Natur und Arbeit: des Zugriffs des Nordens auf Natur und Arbeit des Südens; des Zugriffs des "globalen Produktionssektors" auf Flächen, Ressourcen, Geld und Ideen in allen Ländern; des Zugriffs der "Leistungsträger" auf die Zuarbeit und Verfügbarkeit aller anderen; des Zugriffs, mit dem die "strategische" Seite unserer Persönlichkeit unsere physisch-spontane Seite zurichtet und vermarktet. Es geht um "Entmachtung" auf der einen, um Unabhängigkeit und Autonomie auf der anderen Seite. Dies geschieht dadurch, daß die Hauptinstrumente des Zugriffs begrenzt und zurückgedrängt werden.

"Abwicklung des Nordens als Herrschafts- und Gesellschaftssystem" meint genau das. Das Konzept der Abwicklung umfaßt fünf Punkte:

1. Das Unterbinden jedweder Intervention: Die Fähigkeit des Nordens zur militärischen Intervention blockieren!

2. Das Zurückdrängen des globalen Sektors: Dem Wirtschafts- und Gesellschaftssektor, der für Weltmarktkonkurrenz auf globalen Märkten arbeitet, das Wasser abgraben!

3. Entprivilegisierung der formalen Arbeit: Eine unabhängige Existenzsicherung für alle verwirklichen; die Privilegien der "Formalarbeiter(innen)" durchkreuzen!

4. Autonome Aneignung von Räumen und Zusammenhängen: Städtische Räume, ländliche Flächen, logistische Zusammenhänge "besetzen" und kollektiv nutzen!

5. Maßnahmen zur direkten Überlebenssicherung: Grundnahrungsmittel aus dem Weltmarkt herausnehmen, regionale Versorgungsstrukturen aufbauen!

Eine Politik der Abwicklung führt in der Konsequenz zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft, die nicht mehr auf Kosten anderer Gesellschaften lebt und sich keinen "Herrschaftskonsum" leistet. Weitere Vorgaben gibt es nicht. Es gibt kein kulturelles Diktat von Lebensformen - "subsistent" oder "urban", "ökologisch" oder "anarchisch".

Die Programmatik der Abwicklung ist Gegenstand eines neuen Typs sozialer Auseinandersetzungen: der postmodernen Aufstände. Von Chiapas bis Nigeria, von Südindien bis zu den Peripherieregionen innerhalb des Nordens formulieren die postmodernen Aufstände ein "Es reicht!" gegenüber den Zumutungen der neoliberalen Globalisierung. Sie wollen nicht den Staat übernehmen, setzen nicht auf den militärischen Endsieg, haben kein fertiges Konzept einer Umgestaltung von oben. Sie verbinden einen defensiven "Stop" weiterer Zumutungen mit dem Aufruf zur subversiven Umgestaltung. Bei allen Unterschieden der Formen und Inhalte: eine radikale Alternative durchzusetzen, bedeutet für uns hier Solidarität mit diesen Versuchen und die Suche nach dem für unsere gesellschaftliche Situation fälligen "Break".

Diese Politik ist nur möglich, wenn es in der sozialen Bewegung Organisationen gibt, die eine progressive Alternative auch innerhalb ihrer eigenen Bewegung darstellen. Für unsere Perspektive der Veränderung ist es daher unabdingbar, Organisationszusammenhänge aufzubauen, die Orte einer antipatriarchalen Kultur sind; die attraktiv sind als Lebenszusammenhänge; die in der Lage sind, ihre eigenen Herrschafts- und Dominanzstrukturen zu reflektieren und zu verändern.

Ansätze eines

neuen Politikverständnisses

Wie ein an unserer eigenen (politischen) Praxis orientiertes Politikverständnis aussehen könnte, läßt sich in fünf Punkten verdeutlichen:

1. Herstellung und Aufwertung verläßlicher Beziehungen.

Wie kommen wir zu einem Leben, in dem wir unsere Lebensziele gemeinsam mit konkreten Menschen - und nicht durch individuelle Zurichtung und durch die Abhängigkeit von institutioneller Macht - zu bestimmen und zu verwirklichen suchen?

2. Aufhebung der Differenz von Produktion und Reproduktion.

Wie finden wir zu einer (politischen) Arbeitsweise, die allen Parteien Anregung und Kraft gibt, anstatt ihre Kreativität und Arbeitskraft (im weitesten Sinn) zu vernutzen?

3. Aufhebung der Auftrennung von Lebenszusammenhängen in ökonomische, politische, kulturelle und soziale Faktoren.

Wie gehen wir um mit den knallharten Effizienz- und Rationalitätsansprüchen, die hierzulande an ‚politische` Arbeit gestellt werden und die sich mit den Stichworten ‚NGO-isierung`, ‚Professionalisierung` und ‚Lobbyismus` umschreiben lassen? Wie lebbar - oder aber: wie ‚fundamentalistisch antiquiert` - ist demgegenüber ein Politikverständnis, in dem Ideen wie konsensorientierte Entscheidungsfindung, Herstellung einer Beziehung zwischen politischer Arbeit und Alltag sowie der Anspruch herrschaftsfreier Kooperation eine tragende Rolle spielen?

4. Lokal denken, global handeln.

Inwiefern ist es gerade ein Selbstwiderspruch, wenn internationalistisch orientierte Gruppen sich vorrangig um die Veränderung der Verhältnisse im eigenen Land kümmern und mit gleichgesinnten Menschen im Süden den politischen Austausch suchen, anstatt jene mit ‚alternativer Entwicklungshilfe` und ‚fairem Handel` zu beglücken?

5. Kollektividentitäten abbauen.

Wenn Herrschaft tatsächlich auf der diskriminierenden Einteilung von Menschen in ‚Rassen`, Klassen und Geschlechter beruht, wie schaffen wir es dann, soziale Kategorisierung nicht einfach nur umzudrehen (indem wir uns positiv auf Kategorien wie ‚Schwarze`, ‚ArbeiterInnen` und ‚Frauen` beziehen), sondern diese Zwangseinteilung von Menschen wenigstens ansatzweise ein wenig aufzulösen (zu ‚dekonstruieren`)? Wie überwinden wir die auch in der Umkehrung der genannten herrschaftsförmigen Kategorisierung noch wirksamen Ausschlußlogiken vom ‚Wir vs. Anderem`, ‚Eigenem vs. Fremdem` und ‚Opfern vs. Tätern`? Oder dienen diese Fragen nur der ideologischen Schwächung des kollektiven Widerstandes der diskriminierten Menschen, indem ihnen der Bezugspunkt zur Solidarisierung mit den jeweiligen LeidensgenossInnen genommen werden soll?

Wir benötigen im BUKO nicht in erster Linie neue politikfähige Konzepte. Die Kritik, die Reflektion unseres politischen Selbstverständnisses sei pure Selbstbespiegelung und ‚Nischenpolitik`, verkennt die Funktionsweise institutioneller Herrschaft. Es geht um die Frage, wie sich institutionelle Herrschaft auch in der Theorie und Praxis ihrer KritikerInnen manifestiert. Wie haben in puncto Herrschaftskritik nichts Relevantes ‚nach außen` zu sagen, solange wir uns dieser Herrschaftsförmigkeit unserer eigenen Umgangsformen und politischen Forderungen nicht ernsthaft stellen. Es gibt den Mythos, ‚wir` seien ja bereits herrschaftskritisch drauf und müßten dies nur noch ‚nach außen` besser verkaufen. Worum es geht, ist die Reflektion der eigenen Mittäterschaft auch gerade in einer vom Anspruch her gesellschaftskritischen politischen Praxis. Es geht hingegen nicht um Psychologismus und die Umwandlung des BUKO in eine Selbsterfahrungsgruppe.

Die in den fünf Punkten thematisierten institutionellen Herrschaftsformen sind Strukturen des modernen Weltsystems. Wer sie in der eigenen Lebenspraxis (wo denn sonst?) zu ‚dekonstruieren` sucht, ist damit unmittelbar gesellschaftspolitisch tätig und auf internationalen Erfahrungsaustausch angewiesen. Dies werden wir hautnah erleben, sobald wir Schritte zum ‚Praktischwerden der Kritik`, also zum Aufbau einer entsprechenden Gegenkultur hier bei uns unternehmen. (...)

Auf dem Weg in die politische Esoterik? -

Kritik des Bausteine-Papiers

Den AutorInnen des Bausteine-Dokuments gebührt das Verdienst, maßgeblich an der BUKO-Kritik der BUND/Misereor Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" beteiligt gewesen zu sein. Mit den von ihnen vertretenen Positionen gelang es, die Lethargie im BUKO wieder aufzubrechen. Gerade deswegen muß aber eine Auseinandersetzung mit ihren Positionen erfolgen. Dies soll im folgenden ansatzweise geschehen, die Ausführungen sind jedoch nur "Bausteine einer Kritik" und keineswegs vollständig.

Kritik als intellektuelle Selbstpreisgabe

In meinem naiven Verständnis von emanzipatorischem Sprachgebrauch hat Sprache die Funktion über die gesellschaftlichen Verhältnisse aufzuklären, d.h. konkrete Kritik der Macht- und Unterdrückungsverhältnisse. Dazu ist eine Arbeit an den verwendeten Begriffen notwendig, damit die verwendeten Begriffe auch einen zeitdiagnostischen Wert haben. Für wen z.B. Imperialismus, Kapitalismus und Faschismus alles dieselbe Soße ist, der ist nicht mehr in der Lage, Veränderungen adäquat wahrzunehmen. Wer - wie zumindest einige der Baustein-AutorInnen - Demokratie lediglich "als Mythos und als anti-emanzipatorische Realität" analysiert und nicht auch als "Effekt von Diskursen" (Foucault) oder im Anschluß an Althusser und Poulantzas als eine spezifische ungleiche Verdichtung eines Kräfteverhältnisses, in dem sich die Kämpfe eingeschrieben haben, der/die sollte schon konkrete Alternativen zur "Demokratie" benennen können.

Die notwendige Arbeit an den linken Begrifflichkeiten kann nicht den großen Wurf leisten. Sie ist gerade nach der Zäsur von 89 nicht einfacher geworden, da sich die Linke in der Tat die Frage stellen muß, was von den früheren Positionen auf den Müllhaufen der Geschichte gehört und was erhaltenswert ist. Viele verzichten aber auf diesen notwendigen und manchmal schmerzlichen Prozeß der Selbstreflexion. Joachim Hirsch ist völlig

recht zu geben: "Die nach 1989 endemisch gewordene intellektuelle Selbstpreisgabe vieler Linker besteht nicht so sehr darin, das Scheitern von Ideen und Konzepten eingestanden haben zu müssen, sondern dies mit der Aufgabe theoretischer Ansprüche überhaupt zu verbinden." (s. links 5/6, 96, S. 54, Von der ‚Zivil-` zur ‚Bürgergesellschaft`. Etappen eines anscheinend unaufhaltbaren Abstiegs). Die Gefahr der intellektuellen Selbstaufgabe besteht aber bei zwei Richtungen: zum einen bei denjenigen, die ihre frühere Kritik der Machtverhältnisse - meist auf Basis einer ökonomietheoretisch begründeten Kapitalismuskritik - aufgeben zugunsten einer als herrschaftsfrei imaginierten Zivil- oder Bürgergesellschaft. Zivilgesellschaft wird dabei nicht im Sinne Gramscis als Ort verstanden, in dem die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte in den unterschiedlichsten Institutionen um die kulturelle Hegemonie ringen, sondern Zivilgesellschaft wird hier als Ort des Guten in platter dualistischer Manier dem "bösen" Staat entgegengestellt. In dieses Lager gehört auch der Großteil der VertreterInnen eines Lobbyansatzes (siehe Artikel "Der BUKO in der neuen Weltordnung"); zum anderen besteht diese Gefahr bei einer anderen Position, wie sie in dem Bausteine-Papier zum Ausdruck kommt. Auch diese Position nimmt die Zäsur von 89 nicht zum Anlaß, sich konkret zu fragen, welche Positionen der Linken oder des BUKO früher falsch waren und an welchen weiterhin festzuhalten ist. Für sie ist 89 vielmehr der Beweis dafür, daß die gesamte bisherige linke Politik gescheitert ist. Die Linke hat im Prinzip dieselben Grundannahmen geteilt wie die kapitalistische Modernisierungstheorie. Diese sind: ein linearer Entwicklungsbegriff, Universalismus, eine blindwütige Industrialisierung, Technikverherrlichung und Wissenschaftsgläubigkeit sowie Staatsfixierung und ein alles umfassender sozialstaatlicher Korporatismus. Die Linke hat sich also in dieser Sicht nicht qualitativ von rechter Politik unterschieden, sie hat im Gegenteil die Entwicklungsversprechen der Moderne eingefordert. Das Beispiel Dependenztheorie soll das verdeutlichen. Die linken DependenztheoretikerInnen haben die VertreterInnen der klassischen Modernisierungstheorie deshalb kritisiert, weil deren Konzepte von Modernisierung nicht funktionieren können. Der Grund liegt darin, daß der Kolonialismus Strukturen geschaffen hat, die es den Ökonomien und Staaten der sogenannten "Dritten Welt" nicht ermöglichen, aus eigener Kraft sich am freien Weltmarkt gegen die Industrieländer durchzusetzen. Notwendig ist deshalb eine Abschottung gegen den Weltmarkt, wie es beispielsweise der deutsche Zollverein seit 1834 praktiziert hat. Nur so sei Wachstum, Industrialisierung, Demokratie und Wohlstand für alle möglich. Die Linken beklagten sich also über die Halbierung der Moderne durch die Rechten.

Lob der

postmodernen Differenz

Von diesem linearen patriarchalem Entwicklungsdenken gilt es also Abschied zu nehmen. Propagiert werden neben den postmodernen Aufständen wie in Chiapas auch ein postmodernes Bewußtsein, daß das in der herrschenden Praxis Verschwiegene, Ausgegrenzte einen Wert hat für andere Formen des Zusammenlebens von Menschen." Lob der postmodernen Differenz also - so lautet das fast schon metaphysische Schlagwort aller Postmodernen (zur Postmoderne-Diskussion siehe die beiden Bücher von Wolfgang Welsch: "Wege aus der Moderne" und "Die postmoderne Moderne").

So viel Richtiges und Bedenkenswertes an der Kritik der Postmodernen an der Moderne ist, so wird in dem Bausteine-Papier das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Genau dort wo es spannend werden könnte, brechen sie ab. Steht z.B. die propagierte Differenz z.B. in einem absoluten Gegensatz zum kritisierten Universalismus? Wenn ja, dann müßte mensch konsequenterweise auch die Todesstrafe, das Abhacken von Gliedmaßen oder die Beschneidung der Klitoris bei Mädchen als Ausdruck lebensweltlicher Differenz bzw. kultureller Autonomie verteidigen.

Begriffe wie Postmoderne, Universalismus sind unscharf und sollten nicht unhinterfragt in linken Zusammenhängen verwendet werden. Wie gefährlich dies sein kann, zeigt folgendes Beispiel: Im Namen der postmodernen Differenz geht auch einer der klügsten Köpfe der neuen Rechten, Henning Eichberg, hausieren. Dieser hat Abschied genommen von einem biologistisch begründeten Rassismus und vertritt statt dessen eine ethno-pluralistische Variante von Rassismus und Darwinismus (vgl. Assheuer/Sarkowicz: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, 1992). Liest mensch seine Texte, so stellt sich zuerst der Eindruck ein, hier schreibe ein Linksradikaler. Wahrscheinlich deswegen haben seine Artikel bereits Eingang in Zeitschriften der Solibewegung gefunden (vgl. Entwicklungspolitische Korrespondenz 4/93). In dem EPK-Artikel "Ethnos und Demos - die miteinander sprechen können" kritisiert er die Zerstörung der Kulturen zahlreicher Ethnien auf Sumatra, Sulawesi, Irian Jaya und anderen Regionen durch das

Transmigrasi-Umsiedelungsprogramm der indonesischen Regierung. Dieses Projekt der Durchmischung führt zu einer Zerstörung der heimischen Ethnien. Diese Kritik dürften viele Solidaritätsbewegte teilen. Eichberg fordert jedoch die Einheit von Ethnos und Demos. Der Trick seiner Argumentation erschließt sich hier aus dem Gesamtzusammenhang. Die implizite Botschaft lautet: Eine multikulturelle Gesellschaft funktioniert nicht. Wer die Zerstörung der Kulturen durch Transmigrasi kritisiert, muß auch die Zerstörung deutscher Kultur vor allem durch moslemische/türkische ImmigrantInnen kritisieren. Die Moslems/Türken mögen brave Leute sein, aber in Deutschland haben sie nichts zu suchen.

Dies soll nur verdeutlichen, wie notwendig eine linke "Arbeit am Begriff" ist. Mit Scheinalternativen à la Postmoderne vs. Moderne ist kein Millimeter an Erkenntnisgewinn erreicht.

Fehlende sprachliche Klarheit

Daß sich das Bausteine-Papier durch begriffliche Klarheit auszeichnet, kann nun wirklich niemand behaupten. Statt dessen wird die begriffliche Unschärfe überdeckt durch Wortneuschöpfungen wie "Abwicklung des Nordens", "Dissidenz von Lebensformen". Hinzu kommen Begrifflichkeiten, die - wohlwollend interpretiert - zumindest mißverständlich sind. Was soll mensch z.B. unter "Entprivilegisierung der formalen Arbeit" verstehen? Das in einer Zeit, in der die formale Arbeit tagtäglich entprivilegisiert wird, wogegen in Bonn erst kürzlich 350000 Menschen auf die Straße gingen. Warum wird hier nicht die Entprivilegisierung der EigentümerInnen von Produktionsmitteln und sonstiger Vermögender gefordert? Warum nicht die Neuverteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit auf alle einfordern?

Und was bitte ist unter dem "Zurückdrängen des globalen Sektors" konkret zu verstehen? Versuchen nicht gerade die von den Bausteine-VerfasserInnen angefeindeten gewerkschaftlichen Linken den "globalen Sektor", zurückzudrängen? Sie sind doch eine der wenigen, die versuchen, Alternativen zum Weltmarkt und der nationalistischen Standortdebatte zu entwickeln. Ist es nicht sinnvoll, sich auch auf diese Kämpfe zu beziehen, mit all ihren Widersprüchen?

In einigen Passagen ist das Papier sogar in sich widersprüchlich. Da wird auf der einen Seite von der "Sehnsucht" nach einem politischen Ort gesprochen "jenseits von Ideologie, den allseits bekannten und von vielen schmerzlich erlebten Verkürzungen und Spaltungen, jenseits des Ausschlusses und der Ausgrenzung"; ein paar Spalten später heißt es: "Diese Politik (der Abwicklung des Nordens, Anm. moe) ist nur möglich, wenn es in der sozialen Bewegung Organisationen gibt, die eine progressive Alternative auch innerhalb ihrer eigenen Bewegung darstellen." Die AutorInnen als Speerspitze der Revolution, tschuldigung, der "Abwicklung des Nordens". Eine Organisation zeichnet sich immer dadurch aus, daß sie andere ausschließt, sonst bräuchte mensch keine. Das ideologiefreie Geplaudere verkommt zur Ideologie pur. Zweites Beispiel: In einem oben nicht dokumentierten Abschnitt wird gefordert, "eingeschliffene Mythen der sozialen, alternativen oder linken Bewegung ins Wanken zu bringen". Zu diesen Mythen "gehört auch die unausrottbare Südfixierung. Immer noch wird (...) bei der Suche nach Perspektiven erwartungsvoll auf die Menschen aus der sog. Dritten Welt gesetzt", während kurz zuvor die postmodernen Aufstände in Chiapas, Nigeria und Südindien abgefeiert werden. Fällt euch nichts auf, liebe GenossInnen? Oder liegen diese Regionen vielleicht nicht mehr im Süden, sondern in den "Peripherieregionen des Nordens"? Fragen wird man ja wohl noch dürfen.

Das Pathos des Neuen

Wenn dieses Papier trotzdem eine gewisse Ausstrahlung besitzt, dann gerade nicht wegen der darin enthaltenen logischen Stringenz und seiner argumentativen Wirkungsmacht. Im Gegenteil. Die Anziehungskraft speist sich aus dem Pathos des Neuen, das es verstrahlt. Mensch fühlt sich an Adornos Heidegger-Kritik im "Jargon der Eigentlichkeit" erinnert, wenn Adorno feststellt, daß Heideggers Worte klingen "wie wenn sie etwas Höheres sagten, als was sie bedeuten." Und: "In Deutschland wird ein Jargon der Eigentlichkeit gesprochen, Kennmarke vergesellschafteten Erwähltseins, edel und anheimelnd in eins." Dieses Edle und Anheimelnde zeigt sich im Bausteine-Papier darin, wenn in romantisch-lebensphilosophischer Manier der Wunsch nach dem "konkreten Leben" bzw. dem "konkreten Menschen" geäußert wird, mit "dem wir unsere Lebensziele gemeinsam (...) zu bestimmen und zu verwirklichen suchen." Der "konkrete Mensch" also als das revolutionäre Subjekt mit dem mensch auf die Suche gehen kann nach Novalis "blauer Blume der Romantik", dem nicht Entfremdeten, dem faktischen Leben als der wirklichen Wirklichkeit Heideggers.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß sich die Inhalte des Bausteine-Papiers gar nicht durch Argumentation erschließen sollen. Dieses z.T. metaphysische Geraune verbaut einen solchen Zugang. Der Inhalt soll sich vielmehr durch das Gefühl, durch Intuition erschließen. Die Botschaft: Vergeßt die bisherigen linken Ritter von der traurigen Gestalt und ihre Windmühlenkämpfe gegen den Kapitalismus. Vergeßt das ganze Klein-Klein der oft zermürbenden Alltagspolitik. Mit dem Konzept der Abwicklung des Nordens haben wir eine programmatische Alternative, die einen gesellschaftlichen "Break" mit "konkreten Menschen" ermöglicht.

Nicht umsonst wird deshalb auf eine kritische Analyse der eigenen Geschichte völlig verzichtet. In der alternativen Projektszene findet derzeit ein "Kahlschlag" statt, wie Kurt Regenauer in der contraste 4/96 schreibt: "Nachdem die Projektelandschaft der achtziger Jahre (...) `verdaut und geläutert wurde, kann sie in den Neunzigern wieder ausgeschieden und - nach Verlust ihres ganzen Widerstands- und Neuerungspotentials - im letzten Drittel der kommenden Armutsgesellschaft entsorgt werden. Resultat sind vereinzelte Not- und Überlebensgemeinschaften, die sich an den spärlichen Futtertrögen hierzulande drängeln." (ebda.). Wer wie die Bausteine-AutorInnen die "Autonome Aneignung von Räumen und Zusammenhängen" als Bestandteil einer programmatischen Alternative ausgibt, muß die Gründe dieses Scheiterns reflektieren. Und wer schließlich die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" von BUND und Misereor zu Recht gerade wegen ihrer Geschichtslosigkeit kritisiert, der muß das Verhältnis seiner eigenen Kritik der Moderne zu der älteren Datums klären, z.B. - um nur einige Autoren des 20. Jahrhunderts zu nennen - zu Bergsons Lebensphilosophie, zu Heideggers Technik- und Wissenschaftskritik, zu Günter Anders' "Antiquiertheit des Menschen", zu Arnold Gehlens pessimistischer philosophischer Anthropologie und last but not least zu Horkheimer/Adornos "Dialektik der Aufklärung". Wer weiß, wo der neue Wurf sonst noch landet.

moe

Die Broschüre "20 Jahre Buko" ist erhältlich bei: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, für 6,- DM inkl. Porto in Briefmarken, ebenso das komplette Bausteine-Papier (auch in der neuesten Ausgabe des "Forum" zu finden).

29. Rosa Luxemburg - Mythos und Legenden. "Die Revolution ist großartig, alles anderes ist Quark ..."

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:08

Es kann nicht an Gedenktagen und Gedenkjahren alleine liegen, daß die Person Rosa Luxemburg noch heute auf ein vergleichsweise großes Interesse trifft. In dieses Jahr fällt ihr 125. Geburtstag, jeden Januar demonstrieren Tausende zur Gedenkstätte in Berlin, und Bücher über Rosa Luxemburg finden heute mehr Leser als noch vor zehn Jahren. Die neue Luxemburg-Biographie von Annelies Laschitzka sollte Anlaß dafür sein, sich mit Rosa Luxemburg, nicht nur ihrem Leben und politischen Wirken, sondern auch ihrem Werk auseinanderzusetzen. Das Lesen der Luxemburg-Schriften ist nicht zu ersetzen, vielleicht aber ist es nützlich, sich über die politische und persönliche Biographie hinaus mit den Mythen und Legenden zu befassen, die mit Rosa Luxemburg verbunden sind, um einen kritischen Blick zu gewinnen, der den historischen Zusammenhang erkennen läßt, in dem Leben und Werk von Rosa Luxemburg stehen.

Die Erfindung des "Luxemburgismus"

Am Beginn der Luxemburg-Legenden stehen zwei Versuche der Instrumentalisierung und Denunzierung. Auf der einen Seite waren es Sozialdemokraten, die Rosa Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki gegen die KPD ausspielen wollten. Auf der anderen Seite waren es die Konstrukteure und Organisatoren der "Bolschewisierung" der KPD und gesamten Komintern, die nicht ganz zu unrecht in der politisch-theoretischen Tradition, die Rosa Luxemburg maßgeblich mit begründet hatte, ein subversives Element im Innenleben der Komintern sahen. Während die Bemühungen von sozialdemokratischer Seite, insbesondere von Paul Levi, nicht gerade erfolgreich waren (schließlich sah die SPD-Führung in Rosa Luxemburg zurecht eine Symbolfigur für den Widerstand gegen ihre eigene Politik), war der Erfolg der "Bolschewisierung" insofern durchschlagend, wie tatsächlich die KPD über einen längeren Prozeß parteiinterner Auseinandersetzungen hinweg von einem Großteil der Gründergruppe von 1919 "befreit" wurde. (1)

Der "Luxemburgismus" war die spiegelbildliche Konstruktion zum "Leninismus", der Fixierung der Lenin-Schriften zum Marxismus-Leninismus. Einen "Luxemburgismus" hat es nie gegeben. Was es freilich gab, das war eine politisch-theoretische Tradition der vormals sozialdemokratischen Linken, die insbesondere durch die Massenstreikdebatten vor 1914 begründet wurde. Etwas vereinfachend gesagt, handelte es sich bei dieser, sich in verschiedene Fraktionen auflösenden Tradition um nicht mehr und nicht weniger als die Kontinuität einer selbständigen und eigenständigen sozialistischen Theoriebildung innerhalb der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Insofern war "Luxemburgismus" auch ein Synonym für den Standpunkt jener Eigenständigkeit und Selbständigkeit, den die linken Strömungen zuletzt im Spartakusbund, den Internationalen Kommunisten und anderen Gründungsgruppen der KPD in der Opposition gegen die sozialdemokratische Politik eingenommen hatten. "Bolschewisierung" bedeutete zum einen, dieses Moment von Eigenständigkeit möglichst weitgehend auszuschalten, zum anderen auch die Liquidierung der damit verbundenen Auffassung eines Vorrangs selbsttätiger Klassenbewegungen gegenüber der Parteipolitik. Diesen Grundgedanken von Klassenselbsttätigkeit, der in einem großen Wurf von Rosa Luxemburg (neben anderen wie Anton Pannekoek) in der Massenstreikdebatte entwickelt worden war, findet man in den organisatorisch gespaltenen Strömungen der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre verstreut wieder. (2)

Der Anteil der Komintern an den Luxemburg-Legenden

Mit dem "Luxemburgismus"-Verdikt trat genau das ein, was Rosa Luxemburg noch zu Lebzeiten befürchtet hatte und was sie vermeiden wollte: ein Übergewicht der sowjetischen Partei innerhalb der Kommunistischen Internationale, das sich alleine aufgrund der ungeheuren Autorität der russischen Revolutionäre ergab. Rosa Luxemburg hatte kurz vor der Gründung der III. Internationale (der Komintern) vor diesem Schritt gewarnt. Sie wußte, wie schwach die politischen Kräfte außerhalb der Sowjetunion entwickelt waren, die zu einer Neugründung der Internationale bereit waren.

Nach den letzten großen Ausschlußwellen im Gefolge des VI. Weltkongresses der Komintern 1928 und mitten in der heftigen innenpolitischen Krise der Sowjetunion (der Kollektivierungs- und Industrialisierungspolitik nach 1929) erfolgte der schlußendliche Bannspruch Stalins gegenüber Forschern und Historikern in Sachen Rosa Luxemburg. Letztlich ist es so die Komintern gewesen, die aufgrund der Auseinandersetzung um die innere Formierung zur marxistisch-leninistischen "Weltpartei" den stärksten Anstoß zu den Luxemburg-Legenden gegeben hat. Mit dem Verdikt gegen den "Luxemburgismus" wurde auf lange Sicht der Weg frei für die äußerst erfolgreiche Instrumentalisierung Rosa Luxemburgs durch die Sozialdemokratie, für die nach 1969 die früher als Flintenweib denunzierte Revolutionärin (unter dem sozialdemokratischen Postminister Ehmke) kurzzeitig sogar briefmarkenwürdig wurde.

Rosa Luxemburg hatte ihre härtesten politischen Kontroversen, in denen sie ihre eigenen Positionen wie die ihrer Weggefährten entwickelte, zuerst gegen die Führung der polnischen Sozialdemokratie (der PPS) in der "nationalen Frage", dann in der SPD gegen Bernstein im Revisionismusstreit, schließlich gegen das Zentrum der Parteiführung in der "Massenstreikdebatte" geführt. Die Auseinandersetzung mit Lenin, insbesondere über die Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie nach 1903, war eher von diesen Kontroversen abgeleitet. Der historische und ideologische Kern fast aller Luxemburg-Legenden beruht nun darauf, daß alle Positionen Luxemburgs, von der Massenstreik- und Organisationsfrage bis zu ihrer Akkumulations- und Imperialismustheorie, einzig und alleine in Beziehung zum Lenin des Leninismus bewertet wurden.

Legenden (I): "Spontaneismus" ...

Rosa Luxemburg war zuallererst, und darauf beruht ihr historischer Beitrag zur sozialistischen Theoriebildung, eine Theoretikern und Propagandistin des Klassenkampfes. Nicht des Klassenkampfes der Partei, sondern von Klassenkämpfen, aus denen heraus sich das, was sie unter Klasse und Proletariat verstand, überhaupt erst zur gesellschaftlichen Klasse konstituierte. Was auch immer jeweils die politischen Organisationen waren, sie blieben trotz der großen Bedeutung, die sie ihnen im Positiven wie Negativen beimaß, Teil dieser selbsttätigen Klassenbewegung, oder aber sie standen diesen als verselbständigte, an die Instanzen des Staates und des kapitalistischen Kommandos gekettete Apparate im Wege.

Hieraus leitet sich die erste, immer noch hartnäckig lebendige Legende von Rosa Luxemburg als Theoretikerin der reinen Spontaneität ab. Hier kann nicht die gesamte Diskussion und Argumentation zum Begriff des Massenstreiks wiedergegeben werden, in dem der Klassenkampf im Innern der kapitalistischen Gesellschaft und die Konstitution der Klasse in kollektiven Lernprozessen als Schlüssel für eine Revolutionstheorie unter den Bedingungen des damaligen entwickelten Kapitalismus anzusehen ist. Wichtig ist hier, daß Luxemburg zwei Abgrenzungen vornahm: gegen die Bewegungspolitik der Partei, wonach die Teilkämpfe und der legendäre Endkampf nach dem Gutdünken einer politischen Führung vonstatten gehen würden; und gegen die von Luxemburg als "anarchistisch" angesehene Auffassung eines plötzlichen, alle Verhältnisse auf einmal umstürzenden Generalstreiks. Erstere zielte auf das ",marxistische Zentrum" um Kautsky in der Führung der SPD, die andere bezog sich auf den vor allem in Frankreich erstarkenden revolutionären Syndikalismus und die anarchosyndikalistische Konzeption des Generalstreiks. Einmal davon abgesehen, daß sie einigen Vorstellungen des Anarchosyndikalismus und libertären Kommunismus näher war, als sie es wußte, war in der Frage nach "Bewegung und Organisation" für Luxemburg das Verhältnis entscheidend. Sie hat dieses Verhältnis nie genau bestimmen können, sie ist aber auf die Position einer "reinen Spontaneität" nicht festzulegen. (3)

Die Massenstreikdebatte war schließlich selber der praktische Beleg für Luxemburgs theoretische Konzeption: sie wurde der Partei wie den Gewerkschaften aufgezwungen, da sich nach der Jahrhundertwende europaweit vor allem in Rußland und in Belgien Massenstreiks in einer neuartigen Zusammensetzung der Arbeiterbewegungen als tatsächlich neue Klassenkampfform zeigten. In diesen Bewegungen fand Luxemburg neben der sozialen und politischen Neuzusammensetzung (wo gerade die scheinbar unansprechbaren Unorganisierten und nicht die traditionellen gewerkschaftlichen Facharbeiterkerne das treibende Moment bildeten) vor allem ein neues Verhältnis des bis dahin in der Parteidoktrin säuberlich voneinander getrennten politischen und des ökonomischen Kampfes. Daß in den wirklichen Arbeiterklassenbewegungen dieses Verhältnis oft geradezu umgekehrt war wie in der Parteikonzeption, daß nämlich vom Anlaß her "politische" Massenaktionen auf kürzere oder mittlere Sicht in "ökonomische" Kämpfe umschlugen und umgekehrt "ökonomische" Kämpfe auf dem Terrain der direkten Konfrontation mit der herrschenden Klasse politischen Charakter (im Marxschen Sinne von: Klasse gegen Klasse) annahmen, diese, später in marxistischen

Diskussionen immer wieder umstrittenen Fragen sind in dieser historischen Debatte von Rosa Luxemburg schon weitgehend umrissen worden. Sie hatte mit der Massenstreiktheorie Grundrisse einer neuen Revolutionstheorie entworfen.

Legenden (II):

"... Demokratie, ..."

Noch drastischer ist die Legendenbildung, wenn es um das "Demokratieverständnis" Rosa Luxemburgs geht. Die Randnotiz auf ihrem Manuskript zur russischen Revolution, daß "die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden" (4) sei, ist zunächst einmal eine, freilich ins Ungenaue übergehende, Paraphrase des berühmten Satzes aus dem Kommunistischen Manifest, worin die Bestimmung des Kommunismus in dem Satz erfolgt: "An die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." Die Bolschewismuskritik Rosa Luxemburgs steht nun in einem ganz bestimmten Kontext, nämlich ihrer Konzeption von der Demokratie innerhalb des Proletariats im Zustand seiner Diktatur über die Bourgeoisie. Es ist eine Auseinandersetzung mit der Politik Lenins und Trotzkis, in der sie nicht nur einzelne Maßnahmen, sondern tatsächlich schon Grundzüge der bolschewistischen Politik kritisiert und verwirft, aber es ist eine Kritik nach der erfolgten Revolution.

Der Gedanke ist nicht neu, daß es eine geheime Seelenverwandtschaft zwischen dem reformistischen und dem bolschewistischen Staatssozialismus gibt bzw. gegeben hat. Nicht die Frage, ob und wie es im Prozeß einer Umwälzung der Gesellschaft auch zu einer bedingten Diktatur kommen würde, ist hier der zentrale Punkt, sondern die Frage, was der Staat im Sozialismus noch sein wird. Rosa Luxemburg war in der Frage der Diktatur des Proletariats in bestimmter Hinsicht wesentlich Marx-orthodoxer als ihre sozialdemokratischen und bolschewistischen Gegner. Sie tat eigentlich nichts anderes als Lenin, als dieser mit deutlichen Konzessionen an die anarchistischen Kritiker "Staat und Revolution" schrieb und darin nicht viel mehr tat, als alle staatskritischen Positionen von Marx und Engels zur Diktatur des Proletariats noch einmal aufzunehmen. Entscheidend in dieser Art Orthodoxie ist das fast umstandslose Anknüpfen an die Pariser Kommune von 1871 und die Konzeption einer politischen Macht im Zustand ihrer schon begonnenen Aufhebung durch die Gesellschaft der "freien Assoziation". In ihrer Schrift zur russischen Revolution hat Rosa Luxemburg, auch ohne Kenntnis der Leninschen Schrift, die bolschewistische Führung mit deren eigenen Maximen konfrontiert.

Sie hat aber in diesem Manuskript noch eine weitere Konfrontation herbeigeführt: die Konfrontation der westeuropäischen Arbeiterbewegungen mit dem Schicksal des russischen Proletariats. Denn ihre Argumentation gegen die bolschewistische Politik ging davon aus, daß in Rußland auf Dauer keine revolutionäre Entwicklung möglich ist ohne eine revolutionäre Entwicklung im Westen, vor allem in Deutschland. Für Luxemburg war es undenkbar, wie übrigens in den offiziellen Verlautbarungen auch für die bolschewistische Führung, daß eine Revolution in "einem Lande", zumal in einem derart "rückständigen", langfristig erfolgreich sein könnte. Sie ging sogar soweit, den Bolschewiki zu attestieren, daß sie das ihnen Mögliche getan hätten, nur daß sie jetzt nicht den Mangel zur Tugend machen dürften. Der letztliche Appell ging an die Arbeiterbewegungen des Westens, und die schärfste Anklage führte sie dabei gegen die sozialdemokratische Führung.

Es ist kein Wunder, daß dieser internationale Zusammenhang, in dem sie die Revolution von 1917 mit der Bewegung in Deutschland in Verbindung setzte, wiederum von beiden Seiten der Legendenproduzenten, wenn nicht verleugnet, dann doch erheblich relativiert wurde: Der Sozialdemokratie schob Rosa Luxemburg damit schließlich weitgehende Verantwortung für den diktatorischen Gang in der Sowjetunion zu, und die Führung der sowjetischen Partei mußte in dieser internationalistischen Argumentation natürlich das Gespenst der Trotzkischen "permanenten Revolution" sehen.

Die Zäsur von 1919

Daß schließlich ein nicht geringer Teil jener Generation von oppositionellen sozialistischen Parteiarbeitern und -intellektuellen nach 1919 über mehrere Jahre hinweg zwischen den Blockbildungen des offiziellen Kommunismus und der Sozialdemokratie mehr oder weniger zerrieben werden konnte, dieses Verschwinden einer "Rosa-Luxemburg-Tradition" aus der institutionellen Arbeiterbewegung hatte Gründe, die in den Veränderungen der damaligen Arbeiterklassen mit angelegt waren.

Paradoxerweise hatte Rosa Luxemburg in ihrer Massenstreik-Schrift den sozialen Umbruch innerhalb der Arbeiterklasse theoretisch teilweise vorweggenommen, der auch die wichtigsten Bezugspunkte ihrer konkreten politischen Theorie auseinandertreiben lassen sollte: es war das Auftreten einer politisch neuen ArbeiterInnengeneration in den radikalisierten Bewegungen am Ende des zweiten Weltkrieges. Bewegungen, die in großen Teilen ihrer Basis nur wenig traditionelle Bindungen an die organisierte Sozialdemokratie und die Alltagskultur von SPD und Gewerkschaften hatten. Für ihre Zeit und das sozialdemokratische Milieu äußerst hellsichtig, hatte Rosa Luxemburg in der Massenstreikdebatte diese Umgruppierungen und Neuzusammensetzungsprozesse proletarischer Bewegungen in Phasen revolutionärer Radikalisierung und wirklicher Massenstreikbewegungen vorweggenommen. Mit den Bewegungen ab 1917 aber wurde auch ihr politisches Bezugssystem von Klasse, Partei und Gewerkschaften zerstört.

Rosa Luxemburg hatte immer die Bedeutung einer politischen Organisation, einer sozialistischen Massenpartei betont. Es gab bei ihr zwei "Parteien": die imaginäre sozialistische Massenpartei, die so etwas wie eine nicht-elitäre Avantgarderolle einzunehmen hatte, und die real existierende Sozialdemokratie, die sie mit den revolutionären Ansprüchen des sozialdemokratischen Programms konfrontierte. Dies ist ihr später als große Illusion, insbesondere von kommunistischer Seite, vorgehalten worden. Aber in dieser Gegenüberstellung von imaginärer sozialistischer Partei und realexistierender Sozialdemokratie scheint auch ein "Zurück zu Marx" zu liegen: es ist der Rückgriff auf die Kommunistische Partei bei Marx im Kommunistischen Manifest, die wesentlich weiter gefaßt wird als die formellen Vereinigungen der Kommunisten und Sozialisten, nämlich als das sich politisch zur Klasse formierende Proletariat. Eher ist es diese kommunistische Partei von Marx, die Rosa Luxemburg der Sozialdemokratie als Maßstab vorhielt.

Doch auch die real existierende Partei der faktischen Klassenintegration gehörte in Luxemburgs Denken zu den wichtigen Bezugspunkten ihres Verständnisses von Klassenbewegungen: sie war als politische Repräsentation der Arbeiterklasse zwar nur institutionalisierter Ausdruck, aber dennoch Bezugspunkt für die "klassenbewußten" Strömungen im Proletariat. Da sie selber die Beziehung von politischer Organisation und Klassenbewegung als Verhältnis von Teilen des sozial wie politisch heterogenen Proletariats zur "Gesamtklasse" bestimmt hatte, sah sie ihr Verhältnis zur real existierenden Sozialdemokratie immer als Vermittlung zur Klassenbewegung an, mit allen damit verbundenen Widersprüchlichkeiten.

Sie fürchtete die "Trennung von den Massen", das heißt von der Arbeiterbasis der Sozialdemokratie. Nicht bloß die enge persönliche Bindung an das Parteimilieu verhinderte eine solche Trennung, zum Beispiel in den Parteiauseinandersetzungen von vor 1914. Auch noch im ersten Weltkrieg, als sie für die Sozialdemokratie, deren Tradition am ehesten von der USPD fortgesetzt wurde, nur noch Ekel empfinden konnte, zögerte sie mit der organisatorischen Verselbständigung zur KPD (die sie lieber "Sozialistische Partei" genannt hätte). Sie hatte immer für sich den geeigneten Platz gesucht, auf dem sie als sozialistische, revolutionäre Intellektuelle am besten und am weitesten gehört werden konnte. Und mit der Krise der Sozialdemokratie nach 1914 und der Revolution von 1918/1919 wurde diese formelle und institutionelle Einheit von offizieller Partei und Klassenbewegung endgültig zerstört.

Die Zäsur von 1919, der Schlingerkurs zwischen Radikalismus und Reformismus ging nicht von den Parteien aus, sondern wurde durch ungleichzeitige, widersprüchliche und deutlich gegensätzliche Bewegungen und kollektive Haltungen der Arbeiter ausgelöst. Dieser Einschnitt in das real existierende Gefüge von Klasse, politischer Repräsentation, Organisation und Bewegung stellte Rosa Luxemburg vor die völlig neue Aufgabe: eine politisch-konkrete organisatorisch-praktische wie programmatische Antwort zu finden. Ohne jeden Zynismus kann man sagen, daß ihr Tod sie von dieser Aufgabe entbunden hat. Man kann nur darüber spekulieren, welchen Weg ihre Überlegungen genommen hätten.

Für unzählige marxistische, sozialistische Theoretiker begann die Suche nach einer revolutionären Strategie und Taktik unter den Bedingungen des "entwickelten" Kapitalismus der westlichen Metropolen und einer sich formierenden Hegemonie des Reformismus, sowohl gegen die wie innerhalb der Arbeiterklasse.

Rosa Luxemburg: Mit Marx den Marxismus kritisieren

Zieht man von Rosa Luxemburg einmal die Folien aller Legendenbildungen ab, dann bleibt ein Denken übrig, das sich wie bei nur wenigen Marxisten und Marxistinnen ihrer Zeit in zentralen Fragen immer wieder auf Marx bezieht. Ihr befreiender Ausruf auf dem Gründungskongreß der KPD im Januar 1919 "Wir sind wieder bei

Marx!" liest sich wie der Schlußpunkt einer langen Kurve, die von einigen elementaren Texten von Marx ausgeht, die verschiedenen Stadien des historischen Marxismus durchläuft (darunter die deutliche Integration in den Parlamentarismus) und gegen diesen Prozeß einer sich abschließenden Institutionalisierung immer wieder die Klassenbewegungen als Bildungsprozesse der gesamten Arbeiterklasse stellt. Im Januar 1919 schloß sie aus der rückwirkenden Kritik am historischen Marxismus selbst den späten Engels nicht mehr aus. Sie begann damit, den historischen Materialismus auf die Geschichte des Marxismus und Sozialismus selber anzuwenden, also mit Marx den Marxismus zu kritisieren. "Erneuerung" des Marxismus bedeutete für sie letztlich die Konfrontation der historischen Entwicklung mit einem Fundus an theoretischem Grundwissen und nicht die vorschnelle Liquidierung dieses Grundwissens zugunsten politischer Anpassung. Sie gehörte vielleicht zu den letzten, die noch in der Lage waren, auf der Basis einer solchen Marx-Orthodoxie wirkliche Erneuerungen in der revolutionären Theoriebildung herbeizuführen.

Ab der Zäsur von 1919 verliert auch die theoretische Luxemburg-Tradition ihren konkreten historischen Ort. Sie zerstreut sich, und man wird bis in die siebziger Jahre hinein die immer wiederkehrenden Versuche finden, Rosa Luxemburgs Denken recht abstrakt auf die jeweils zeitgenössischen sozialen Bewegungen und Klassenauseinandersetzungen "anzuwenden" oder es ins Verhältnis zu anderen TheoretikerInnen zu setzen wie ehemals zu Lenin. Es kann aber keine allgemeine Theorie von Klassen und Klassenbewegungen geben außer in einem historischen Verständnis von Klassenverhältnissen und -kämpfen. Eine kritisch-historische Lektüre der Luxemburg-Schriften muß also mit einbeziehen, daß sich Rosa Luxemburg auf eine bestimmte Form von Klassenbewußtsein bezog, dem sie auch im Handeln eine revolutionäre Richtung geben wollte. Abgezogen von diesem konkreten historischen Kontext, bleibt ein allgemeiner Aufruf zur Tat übrig, der heute als abstrakter Appell mißdeutet werden kann.

Zwar ist uns heute die geschichtsphilosophische Abstraktion der Arbeiterklasse als "revolutionärem Subjekt", in dessen objektiver Existenz schon der ganze Sinn menschlicher Emanzipation aufgespeichert liegen soll, unzugänglich geworden. Bei Rosa Luxemburg hatte diese Marx-orthodoxe Anrufung des Proletariats jedoch nichts Mechanisches oder Deterministisches. Denn gerade dort, wo sie die Katastrophen einer kapitalistischen Weltgesellschaft, teils nüchternd analysierend, teils beschwörend Sozialismus oder Barbarei beim Namen nannte oder erst theoretisch vorwegnahm, war sie mit ihrem "militanten Optimismus" eine Kassandra, die den eigenen Prophezeiungen zuvorkommen wollte. In diesem Versuch, immer wieder einen konkreten Zusammenhang von allgemeiner Emanzipation, Klassenkampf und sozialer Bewegung herzustellen, sind ihre Schriften exemplarisch geblieben und haben damit Maßstäbe gesetzt auch für die heute zu unternehmenden Anstrengungen, auf diese Fragen konkrete Antworten zu finden, Antworten, die sich von denen Rosa Luxemburgs zwangsläufig unterscheiden werden.

Doch jede kritisch-historische Sicht der Person Rosa Luxemburgs wird nichts an dem Mythos ändern, der mit ihr verbunden ist. Dieser Mythos ist weniger eine Sache der Lektüre und der politischen Diskussion, er ist Ergebnis von Überlieferungen. Wenn es darum geht, auch in Zeiten politischer Ohnmacht und scheinbarer Perspektivlosigkeit die Stimme der Menschlichkeit und der Revolution zu erheben, wird immer wieder auf Rosa Luxemburg zurückgegriffen werden. Darüber können sich nur akademische Geister lustig machen oder mokieren; dieser Mythos ist und bleibt der legitime Rückgriff auf die Geschichte von Klassenkämpfen, die vom Standpunkt der Besiegten, nicht von Siegern geschrieben und erzählt wird. Das Interesse, das Rosa Luxemburg immer noch und wieder findet, hat mit dieser Widerständigkeit und dem nach wie vor vorhandenen Geist der sozialen Revolte zu tun. Insofern ist dieses Interesse ein Indiz dafür, daß die Stimme der Menschlichkeit, die eine Stimme der Revolution ist, nicht verstummt ist. Daran werden "EntmystifiziererInnen" und berufsmäßige "DesillusioniererInnen", von denen es seit 1989 reichlich genug gibt, nie etwas ändern können. Und das ist gut so.

Martin Rheinlaender

Annelies Laschitzka, Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg, eine Biographie. Aufbau-Verlag, Berlin 1996, 688 Seiten, DM 68,-

Anmerkungen:

1) Das Kontinuum der Parteigeschichte verbirgt die erheblichen Veränderungen in der Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft. Tatsächlich befanden sich Anfang der 30er Jahre, also der "ultralinken" Periode der KPD,

zahlreiche Kader aus der Gründungszeit der KPD bereits außerhalb der Partei. Abgeschlossen war dieser Prozeß der "Säuberung" um 1929, als die sogenannten "Rechten" um Brandler und Thalheimer aus der Partei ausgeschlossen wurden, von denen sich einige in der KPD-Opposition (KPO) als Fraktion (gezwungenermaßen außerhalb der Partei) konstituierten.

2) Auf Rosa Luxemburg bezogen sich völlig entgegengesetzte politische Richtungen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung, so Kräfte aus der SPD und SAP, der KPO, aber auch Linkskommunisten und Rätekommunisten wie Anton Pannekoek ; kurz, alle Strömungen, die bereits in den ersten Jahren der KPD auseinandertrieben.

3) Nur bei wenigen Sozialisten, die sich mit Rosa Luxemburg auseinandergesetzt haben, wird man ein differenziertes Verständnis ihres angeblichen "Spontaneismus" feststellen. Eine der hervorragenden Ausnahmen davon war der libertäre Sozialist Daniel Guérin, der Rosa Luxemburg aus anarchistischer Sicht würdigte: Daniel Guérin, Rosa Luxembourg et la spontanéité révolutionaire, Spartacus René Lefeuvre, Paris 1971.

4) In der DDR-Edition der Luxemburg-Schriften wurde diese Anmerkung in einer Fußnote plaziert mit dem korrekten Hinweis, daß es sich um eine Randbemerkung im Manuskript ohne Einordnung in den Text handele. Dies wurde den Herausgebern übelgenommen und als Zensur kritisiert. Nur war das umgekehrte Verfahren, nämlich nach eigenem Gutdünken diesen Satz ohne jeden weiteren Hinweis in den laufenden Text einfach hineinzumontieren, alles andere als korrekt. So konnte eine Marginalie Geschichte machen.

Die bürgerlichen Tugenden der Biographen

Wäre Annelies Laschitzka eine emeritierte Geschichtsprofessorin aus München, die sich in der Vergangenheit einen Namen gemacht hat mit sorgfältigen wissenschaftlich-historischen Arbeiten über Rosa Luxemburg, hätte man ihr Buch wahrscheinlich gelobt wegen des nüchtern gehaltenen Tons, in dem Laschitzka das Leben Rosa Luxemburgs darstellt. Hervorgehoben hätte man wohl auch, daß sich die Verfasserin meistens mit Werturteilen zurückhält und statt dessen in geschickt eingeflochtenen Zitaten Rosa Luxemburgs diese selber sprechen läßt. Sicherlich wäre hinzugefügt worden, daß nun endlich seit der großen Luxemburg-Biographie von Peter Nettl aus den sechziger Jahren (die schon lange vergriffen ist) eine historisch gründliche Biographie vorliegt. Äußerst materialreich und unverzichtbar für alle, die sich näher mit Rosa Luxemburg, und zwar allen Seiten deren Persönlichkeit, beschäftigen wollen.

Aber Annelies Laschitzka ist keine emeritierte Geschichtsprofessorin aus München, sondern eine ehemalige Mitarbeiterin des von der PDS abgewickelten Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML). Und so wurde von Rezensenten in ihrem Buch all jenes bemängelt, was anderenorts zu Tugenden einer bürgerlichen Geschichtsschreibung zählt. Diese Tugenden hat das Buch Laschitzkas tatsächlich. Es ist genau in der Darstellung von Ereignisfolgen, hält die Ausführung über das private Leben, das politische Wirken und die theoretische Arbeit Rosa Luxemburgs in einer Balance, wie sie in anderen Luxemburg-Biographien selten zu finden ist. Kurz, ihr ist weitgehend gelungen, was sie sich selbst zum Ziel gesetzt hatte: möglichst alle Seiten und Facetten der Individualität dieser Politikerin und Theoretikerin anhand des Lebenslaufs zu entwickeln. Dabei hat es die Autorin vermieden, die privaten Sorgen, Sehnsüchte, Eitelkeiten und ehrgeizigen Ansprüche, die sich Rosa Luxemburg gegenüber Freunden in einer Unzahl von Briefen freimütig von der Seele schrieb, voyeuristisch auszuschlachten.

Rosa Luxemburg erscheint in allen Perspektiven ihres persönlichen Tuns und Denkens, aber beides besaß in sich einen Horizont, den die Darstellung nicht vollständig wiedergibt. Geschildert wird das politische Milieu, in dem sich Rosa Luxemburg bewegte, die verschiedenen Instanzen des Parteilebens und des "Politikmachens". Der Kontext von sozialen Bewegungen und Klassenverhältnissen, auf den sich Rosa Luxemburg explizit bezog und aus dem heraus ihr eigenes Denken erklärbar und bewertbar wird, wird recht allgemein benannt. Es scheint so, als ob Laschitzkas Verständnis von Arbeiterbewegung, Klassenkämpfen und sozialistischer Politik noch immer der traditionellen Perspektive der marxistischen Parteiintelligenz entspricht, die der Parteipolitik traditionell ein weitaus größeres Gewicht beimißt als den sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen.

Um den zahlreichen Legendenbildungen entgegenzuwirken, reicht diese Biographie nicht aus. Aber sie ist zumindest insofern eine Grundlage für eine kritische Auseinandersetzung, als sie das Material zur Person bereitstellt. Annelies Laschitzka gehört unbestritten zu den Rosa-Luxemburg-Spezialisten und war selber an

der Herausgabe der Rosa-Luxemburg-Schriften in der DDR beteiligt. Man muß diese Vorgeschichte in Rechnung stellen, um die Zurückhaltung zu verstehen, mit der sich Laschitzka in ihrer Biographie zu Rosa Luxemburg äußert. Denn diese Distanz ist durchaus gewollt. Laschitzka wollte nach all den zahlreichen Instrumentalisierungen und Idealisierungen der Person Rosa Luxemburgs eine möglichst sachliche, die Person Luxemburgs in den Vordergrund stellende Biographie schreiben. Das kommt nicht von ungefähr, denn Laschitzka gehört selber zu denen, die man "gebrannte Kinder" zu nennen pflegt. Zusammen mit Günter Radczun veröffentlichte sie 1971 in der DDR eine eher monographische als biographische Schrift über Rosa Luxemburg, die in Stil und Orientierung der marxistisch-leninistischen Orthodoxie verpflichtet war; was in diesem Fall hieß: Rosa Luxemburgs Beitrag zur sozialistischen Bewegung und Theoriebildung in erster Linie über die Beziehung zu Lenin zu bestimmen und zu bewerten, während in historisch-kritischer Sicht die Bedeutung der Auseinandersetzung mit Lenin für Rosa Luxemburg eher zweitrangig, wenn nicht noch geringer war.

Laschitzka räumt dies heute auch kritisch ein, tut aber nicht so, als ob sie Opfer oder Verführte der SED gewesen sei. Sie war eben eine überzeugte Marxistin-Leninistin, was ihren wissenschaftlichen Beitrag zur Rosa-Luxemburg-Forschung nicht schmälert. Zu den Schriften kam später noch eine umfangreiche Ausgabe der Briefe Rosa Luxemburgs hinaus, unter der Leitung von Annelies Laschitzka. Als das Ende der DDR 1989 eingeleitet wurde, war die gesamte Ausgabe so gut wie vollständig. Das neue Buch Laschitzkas kann in dieser Reihe der Werkausgabe gesehen werden, gleichsam als historisch-biographischer Ergänzungsband.

30. Der Kleine Abhörratgeber. Computernetze, Telefone, Kameras, Richtmikrofone - Annotation

Autor: D.A. · Rubrik: Polizei; Geheimdienste; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:06

Der Kleine Abhörratgeber bietet auf 144 Seiten geballte Information zu allem, was mit Abhören, Bespitzeln und einfachen Gegenmaßnahmen zu tun hat. In weitgehend verständlicher Sprache werden so grundsätzliche Dinge wie der Parabolspiegel erklärt, um die Wirkungsweise von Richtmikrofonen und deren Schwächen zu erklären. Ausgesprochen gut werden die Mobiltelefone (Handys) beschrieben, deren Funktionsweise immer wieder mit auflockernden Beispielen aus dem alltäglichen Leben erläutert wird. "Die Geburt steht vor der Tür und Deine Partnerin legt sehr viel Wert auf Deine Anwesenheit. Du bist aber unterwegs und suchst die Flohmärkte nach einem Kinderwagen für Drillinge ab. Aber Du hast einen Funkrufempfänger mitgenommen." Es folgt die Erklärung der Funktionsweise von Funkrufempfängern, wie Scall und wer da alles mithören kann.

Die Kapitel zu Richtmikrofonen, Kameras, Telefonverkehr und PCs sind auch für den Laien zu verstehen. Die Abschnitte, die sich mit Kryptographie, also der Kunst des Verschlüsselns beschäftigen und dabei die mathematischen Hintergründe erklären, sind hingegen nicht für jeden verständlich. Zwar fangen die Herausgeber lobenswerterweise bei den rudimentären Verschlüsselungskünsten Julius Cäsars an, und auch die von den Nazis verwendete Verschlüsselungsmaschine Enigma ist noch verständlich. Bei One-way-code-path-Stromverschlüsselung und XOR Operationen schwirrte dem Rezensenten jedoch der Kopf. Es gibt aber vermutlich genug Fachleute und Wißbegierige, die auch solcher Detailkram zu fesseln vermag.

Bei den Gegenmaßnahmen gegen das Abhören beginnen die HerausgeberInnen mit dem Naheliegendsten. "Die älteste und immer noch wirkungsvolle Methode ist, bestimmte Informationen einfach für sich zu behalten." Es werden Tips zum Schutz vor Richtmikrofonen gegeben, bis hin zu der Möglichkeit, mit Computerverschlüsselung zu kommunizieren. Dem Buch beigelegt ist eine für DOS-Rechner selbstinstallierende Diskette mit dem Verschlüsselungsprogramm Pretty Good Privacy, PGP, sowie einem Disketten-/ Festplatten- Verschlüsselungsprogramm. PGP eilt in bundesdeutschen "Sicherheitskreisen" der Ruf voraus, kaum knackbar zu sein.

Im Nachwort schildert Otto Diederichs (CILIP, Bürgerrechte und Polizei) "Wissenswertes vom Lauschen". Es geht um die Abhörpraxis in diesem Land und die Gesetze, die dieses regeln sollen. Der Kleine Abhörratgeber, dessen Originalausgabe in den Niederlanden 1994 erschien, ist sein Ursprung zwar anzumerken, aber das AutorInnenkollektiv "Keine Panik" hat sich Mühe gegeben, dieses kleine Standardwerk der Abhörtechniken und Gegenmaßnahmen den hiesigen Begebenheiten anzupassen.

D. A.

Der Kleine Abhörratgeber. Berlin: Edition ID Archiv, 20,- DM, ISBN 3-89408-056-6, Hrsg.: Backslash, Hack-Tic, Jansen & Jansen, AutorInnenkollektiv Keine Panik

31. JedeR kann mitmachen: "Sparen" als nationale Aufgabe

Autor: Js. · Rubrik: Sozialpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak392/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:10

Vom Bankier bis zum "kleinen Mann" - mehr und mehr wird das deutsche Volk durch eine große Herausforderung geeint. Im kühnen Wettstreit der Ideen geht es um den "Standort Deutschland". Wie kann der Sozialstaat noch schneller und nachhaltiger zerschlagen werden? Wer hat die unkonventionellsten Ideen, um den Unternehmen noch mehr Profite zu sichern? Aus der Fülle der Vorschläge sollen im folgenden zwei Beispiele vorgestellt werden. Ein Ergebnis sei vorab verraten: Ob sich nun Wirtschaftsprofessoren oder Taxifahrer zu Wort melden - die Beiträge zum Thema unterscheiden sich in ihrem Niveau kaum.

Unternehmer

finanzieren Fundis

Im Februar dieses Jahres erhielt die ak-Redaktion einen Brief des Verlag Dr. Ingo Resch GmbH, in dem uns ein Buch über das "wohl zur Zeit brisanteste Thema" zur kostenlosen Bestellung angeboten wurde. "Wider die Wohlfahrtsdiktatur" heiße das bahnbrechende Werk, geschrieben von "zehn der führenden liberalen Denker aus den USA und Deutschland". Der im oberbayerischen Gräfelfing ansässige Verlag, uns bis dahin unbekannt, äußerte sich überzeugt, daß das angebotene Buch "für unsere Leser von Wert" sei, ihnen "Zusammenhänge" aufzeigen und "Denkanstöße" vermitteln könne. Überflüssig zu sagen, daß ich noch am selben Tag bestellte, natürlich per Fax.

Das Buch übertraf alle Erwartungen. Schon das Vorwort macht deutlich, daß sich hier echte "Fundis" austoben. Die "soziale Marktwirtschaft" des Westens unterscheide sich "nur noch graduell von den Zerstörungsökonomien des vormaligen Ostblocks", schreibt Herausgeber Roland Baader. Die "Wohlfahrtsdiktatur" aus dem Buchtitel wird weiter hinten gar zur "menschenverachtenden Diktatur des Wohlfahrtsstaates", letzterer ist in Wahrheit ein "Sozialismus in demokratischer Mogelpackung".

Hans F. Sennholz überrascht mit einem ebenso einfachen wie genialen Gedanken: Wären die Sozialausgaben der letzten 50 Jahre "in die Produktion geflossen, hätten alle Amerikaner, auch die Armen, einen wesentlich höheren Lebensstandard als heute". Auch die enormen Einkommensunterschiede erklärt Sennholz verblüffend einfach: "Es sind die Konsumenten, die das Einkommen von Frank Sinatra, Elizabeth Taylor und Luciano Pavarotti ebenso wie die Arbeiterlöhne und Managergehälter bei General Motors und U.S. Steel in der Hand haben." Demokratischer geht es nicht!

Solch mutiges Denken, schreibt der Herausgeber, habe "Verzichtsbereitschaft auf Einfluß, Macht, Renommee und Einkommenschancen" zur Voraussetzung. Das ist ein bißchen geflunkert. Sennholz hat es immerhin zum Professor und "mehrfachen Ehrendoktor" gebracht; auch die übrigen "Freiheitsdenker" sind als Professoren, Investmentbanker, Unternehmensleiter u.ä. vermutlich nicht auf die staatliche Fürsorge angewiesen. Einer der Autoren ist kein geringerer als Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank, der jüngst im taz-Interview (10.6.) für Lohnsenkungen von 20% eintrat. Walter schreibt über "Freiheit und Moral" und glänzt mit der Formel "Ethik + Effizienz = Marktwirtschaft". Einziger "Realpolitiker" unter den Autoren ist der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus, den vor allem "Transformationsprobleme der postkommunistischen Länder" interessieren.

Bemerkenswert ist die Kampfschrift nicht nur wegen ihres aggressiven Stils, sondern auch wegen der "Hintermänner", die ihre Herausgabe finanziell gefördert haben. Es handelt sich, wie in der Widmung ganz offen mitgeteilt wird, um "Herrn Heinz Heiler" und sein Unternehmen, die "Firma G. A. Müller GmbH + Co. KG" in Waghäusel (Baden), die durch ihre Spende "der Idee der Freiheit gedient haben", genauer gesagt der Unternehmerfreiheit, die - so die durchaus richtige Überlegung des Spenders - immer wieder auch ideologisch abgesichert werden muß. Daß der Resch-Verlag gemeinsam mit der ak-Redaktion das "medienbeherrschende Linkskartell" bekämpfen will, müßte eigentlich für eine Beleidigungsklage reichen. Vermutlich handelt es sich aber nicht um Vorsatz, sondern um ein Versehen: Im Bemühen um größtmögliche Wirkung hat der Verlag seine Propaganda-Offensive offensichtlich allzu breit angelegt.

"Sparen" als Volkssport

Während zu Büchern zusammengefaßte "Essays" eher für die geistige "Elite" ("Multiplikatoren") gedacht sind, richten sich die Spar-Appelle der Massenmedien direkt an den Verbraucher. Nach dem alten maoistischen Motto "aus den Massen schöpfen, in die Massen hineintragen" machte sich kürzlich das Hamburger Abendblatt (Axel-Springer-Verlag) daran, "Sparideen" zu sammeln und zu propagieren. Unter dem Stichwort "Hamburg in der Finanzklemme" durften die Leserinnen und Leser ihre "ganz persönlichen Sparvorschläge" einreichen. Ausgewählte Ergebnisse wurden am 1. Juni auf einer ganzen Seite dokumentiert:

"Obwohl ich selbst eine Betroffene bin, plädiere ich dafür: Das Weihnachtsgeld für Beamte und Angestellte des Hamburger Staates zu streichen" - diese Schreiberin wollte als einzige lieber anonym bleiben. Die übrigen geben durch volle Namensnennung zu erkennen, daß sie sich für den besseren Finanzsenator halten. Mit kühnem Federstrich straffen sie die Verwaltung, entlassen faule Staatsdiener und streichen Subventionen, etwa für die Staatstheater: Das, so eine Leserin, würde diese zusätzlich zwingen, "sich mehr dem Publikumsgeschmack anzupassen".

Mit dem Rotstift läßt sich aber nicht nur Kultur-, sondern auch Verkehrspolitik machen. Gleich viermal wettert die Bleifußfraktion gegen "sogenannte Verkehrsberuhigung", "völlig unsinnige Straßenrückbauten", die "Verkehrsteilnehmer zur Verzweiflung bringen können". Weg damit! Auch "obskure gemeinnützige Veranstaltungen (Straßenfeste etc.)" sind überflüssig, desgleichen der jährliche Betriebsausflug. Und wer in dem zentral gelegenen Park Planten un Blomen spazieren gehen will, soll gefälligst Eintritt zahlen.

Daß etliche "Sparvorschläge" die Arbeitslosigkeit noch vergrößern würden, scheint ihre Propagandisten nicht zu stören. Besonders beliebt ist z.B. die Abschaffung der Dienstwagen - die für diesen Posten veranschlagten 5 Millionen DM jährlich sind zu einem erheblichen Teil Personalkosten. Ein Leser will gleich alle "5000 Stellen, die laut Hamburger Rechnungshof seit 1990 neu geschaffen wurden", abschaffen. So offene Worte kann sich nicht einmal die FDP erlauben.

Vielfach wird allerdings nur nachgebetet oder leicht variiert, was Politiker und Unternehmer tagtäglich fordern: Einführung von Karenztagen im öffentlichen Dienst, "um den verglichen mit der Privatwirtschaft überhöhten Krankenstand abzubauen"; "härtere Restriktionen für die Genehmigung von Kuren und Teil-Anrechnung auf den Urlaub"; "Controlling" für die staatliche Verwaltung; vor allem Druck auf Bezieher sozialer Leistungen: "Sozialhilfeempfänger sollen bei Ablehnung entsprechend angebotener Tätigkeiten eine Kürzung erfahren".

Die Abendblatt-Redaktion, die diese Vorschläge ausgewählt hat, steuert selbst noch einen Seitenhieb auf die Reichen bei. Ein großformatiges Foto zeigt einen Teil der 400 prominenten Hamburger BürgerInnen, die sich alljährlich in feinsten Gewändern zum Matthiae-Mahl, einem traditionellen Festessen, versammeln: "Über die Kosten für das Vier-Gänge-Menü samt edler Weine schweigt sich das Protokoll aus." Wie wäre es mit drei Gängen und Holsten-Bier? Oder soll das große Fressen ganz abgeschafft werden? Ein wahrlich sozial ausgewogener Vorschlag: Die Sozialhilfe wird gekürzt, das Weihnachtsgeld gestrichen, und im Gegenzug verzichten die Reichen darauf, ihren Reichtum öffentlich zur Schau zu stellen!

Js.

32. Quelldatei 05.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak392/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:05

Hier gibt's ak:

Aachen

* Buchladen 39, Pontstr. 39

Berlin

* Antiquariatsbuchhandlung, Oranienstr. 45

* Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150

* Buchhandlung am Savignyplatz,

Carmerstr. 12, B 12

* Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4

* Buchhandlung Schwarze Risse,

Gneisenaustr. 2, B 61

* Buchladen N.N., Raumer Str. 38

* Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16

* Infoladen, Sparrstr. 21

* Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84

* Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 96

* O-Buchhladen, Oranienstr. 21, B 36

* Zeitungsladen, Adalbertstr. 97

* Zeitungsladen, Bugenhagenstr. 18

* Zeitungsladen, Karl-Marx-Platz 1

* Zeitungsladen, Leonhardtstr. 13

* Zeitungsladen, Mittenwalder Str. 12

* Zeitungsladen, Weserstr. 7-8

* Zeitungsladen, Wrangelstr. 91

* Zeitungsstand an der FU, Kiebitzweg

* Zeitungsstand an der TU, Hardenbergstr.

Bielefeld

* Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 9

Bochum

* Notstand, Universitätsstr. 150

* Buchladen Ubu, Universitätsstr. 16

Bonn

* Buchladen 46, Kaiserstr. 46

* Le sabot, Breitestr. 76

* Che & Chandler, Breitestr. 47

Braunschweig

* Magni Buchladen, Langdammstr.

* Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen

* Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60

* Buchladen in der Neustadt, Lahnstr. 65 B

* BBA Laden/Umschlagplatz St. Pauli Str. 10-12

Bremerhaven

* Der andere Buchladen,

Bürgermeister-Smidt-Str. 198

Darmstadt

* Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Dessau

* Infoladen, Schlachthofstr. 25

Dortmund

* Antiquariat Lesbar, Schillerstr. 58

* Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107

* Infoladen Osterholzstraße 88

Dresden

* Der kleine Buchladen, Naumannstr. 8

* Infoladen "Schlagloch", Kamenzer Str. 17

Düsseldorf

* Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1

* AStA Buchladen, Universitätsstr. 1

Duisburg

* Buchhandlung Weltbühne, Gneisenaustr. 226

* Antiquariat, Pulverweg 33

Essen

* Karl Liebknecht Buchhandlung,

Viehofer Platz 15

* H. Heine Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Flensburg

* Carl von Ossietzky-Buchhandlung,

Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.

* Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4

* Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11

* Uni Buch, Jügelstr. 1

* Land in Sicht, Rotteckstr. 13

* Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18

Freiburg i.Br.

* Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15

Gelsenkirchen

* Buch im Revier, Klosterstr. 21

Giessen

* Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9

Göttingen

* Buchladen Rote Strasse, Rote Str. 10

Hagen

* Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Halle

* Infoladen Glimpflich, Kellnerstr. 10a

Hamburg

* Cafe und Buch, Marktstr. 114

* Buchhandlung im Schanzenviertel,

Schulterblatt 55

* Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 156

* Buchhandlung Nautilus, In den Zeisehallen

* Heinrich-Heine-Buchhandlung,

Schlüterstr. 1

* PDS/Linke Liste, Palmaille 24

* Tabakladen, Spritzenplatz

* Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46

Hanau

* Buchladen am Freiheitsplatz,

Am Freiheitsplatz 6

Hannover

* Asta Uni Hannover, Welfengarten 1

* Buchladen Annabee, Hartwigstr. 7

Heidelberg

* Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 46a

Herford

* Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Hildesheim

* Ameis Buchladen, Goschenstr. 31

Karlsruhe

* Der andere Karlsruhe, Marienstr. 15

* Der Rabe, Zunftstr. 8

* Kassiopeia, Augartenstr. 49

Kassel

* Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18

Kiel

* Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln

* Das andere Köln, Zülpicherstr. 197

* Der Andere, Wahlenstr. 1

* Infoladen, Ludolf-Camphausen-Str. 36

Konstanz

* Zur schwarzen Geiß, Obermarkt 12

Ludwigsburg

* Schwarzes Schaf, Reithausplatz 2

Ludwigshafen

* Naturkostladen Schwarzwurzel,

Jakob-Binder-Str. 10

Lübeck

* Pressezentrum, Breite Str. 79

Mainz

* Cardabela, Frauenlobstr. 40

Mannheim

* Buchladen M2, M 2,6

Marburg

* Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

Moers

* Buchladen Aragon, Hombergerstr. 30

Mönchengladbach

* Prolibri, Regentstr. 120

München

* Buchhandlung, Amalienstr. 67

* Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster

* Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12

* Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Nürnberg

* Bücherkiste, Schlehengasse 6

* Libresso, Peter-Vischer-Str. 25

Offenbach

* Tucholsky Buchhandlung, Mittelseestr. 14

Oldenburg

* Buchhandlung Carl von Ossietzky, Bergstr. 1

* Alhambra, Hermannstr. 83

Osnabrück

* Infoladen Zett, Alte Münze 12

Potsdam

* Der kleine Buchladen, Alleestr. 3

Recklinghausen

* Attatroll, Paulusstr. 2

Regensburg

* Buchhandlung U. Dombrowsky,

Wollwirkergasse 4

Reutlingen

* Café Nepomuk, Foyer Unter den Linden 3

* Buchhandlung Fetzer, Weingärtnerstr. 7

Saarbrücken

* Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen

* Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Speyer

* Lese-Laube, Ludwigstr. 15

Stuttgart

* Buchhandlung Niedlich, Schmale Str. 8

* Infoladen Heslach, Mörikestr. 69

Trier

* Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen

* Buchladen Die Gruppe, Münzgasse 15

* Buchladen Die Gruppe, Marktgasse 13

Wiesbaden

* Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

* Otto Harrassowitz, Taunusstr. 5

Würzburg

* Buchladen Neuer Weg, Sandenstr. 23/25

ÖSTERREICH, Wien

* Infoladen Zehn, Ernst-Kirchweger-Haus, Postfach 173, Wielandgasse 2-4

* Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1-3

SCHWEIZ

Basel

* Theaterpassage, Theaterstr. 7

St. Gallen

* Comedia, Katharinengasse 20

Zürich

* Pinkusgenossenschaft, Froschaugasse 7

BELGIEN, Antwerpen

De Groene Watermann, Woolstraat 7

NIEDERLANDE

Den Haag

* De Rode Hond, Prins Hendrikstraat 138

Groningen

* Buchladen Rosa, Folkingdwarstraat 16

Utrecht

* De Rooie Rat, Oudegracht 65

SCHWEDEN, Lund

* Aufrechter Gang, Box 10008

33. Quelldatei 11.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak392/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:11

Machismo

In der lateinamerikanischen Variante des Männlichkeitswahns, dem Machismo, widerspiegeln sich spezifische Spuren, die die Eroberung des Kontinents hinterlassen hat: Die Vermischung von vorkolonialen Geschlechterverhältnissen mit der gewaltsam durchgesetzten heterosexuellen, männlichen Dominanzbotschaft des Kreuzes und die Auflösung der Familien- und Clanstrukturen im Zuge des Landraubs und der Versklavung von Indigenas und später AfrikanerInnen haben wesentlich dazu beigetragen, daß in der Welt der verelendeten GelegenheitsarbeiterInnen und ElendsviertelbewohnerInnen Männer ihre Frauen schlagen, Frauen und Kinder sitzenlassen und damit prahlen, vielen Frauen viele Kinder gemacht zu haben. Bei genauerem Hinsehen ist der Machismo nicht in erster Linie ein gesellschaftliches Verhältnis unter Männern und Frauen, sondern eines unter Männern, die sich Tag für Tag selber und anderen Männern ihre Männlichkeit beweisen müssen.

ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, H. 196, Juni 1996. A4, 60 S., 8 DM. ISSN 0946-5057.

Mexiko

Thematischer Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe der Lateinamerika-Nachrichten ist mit fast 50 Seiten die Entwicklung in Mexiko: "Das Volk zeigt sich den Herrschenden". Die gesamte herrschende politische Klasse in Mexiko befindet sich in einer schweren Legitimationskrise. Es ist kaum vorstellbar, daß es der Staatspartei PRI gelingen könnte, ihren eigenen Niedergang aufzuhalten und die Stabilität der vergangenen Jahrzehnte wiederzuerlangen. In der Hauptstadt finden fast täglich Demonstrationen gegen die neoliberale Regierungspolitik statt. In Guerero wehren sich Bauern und Bäuerinnen gegen die Polizei, die dort den Drogenhandel kontrolliert. In Tabasco, der bedeutendsten Erdölförderregion des Landes hat sich breiter Widerstand gegen den dortigen PRI-Statthalter entwickelt, nachdem er den Hoffnungsträger der gemäßigt linken Oppositionspartei PRD nur durch massiven Wahlbetrug vom Gouverneursposten fernhalten konnte.

Lateinamerika-Nachrichten, H. 264/265, Juni/Juli 1996. A5, 84 S., 8,50 DM. ISSN 0174-6342.

Nicaragua

Mit dem zweimal im Monat erscheinenden (deutschsprachigen) Boletín de Noticias de Nicaragua bleibt über die Entwicklung in diesem Land, das einst im Zentrum linken Interesses stand, aktuell und verläßlich auf dem Laufenden, wem die einschlägigen Lateinamerika-Zeitschriften hier nicht genügen. In der zweiten Mai-Ausgabe (No. 331) wird über den II. Kongreß der FSLN berichtet und das Interview mit Vilma Nunez, der Präsidentin des Nicaraguanischen Zentrums für Menschenrechte, fortgesetzt ("Ich bin für einen anderen Führungsstil"). In dieser wie in der ersten Juniausgabe (No. 332) wird die Berichterstattung über die anstehenden Wahlen fortgeschrieben. U.a. werden 34 (!) der Parteien nebst ihren Präsidentschaftskandidaten aufgeführt, hinzu kommen weitere sieben Parteien, die jüngst ihre Wahlbeteiligung beantragt haben.

BNN - Boletín de Noticias de Nicaragua. Zwei Ausgaben je Monat. Abonnement für 24 Ausgaben für Einzelabonnenten 140 DM. Bestellung: BNN-Redaktion, Birgit Lau, Heyestr. 7, 40625 Düsseldorf.

Burma

Man muß die Gesellschaft für bedrohte Völker nicht lieben, kann aber trotzdem die von ihr herausgegebene Zeitschrift pogrom schätzen. Die Militärdiktatur in Burma, ein Vielvölkerstaat, in dem allein rund zwanzig größere ethnische Gruppen leben, steht im Mittelpunkt der April/Mai-Ausgabe. Seit der Unabhängigkeit Burmas im Jahr 1948 haben sich fast alle Minderheitenvölker gegen die Zentralregierung in Rangun erhoben, um ihre Dörfer vor Raub, Mord und Vergewaltigung durch die burmesische Armee zu schützen. Asiatische Nachbarstaaten, die Burmas Naturschätze ausplündern, lieferten die Waffen, mit denen mehrere Widerstandsorganisationen zu Stillhalteabkommen gezwungen wurden. Multinationale Konzerne führen in Kooperation mit der Junta Großprojekte in den Gebieten der Minderheiten durch, wofür immer größere Regionen entvölkert werden. Der Demokratieaufstand von 1988 wurde brutal unterdrückt.

pogrom - zeitschrift für bedrohte völker. Nr. 188, April/Mai 1996. A4, 64 S., 9 DM. ISSN 0720-5058.

Algerien

Seit ihrer ersten Ausgabe vor rund zwei Jahren beschäftigt sich Silsila, eine Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus kontinuierlich und fundiert mit den Entwicklungen in Algerien. In der vorliegenden Ausgabe ist eine Aufsatzsammlung zu diesem Thema in der Stärke eines schmalen Taschenbuchs zu finden. Die fast ausnahmslos algerischen AutorInnen berichten u.a. über "Algeriens Militärdemokratur" (Salima Mellah), das Verhältnis des Islamismus zu den Intellektuellen (Francois Burgat), "Die Rhetorik des Terrors" (Moussa Ait-Embarek) und "Die algerischen Frauen im Krieg" (Ghania Moufok). - Des weiteren enthält das Heft einen Aufsatz von Irmgard Pinn über "Iranerinnen und Iran in der ‚Schleierliteratur`" und eine um umfassende Analyse über "Kolumbus und die Ursprünge des Rassismus" von Jan Carew.

Silsila - Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus, H. 6/7 (1996). A5, 212 S., 14 DM. (Bei Einzelbestellung über Silsila, c/o Buchladen, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, 15,50 DM einschl. Porto in Briefmarken.)

SchriftstellerInnen im Osten

SchriftstellerInnen und Literatur im Osten sind der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe der Ost-West Gegeninformation, herausgegeben vom alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz (Österreich). Waren SchriftstellerInnen vor der "Wende" in den realsozialistischen Staaten mit einem hohen Sozialprestige ausgestattet, sehen sie sich jetzt einem Prozeß ausgesetzt, der sowohl ihr Selbstbild wie die überhöhten Erwartungen, die Gesellschaft und Politik ehemals in sie gesetzt hatten, zerstört. Die Öffnung der Märkte hat zudem Verlagswesen und Buchhandel grundlegend geändert. Es wird ausschließlich nur noch produziert, was ein schnelles Geschäft verspricht. Und das sind üblicherweise Literaturgattungen, die in Osteuropa früher höchstens vom Hörensagen bekannt waren: Esoterik, revisionistische Literatur und Schundromane. Einer Einführung in die Thematik von Christine Engel ("SchriftstellerInnen, die gestürzten Idole") und einem Gespräch mit György Dalos ("Vom Propheten zum Produzenten") folgen Berichte und Gespräche zum Thema aus Kroatien, Tschechien, Rumänien, der Russischen Föderation, Serbien und Bulgarien (Interview mit dem Vorsitzenden des jüdischen Kulturverbands "Shalom" in Sofija). Beigegeben ist der Ausgabe ein Dossier "Arbeiterbewegung in Rußland" mit Beiträgen über Grüne und Gewerkschaften sowie zu den Streiks von Lehrern und Bergarbeitern. Rezensionen neuer Literatur zu Osteuropa und eine Chronologie für den Zeitraum Dezember 1995 bis Februar 1996 beschließen das Heft.

Ost-West Gegeninformationen, H. 1/1996 (Mai 96). A4, 52 S., 6 DM. Jahresabonnement (vier Ausgaben) 30 DM. Bezug: Dezentrale, Prokopigasse 2/1, 8010 Graz, Österreich.

34. Quelldatei 19.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak392/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:19

Längere Zeit war von den REPs in Berlin nichts zu hören und zu sehen. Ende der 80er Jahre begann mit dem Einzug ins Abgeordnetenhaus hier ihr kurzzeitiger Erfolgskurs quer durch die Republik. Später machten sie nur noch durch interne Auseinandersetzungen und Parteiausschlüsse von sich reden. Bei den Berliner Wahlen 1995 verloren sie im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen sämtliche Mandate. Nun machten die REPs wieder auf sich aufmerksam. Mit einer Kundgebung auf dem Schloßplatz, unmittelbar vor dem Palast der Republik, und einer anschließenden Demonstration zum Brandenburger Tor, wollten sie am 16.6.96 an die Bauarbeiter erinnern, die am 17. Juni 1953 das Signal zum Aufstand in der DDR gaben und sich mit den um ihre Arbeitsplätze bangenden deutschen Bauarbeitern solidarisieren. Die REPs mobilisierten bundesweit. Ihr Vorsitzender Rolf Schlierer war als Hauptredner geladen.

Doch im Gegensatz zum 1. Mai in Marzahn klappte dieses Mal die antifaschistische Mobilisierung gut. Sowohl PDS als auch Bündnisgrüne kündigten Gegenkundgebungen in unmittelbarer Nähe des Schloßplatzes an. Auch unabhängige Antifagruppen mobilisierten gegen die REPs. Um 13.30 Uhr versammelten sich etwa 1.000 AntifaschistInnen im Berliner Lustgarten. In kurzen Redebeiträgen riefen die Berliner PDS-Vorsitzende Petra Pau, der ehemalige Rektor der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, und Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) dazu auf, den Faschisten in Berlin nicht die Straße zu überlassen.

Angesichts der Gegenmobilisierung sagten die REPs, zu deren Kundgebung etwa 300 Menschen erschienen waren, die angekündigte Demonstration ab und stiegen eilig in die bereitgestellten Busse. Einige wurden beim Abmarsch von AntifaschistInnen angegriffen. Dabei kam es auch zu Festnahmen. Die mittlerweile ca. 3.000 AntifaschistInnen zogen anschließend zum Brandenburger Tor. Soweit war es eine gelungene antifaschistische Mobilisierung.

Was allerdings bei fast allen RednerInnen unangenehm auffiel, war ihre kritiklose Verteidigung der deutschen Bauarbeiter, deren Sorgen doch alle verstünden und die sich nicht von den REPs manipulieren lassen würden. Keine Erwähnung fand der ausgeprägte Rassismus unter den deutschen Bauarbeitern, der in einem Beitrag des NDR-Magazins Panorama am 23.5.96 deutlich wurde. In dieser Sendung hatte ein Hamburger Mitglied der IG-Bau "schwere Auseinandersetzungen" und "bürgerkriegsähnliche Zustände" zwischen deutschen und ausländischen Beschäftigten auf den Baustellen prophezeit. Die IG Bau reagierte "verstört und verärgert" auf den NDR-Report. Bezirkssekretär André Grundmann, Hamburg, sprach von einer Gratwanderung seiner Gewerkschaft. (jW, 25./26.5.96) Offen rassistisch hingegen hatte sich Anfang März der (inzwischen in den Ruhestand versetzte) Geschäftsführer des Bezirkes Berlin-Süd, Klaus Schröder, in einem offenen Brief an den Berliner Regierenden Bürgermeister Diepgen geäußert. Er sprach im Zusammenhang mit ausländischen Beschäftigten von "Parasiten auf den Baustellen". Die Polizei müsse auf das "Krebsgeschwür" angesetzt werden, damit die Baustellen wieder "sauber" werden. Der Berliner Landesverband der IG Bau hatte sich damals von Schröder distanziert. (jW, 17.4.96)

Die REPs wissen also genau, warum sie sich an die Bauarbeiter wenden. Wenn dann eine antifaschistische Kundgebung zur Schutzversammlung für die deutschen Bauarbeiter wird, ohne diese rassistischen Tendenzen auch nur zu erwähnen, bleibt mensch in schlechter linker Tradition. Der Arbeiter ist danach prinzipiell gut und höchstens Opfer rechter Manipulation. Ströbele ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er auch die DDR-Bauarbeiter von 1953 vor der Vereinnahmung durch die REPs in Schutz nahm und verkündete, er selber vertrete deren Traditionen. Es ist schon seltsam, wenn der linksgrüne Ströbele, der vor 1989 mit gutem Grund gegen die Wiedervereinigung aufgetreten ist und sich auch parteiintern gegen solche Bestrebungen wandte, die Bauarbeiter von 1953 umstandslos in eine emanzipative, linke Tradition eingemeindet. Ohne damit der gesamten Dimension des 17. Juni gerecht werden zu können, muß dennoch daran erinnert werden, daß es die Bauarbeiter waren, die mit besonders scharfmacherischen Sprüchen gegen die Kommunisten auftraten. Viele von ihnen waren nach 1945 in die Produktion gezwungene Nazis.

Mit dem Bezug auf die Ostberliner Bauarbeiter knüpften die REPs an alte Nazitraditionen an. 1978 wollte die NPD ihre Gedenkveranstaltung für den 17. Juni in Frankfurt/M. abhalten. Die Polizei prügelte den Römer für die Nazis frei. Antifaschistische WiderstandskämpferInnen wurden verletzt. Damals entstanden die "Rock gegen Rechts"-Konzerte, es war der Beginn einer neuen antifaschistischen Bewegung in der BRD.

Peter Nowak

35. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak392/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:27

LeserInnenbriefe

Zu einseitig

Betr.: Israels Krieg gegen den Libanon (ak 390)

Liebe Leute!

Mit Interesse habe ich oben genannten Artikel gelesen, auch wenn ich finde, daß die Autorin es sich zu einfach gemacht hat. Israel wird als alleiniger Aggressor dargestellt, während die Hizbullah gar nicht weiß wie ihr geschieht, hat sie die Kampfhandlungen doch "weitestgehend" eingestellt und nur noch ab und zu eine Rakete nach Nordisrael geschossen - mit sehr geringer Zielgenauigkeit wohlgemerkt, also für strategische Ziele ungeeignet und höchstens ein paar israelische ZivilistInnen gefährdend.

Nein, ich möchte an dieser Stelle keineswegs die Angriffe Israels gegen den Libanon oder den in Kauf genommenen Tod von ZivilistInnen verteidigen. Aber der Darstellung der Autorin vermag ich nicht zuzustimmen, sie ist mir zu einseitig. Es ist leider ein altes Problem: Sobald die israelische Armee in Kriegshandlungen verwickelt ist, hat Israel Schuld - kein Zögern, kein Zweifeln, reine Routine.

Vielleicht gibt es aber noch etwas anderes als Schwarz und Weiß, vielleicht ist eine Einteilung in gut/gerecht und böse/ungerecht gar nicht möglich. Bloß weil Angriffe auf die libanesische Zivilbevölkerung nicht legitim sind, ist das Raketenschießen Richtung Israel noch lange nicht richtig. Bloß weil westliche Medien verzerrt berichten, haben libanesische die Wahrheit nicht gepachtet. Entsprechend unvorsichtig ist es, deren Berichte und die der Hizbullah als ultimative Realität anzuerkennen und weiterzuverbreiten.

Die Situation im Nahen Osten ist m.E. zu komplex, um eindeutige Schuldzuweisungen für die immer wiederkehrenden Konflikte zu rechtfertigen. Vielleicht wäre es Zeit, von Gleichungen wie Israel=westlich=rechts=böse oder el-Fatah/Hizbullah/PFLP=antiisraelisch=links=gut Abstand zu nehmen.

Richard Thiel, Berlin

Kleinbürgerliche Tendenzen

Betr.: ak-SoZ-Extras

Ein Leserbrief an die SoZ enthält folgende Warnung:

Daß Ihr versucht, mit anderen wie ak (analyse & kritik) usw. zusammenzuarbeiten, finde ich prinzipiell gut, aber Vorsicht, nicht die eigenen Prinzipien aufgeben. Diese anderen Zeitungen haben oft stark kleinbürgerliche Tendenzen, wie Ihr sicher selbst wißt. (...)

Viel Kraft und revolutionäre Grüße aus Berlin sendet Euch

Patrick

Gut gefallen

Betr.: Zurück an den Herd: diesmal bezahlt (ak-SoZ-Extra)

Liebe Ute Abraham,

(...) Zu Deinem Artikel, der mir gut gefallen hat und weitgehend meiner Einschätzung entspricht, noch eine kleine Anmerkung.

Ein Teil meiner Arbeit in der KSG besteht in der Beratung ausländischer Studierender. Vor allem die ausländischen Studentinnen jobben in Haushalten (als Putzfrauen und/oder Kindermädchen). Durch die auf nur drei Monate befristete Arbeitserlaubnis für ausländische Studierende sind sie gezwungen, "schwarz" zu arbeiten. Mit den vorgesehenen Änderungen werden sie es noch schwerer haben, einen angemessenen

entlohnten Job zu finden. Deutschen Studierenden wird das Leben durch Bafög-Kürzungen zwar auch schwerer gemacht, jedoch haben sie die Möglichkeit, sich durch Jobs ihr Studium zu finanzieren.

Nicht nur das macht die öffentlich bedauerte "mangelnde Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Studierende" aus.

Viele Grüße

Barbara, Münster

katholische student-innen gemeinde

36. Quelldatei 28.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak392/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:28

Protokoll zur Schwangerenkonfliktberatung

1. Angaben, +, +, +, +

Alter: ....., +, Staatsangehörigkeit: ....., +, +

Familienstand, +, +, +, +

ledig, verheiratet, geschieden, verwitwet, +

Zahl der bisherigen Schwangerschaften: ....., +, +, +, +

Zahl der Kinder: ....., +, Zahl der Abbrüche: ....., +, +

Folgende weitere Personen wurden zur Beratung hinzugezogen:, +, +, +, +

Partner, Eltern/teil, Freundin, Arbeitgeber/

Lehrer, ...

2. Von der Frau genannte wesentliche Gründe für die Erwägung eines Abbruchs, +, +

Schwierigkeiten in der Partnerbeziehung, +, +

Druck der Familie, des Partners, des sozialen Umfeldes

Alleinerziehend, +, +

fühlt sich psychisch/physisch überfordert, +, +

Alter der Schwangeren, +, +

Gesundheitliche Situation der Schwangeren, +, +

Angst vor Schädigung des Kindes, +,

Ausbildung gefährdet, , berufliche Probleme

Fehlende Kinderbetreuung, +,

finanzielle Probleme/Schulden, +, Arbeitslosigkeit

Wohnungsprobleme, ,

Angst vor Verantwortung/Zukunftsangst, +,

Soziale Isolation, ,

Ausländerrechtliche Probleme, +,

Sonstiges, ,

3. Vermittelte Informationen über, +, +

Schwangerschaft, nicht erforderlich,

rechtliche Situation bei einem

Schwangerschaftsabbruch, ,

Lebensrecht des Kindes, ,

Sexualität/Familienplanung, nicht erforderlich,

Kur- und Erholungsmaßnahmen, nicht erforderlich,

Arbeitsrecht/Mutterschutz-

bestimmungen/Mutterschaftsgeld, nicht erforderlich,

Familienrecht/Unterhaltsrecht/

Unterhaltsvorschußleistungen, nicht erforderlich,

Mieterschutz, nicht erforderlich,

Kindergeld/Kinderfreibetrag, ,

Kindergeldzuschlag, nicht erforderlich,

Erziehungsgeld

(Bund/Land)/Familienhilfe, nicht erforderlich,

Sozialhilfe, nicht erforderlich,

Wohngeld, nicht erforderlich,

Arbeitslosengeld/-hilfe, nicht erforderlich,

Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind"/Hilfsfonds, nicht erforderlich,

Möglichkeiten der Adoption, nicht erforderlich,

Andere Beratungsdienste

(z.B. Ehe-,, Familien-,, Erziehungs-

und Schuldnerberatung), nicht erforderlich,

Sonstiges, nicht erforderlich,

, +, +

4. Angebotenen Hilfe/Unterstützung bei, +, +

Realisierung von gesetzlichen Unterhaltsvorschußleistungen, nicht erforderlich, nicht möglich

Behördenkontakten, nicht erforderlich, nicht möglich

Wohnungssuche/Umzug, nicht erforderlich, nicht möglich

Unterbringung in einem

Mutter-Kind-Heim, nicht erforderlich, nicht möglich

Unterbringung des Kindes/

Kinderbetreuung, nicht erforderlich, nicht möglich

Durchführung einer Kur-

oder Erholungsmaßnahme, nicht erforderlich, nicht möglich

Suche einer Familienpflegerin/

Haushaltshilfe, nicht erforderlich, nicht möglich

Gespräche z.B. mit Partner/

Eltern/Lehrer,, Arbeitgeber,, Vermieter, nicht erforderlich, nicht möglich

Unterstützung durch

ehrenamtliche Mitarbeiter, nicht erforderlich, nicht möglich

Sachleistungen, nicht erforderlich, nicht möglich

Gruppenarbeit, nicht erforderlich, nicht möglich

Weitergehende Beratung/

nachgehende Betreung, nicht erforderlich, nicht möglich

Sonstiges, nicht erforderlich, nicht möglich

, +, +

5. Sonstiges, +, +

Gesprächsdauer: ..... (1/2 Stunden-Schritte), +, +

(Bei mehreren Gesprächen Gesamtzeit angeben), +, +

37. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak392/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:37

Kalender

Mumia Abu-Jamal - Freiheit für alle politischen Gefangenen

Die Wanderausstellung "Politische Gefangene international gemeinsam für das Leben von Mumia Abu-Jamal: Kunst und Texte gegen die Todesstrafe" ist in verschiedenen Städten zu sehen. Über 125 politische Gefangene aus den USA, Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Irland, Dänemark, Italien, Chile und Peru haben sich beteiligt, um das Leben von Mumia Abu-Jamal zu retten.

Berlin: bis 28.6.96; Heidelberg: 8.-19.7.96; Wiesbaden: 20.-30.7.96. Kontakt: Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal: c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Fax 0611/302083; c/o Infobüro, Postfach 103162, 69021 Heidelberg, Fax 06221/164489.

Kundgebung in Bad Kleinen

Am 27. Juni jährt sich die blutige Festnahmeaktion der GSG-9 am Bahnhof von Bad Kleinen in Mecklenburg-Vorpommern bei der Wolfgang Grams zu Tode kam zum dritten Mal. Mehrere Zeugen hatten von einem gezielten Schuß durch einen GSG-9-Beamten gesprochen. Die widersprüchlichen Stellungnahmen der damaligen verantwortlichen Politiker führten schließlich zu den Rücktritten von Generalbundesanwalt von Stahl und des Innenministers Rudolf Seiters. Die Rote Hilfe fordert die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die beteiligten GSG-9-Beamten.

29.6.96, 15 Uhr, Kundgebung am Bahnhof Bad Kleinen.

Shell-Aktionstag

Unter dem Motto "Drehen wir Shell den Hahn ab!" findet am 29. Juni ein bundesweiter Aktionstag für das Überleben der Ogoni in Nigeria statt. Mit Blockadeaktionen vor Shell-Tankstellen soll an die 19 Ogoni erinnert werden, die zur Zeit vor demselben Sondertribunal stehen, das Ken Saro-Wiwa und acht weitere Aktivisten im November 1995 zum Tode verurteilt hat. Ihnen droht ebenfalls die Hinrichtung. Benötigt wird die Unterstützung möglichst vieler lokaler Gruppen.

29.6.96, in Köln, Hamburg, Frankfurt und anderen Städten. Kontakt: Kölner Aktionsbündnis Anti-Shell-Kampagne, c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln. Tel. 0221/9231196, Fax 9231197.

Migrantinnen und Romnja in Deutschland

Kader Konuk berichtet über verschiedene Formen der Bündnispolitik, die gegenwärtig vor allem von Migrantinnen, Romnja, Jüdinnen, Schwarzen Frauen und im Exil lebenden Frauen in Deutschland diskutiert und verwirklicht werden. Elizabeta Jonuz gibt einen Überblick über die bislang nur lückenhaft aufgearbeitete Geschichte von Romnja in Deutschland und informiert über die Vernetzung von Romnja und Sintezze infolge der ersten bundesweiten Tagung im März 1996.

3.7.96, 19 Uhr 30, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Raum 1, Köln. Kontakt: Kölner Frauengeschichtsverein, Marienplatz 4, 50676 Köln. Tel. 0221/248265 (Di. und Do.).

STEFFI-Hoffest

Das besetzte Haus STEFFI in Karlsruhe veranstaltet am 6.7.96 einen Aktionstag gegen Räumung, Wohnungsnot und Mietwucher. Mit Essen, Trinken, Feuerspeien, Schwertschlucken und Löwen, die durch brennende Reifen springen.

5.7.96, ab 22 Uhr, Haifischbar; 6.7.96, ab 16 Uhr Hoffest in der STEFFI, Stephanienstr. 60-62, 76133 Karlsruhe.

Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau

Das Bündnis trifft sich zu einem Bundeskoordinierungstreffen, Themen: Auswertung der Demo und wie geht es weiter.

7.7.96, 15 Uhr, Ratsfraktion der Grünen, Altes Bonner Rathaus (Eingang Rathausgasse), Bonn.

Berliner Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung

Aus Anlaß der Hochschulrektorenkonferenz findet erneut eine Demo des breiten Bündnisses statt. Bereits mehrere Male vermochte das Bündnis von Studierenden, SchülerInnen, Behinderten, kritischen GewerkschafterInnen, Flüchtlingsinitiativen und Frauengruppen sowie verschiedenen Projekten zwischen 1.0000 und 35.000 Menschen auf die Straßen zu bewegen.

8.7.96, 18 Uhr: Demo, An der Urania, Berlin.

Kontakt: c/o ReRat der Humboldt-Universität, Tel. 030/2093-2603, Fax 030/2093-2396

Widerstand im Nationalsozialismus

In der Nacht 9./ 10. Juli 1934 wurde Erich Mühsam im Konzentrationslager Oranienburg ermordet. Anläßlich seines 62. Todestages spricht Kurt Wafner zum Thema "Anarchistischer Jugendwiderstand im Nationalsozialismus". Kurt Wafner wurde 1931 in Berlin als 13jähriger Mitglied der "Freien Arbeiter-Jugend", die der anarchosyndikalistischen FAUD nahestand.

9.7.96, 19 Uhr, Kato (im U-Bhf. Schlesisches Tor), Berlin.

Asyl"recht"

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem "Asylurteil" den Interessen der Bundesregierung und der herrschenden Meinung entsprochen. Es hat sich für die Abschiebung von Asylsuchenden in angeblich "sichere Drittstaaten" und "sichere Herkunftsländer" entschieden und auch die "Flughafeninternierung" mit vermindertem Rechtsschutz bestätigt. Im Film "Ein abschreckender Erfolg - Das Asylrecht vor dem Kadi" von Ingelies Gnutzmann und Gerd Monheim (MDR) werden die Auswirkungen des neuen Asyl"recht" kritisch geschildert.

23.7.96, 20 Uhr: Video mit Diskussion, LOTTA, Achterstr. 32, 50678 Köln.

Antifa Workcamp in Buchenwald

Vorträge von Zeitzeugen, Diskussionen u.a. zur Freien Republik Schwarzenberg, zu zivilen FunktionsträgerInnen in der NS-Zeit, Führungen durch die Gedenkstätte und ein alternativer Stadtrundgang durch Weimar stehen auf dem Programm des Antifa-Workcamp in Buchenwald. Arbeitsschwerpunkte sind Rekonstruktions- und Aufräumarbeiten im Kleinen Lager, am Krankenbau und an der Genickschußanlage (Pferdestall)

21.7. - 27.7. Antifa-Workcamp in Buchenwald. Weitere Infos: Antifa Bitterfeld, PF. 39, 06749 Bitterfeld oder R.O.T.K.Ä.P.C.H.E.N., Franz-Mehring-Platz 1, 10234 Berlin.

Demo wegen Prozeß gegen Antifa (M)

Anlaß der bundesweiten Demonstration ist der Prozeßbeginn im Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) aus Göttingen, einem der bisher größten Prozesse gegen AntifaschistInnen in der BRD. Vor der Staatsschutzkammer des Landgerichtes Lüneburg müssen sich 17 Personen wegen Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) verantworten. Dieser wird vorgeworfen, eine "kriminelle Vereinigung" nach §129 zu sein. Die Verurteilung der Autonomen Antifa (M) nach §129 hätte weitreichende juristische und politische Bedeutung für die Linke. Zentrales Anliegen der Demo ist die Einstellung der Verfahren gegen die 17 AntifaschistInnen und der Ermittlungen gegen den antifaschistischen Widerstand.

10.8.96: Demo, 12 Uhr, am Kornmarkt, Göttingen; 14.8.96: Prozeßbeginn, Lüneburg.

Studienreise nach Israel/Palästina

Das Motto der Studien- und Begegnungsreise lautet "Die israelisch-palästinensische Realität nach den Wahlen in Israel". Die Reise wird vom "Projekt Freundschaft Birzeit Münster e.V." durchgeführt und führt nach Israel, in

die Westbank (u.a. in die Stadt Birzeit) und nach Jerusalem. Interessierte sollten sich möglichst bald anmelden.

8.-22.9. Studien- und Begegnungsreise. Kontakt: Projekt Freundschaft Birzeit Münster, Staufenstr. 27, 48145 Münster, Tel. 0251/33199, Fax 36534.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 393 ist der 13.8.96.

38. Quelldatei 39bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak392/39bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:39bu

BUs zu Art. 39

S. 17

"Netanjahus Politik: Die Leitlinien" hat der Karikaturist Khalil Abu-Arafeh sein Blatt betitelt. Die Raupenbagger symbolisieren gleichzeitig die Zerstörung palästinensischer Häuser und den Bau jüdischer Siedlungen auf der Westbank.

Aus: Al-Quds

S. 18

Die ersten Besuche des neuen Ministerpräsidenten und seiner Ehefrau galten nicht einer der Hochburgen seiner Wähler, sondern Haifa mit "gemischter" Bevölkerung und einer Stadt des "arabischen Sektors". Sarah Netanjahu sprach mit palästinensischen Staatsbürgerinnen in Taibeh.

39. Neoliberalismus in Deutschland

Die Antwort von unten: Anpassung oder Widerstand

CD-Datei: daten/aksuche/ak392/neo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:392:neo

Seit Ende 1982 wird in der BRD die Zerschlagung des Sozialstaates betrieben, seit 1992 verschärft. Die aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten hatten dabei als erste die Last eines Sparprogramms zu tragen. Dessen letzter Sinn und Zweck besteht nicht in der vielbeschworenen Haushaltskonsolidierung, sondern in der Wiedereinführung des "Kapitalismus pur" als Grundlage der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit.

Der Neoliberalismus, die "zur Theorie und Wirtschaftslehre gewordene Krise", wie es Marcos, der Sprecher der Zapatistas im fernen Mexico formulierte, bedeutet daher weltweit, staatliche (Spar-)Politik zur Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Die internationalen Parallelen kommen nicht von ungefähr. Es handelt sich auf (west-) europäischer Ebene um einen konzertierten Angriff auf die sozialstaatlichen Wohlfahrtsysteme bei gleichzeitiger Steigerung der Ausbeutungsmöglichkeiten.

Deregulierung im Arbeits- ebenso wie im Umweltbereich, Flexibilisierung, Privatisierung, "schlanker" Staat, passend zur "schlanken" Produktion, Ausgrenzung, Spaltung und zunehmende Angriffe auf die sozialen und (formal)demokratischen Errungenschaften, die im Laufe dieses Jahrhunderts erkämpft wurden, sind wesentliche Elemente dieses strategisch geführten Angriffes. Und sie werden ergänzt und begleitet durch die "Standort"-Logik. Mit dem Hinweis auf die niedrigen Löhne, langen Arbeitszeiten und schlechten Arbeitsbedingungen in anderen Ländern, vor allem in der sogenannten "Dritten Welt", wird von den Noch-Erwerbstätigen die weitere Verschlechterung der eigenen Lebenslage gefordert, d.h. der Abbau sozialer Standards und der Reallöhne, die Ausdehnung der Lebensarbeitszeit und der Maschinenlaufzeiten und die immer flexiblere Verfügbarkeit im Interesse der Unternehmer gefordert wird.

Hauptbetroffene dieser Politik sind auf internationaler Ebene vor allem Frauen, Kleinbauern, Jugendliche und die Millionen von Erwerbslosen, die im Zuge der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank und den damit verbundenen Privatisierungen ihre Arbeitsplätze verloren und deren Kampf um's Überleben sich vor allem im "informellen Bereich" abspielt.

Auch in der Bundesrepublik sind es vor allem Frauen, Jugendliche, MigrantInnen und alle sozial bereits Ausgegrenzten, auf deren Rücken das "freie Spiel der Marktkräfte" ausgetragen wird. Der Druck in den Betrieben und im öffentlichen Dienst auf die (Noch-) Erwerbstätigen nimmt zu. Die Entlassungs- und Rationalisierungsdrohungen lähmen und verstärken die Tendenz zur Anpassung.

Solidarität, Antirassismus und Internationalismus in früheren Zeiten, zumindest verbal wichtiger Bestandteil der Gewerkschaftspolitik, weichen den "modernen" Prinzipien der Konkurrenz zwischen den Betrieben, Regionen und Standorten.

Die rabiate Durchsetzung der Kapitalinteressen, der Klassenkampf "von oben", stößt in der Bundesrepublik auch Jahre nach dem Einläuten der globalisierten, neoliberalen Marktwirtschaft - noch - nicht auf ein klares "Es reicht!".

Joachim Hirsch benennt in der Zeitschrift "Links" einige der Elemente, die den Widerstand erschweren: "Diejenigen, gegen die der Kampf geführt wird, (sind) heillos zersplittert, leben unter höchst unterschiedlichen ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen und scheinen sich immer stärker in gegenseitige nationalistische, rassistische und ‚fundamentalistische` Auseinandersetzungen zu verstricken. Auf die Spitze getrieben (wurde), was schon immer die Logik kapitalistischer Herrschaft war: die soziale Spaltung und politische Desorganisation der Unterdrückten. (...) Darüberhinaus ist die Klassenstruktur auf globaler (und nationaler) Ebene extrem ausdifferenziert und wird immer stärker durch andere soziale Antagonismen und Konflikte, z.B. in Bezug auf das Natur- und Geschlechterverhältnis überlagert".

Doch trotz dieser - im Vergleich zu früheren Jahrzehnten - komplizierteren Ausgangslage, kam es vor wenigen Monaten zum "ersten Aufstand gegen die Globalisierung", zu den Dezember-Massenstreiks in Frankreich. Das Neue dieses Streiks, bei dem verschiedene Teilbewegungen und -kämpfe zusammenkamen, lag vor allem darin, daß das konkrete Anliegen eines angeblich privilegierten Teils der französischen Lohnabhängigen zum Bezugspunkt allgemeiner sozialer Forderungen gegen die Spar- und Krisenpolitik wurde.

In Deutschland haben die Gewerkschaften auf eine wirksame Solidarisierung mit den Streikenden in Frankreich verzichtet und statt dessen auf das inzwischen gescheiterte "Bündnis für Arbeit" gesetzt, auf Zugeständnisse ohne Gegenleistung und ohne jeden Abbau der massenhaften Erwerbslosigkeit.

"Nehm' wir mal an, Deutschland läge westlich vom Rhein", sang Franz Josef Degenhardt 1968 nach den Kämpfen in Frankreich. Doch auch östlich des Rheins gibt es soziale und gewerkschaftsoppositionelle Bewegungen und Ansätze von Protest gegen die neoliberale Offensive und die damit verbundenen "Standort-Sicherungs-Argumente".

Das Jahr 1996 wird zu einem Testjahr und zwar anders als Klaus Zwickel, seines Zeichens IG Metall Vorsitzender, es sich in seiner "Bündnis für Arbeit"-Rede auf dem Gewerkschaftstag vom Herbst letzten Jahres vorgestellt hat. Auf dem Prüfstein steht die Tauglichkeit von gewerkschaftlichen Konzepten aus der Mottenkiste der Sozialpartnerschaft, ebenso wie die Möglichkeiten der Gewerkschaften in den gesellschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen weiter eine ernstzunehmende Rolle zu spielen.

Auch die vielfältigen, häufig isoliert voneinander arbeitenden sozialen Bewegungen stehen ebenso wie die bundesrepublikanische Linke vor der enormen Herausforderung, den Protest und den Widerstand gegen die neoliberale Kapitaloffensive zu organisieren. Doch "das Einfache, das schwer zu machen ist" (B. Brecht), bedeutet zugleich, neue und praktische Antworten auf die Fragen zu finden, ob und auf welche Weise wir Alternativen entwickeln, die nicht nur die nationale und globalisierte Kapitalmacht und das herrschende System überwinden können, sondern auch keiner ausgrenzenden Ideologie bedürfen.

Jutta Klaß/ Manuel Kellner